



AIB

2V 7428 E

3,50 DM

Nov. - Dez.

11-12/1979

10. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin



Havanna-Gipfel der Nichtpaktgebundenen



Iran • Angola • Chile
Kampuchea-Vietnam
Äthiopien

Inhalt

AIB-Aktuell: Die Londoner Konferenz zu Zimbabwe	3
Nichtpaktgebundene	
Rainer Falk: Die VI. Gipfelkonferenz in Havanna – ein Wendepunkt?	4 – 10
Samora Machel: Unser Feind ist nicht die Rivalität der Blöcke	6
Josip Broz Tito: Wider die Blockpolitik	6
Pham Van Dong: Grundprinzip Antiimperialismus	7
Institutionen der Nichtpaktgebundenen	8
Chronologie der Bewegung	9
Kampfruppen auf Kuba?	10
Rede Fidel Castros: Taten, nicht nur Worte	11 – 18
Kuba	
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kubas: Zwischenbilanz drei Jahre nach dem 1. Parteitag	19 – 23
Karibik	
Regierungen Grenadas, St. Lucias und Dominikas: Deklaration von St. George's	23 – 24
Honduras	
R. Valladares/R. Amador: Maskerade der Junta	25 – 27
Honduras-Daten	26
Guatemala	
Aufruf der Demokratischen Front gegen die Unterdrückung	28 – 29
Chile	
Iván Ljubetić: Freis Bekenntnis zur antidiktatorischen Einheit	30 – 31
7-Punkte-Vorschlag der Christdemokratie	30
Kampuchea-Vietnam	
Alexander Goeb: Das Volkstribunal von Phnom Penh	32 – 35
Anklageschrift – Pol Pot/Ieng Sary: Schuldig des Völkermordes	36 – 37
Pham Van Dong: Vietnam und Die Kampucheafrage	38 – 39
Heinrich Werner: Das „Wort zu Vietnam“	40 – 42
Die Geschichte von To – Eine Verserzählung von Fredrik Vahle	40
Mißbrauchtes „Schiff für Vietnam“	41
Laos	
Interview mit Sisana Sisane: Wir wählten den Weg zum Sozialismus	43 – 45
Iran	
Michael Opperskalski: Wende der iranischen Volksrevolution?	46 – 50
Ayatollah Khomeini: Die Linke war immer dagegen	48
Offener Brief zum Kurdenproblem	49
Äthiopien	
Kahsai Wold-Giorgis: 5 Jahre revolutionärer Prozeß	51 – 53
Entschließung der revolutionären Streitkräfte Äthiopiens	54
Guinea-Bissau	
Heiner Blasenbri: No Pintcha – Reiseeindrücke (1. Teil)	55 – 57
Angola	
Jürgen Ostrowsky: Angolas Revolution wird weitergehen	58 – 59
Kommuniqué des Politbüros der MPLA-Partei der Arbeit	59
Südafrika	
John Gaetsewe: Rassistischer Perfektionismus der Wiehan-Kommission	60 – 63
Die 12 von Pietermaritzburg – von der Todesstrafe bedroht	62
BRD-Neokolonialismus	
Horst-Eckart Gross: CDU-Gewerkschaftsinfiltration in Ekuador	64 – 68
Konrad-Adenauer-Stiftung	66
Rückblick: 25 Jahre bewaffneter Aufstand in Algerien	69
Rezensionen: Chilenische Aufzeichnungen	70
Kurzinformationen: Zentralafrika, Panama – USA, El Salvador, Afghanistan	71
Kommentar: Jahr des Kindes 1979 – und weiter?	72



AIB
Antimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,— DM; Einzelheft 2,— DM; Doppelheft 3,50 DM bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.
Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 24672.
Konto: Weltkreis Verlags GmbH, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz, BLZ 53390000, Konto Nr. 966.
Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechtild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Beate Landefeld, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff.
Redaktionskollektiv: Wolfram Brönnner (verantw.), Rainer Falk, Paul Maaskola.
Verlag: Weltkreis Verlag, Dortmund
Druck: Plambeck & Co, Neuss
 Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.
Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg, nicht etwa bei der Post, bekanntgeben.
Redaktionsschluß: 12. 10. 1979
 Es arbeiteten mit: B. Brinkmann, E. M. David, M. Hellmann, W. Kindermann, M. Knauf, J. Ostrowsky, W. Ritter, U. Rupp, L. Schmitz, H. Vortisch, B. Weng, U. Werf, K. Wetzel.
Anzeigen: Blätter für deutsche und internationale Politik, Das Argument, skaal, Weltkreis Verlag, Verlag Marxistische Blätter, Service Civil International, UNIDOC, ASK, Hilfsaktion Vietnam, AIB-Selbstanzeigen

AIB-Aktuell: Die Londoner Konferenz zu Zimbabwe

Mitte Oktober 1979 befand sich die nach London einberufene Konferenz über die Zukunft Zimbabwes in einer entscheidenden Phase: Ihr Scheitern galt als wahrscheinlicher als ihre Fortsetzung bzw. der Übergang zur zweiten Phase, die nach dem Verfassungsdokument die Modalitäten des Machtwechsels erörtern sollte.

Zum kritischen Punkt waren zwei Klauseln des letzten von Großbritannien vorgelegten Vorschlags geworden (den der Chef des Marionettenregimes von Salisbury, Muzorewa, bereits angenommen hatte), welche die Patriotic Front Zimbabwes (PF) ablehnte: zum einen, daß das künftige Zimbabwe den weißen Siedlern in den ersten 10 Jahren nur in begrenztem Maße Land abnehmen dürfe, zum anderen, daß für Landenteignung „prompte und ausreichende Entschädigung“ gemäß Gerichtsentscheid zu zahlen sei. Gerade die Landfrage stellt im Konzept der Patriotic Front das Kernstück dar, und sie hatte diese Problematik zu Beginn der Konferenz offen formuliert.

Im Klartext: London und seinen Verbündeten geht es darum, unter dem Vorwand, so das „Know-how“ der Weißen im Lande halten zu wollen, die bestehenden ökonomischen Verhältnisse möglichst lange zu konservieren. Eben dies aber ist für die Patriotic Front unannehmbar, ist sie doch bestrebt, den Landraub durch die weißen Siedler, die Grundlage der ökonomischen Versklavung der Afrikaner, vollständig rückgängig zu machen.

Daß an einer solchen voraussehbaren Weigerung der Patriotic Front die Konferenz scheitern könnte, kann durchaus im Kalkül Großbritanniens gelegen haben. Es böte die Möglichkeit, der PF das Scheitern anzulasten, das Muzorewa-Regime auf der Grundlage einer kosmetisch veränderten Verfassung anzuerkennen und die Sanktionen aufzuheben, was eine Mehrheit der britischen Konservativen auf deren Parteitag ohnehin gefordert hatte. Umgangen wäre damit auch die für Muzorewa und London eventuell prekäre Frage der von der PF geforderten UN-Aufsicht über die durchzuführenden Wahlen in Zimbabwe, deren Ausgang Muzorewa und seine Claqueure sehr wohl zu fürchten haben.

„Die Zeit des Ausweichens ist lange vorbei“

Auf mehr Kompromisse in einzelnen Fragen als es ihrer Position entspricht, hatte sich die Patriotic Front ohnehin bereits eingelassen — und damit Muzorewa in die Defensive gedrängt. Sie hatte damit ihre ernsthafte Absicht unter Beweis gestellt, eine friedliche Lösung auszuhandeln, obwohl das militärische und politische Kräfteverhältnis in Zimbabwe mehr und mehr zu ihren Gunsten spricht. Daß Großbritannien stellvertretend für seine NATO-Partner mit einer „friedlichen Lösung“ anstrebt, die Lage an den wahren Interessen des Volkes von Zimbabwe vorbei zu bereinigen (und zwar anknüpfend an die inzwischen zu Makulatur gewordenen Pläne der Konservativen von 1971 sowie die Kissinger/Owen-Pläne seit 1976), zeigt den Verlauf der Diskussionen um Zimbabwe deutlich.

Nachdem die Wahlfarce vom Frühjahr 1979 (vgl. AIB, Nr. 6/1979) die erhoffte internationale Anerkennung für das Muzorewa/Smith-Regime nicht nähergebracht hatte, sah man sich in den Hauptstädten Englands, der USA und ihrer Partner vor die Notwendigkeit gestellt, weitere Korrekturen vorzunehmen. Man tat dies, obgleich es Unstimmigkeiten mit dem machtbesessenen Bischof in Salisbury hervorrufen mußte. Der britische Außenminister Lord Carrington (Direktionsmitglied des britischen Rohstoffmultis Rio Tinto Zinc, der über ausgedehnte Interessen in Zimbabwe, Namibia und Südafrika verfügt) hatte die Aufgabe, Muzorewa dies bei dessen Besuch im Juli d. J. klarzumachen. Trotz öffentlichen Streits darf an-



Sie repräsentieren die Patriotic Front in London: Kopriäsident Nkomo (l.) und Mugabe

genommen werden, daß das Einlenken Muzorewas hiermit programmiert wurde.

Die internationale Absegnung erfuhren Englands Bemühungen auf der Commonwealth-Konferenz vom August d. J. in Lusaka. Nur wenige Tage nach der Konferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) in Liberia unterstützten afrikanische Commonwealth-Länder wie Tansania und Botswana den britischen Vorschlag für eine neue Konferenz über Zimbabwe — und setzten sich damit in Widerspruch zu den OAU-Beschlüssen von Liberia. Zwar war es London nicht gelungen, Muzorewas Anerkennung durchzudrücken, wohl aber die Frage wieder zu „anglisieren“, der Kompetenz der UNO zu entziehen.

Die Patriotic Front erklärte sich zur Teilnahme trotz Bedenken bereit, stellte aber Bedingungen, die sich auf die Überwachung der Wahlen (UN), die Rolle des Militärs und u. a. den geforderten Waffenstillstand bezogen; zu ihm war die PF nicht bereit — mit Recht, wie die seit Juli d. J. wieder eskalierenden rhodesischen Aggressionen gegen sambisches und moçambique Territorium zeigten. Muzorewa ließ zwar Tiraden gegen das Konferenzprojekt los, nahm aber schließlich kleinlaut teil.

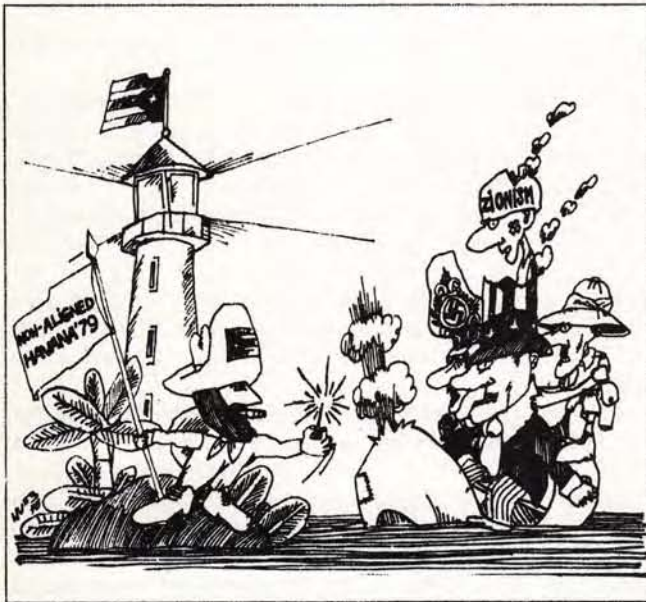
Nach prozeduralen Fragen und der Klärung des Problems, daß es nicht nur um eine Verfassung, sondern auch um die Übergangsphase zu gehen habe, wie die PF gefordert hatte, wurde immerhin ein Kompromiß über die Beseitigung der parlamentarischen Sperrminorität der weißen Minderheit möglich. Desgleichen schienen sich die Standpunkte vereinbaren zu lassen bezüglich der Kontrolle von Militär, Polizei, Justiz und Verwaltung während der Übergangszeit. Die Patriotic Front legte mit dem Vorschlag, 24 von 120 Parlamentssitz für die weiße Bevölkerungsgruppe zu reservieren, einen akzeptablen Kompromiß vor; zugleich schlug sie die Bildung eines achtköpfigen Regierungsrats für die Übergangszeit vor, der aus vier Vertretern der PF und je zwei von Londons und Muzorewas bestehen sollte — was letztere nicht anzunehmen bereit schienen. Im Gegenteil: Muzorewa forderte unablässig die Aufhebung der Sanktionen als Vorbedingung und lehnte offiziell Verhandlungen über Neuwahlen ab.

Der in dieser Lage von Carrington vorgelegte neue Entwurf mit den besagten Passagen über die Landfrage erhält vor diesem Hintergrund den Charakter eines Affronts gegen die PF, die solchen Klauseln kaum zustimmen kann, während die plötzliche Zustimmung Muzorewas wie verabredungsgemäß wirkt.

„Die Zeit des Ausweichens ist lange vorbei“, sagte PF-Kopriäsident Joshua Nkomo zu Beginn der Konferenz, „und wir bestehen darauf, daß die Endphase der Entkolonisierung nunmehr ernsthaft durchgeführt wird“. Die Patriotic Front hat keinen Zweifel daran gelassen, daß sie dies nötigenfalls durch die Fortsetzung des Befreiungskrieges tun wird.

Rainer Falk

Die VI. Gipfelkonferenz in Havanna – ein Wendepunkt?



Der französische Publizist und Herausgeber der Zeitschrift *Afrique Asie*, Simon Malley, hat die VI. Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs nichtpaktgebundener Länder vom 3.—8. September 1979 in Havanna als einen „entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der Bewegung der ‚Verdammten dieser Erde‘“ bezeichnet.¹ Diese Einschätzung steht in eklatantem Gegensatz zu dem von der Mehrzahl der westlichen Presseorgane gezeichneten Bild. Im Grundton feindselig hieß es alenthalben, die Bewegung sei heillos zerstritten, habe nichts als Nabelschau betrieben, sei jetzt — über die Präsidentschaft Fidel Castros — „im Griff Moskaus“, Havanna sei der Anfang vom Ende usw.

Um den Ausgang des Havanna-Gipfels richtig zu beurteilen, muß man ihn ins Verhältnis setzen zu der Ausgangsposition, die vorher gegeben war. Diese war wesentlich mitgeprägt von jener Medienkampagne großen Stils, die nach der Methode des „Teile und herrsche“ Spaltungstendenzen innerhalb der Bewegung das Wort redete. Einige wenige Länder, die der Libyer Ghaddafi bereits auf dem V. Gipfel in Colombo als die „trojanischen Pferde des Kolonialismus“ in der Bewegung bezeichnet hatte, machten mit spektakulären Initiativen (z. B. Ägyptens Aus-schlußantrag gegen Kuba auf der Belgrader Koordinierungsbürotagung im Sommer 1979 auf sich aufmerksam. Westliche Staaten versuchten in einer Intensität wie bislang noch nie „gemäßigte“ Stimmen innerhalb der Nichtpaktgebundenen zu ermutigen. Besonders die US-Diplomaten entfalteten eine emsige Tätigkeit, um über verschiedene neokolonialistische Klientelstaaten den von Kuba erstellten Entwurf einer Abschlußdeklaration zu entschärfen.

Dies alles schien einen idealen Ansatzpunkt in der Diskussion um eine neue Konzeption der Nichtpaktgebundenheit (Non-alignment) zu finden, die seit einigen Jahren in der Bewegung geführt wird. Diese Diskussion, in der sich ein neues Selbstverständnis der Nichtpaktgebundenen zu artikulieren begonnen hat, das den Anforderungen der gegenwärtigen Etappe des nationalen Befreiungskampfs Genüge zu tun versucht, findet im Grunde auf zwei Ebenen statt: einmal auf der Ebene der „Philosophie“ der Nichtpaktgebundenheit, zum anderen wird sie auch sichtbar in der Auseinandersetzung um die praktischen Initiativen und Aktionen der Bewegung in der Weltpolitik. Im Kern handelt es sich offensichtlich darum, daß die traditionelle Nichtpaktgebundenheit der 50er und 60er Jahre immer stärker in Frage gestellt wird durch eine Konzeption, die von einem prinzipiellen Antiimperialismus getragen ist.

Die traditionelle Nichtpaktgebundenheit war unter den Bedingungen der Konfrontationspolitik des Kalten Krieges entstanden. Wenngleich ihr konkret-historischer Ausgangspunkt die Zurückweisung der westlichen Versuche war, die Dritte Welt — ähnlich der NATO — in Militärrallianzen unter westlicher, speziell US-Ägide zu formieren, so zogen die Gründungsväter der nichtpaktgebundenen Bewegung — Nasser, Nehru, Tito — daraus keine prinzipiell antiimperialistische Schlußfolgerung. Zwar bedeutete Nichtpaktgebundenheit ihrem Selbstverständnis nach schon damals kein Bekenntnis zu einer klassischen Neutralitätspolitik (wie sie beispielsweise die Schweiz seit jeher verfolgt).

Abschied von der „Neutralität“ der Gründerjahre

Auch „Äquidistanz“, also eine Politik des gleichen Abstands zu den „Blöcken“, lag nicht in ihrer Absicht. „Positive“ oder „aktive Neutralität“, womit die Gründerväter ihre Position gerne umschrieben, verstand sich als eine Politik, die Partei ergreift für die Souveränität der ehemaligen Kolonialländer, die sich einsetzt für die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz und sich an keinerlei Militärpakten beteiligt.² Wenngleich dies ein konkret-antiimperialistischer Standpunkt war, verband sie sich in der Regel mit einer Haltung, für die „die Rivalität der Blöcke“, nicht jedoch der Imperialismus als System und die sich daraus ergebende Politik die Hauptursache der internationalen Spannungen sei.

Diese auf einer bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen Klassenbasis artikulierte Position, die Ursache und Wirkung verwechselt, ermöglichte freilich den Zusammenschluß einer breiten Vielfalt politischer Kräfte auf überstaatlicher Ebene. Sie beförderte jedoch gleichzeitig die Illusion der Exklusivität des eigenen Weges, der — bei formaler Abgrenzung nach beiden Seiten — vermeintlich „über“ oder „außerhalb“ des die internationalen Klassenausinandersetzungen bestimmenden Systemantagonismus von Kapitalismus und Sozialismus steht.

Die Grenzen dieses spezifischen Antiimperialismus zeigten sich stärker mit dem Eintritt in die 70er Jahre. Bestimmend hierfür wurde eine Reihe politischer Prozesse, die letztlich in einer bedeutenden Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses kulminierten. Zu nennen sind hier der Übergang von der Konfrontation zu ersten Entspannungsansätzen; der weitgehende Abschluß des (politischen) Entkolonialisierungsprozesses; die fortschreitende Erosion und schließliche Auflösung der subimperialistischen Paktsysteme wie CENTO (1979) und SEATO (1977); die historische Niederlage des US-Imperialismus in Indochina (1973 und 1975) und das Scheitern der neokolonialistischen Interventionsversuche in den ehemaligen portugiesischen Kolonien (Angolakrieg 1975/76).

Die Veränderungen im internationalen Klima und der teilweise Wegfall der traditionellen Bezugspunkte der Nichtpaktgebundenheit führten — insgesamt gesehen — zu einer erheblichen Erweiterung des politischen Spielraums für die Bewegung der Nichtpaktgebundenen. Es wuchs die Erkenntnis darüber, daß die politische Souveränität, die zahlreiche Länder erlangt hatten, eine von vornherein „um die Fähigkeit zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit amputierte Souveränität“ (M. O. Hinz) war, daß die Struktur des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems mit der Misere der Unterentwicklung in einem untrennbaren Zusammenhang steht. In einigen Entwicklungsländern wurden daraus sozialrevolutionäre Schlußfolgerungen gezogen. Doch auch unabhängig von den internen sozialökonomischen Differenzierungsprozessen artikuliert sich mit der Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO) ein gemeinsames Interesse aller Entwicklungsländer, das in der entwickeltsten Form von der Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten zum Ausdruck gebracht wurde und im Kern das überkommene System der internationalen Arbeitsteilung in Frage stellte.

Gleichwohl ist diese Hinwendung zu wirtschaftlichen Fragen, die eine neue Etappe des Wirkens der Nichtpaktgebundenen einleitete, der Ausgangspunkt einer neuen Diskussion um das Selbstverständnis der Bewegung. Diese Diskussion kreist jetzt stärker denn je um die Hauptkonfrontationslinie in der Weltpolitik. Doch den klassenneutralen Thesen vom Hauptwider-

spruch zwischen Nord und Süd bzw. zwischen Reich und Arm gegenüber wird erstmals ernsthafter Zweifel angemeldet (siehe Kästen zur Geschichte und Struktur der Bewegung).

In der Auseinandersetzung um diese Frage entwickelt sich eine neue Konzeption der Nichtpaktgebundenheit, deren Protagonisten eine ganze Reihe von Staaten mit ausgesprochen sozialrevolutionärem Profil sind. Anfangs schien die kubanische Position noch isoliert. Doch bereits auf der V. Gipfelkonferenz in Colombo machte sich eine Gewichtsveränderung innerhalb der Bewegung zugunsten jener Kräfte bemerkbar, die an konsequent antiimperialistischen Positionen interessiert sind.

Selbstverständnisdiskussion: keine „kleine UNO“!

Nach kubanischer Auffassung wird die Perspektive der Bewegung im wesentlichen davon abhängen, wie die folgenden drei Fragen gelöst werden:

Erstens geht es um die Frage des Verhältnisses der Bewegung zum sozialistischen Lager. Die eigene Revolutionserfahrung läßt Fidel Castro zu dem Schluß kommen, daß auf der Grundlage der Übereinstimmung der Interessen in den wichtigsten Fragen der Weltpolitik ein strategisches Bündnis zwischen dem sozialistischen Lager und den Nichtpaktgebundenen möglich und notwendig geworden ist. Zweitens stellt sich die Frage nach den Grundlagen der Einheit der Bewegung neu. Wesentlich für die Schlagkraft der Bewegung ist die Qualität ihrer Zielsetzungen, nicht ihre bloß quantitative Ausdehnung. Positionen, die darauf hinauslaufen, die Aufnahmekriterien zu verwässern und aus der Bewegung eine zweite UNO zu machen, stellen sich die Kubaner mit aller Kraft entgegen. Drittens hängt das antiimperialistische Profil der Nichtpaktgebundenen auch davon ab, ob ihr nach außen gewandter Antiimperialismus eine interne Entsprechung in sozialökonomischen Veränderungen findet.³

Die Erfahrung, auf der diese Schlußfolgerung fußt, ist die praktische Erfahrung mit der imperialistischen Destabilisierungstaktik und mit der sozialistischen Hilfe. Diese Erfahrung ist jedoch nicht auf Kuba beschränkt. Auch solche Staaten, deren politisches und gesellschaftliches Profil bei weitem nicht die revolu-



Samora Machel Unser Feind ist nicht die Rivalität der Blöcke

Gewisse Kräfte vergessen oft, daß wir uns nicht mehr in der Epoche des Kalten Krieges befinden. Der Frieden regiert heute in Europa wie auch zwischen den Großmächten. Aber bei uns brechen die Kriege aus, die Aggressionen, die vom Imperialismus organisierten Komplote, die Staatsstrieche, die Morde. Wie können wir eine Nichtpaktgebundenheit akzeptieren, die für eine Situation konzipiert wurde, die heute nicht mehr existiert? Der Kalte Krieg von gestern, der manche Aktionen der Bewegung der Nichtpaktgebundenen motivierte, ist heute ein heißer Krieg, der bei uns in Afrika, in der arabischen Welt, in Asien, in Lateinamerika wütet, der uns Zerstörung und Verwüstung bringt. Wie kann man von uns verlangen, daß wir auf gleiche Distanz gehen sollen in den Beziehungen mit unserem Hauptgegner? Die Nichtpaktgebundenheit zeichnet sich nicht dadurch aus, daß sie sich im antiimperialistischen Kampf zurückhält. Die Nichtpaktgebundenheit ist eine Strategie, die dazu bestimmt ist, die Befreiung der Völker zu sichern. Der Imperialismus, direkt oder indirekt durch die Träger seiner Losungen innerhalb der Bewegung, versucht uns auf eine Position der Äquidistanz zwischen Imperialismus und Antiimperialismus festzulegen. Er versucht uns davon zu überzeugen, daß der Feind der Nichtpaktgebundenheit die Rivalität zwischen den Blöcken ist; mit anderen Worten, daß der Imperialismus nicht der Feind ist. Jawohl, wir haben eine Ideologie über unsere Bewegung, wir müssen sie haben. Diese Ideologie ist auf die Interessen der Völker und ihres Kampfes gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gegründet. Von dem Moment, von dem an wir eine neue Ideologie haben, versucht uns der Feind, der uns auseinanderdividieren will, glauben zu machen, daß diese irrig ist, und will uns Lektionen erteilen. Wie lange noch wird er fortfahren uns vorzuschreiben, wo unsere Interessen liegen?

Unser Feind? Ihr trefft ihn auf Guantanamo, am Panamakanal, auf den Stützpunkten im Indischen Ozean, in Palästina, auf Puerto Rico, in der Westsahara, bei den Rassisten des Smith Muzorewa-Regimes, in Namibia, in Südafrika. Die Besetzung von Territorien, die Ein-



schüchterung, die militärische Intervention, die Destabilisierung, die offenen Aggressionen, die Morde und Attentate — diese Verbrechen sind nicht den Rivalitäten zwischen den Großen geschuldet, wie manche sagen. Sie sind nicht das Produkt der Konfrontation zwischen den Pakten der NATO und von Warschau. Diese Verbrechen sind die Tat des Imperialismus, des Feindes, den wir alle gemeinsam haben. Das was bestimmte Kräfte immer ignorieren oder vergessen machen, ist, daß der Kolonialismus, der Rassismus, der Zionismus, die Apartheid, die Ausplünderung, die Aggressionen, die Besetzung von Territorien lange vor den sozialistischen Ländern aufgetaucht sind. Und es ist präzise aufgrund dieses Auftauchens der sozialistischen Länder, daß sich das Kräfteverhältnis zu unseren Gunsten gewandelt hat. Deshalb sagen wir, proklamieren wir, daß die sozialistischen Länder die natürlichen Verbündeten unserer Völker sind. Die sozialistischen Länder bilden eine verlässliche Stütze in unserem Kampf. Wir von der FRELIMO haben niemals Waffen von westlichen Ländern erhalten. (Quelle: Afrika Asie, Paris, Nr. 196/17. 9. 1979, Auszug)

tionären Züge Kubas trägt, teilen heute ganz oder teilweise die „kubanische Position“.

So deutlich wie noch nie wurde dies auf der VI. Gipfelkonferenz in Havanna. In der Abschlußdeklaration ist die Essenz der Politik der Nichtpaktgebundenheit wie folgt definiert: An erster Stelle steht der Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neo-

kolonialismus, Rassismus, Apartheid und Zionismus. Es folgt die Opposition gegen alle Formen ausländischer Okkupation, Beherrschung und Hegemonie; der Kampf für friedliche Koexistenz zwischen den Staaten und gegen Einmischung und Intervention in die Angelegenheiten anderer Staaten; der Kampf für die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsord-

Josip Broz Tito Wider die Blockpolitik



Wir hatten schon damals (auf der I. Gipfelkonferenz 1961; d. Red.) die Unumgänglichkeit vor Augen, daß man — wie das in der Belgrader Deklaration gesagt wurde — von „der alten auf der Vorherrschaft beruhenden Ordnung zu einer neuen übergehen soll, die auf Freiheit, Gleichheit und gesellschaftlicher Gerechtigkeit, die zum Wohlstand führen“, beruht. In diesem historischen Dokument sind die Prinzipien und Ziele der Blockfreiheit formuliert, unsere dauerhaften Bestrebungen und Visionen sowie unsere Entschlossenheit, daß die Politik und Bewegung der Blockfreiheit ein unabhängiger, blockfreier Faktor der Weltereignisse sein werden.

Der Kalte Krieg, der sich auf die gesamte Welt zu erweitern drohte, zeigte klar, daß die Blockpolitik in einem scharfen Gegensatz zu den Interessen und Bestrebungen der Menschheit steht.

Wir haben nie die Blöcke gleichgestellt, weder der Zeit ihrer Gründung noch irgendwelchen anderen Charakteristika nach. Wir äußern uns von Anfang an folgerichtig gegen die Blockpolitik und die ausländische Vorherrschaft, gegen alle Formen der politischen und ökonomischen Hegemonie und für das Recht eines jeden Landes auf

Freiheit, Unabhängigkeit und selbständige Entwicklung. Wir haben nie akzeptiert, eine Transmission oder Reserve, egal von wem, zu sein, weil dies mit dem Wesen der Politik der Nichtpaktgebundenheit unvereinbar ist.

Heute ist es offensichtlich, daß jede Schwächung und Zurückdrängung der Rolle der Bewegung unvermeidlich zur Destabilisierung der gesamten internationalen Beziehungen führen würde.

Die Resultate unserer bisherigen Aktivität sind wirklich reich. Im Laufe der vergangenen zwei Jahrzehnte bekräftigten wir die ursprünglichen Prinzipien und Ziele der Blockfreiheit als dauerhafte Werte. Entschieden kämpften wir für Frieden, Sicherheit und Freiheit in der Welt. Wir leisteten einen wesentlichen Beitrag zur erfolgreichen Entwicklung und dem Endergebnis der antikolonialen Revolution. Wir kodifizierten die Prinzipien der aktiven und friedlichen Koexistenz und setzten uns entschieden für ihre Anwendung ein. Wir widersetzten uns der Politik der Gewalt und der ausländischen Einmischung in allen Formen, in denen sie auftauchen. Wir brachten langfristige Aktionen für die Herstellung der neuen internationalen ökonomischen Ordnung in Gang. Wir trugen zur Verwirklichung der Universalität und zur Stärkung der Rolle und Bedeutung der Vereinten Nationen bei. Wir unternahmen bemerkenswerte Schritte zur Eingangsbringung des Abrüstungsproblems. Wir führten einen entschiedenen Kampf für die Entkolonialisierung auf dem Gebiet der Technologie, der Information und der Kultur überhaupt.

Damit bestätigte sich die Politik der Blockfreiheit objektiv auch als die fortschrittlichste Kraft im Weltmaßstab. Sie zerstört die Fundamente, auf denen die bestehenden ungerechten internationalen Beziehungen beruhen und schafft die Bedingungen für den Aufbau einer Welt der Gerechtigkeit, der Gleichberechtigung und des allgemeinen Fortschritts.

(Quelle: J. B. Tito, Rede auf der VI. Konferenz der Staats- oder Regierungschefs der blockfreien Länder, Havanna, 3. 9. 1979, Auszug)

nung auf der Basis der Gleichheit; Respekt vor der Unverletzlichkeit der Grenzen; Opposition gegen den Gebrauch von Gewalt und Eintreten für die friedliche Beilegung von Meinungsverschiedenheiten.⁴ Man muß diese Prinzipienklärung, die wie jede derartige Erklärung der Nichtpaktgebundenen notwendigerweise eine Kompromißformel ist, vor dem Hintergrund der Reden lesen, die in Havanna gehalten wurden. Dann wird deutlich: Es handelt sich nicht um eine bloße Bestätigung der traditionellen Nichtpaktgebundenheit, wenngleich es dessen positive und fortschrittliche Traditionen aufgreift.

Das traditionelle Konzept ist in Havanna noch einmal in exponierter Form vom jugoslawischen Staatspräsidenten Tito verfochten worden. Seine Verabsolutierung der Rolle der Bewegung der Nichtpaktgebundenen als „die fortschrittlichste Kraft im Weltmaßstab“ (siehe Redeauszug) steht in offenkundigem

Gegensatz zu der praktischen Politik, die die jugoslawische Delegation in Havanna gemacht hat.

In der Frage der Vertretung des Volkes von Kampuchea, der wohl kompliziertesten der ganzen Konferenz, fand sich auf der Seite des Pol-Pot-Regimes eine eigenartige Koalition zusammen: Sie bestand u. a. aus Jugoslawien, Malaysia, Indonesien, Singapur, Gabun und Zaire. Den australischen Journalisten Wilfried Burchett hat das zu der Bemerkung veranlaßt: „Das ohnehin schon angegriffene Prestige Jugoslawiens droht erneut zu leiden, indem es sich zum Fürsprecher eines der tyrannischsten Regimes macht, das die Geschichte kennengelernt hat.“⁵

Für keinen der revolutionären Staatseführer der Dritten Welt, die heute die Avantgarde der Nichtpaktgebundenen bilden — sei es Samora Machel (Moçambique) oder Pham Van Dong (Vietnam), Mathieu Kérékou (Benin) oder Albert René (Seychellen),

Pham van Dong Grundprinzip Antiimperialismus



Unsere Bewegung, die auf einem Höhepunkt des nationalen Befreiungskampfes entstand, hat die historische Mission, den heldenhaften, siegreichen Kampf der Völker gegen den Imperialismus in all seinen Formen und Äußerungen, den Kampf für die Gewährleistung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Unabhängigkeit, für ein neues, wirklich freies Leben, für eine neue, gerechte Weltwirtschaftsordnung, für den Schutz von Frieden und Völkersicherheit zu inspirieren und zu festigen. Das ist das Hauptziel und der Hauptinhalt der Nichtpaktgebundenheit. Wir sind uns alle darüber einig, daß sich die Bewegung der Nichtpaktgebundenen in den letzten 18 Jahren zu einer bedeutenden antiimperialistischen Kraft entwickelt hat, die bei der Lösung von Weltproblemen nicht mehr zu ignorieren ist. Das beweist überzeugend, daß unsere Bewegung den richtigen Weg geht.

Unter diesen Umständen sind die Versuche, die Bewegung auf ihre ursprünglichen Ziele zu reduzieren und den Akzent darauf zu setzen, daß sie unabhängig sein und außerhalb der Blöcke stehen müsse, praktisch darauf gerichtet, die Bewegung der Nichtpaktgebundenen von ihrem antiimperialistischen Ziel wegzuführen, und widersprechen den Interessen des Kampfes unserer Völker.

Wir bekräftigen entschieden, daß es zu unseren Prinzipien gehört, an keinem Militärblock teilzunehmen, uns nicht zu einem Instrument zur Erreichung aggressiver Ziele oder zur Provozierung eines Krieges herabzuwürdigen. Die Politik der Nichtbeteiligung an Blöcken erlaubt es uns, die Unabhängigkeit zu wahren, unsere Rolle zu erhöhen und unsere Eigenständigkeit auch im gemeinsamen Kampf der Völker für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt zu wahren.

Ebenso wie in den Jahren unseres Unabhängigkeits- und Freiheitskampfes gegen den US-Imperialismus strebt Vietnam auch gegenwärtig, im Kampf gegen den chinesischen Hegemonismus und Expansionismus, der mit dem Imperialismus kollaboriert, danach, die bedeutende, wertvolle und wirksame Hilfe der Sowjetunion, der anderen sozialistischen Länder und aller Kräfte zu erhalten, die gegen den Imperialismus und die internationale Reaktion auftreten. Die große Freundschaft und unerschütterliche Solidarität zwischen dem vietnamesischen Volk und den Völkern der UdSSR sowie der anderen sozialistischen Länder sind geheiligte Gefühle, beruhend auf den großen Ideen des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus. Diese Politik half dem vietnamesischen Volk, den Sieg seiner gerechten Sache herbeizuführen.

Um unseren Kampf zu paralysieren, wollen die Imperialisten und die internationalen Reaktionen uns von den antiimperialistischen Kräften isolieren und trennen, uns also schwächen.

Mehr denn je müssen wir heute den unabhängigen, souveränen Charakter unserer Bewegung hervorheben und zugleich entschieden auf die unwandelbaren Ziele der Völker hinwirken, d. h. gegen den Impe-

rialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, gegen Rassismus, Apartheid, Zionismus, Hegemonismus, für die Herstellung und Verteidigung des Friedens, für Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt kämpfen. Das ist unsere heilige Mission, unser oberstes Gebot, das ist zugleich der sehnlichste Wunsch von Milliarden auf unserem Planeten. Das ist die eindeutige Tendenz unserer Epoche, in der alle drei revolutionären Ströme eine starke Kraft bilden, den Imperialismus und Expansionismus von allen Seiten angreifen und die revolutionäre Sache der Völker der Welt zu einem ruhmvollen Sieg führen.

In diesen Jahren haben wir beachtliche Resultate erzielt, doch leider hat sich die Wirtschaftslage in vielen Ländern weiterhin verschlechtert. Außerdem bewirkt das Weiterbestehen des ungerechten internationalen Wirtschaftssystems, daß sich die Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ständig vertieft, was schwerwiegende Folgen hat. Die Sackgasse in den Nord-Süd-Verhandlungen und das Fiasko der letzten UNCTAD-Konferenz bestätigen: Die imperialistischen Länder werden nie UNO-Resolutionen befolgen, wenn sie ihren Interessen widersprechen; sie tun alles, um ihre egoistischen, kolonialistischen Interessen zu schützen, die ganze Last der Wirtschafts- und der Energiekrise auf die Entwicklungsländer abzuwälzen und so die eigene schwierige Lage zu erleichtern.

Es ist deshalb offensichtlich, daß wir aktiver werden müssen, um unsere legitimen Rechte zu verteidigen sowie die erfolgreiche Erfüllung der von wichtigen internationalen Konferenzen bereits angenommenen Resolutionen und Programme zu garantieren. An zahlreichen Beispielen zeigt das Leben, daß man, will man wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit erreichen, sich hauptsächlich auf die eigenen Kräfte verlassen, positive und wirksame Maßnahmen zur Festigung des Wirtschaftspotentials, zur Minderung und letztendlich zur Liquidierung der Abhängigkeit vom Imperialismus treffen muß.

Zugleich müssen wir unsere Zusammenarbeit, vor allem mit den Entwicklungsländern, aber auch mit allen uns freundschaftlich gesinnten und unseres Vertrauens würdigen Ländern ausbauen. Unsere Länder können nur unter der Bedingung Hilfe von entwickelten Staaten annehmen, daß sie unsere Unabhängigkeit und Souveränität nicht schmälert sowie den Bedürfnissen der nationalen Wirtschaftsentwicklung entspricht.

Die einheitliche Position in Bezug auf unsere Ziele, Entscheidungen und Handlungen ist die Basis unserer Solidarität, die Hauptquelle unserer Stärke, all unserer Siege. Eben deshalb lassen der Imperialismus und der Hegemonismus nichts unversucht, um unsere Völker zu entzweien, die arabischen Völker, die Völker Afrikas, Lateinamerikas, Südasiens zu spalten. Sie provozieren und benutzen Konflikte zwischen den Nichtpaktgebundenen Ländern, um sie uneinig zu machen und jedes Land einzeln zu schwächen. Sie schüren und entfachen Differenzen innerhalb der Nichtpaktgebundenenbewegung, um unsere Einheit zu untergraben und unseren Kampf irrezuleiten. Deshalb müssen wir uns heute mehr denn je anstrengen, um die Einheit und Geschlossenheit der Nichtpaktgebundenen zu behaupten und zu festigen, um das Bündnis unserer Bewegung mit all jenen Kräften zu stärken, die gegen den Imperialismus kämpfen und die Bewegung für die nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt unterstützen: mit den Kräften des Sozialismus und den anderen fortschrittlichen Kräften in der Welt. Wir sind fest entschlossen, den Imperialisten und Hegemonisten jede wie auch immer geartete Einmischung in die inneren Angelegenheiten unserer Bewegung zu verwehren.

(Quelle: Neue Zeit, Moskau, Nr. 38/1979, S. 29/30, Ausschnitt)

Luis Cabral (Guinea-Bissau) oder Pedro Pires (Kapverden), Michael Manley (Jamaika) oder Maurice Bishop (Grenada), Daniel Ortega (Nikaragua) oder Didier Ratsiraka (Madagaskar) — ist die Rückkehr zur traditionellen Nichtpaktgebundenheit mehr akzeptabel, schon gar nicht für die Führer der Befreiungsbewegungen Yasser Arafat, Sam Nujoma, Robert Mugabe, Joshua Nkomo oder Oliver Tambo. Auch Länder wie Syrien, der Irak, Algerien, der Iran oder Lybien, die meisten der Entwicklungsländer haben es in Havanna abgelehnt, der These zu folgen, die in der letzten Konsequenz das sozialistische Lager mit dem imperialistischen auf eine Stufe stellt.

Wenngleich sich hier eine sehr aktive und initiativreiche Staategruppierung innerhalb der Bewegung herausgebildet hat, die sich einem prinzipiellen Antiimperialismus verpflichtet weiß, bleiben die Nichtpaktgebundenen freilich auch nach Havanna ein heterogenes Gebilde. Die politische Bandbreite ihrer Mitgliedsländer reicht bis hin zu einer Gruppierung großbourgeoiser, proimperialistischer Regimes wie Argentinien, Singapur und Ägypten, dessen Ausschluß gerade noch verhindert werden konnte. Hinzu kommen Länder wie Indien, das aufgrund seiner besonderen Beziehungen zur Sowjetunion und seiner historischen Erfahrungen mit der chinesischen Aggressionspolitik freilich eine besondere Rolle spielt. Unter den Bedingungen der Gewichtsveränderung zugunsten der fortschrittlichen Kräfte innerhalb der Bewegung fällt es den bürgerlichen Kräften jedoch immer schwerer, sich offen als Propagandisten imperialistischer Positionen zu betätigen, wenn sie nicht in die Isolierung — wie Ägypten — geraten wollen. Eine absolute, fast schon kuriose Ausnahme bildete es in Havanna, wenn der Außenminister der Elfenbeinküste im Plenum ausführte, die Bewegung solle für Frieden und Neutralität kämpfen und sich dabei die Schweiz zum Modell nehmen, um sich dann gegen Versuche zu wenden, die angeblich darauf hinausliefen, die Bewegung in eine sozialistische umzuwandeln.⁶

Derartigen Thesen war bereits durch die Rede Fidel Castros zur Eröffnung (Wortlaut siehe nachstehend) gleichsam der Wind aus den Segeln genommen worden. Gegen die Propagandathese gewandt, Kuba wolle die Bewegung in ein Werkzeug der sowjetischen Politik umfunktionieren, bezog er eine Position absoluter Unabhängigkeit, die dennoch kein Wort der Distanzierung vom sozialistischen Lager enthielt, sondern offensiv die Ge-

meinsamkeit in den wichtigsten Zielen und objektiven Interessenlagen herausstrich.

Der konsequente Antiimperialismus, der in Havanna so überhörbar wie noch nie vorgetragen wurde, hat sich auch in den Beschlüssen niedergeschlagen.

Die in der Kampucheefrage gefundene Lösung, den Sitz des Landes unbesetzt zu lassen, kann als diplomatischer Erfolg Kubas angesehen werden. Damit war zugleich sichergestellt, daß die Verabschiedung konkreter Beschlüsse zu den wichtigsten Konfliktschauplätzen nicht verschleppt werden konnte. Die VI. Gipfelkonferenz verabschiedete eine allgemeine Abschlußdeklaration, eine Wirtschaftliche Deklaration und verschiedene Resolutionen zu Einzelfragen. In allen diesen Beschlüssen werden konstruktive Auswege gewiesen und wichtige Vorschläge unterbreitet, die auf Dauer in der Weltpolitik nicht mehr ignoriert werden können. In den Dokumenten wird alten Positionen und Forderungen neues Gewicht verliehen, die noch immer ihrer Realisierung harren.

Ganz oben steht die Bekräftigung der Bereitschaft der Nichtpaktgebundenen zur Unterstützung der **nationalen Befreiungsbewegung**, insbesondere der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), der SWAPO Namibias und der Patriotischen Front Zimbabwes.⁷ Erstmals solidarisieren sich die Nichtpaktgebundenen mit dem Befreiungskampf der westsaharaischen Frente POLISARIO.⁸ Die Konferenz verurteilte die sog. internen Lösungen in Zimbabwe und Namibia ebenso wie die fortgesetzte politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit der USA, Großbritanniens, Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland und Israels mit dem Apartheidregime in Südafrika. Den sozialistischen Ländern und den skandinavischen Staaten wurde demgegenüber für ihre Unterstützung der Befreiungsbewegungen gedankt.

Einen besonderen Stellenwert erlangte die Diskussion über das **Nahostproblem**. Hier bekräftigten die Nichtpaktgebundenen ihren Standpunkt, daß die Palästinafrage das Kernproblem des Nahostkonflikts darstellt, verlangten erneut den sofortigen Rückzug Israels aus allen im Juni 1967 besetzten Gebieten und forderten die Anerkennung der PLO als der einzig legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes.

Das Camp David-Abkommen zwischen Ägypten, Israel und den USA wird scharf verurteilt, während der UN-Sicherheitsrat zur Verhängung von Sanktionen gegen Israel aufgrund der UN-Charta Kapitel 7: („Bedrohung des Weltfriedens“) aufgefordert wird. Für den Fall, daß der Westen im Sicherheitsrat weiterhin die Durchsetzung von Resolutionen der UN-Vollversammlung zum Nahostproblem blockieren sollte, werden die Nichtpaktgebundenen die Initiative zur Einberufung der Sondervollversammlung über Palästina ergreifen. Umstritten war der Ausschlußantrag gegen Ägypten, der vertagt wurde, wenngleich Sadats Separatfriedenspolitik mit Israel als im Widerspruch zu den Prinzipien der Nichtpaktgebundenheit verurteilt wurde.⁹

Zu **Lateinamerika**, dessen Gewicht mit der Aufnahme Nikaraguas, Boliviens und Grenadas erneut gestärkt worden ist, befassten sich die wichtigsten Beschlüsse mit der Auflösung kleiner Restbastionen des Kolonialismus wie Puerto Rico, Belize usw. Darüber hinaus wird die unverzügliche Auflösung der US-Militärstützpunkte auf Puerto Rico und Kuba (Guantanamo) verlangt. Die Staats- und Regierungschefs verurteilten scharf die noch bestehende westliche Blockade gegen Kuba und forderten ihre unverzügliche Aufhebung. Schließlich wird dem chilenischen Volk weiterhin Solidarität im antifaschistischen Widerstandskampf versichert, während für Nikaragua ein Programm der Aufbauhilfe in Angriff genommen wurde.

Auf dem Gebiet der **Sicherheitspolitik** hielten die Nichtpaktgebundenen an ihrem Konzept der Schaffung von „Zonen des Friedens“ im Mittelmeer, im Indischen Ozean und auch in Südostasien fest. Sie betrachten dies als logische Konsequenz, nachdem die Paktsysteme CENTO und SEATO inzwischen aufgelöst sind und somit auch der konkret-historische Ausgangs- und Bezugspunkt der Nichtpaktgebundenheit weggefallen ist. Dar-

Institutionen

Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs: Die Gipfelkonferenz ist das oberste beschlußfassende Gremium der Bewegung. Sie tritt in der Regel alle drei Jahre zusammen und wird langfristig vorbereitet.

Koordinierungsbüro: Das Koordinierungsbüro wurde auf dem Algier-Gipfel als permanentes Organ der Bewegung geschaffen. Es ist das wichtigste Organ zwischen den Gipfelkonferenzen und den Außenministertreffen. Es umfaßt 36 Mitglieder, die nach geographischen Gesichtspunkten und nach dem Rotationsprinzip auf den Gipfelkonferenzen gewählt werden. Das Koordinierungsbüro hat nach einem Beschluß des Colombo-Gipfels die Aufgabe, die Anwendung der von den Gipfelkonferenzen getroffenen Entscheidungen zu überwachen, die Aktivitäten der nichtpaktgebundenen Staaten in Bezug auf die Anwendung dieser Beschlüsse zu koordinieren und den nächsten Gipfel bzw. das nächste Ministertreffen vorzubereiten.

Präsidentenschaft: Präsident der Nichtpaktgebundenen, der Gipfelkonferenzen und des Koordinierungsbüros ist jeweils der Staats- bzw. Regierungschef des Landes, in dem die Gipfelkonferenz abgehalten wird. Er ist bis zum Beginn des folgenden Gipfels im Amt. Er beruft die Tagungen des Koordinierungsbüros und der Gruppe der nichtpaktgebundenen Länder bei den Vereinten Nationen ein und ist der Sprecher der Bewegung, insbesondere bei den UN-Sitzungen.

Konsensprinzip: Die Nichtpaktgebundenen entscheiden nach dem Konsensprinzip, wonach jeder Vorschlag als angenommen gilt, dem nicht formell widersprochen wird. Darüber hinaus hat jedes Mitglied die Möglichkeit, gegen bestimmte Formulierungen, Einschätzungen und Absichtserklärungen der Grundsatzdokumente Vorbehalte zu Protokoll zu geben. Im Gegensatz zum formellen Einspruch bringt das Mittel des Vorbehalts das Dokument nicht zu Fall.

Konferenz von Bandung



Bandung 1955: Mitbegründer Nasser/Ägypten (l.) und Nehru/Indien

Auf Initiative der Ministerpräsidenten Indiens, Indonesiens, Pakistans, Burmas und Ceylons treffen sich vom 18.—24. April 1955 in Bandung/Indonesien Staats- und Regierungschefs bzw. Vertreter nationaler Unabhängigkeitsbewegungen aus 29 Ländern Asiens und Afrikas. Zum erstenmal in der Geschichte versammeln sich hier Vertreter der Dritten Welt, um selbständig Themen wie Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus, Kampf um den Frieden, Festigung der politischen Unabhängigkeit durch umfassende Zusammenarbeit, friedliche Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und Kampf gegen den Rassismus zu beraten. Die in der dort verabschiedeten „Deklaration über die Förderung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit“ festgelegten zehn Prinzipien der friedlichen Koexistenz gehen als „Geist von Bandung“ in die Geschichte ein.

I. Gipfelkonferenz in Belgrad/Jugoslawien

Im Mittelpunkt dieses eigentlichen Gründungstreffens der Nichtpaktgebundenen, das unter Teilnahme von 25 Staaten und 35 nationalen Unabhängigkeitsbewegungen vom 1.—6. September 1961 in der jugoslawischen Hauptstadt stattfindet, steht neben der Definition des Selbstverständnisses der Nichtpaktgebundenen ihr Beitrag zum Kampf gegen Kolonialismus und kalten Krieg sowie zur Sicherung des Weltfriedens. Die Teilnehmerstaaten bestätigen die auf einem Vorbereitungstreffen zwischen Nasser, Tito, Sukarno, Nehru und dem afghanischen Staatschef im Juni 1961 in Kairo festgelegten Kriterien für ein nichtpaktgebundenes Land: „1. Seine Politik muß unabhängig sein, auf friedlicher Koexistenz und Nichtanbindung (non-alignment) basieren. 2. Es muß die nationalen Befreiungsbewegungen unterstützen. 3. Es darf nicht Mitglied irgendeines militärischen Bündnisses sein, wodurch es in die Streitigkeiten der Großmächte verwickelt wird. 4. Es darf nicht Mitglied eines bilateralen Bündnisses mit einer Großmacht oder Mitglied eines regionalen Verteidigungsbündnisses sein. 5. Auf seinem Gebiet dürfen sich keine ausländischen Stützpunkte befinden.“ Angesichts der von den USA initiierten Wirtschaftsblockade und der gemeinsam mit konterrevolutionären Exilkubanern organisierten Invasion Kubas bekräftigen die Nichtpaktgebundenen u. a. das Recht der Völker auf Selbstbestimmung und einen Entwicklungsweg nach eigener Wahl. Sie solidarisieren sich mit dem Befreiungskrieg des algerischen Volkes, verurteilen die portugiesische Kolonialpolitik und die konterrevolutionäre Einnischung im Kongo. In einem an Chruschtschow und Kennedy gerichteten „Appell zum Frieden“ fordern sie zu Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA zur Beseitigung der Kriegsgefahr auf.

II. Gipfelkonferenz in Kairo/Ägypten

Die infolge der Siege der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen und des Zusammenschlusses der neuen Staaten in der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), die sich in ihrer Satzung zum Prinzip der Nichtpaktgebundenheit in der Außenpolitik bekennt, auf 47 Mitgliedsländer angewachsene Bewegung beschließt auf ihrer Kairoer Konferenz vom 5.—10. Oktober 1964 ein „Programm für den Frieden und die internationale Zusammenarbeit“. In diesem Programm rückt die gemeinsame Aktion für die Befreiung der noch abhängigen Länder, für die Beseitigung von Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus als positives Prinzip der Nichtpaktgebundenheit in den Vordergrund. Zum erstenmal werden in einem Forderungskatalog zur Rassendiskriminierung und Apartheidpolitik Sanktionen gegen die Republik Südafrika verlangt. Im friedenspolitischen Teil des Programms wird u. a. die Schaffung atomwaffenfreier Zonen gefordert. Die imperialistische Stützpunktpolitik wird verurteilt, darunter die Okkupation Guantanos als US-Stützpunkt auf Kuba.

III. Gipfelkonferenz in Lusaka/Sambia

15 Jahre nach Bandung zienen 24 Mitgliedsländer vom 8.—10. September 1970 in der sambischen Hauptstadt Bilanz ihrer Bewegung. Die Aufmerksamkeit konzentriert sich auf die Restbastionen des Kolonialismus und Rassismus im südlichen Afrika. Verurteilt werden die Aggressionskriege im Nahen Osten und in Indochina. In einer Resolution wird der Rückzug Israels aus den im Oktoberkrieg 1967 besetzten Gebieten gefordert. Die Nichtpaktgebundenen manifestieren ihre Solidarität mit dem vietnamesischen Volk und fordern den „unverzüglichen, vollständigen und bedingungslosen Rückzug aller ausländischen Streitkräfte aus Vietnam, um dem vietnamesischen Volk zu erlauben, sein Selbstbestimmungsrecht ohne ausländische Einnischung auszuüben.“ In der Abschlußdeklaration des Treffens deutet sich eine neue Dimension der nichtpaktgebundenen Politik an, die nach der weitgehend erlangten staatlichen Selbständigkeit der ehemaligen Kolonialhändler immer mehr in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten tritt, der Kampf um ökonomische Unabhängigkeit: „Die ökonomische Kluft zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern,“ heißt es, „vergrößert sich ständig; die Reichen werden immer reicher und die Armen bleiben im Elend.“

IV. Gipfelkonferenz in Algier/Algerien

Der Algiergipfel, an dem vom 5.—9. September 1973 75 Mitgliedsländer teilnehmen, ist der Gipfel des Kampfes um eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung. „Der Imperialismus“, heißt es in der Diagnose des in Lusaka nur beschriebenen Zustandes, „ist immer das größte Hindernis auf dem Weg der Emanzipation und des Fortschritts der Entwicklungsländer, die darum kämpfen, ein Lebensniveau zu erlangen, das den elementarsten Normen des Daseins und der menschlichen Würde entspricht.“ Die vom Algier-Gipfel geforderte Neue Internationale Wirtschaftsordnung wird von den Nichtpaktgebundenen im kommenden Jahr in der UNO durchgesetzt. Zugleich beginnt auf dem IV. Gipfel die Diskussion um ein neues politisches Selbstverständnis der Nichtpaktgebundenen. In einer historischen Rede erklärt Fidel Castro, die wirkliche Trennung verlaufe nicht zwischen „Armen“ und „Reichen“, „Großen“ oder „Kleinen“, sondern zwischen „kapitalistischen Ländern und sozialistischen Ländern, imperialistischen Ländern und kolonialisierten Ländern, reaktionären Ländern und fortschrittlichen Ländern; in einem Wort zwischen Regierungen, die den Imperialismus, den Kolonialismus, den Neokolonialismus und den Rassismus unterstützen, und Regierungen, die dagegen sind.“



Algeriens H. Boumediene führte den Vorsitz auf dem IV. Gipfel 1973; Präsidenten I. Gandhi/Indien (l.) und A. Neto/Angola auf dem V. Gipfel in Colombo 1976

V. Gipfelkonferenz in Colombo/Sri Lanka

Das Gewicht der konsequent antiimperialistischen Kräfte wird auf der Colombo-Konferenz durch die Neuaufnahme Angolas, Moçambiques, Vietnams und anderer Länder gestärkt. Die nunmehr 85 Mitglieder der Bewegung beraten vom 16.—19. August 1976. Sie bekräftigen die Orientierung auf die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung. Vor dem Hintergrund der imperialistischen Bremsversuche entwerfen sie ein Programm der kollektiven Eigenständigkeit, das ihre Forderungen auch materiell „aus eigener Kraft“ untermauern soll. Nicht minder bedeutsam sind die politischen Beschlüsse. Die Nichtpaktgebundenen fordern die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz. Als erste Befreiungsbewegung erlangt die PLO die Vollmitgliedschaft und wird in das Koordinierungsbüro der Nichtpaktgebundenen gewählt.

über hinaus wird der Abschluß von SALT II begrüßt und die Ausdehnung des Entspannungsprozesses auf die Dritte Welt gefordert.

Die **Entspannungs- und Abrüstungspolitik** ist die Brücke zum Kampf um eine NIWO und zur Lösung der Entwicklungsfragen — Problembereiche, die in Havanna keineswegs unter den Tisch gefallen sind, sondern wo sogar neue Akzente gesetzt wurden. In den Dokumenten wird das Wettrüsten als unvereinbar mit den Bemühungen um die Errichtung einer NIWO bezeichnet, was nach wie vor als eine der „wichtigsten und dringendsten Aufgaben, mit denen die Nichtpaktgebundenen konfrontiert sind“, begriffen wird. Scharf haben deshalb die Staats- und Regierungschefs der Dritten Welt die unflexible Position der Mehrheit der Industrieländer auf der V. Welthandelskonferenz (UNCTAD) im Mai/Juni 1979 in Manila¹⁰ verurteilt. Notwendig ist nach ihrer Ansicht die Suche nach neuen Verhandlungsformen, wobei sie sich strikt gegen den Versuch wenden, die Debatte um die Durchsetzung der NIWO aus den Organen der UNO herauszuverlagern.

Erstmals in dieser Form und Offenheit ist in Havanna das Problem der Betroffenheit der armen Entwicklungsländer von der **Energiekrise** diskutiert worden. Den entscheidenden Anstoß dazu gab Fidel Castro in seiner Eröffnungsrede mit einem Appell an die OPEC-Mitglieder in der Bewegung. Davon, in welcher Weise dieses Problem in den nächsten Monaten und Jahren **innerhalb** der Dritten Welt, d. h. durch entsprechende Vereinbarungen zwischen den erdölexportierenden und übrigen Entwicklungsländern gelöst werden wird, hängt es ab, ob es den imperialistischen Staaten in Zukunft gelingen wird, die Einheit der Dritten Welt an dieser Frage aufzuspalten. Der Wille zum Widerstand gegen derartige Fraktionsversuche war in Havanna jedenfalls vorhanden.

Derartige ökonomische Fragen sind zugleich von erheblicher politischer Bedeutung. Sie können nicht im Rahmen von rein ökonomischen Gruppierungen wie der Gruppe der 77¹¹ gelöst werden. Sie fordern bewußte politische Weichenstellungen und Orientierungen, wie sie nur ein politischer Zusammenschluß

von Staaten wie die Bewegung der Nichtpaktgebundenen geben kann. In diesem Sinne und bezogen auf den historischen Kontext, in dem Wirtschaftsfragen zur hochpolitischen Angelegenheit geworden sind, heißt es in der Wirtschaftlichen Deklaration von Havanna: „Der Kampf für die Beseitigung des ungerechten internationalen Wirtschaftssystems und für die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung ist ein integraler Bestandteil des Kampfes der Völker für die politische, ökonomische, kulturelle und soziale Befreiung.“¹²

An dieser Maxime wird man den Fortgang der Auseinandersetzung um die Neue Weltwirtschaftsordnung zukünftig messen müssen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Afrique Asie, Paris, Nr. 196/17. 9. 1979, S. 25. Der vorliegende Beitrag versteht sich als vertiefende Ergänzung der Einschätzungen in AIB, Nr. 9 und 10/1979.
- 2) Vgl. dazu die Dokumente der Gipfelkonferenzen von Bandung, Belgrad und Kairo, in: Die afro-asiatische Solidaritätsbewegung, Berlin 1968
- 3) Vgl. Rede Fidel Castros auf der IV. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen in Algier 1973, in: F. Castro, Ausgewählte Reden, Berlin 1976, S. 70—78
- 4) Nach: Summary of the Basic Agreements Reached at the 6th Summit, in: Granma, Weekly Review, Havanna, 16. 9. 1979, S. 6
- 5) Afrique Asie, a. a. O., S. 38
- 6) Vgl. Granma, a. a. O., S. 10
- 7) Die Patriotische Front Zimbabwes ist nach der SWAPO und der PLO die dritte Befreiungsbewegung, die einen Status der Vollmitgliedschaft erlangt hat.
- 8) Die wurde möglich nach dem OAU-Gipfel von Monrovia, vgl. AIB, Nr. 10/1979
- 9) Die Ägyptenfrage soll jetzt vom Koordinierungsbüro, das von 25 auf 36 Mitglieder erweitert und zu dessen Präsidenten Fidel Castro gewählt wurde, entschieden werden.
- 10) Siehe AIB, Nr. 7—8/1979
- 11) 1964 gebildeter Zusammenschluß von 77 Entwicklungsländern, inzwischen erweitert auf 120.
- 12) Zit. nach: Granma, Havanna, 11. 9. 1979, S. 1

Kampftruppen auf Kuba?

Wieder einmal rasseln die USA in der Karibik mit dem Säbel. Vor der kubanischen Küste werden ostentativ Marine-Manöver abgehalten. Die Luftüberwachung Kubas wird verschärft und Marineinfanterie wird in dem widerrechtlich besetzten Flottenstützpunkt Guantanamo (Kuba) unter Kampfbedingungen Landübungen durchführen. Als Grund wird die Stationierung einer „Kampfbrigade“ der Armee der UdSSR in Kuba angeführt.

Dazu erklärte der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro jedoch unmißverständlich: „Diese militärische Einrichtung ist 1962 auf der Grundlage eines im Oktober desselben Jahres vereinbarten Abkommens und im Rahmen des Status quo nach der Oktoberkrise entstanden. Von der Existenz dieser Einrichtung wußten der CIA, wußten die Präsidenten Kennedy, Johnson, Nixon, Ford und auch Carter mußte natürlich davon gewußt haben.“ US-Präsident Carter hat dies auch nicht bestritten, intensiviert jedoch seine provokatorischen Maßnahmen. Warum, und warum zu diesem Zeitpunkt?

Die ersten Meldungen über die angebliche Kampfbrigade wurden wenige Tage vor Beginn des VI. Gipfel-Treffens der nichtpaktgebundenen Staaten in La Habana lanciert. Sie waren deutlich als ein Teil der Bemühungen der USA erkennbar, das Gipfeltreffen zu stören, und hatten demnach auch keinen Einfluß auf den Verlauf der Konferenz. Zu stark ist dafür bereits diese weltweite Bewegung, und zu groß das Ansehen Kubas in der Welt, als daß durch solche CIA-Machenschaften das Urteil von Regierungen und Völkern wirksam beeinflusst werden könnte. Also nur eine durchsichtige Propaganda-Aktion, die von Carter in ungeschickter Weise, möglicherweise aus innenpolitischen Gründen, nicht schnell beendet werden konnte? Oder eine Aktion Kalter Krieger, um SALT II zu ver- oder behindern? Bestimmt auch, aber nicht nur.

Lateinamerika ist nicht mehr der Hinterhof der USA, und damit haben sich mindestens einflußreiche Kreise in den USA nicht abgefunden. Sichtbarster Ausdruck für das Streben nach Unabhängigkeit der Völker Lateinamerikas ist das sozialistische Kuba, und gerade des-

halb ist dieses Land ständig Zielscheibe von Aggressionen und Provokationen seitens der USA. Wenn auch eine neue Schweinebucht heute nicht mehr möglich ist, die völkerrechtswidrige Wirtschaftsblockade halten die USA immer noch gegen Kuba aufrecht.

Deutlich wird die Veränderung der Situation in Lateinamerika auch an den Beschlüssen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS): Vor weniger als 20 Jahren war sie ein verlängerter Arm des US-Außenministeriums, und 1979 hat sie die militärische Intervention der USA in Nicaragua verhindert, mit der ein Sieg der FSLN (Sandinistische Front der Nationalen Befreiung; d. Red.) unterlaufen werden sollte. Der Sieg des Volkes Nicaraguas über die Somoza-Diktatur, der danach folgende Aufschwung der revolutionären Bewegungen in El Salvador und Guatemala bis hin zum Abbau der US-Präsenz in Panama und die unabhängige Energiepolitik Mexikos haben in Washington große Nervosität über die zukünftige Entwicklung Mittelamerikas hervorgerufen. Deshalb bauen die USA verstärkt eine Invasionstruppe auf, deshalb werden die Unterstützungen für korrupte Regimes in Lateinamerika verstärkt, deshalb auch die Provokationen gegenüber Kuba. Einschüchterung im großen Maßstab ist ein wesentliches Ziel der aktuellen Kampagne gegen Kuba.

Dies ist eine gefährliche Politik, durch sie kann ein Konflikt in Lateinamerika leicht zu einer Gefährdung des Weltfriedens werden. Präsident Carter selbst betonte, daß die Sicherung des Friedens Vorrang haben muß, und daß die Entspannungspolitik nicht gefährdet werden dürfe. Damit unverträglich aber ist eine Politik der Drohung und Einschüchterung. Deshalb müssen die Spionage-Flüge und die provokatorischen Manöver eingestellt sowie die Wirtschaftsblockade gegen Kuba aufgehoben werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für die Realisierung dieser Forderungen einzusetzen. Nur so ist die Entspannungs- und Entwicklungspolitik in Lateinamerika weiter wirksam zu entwickeln.

(Quelle: Presseerklärung des Vorstandes der Freundschaftsgesellschaft BRD—Kuba, Bielefeld, 4. 10. 1979)



Rede Fidel Castros

Taten, nicht nur Worte

Exzellenzen,
Gäste,
Genossen.

Es sei mir gestattet, die ersten Minuten dieses feierlichen Anlasses des verstorbenen Präsidenten Houari Boumediene zu gedenken, eines hervorragenden und von uns allen geliebten Freundes, eines Helden der Revolution und des Befreiungskampfes seines Vaterlandes, der so brillant die Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Länder 1973 in Algier geleitet hat und der soviel getan hat für das Prestige und die Stärkung der Nichtpaktgebundenenbewegung. Es ist schmerzlich für uns, daß er nicht mehr mit uns auf Kuba sein kann, um dieses historische Ereignis unserer Bewegung mit uns zu teilen. Ich bitte diese wertere Konferenz, sein Andenken mit einer Schweigeminute zu ehren.

Herr Präsident Junius Jayawardene, ich möchte Ihnen unseren aufrichtigen Dank zum Ausdruck bringen für Ihre ständige Sorge um das Schicksal unserer Bewegung und für die demokratische Wahrung der unterschiedlichen Komponenten dieser einflußreichen Vereinigung von Ländern und für die Umsicht, die Sie gerade in jenen schwierigen Situationen, denen sich unsere nichtpaktgebundenen Länder in den vergangenen drei Jahren gegenüber sahen, gezeigt haben. Das war eine schwere Bürde. Trotz seiner Abwesenheit und der wirtschaftlichen Probleme hat sich Ihr kleines Land in nobler Weise bemüht, der ehrenvollen Verantwortung, die ihm anvertraut worden ist, gerecht zu werden.

Ich danke Ihnen allen für die große Ehre, die Sie uns mit Ihrer Anwesenheit hier erweisen. Ich begrüße Sie herzlichst und heiße Sie im Namen unseres Volkes willkommen. Auch bringen wir den neuen Ländern, die auf dieser Konferenz in unsere machtvolle Bewegung aufgenommen wurden, brüderliche Gefühle entgegen: Das sind der Iran und Pakistan, die sich uns angeschlossen, nachdem der Schah vom Thron gestürzt worden und die aggressive, reaktionäre Militärallianz CENTO zerbrochen ist; Surinam, Bolivien, das kleine und mutige Grenada; und das unbeugsame Volk von Nicaragua, wo die Spuren des historischen Marsches der heldenhaften, selbstaufopfernden Kämpfer noch frisch sind, eines Marsches, der Sandinos Heimatland die Freiheit und unserem Amerika Ehre und Würde gebracht hat. Äthiopien und Afghanistan gehören uns jetzt in ihrer neuen, revolutionären Qualität an, und die Patriotische Front von Zimbabwe hat jetzt einen vollen Mitgliederstatus. Unsere Familie wächst und nimmt an Qualität zu, und so soll es auch sein.

Die Philippinen, St. Lucia, Dominika und Kostarika sind neue Beobachter und wir haben eine Anzahl von Gästen, darunter zum erstenmal Spanien. Dessen Geste, eine Delegation zu dieser Konferenz zu senden, betrachten wir als eine Hoffnung auf freundschaftliche und nützliche Beziehungen mit allen Völkern der Welt und darauf, daß es sich nicht in den aggressiven NATO-Militärblock hineinziehen lassen wird, was nur die bril-

lante Zukunft dieses selbstaufopfernden Volkes bedrohen würde, eines Volkes, dessen historische, kulturelle und Blutbande ein so fester Bestandteil unseres Amerika sind. Wir brauchen auch Freunde im industrialisierten Westeuropa, die nicht vor den imperialistischen Karren gespannt sind.

94 Staaten und Befreiungsbewegungen sind hier an dieser VI. Gipfelkonferenz als vollberechtigte Mitglieder vertreten, sie ist deshalb die Gipfelkonferenz mit der breitesten Teilnahme und die mit der größten Anzahl von Führern Nichtpaktgebundener und nationaler Befreiungsbewegungen, die je abgehalten wurde.

Das ist kein Tatbestand, den sich unser kleines Land als Verdienst anrechnen könnte, sondern das ist eher ein unfehlbares Zeichen für die Kraft, die Stärke und das Ansehen der Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder.

Warum die Intrigen gegen das Gastgeberland Kuba?

Alle Anstrengungen die Gipfelkonferenz von Havanna zu sabotieren, haben sich als nutzlos erwiesen. Die ganzen Druckmaßnahmen, hektischen diplomatischen Bemühungen und Intrigen, um zu verhindern, daß diese Konferenz in unserem Land abgehalten wird, waren vergeblich. Die Yankee-Imperialisten und ihre alten und neuen Verbündeten — ich verweise in diesem Falle auf die chinesische Regierung — wollten nicht, daß diese Konferenz in Kuba stattfindet.

Sie gingen in ihrem schmutzigen Ränkespiel soweit, zu behaupten, daß Kuba die Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder zu einem Werkzeug sowjetischer Politik machen wolle. Wir wissen nur zu gut, daß sich die US-Regierung sogar eine Kopie des Entwurfs der Abschlusserklärung beschafft hat, die von Kuba entworfen wurde, und fieberhafte diplomatische Kontakte anstrenge, um sie abzuändern. Wir haben unwiderlegbare Beweise hierfür.

Der Entwurf, der allen Mitgliedsländern früher als vor jeder anderen Konferenz unterbreitet wurde und der dann überarbeitet zurückkam, damit die eingegangenen vielen Vorschläge eingearbeitet werden konnten, ist ein guter Entwurf, obwohl er noch weiter verbesserungsbedürftig ist. Verbesserung bedeutet, ihn zu stärken, nicht ihn zu schwächen. Doch wie auch immer, seit wann haben die Vereinigten Staaten das Recht, sich in die Bewegung der Nichtpaktgebundenen einzumischen und zu diktieren, wie unsere Dokumente abgefaßt sein sollen?

Was ist der Grund für die reaktionäre Opposition gegen Kuba? Kuba ist ein Land, das keinen Zweifel an seinem Verhältnis zu den Imperialisten aufkommen läßt; Kuba hat nie aufgehört eine Politik der engen Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen, und jeder gerechten Sache unserer Zeit zu praktizieren. Kuba hat nie aufgehört, seine politischen Prinzipien mit Entschlossenheit, Energie, Würde, Aufrichtigkeit und Mut zu

verteidigen, noch hat es in über 20 Jahren aufgehört gegen die Aggression und die Blockade zu kämpfen, die ihm von dem mächtigsten imperialistischen Land der Welt auferlegt wurde, weil Kuba nur 90 Meilen von der Küste dieses Landes entfernt, eine wahre politische und soziale Revolution vollbracht hat.

Es ist nur zu bekannt, von den Vereinigten Staaten zugegeben und offiziell veröffentlicht worden, daß die Regierenden dieses Landes jahrelang mit der Organisation und den Methoden der Verschwörung beschäftigt waren, um die Führer der kubanischen Revolution zu ermorden. Dabei benutzten sie die raffiniertesten Mittel der Verschwörung und des Verbrechertums. Obwohl diese Taten durch den US-Senat untersucht und an die Öffentlichkeit gebracht wurden, hat es die US-Regierung bis heute noch nicht für nötig befunden, irgendeine Entschuldigung für diese schmachvollen und unzivilisierten Handlungen abzugeben.

Der wahre Maßstab für ein revolutionäres Volk — die untadelige Führung eines Landes, das nicht bestochen, gekauft oder eingeschüchtert werden kann — ist der Haß, den ihm die Imperialisten entgegenbringen.

In unseren internationalen Beziehungen bringen wir unsere Solidarität mit Taten und nicht mit schönen Worten zum Ausdruck. Kubanische Spezialisten arbeiten zur Zeit in 28 Ländern, die unserer Bewegung angehören. Der überwiegenden Mehrheit dieser Länder wird diese Zusammenarbeit, wegen ihrer begrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten, unentgeltlich gewährt, trotz unserer eigenen Schwierigkeiten. Derzeit hat Kuba zweimal soviel Ärzte im Ausland arbeiten wie die UN-Weltgesundheitsorganisation. Edle, aufopferungsvolle Kubaner sind tausende von Meilen von ihrer Heimat entfernt gestorben, als sie Befreiungsbewegungen unterstützten, die gerechte Sache anderer Völker verteidigten, und als sie den Expansionismus der Rassisten von Südafrika und andere Formen imperialistischer Angriffe auf die Menschenwürde, die Integrität und die Unabhängigkeit von Brudernationen bekämpften. Sie symbolisieren die Reinheit, die Selbstlosigkeit, die Solidarität und das internationalistische Bewußtsein, Eigenschaften, welche die Revolution in unserem Volk hervorgebracht hat.

Wir zwingen niemandem unser System auf

Welche Vorwürfe kann man Kuba machen? Daß es ein sozialistisches Land ist? Ja, wir sind ein sozialistisches Land, aber wir zwingen niemanden, weder innerhalb noch außerhalb der Bewegung, unsere Ideologie oder unser System auf. Und Sozialist zu sein, ist nichts, dessen man sich schämen müßte. Daß wir in Kuba eine radikale Revolution vollbracht haben? Ja, wir sind radikale Revolutionäre, aber wir versuchen unseren Radikalismus niemandem, schon gar nicht der nichtpaktgebundenen Bewegung aufzuzwingen.

Daß wir brüderliche Beziehungen zur Sowjetunion und zur sozialistischen Gemeinschaft unterhalten? Ja, wir sind Freunde der Sowjetunion. Wir sind dem sowjetischen Volk zutiefst dankbar, weil uns seine großzügige Zusammenarbeit geholfen hat, zu überleben, und aus einigen sehr schwierigen und entscheidenden Perioden im Leben unseres Volkes siegreich hervorzugehen, als wir sogar in Gefahr schwebten, vernichtet zu werden. Kein Volk hat das Recht, undankbar zu sein. Wir sind der glorreichen Oktoberrevolution dankbar, denn sie leitete eine neue Ära in der Geschichte der Menschheit ein. Sie ermöglichte es, den Faschismus zu besiegen, und sie schuf die neue Weltlage, in der der aufopferungsvolle Kampf der Völker zum Zusammenbruch des verhaßten Kolonialsystems führte. Das zu ignorieren, heißt die Geschichte selbst ignorieren.

Nicht nur Kuba, sondern auch Vietnam; die attackierten arabischen Länder; die Völker der ehemaligen portugiesischen Kolonien; die revolutionären Prozesse in vielen anderen Ländern überall auf der Welt; und die Befreiungsbewegung, die gegen Unterdrückung, Rassismus, Zionismus und Faschismus in Südafrika, Namibia, Zimbabwe, Palästina und sonstwo kämpft,

haben der sozialistischen Solidarität viel zu verdanken. Ich frage mich, ob die Vereinigten Staaten oder irgendein anderes NATO-Land jemals einer einzigen Befreiungsbewegung irgendwo in der Welt geholfen haben?

Ich bin in der Tat überzeugt, und habe das schon bei anderen Gelegenheiten gesagt, daß ohne die Macht und den Einfluß, welche von der sozialistischen Gemeinschaft heute ausgehen, der Imperialismus, getrieben von der Wirtschaftskrise und der Knappheit an grundlegenden Rohstoffen, nicht vor einer Neuaufteilung der Welt zurückschrecken würde. Das hat er schon mehr als einmal bewiesen. Er droht sogar wieder damit und, um dies wahrzumachen, stellt er spezielle Interventionstruppen auf, die auf bedrohliche Weise gegen die erdölexportierenden Länder gerichtet sind. Um ein Beispiel dafür zu nennen: Die Vereinigten Staaten haben einseitig beschlossen, nicht mehr als eine 3-Meilen-Zone als Hoheitsgewässer zu respektieren.

Der sozialistischen Solidarität viel zu verdanken

Wenn die Mitgliedschaft in der nichtpaktgebundenen Bewegung davon abhinge, unsere tiefsten Ideen und Überzeugungen aufzugeben, dann wäre es für mich oder irgendeinen von Ihnen keine Ehre, ihr anzugehören. Kein Revolutionär hat das Recht, ein Feigling zu sein.

Es gibt Einige, die aus dem Opportunismus eine Kunst gemacht haben. Wir kubanischen Revolutionäre sind keine Opportunisten, und werden es nie sein. Wenn immer es nötig sein sollte, werden wir unsere eigenen nationalen wirtschaftlichen Interessen zurückstellen, um ein gerechtes Prinzip oder eine ehrenhafte politische Position zu verteidigen. Wir Kubaner werden niemals das zurücknehmen, was wir gestern gesagt haben, noch werden wir heute etwas sagen und morgen etwas anderes tun. Wir sind entschieden antiimperialistisch, antikolonialistisch, antineokolonialistisch, antirassistisch, antizionistisch und antifaschistisch, weil diese Prinzipien Bestandteil unseres Denkens sind; sie verkörpern das Wesen und den Ursprung der Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder und haben seit der Gründung ihr Leben und ihre Geschichte geprägt. Diese Prinzipien sind ebenfalls untrennbar mit dem Leben und der Geschichte der Völker verbunden, die wir hier vertreten.

War irgendein Land, das jetzt unserer Bewegung angehört, vor 35 Jahren wirklich unabhängig? Gibt es irgendein Mitglied, das den Kolonialismus, Neokolonialismus, Faschismus, rassische Diskriminierung oder imperialistische Aggression, ökonomische Abhängigkeit, Armut, Elend, Analphabetentum und die brutalste Ausbeutung seiner natürlichen und menschlichen Ressourcen nicht am eigenen Leben erfahren hat? Welches Land trägt nicht die Last technologischer Rückständigkeit, eines niedrigeren Lebensstandards als die ehemaligen Metropolen, ungleicher Handelsbeziehungen, von ökonomischen Krisen, Inflation und Unterentwicklung, die unseren Völkern durch Jahrhunderte der kolonialen Ausbeutung und imperialistischer Vorherrschaft aufgezwungen wurden?

Kuba wird an vorderster Front stehen, um diese Prinzipien, die Unabhängigkeit und die einzigartige, angesehene, brüderliche und immer konstruktivere und einflußreichere Rolle der nichtpaktgebundenen Bewegung im internationalen Leben zu verteidigen, damit die energische und gerechte Stimme unserer Völker gehört werden möge.

Mehr noch glaube ich, daß, wenn Sie annähmen, Kuba habe keine eigene Position, sei nicht vollständig unabhängig oder stünde der Konzeption und den Zielen der Bewegung nicht treu und aufrichtig gegenüber, dann hätten Sie nicht Ihre großzügige Kooperation, Ihr Vertrauen, Ihr Interesse und Ihren Enthusiasmus dieser VI. Gipfelkonferenz entgegen gebracht.

Während unseres revolutionären Lebens hat nie jemand versucht, uns vorzuschreiben, was wir tun sollen. Niemand hat jemals versucht, uns zu sagen, welche Rolle wir in der Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder spielen sollen. Niemand hat uns je vorgeschrieben, wann und wie wir die Revolution in un-

serem Land durchführen sollen. Nie hätte jemand das tun können. Aus gleichem Grund kann auch niemand anderes als die Bewegung selbst darüber bestimmen, was, wann und wie etwas geschehen soll.

Wir haben unermüdlich gearbeitet, um die materiellen und politischen Bedingungen zu schaffen, damit dieses Ereignis ein Erfolg wird. Wir haben respektiert und wir werden fortfahren, die Rechte aller Mitglieder der Bewegung voll und ganz zu respektieren. Wir haben gänzlich und gewissenhaft unsere Pflichten als Gastgeberland erfüllt und werden das auch weiterhin tun. Unsere Ansichten werden nicht immer mit denen aller und jedes Einzelnen von Ihnen übereinstimmen. Wir haben viele enge Freunde auf dieser Konferenz, aber auch mit unseren besten Freunden stimmen wir nicht in allem überein. Wir hoffen, daß jeder mit der größten Freiheit und Aufrichtigkeit sprechen wird, und das Gefühl hat, daß er mit Interesse, Respekt und Rücksichtnahme angehört wird. Die Zusammenfassung der Erfahrungen der hier Versammelten können kolossale Ergebnisse hervorbringen. Bestimmte Punkte sind kontrovers und bestimmte Worte mögen hart erscheinen. Wenn irgend etwas, was

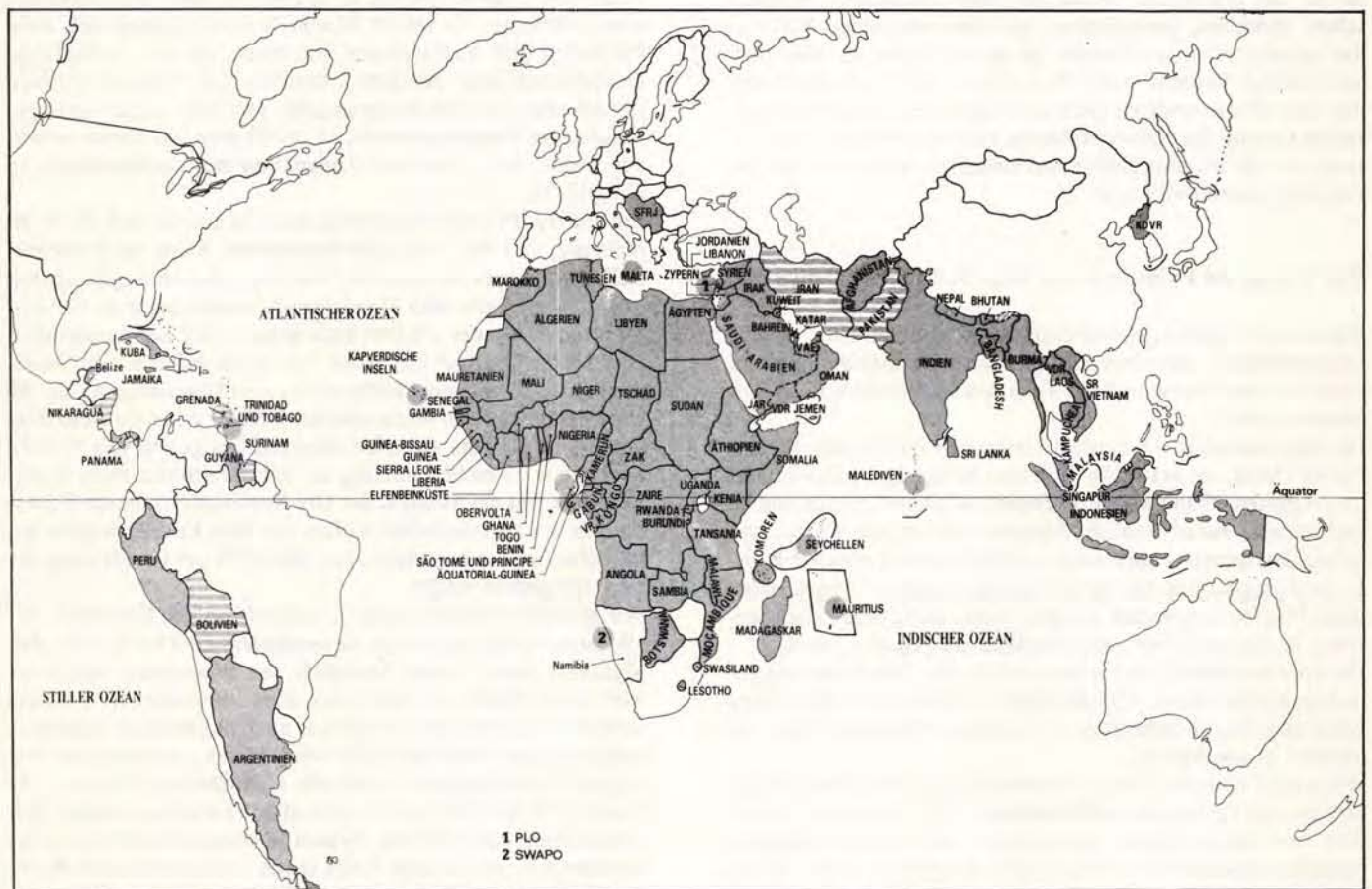
Vietnam ist nach einem 30 Jahre dauernden außergewöhnlichen und bewundernswerten Kampf vereint und frei.

Der Schah ist nicht mehr Schah. Die CENTO ist nicht mehr CENTO. Somoza ist nicht mehr Somoza. Und im kleinen, heldenhaften Grenada ist der Faschist Gairy nicht mehr Gairy. Das sind unzweifelhaft Siege für die Unabhängigkeit, den Fortschritt und die Freiheit. Unsere Sache triumphiert, weil sie gerecht ist!

Der Schah ist nicht mehr Schah . . .

Eine wachsende Anzahl von Völkern schließt sich unserer Bewegung an, nachdem sie die Fesseln des Kolonialismus, Neokolonialismus, Faschismus und anderer Formen der Unterdrückung und Abhängigkeit gesprengt haben. Alle diese Kämpfe sind in der einen oder anderen Weise von der Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder unterstützt worden. Ihre Siege sind auch unsere Siege.

Trotzdem hat der Imperialismus seine zähen Anstrengungen



Mitgliedsländer der Nichtpaktgebundenen (in grau) nach dem Stand vom September 1979; in Havanna neu aufgenommene Mitglieder (mit grau-weißen Streifen markiert)

wir sagen, jemandem mißfällt, bitte verstehen Sie, daß wir nicht die Absicht haben, zu verletzen oder zu kränken. Wir werden mit allen Mitgliedsländern — ohne Ausnahme — zusammenarbeiten, um unsere Ziele zu erreichen und um unsere Resolutionen, die wir annehmen werden, zu erfüllen. Wir werden geduldig, umsichtig, flexibel und besonnen sein. Kuba wird sich an diese Normen während der Jahre seiner Präsidentschaft über die Bewegung halten. Dies erkläre ich kategorisch.

Wir sind gewachsen und weit vorangekommen. Erfreulicherweise sind Moçambique, Angola, Sao Tomé und Príncipe, Guinea-Bissau und die Kapverdischen Inseln nach einem heldenhaften und ungleichen Kampf jetzt völlig unabhängige Länder. Heute sind sie als souveräne Staaten geachtete und einflußreiche Mitglieder unserer Bewegung. Dabei waren sie noch vor sechs Jahren auf der Algier-Gipfelkonferenz lediglich Befreiungsbewegungen.

nicht aufgegeben, die Unterwerfung, Unterdrückung und Okkupation anderer Völker bzw. Länder aufrecht zu erhalten, deren Sache unsere entschlossene Unterstützung erfordert.

An erster Stelle möchte ich das leidgeprüfte, mutige Volk der Palästinenser erwähnen. In diesem Jahrhundert hat es keinen brutaleren Raub des Rechtes eines Volkes auf Frieden und Existenz gegeben. Bitte verstehen Sie, wir sind keine Fanatiker. Die revolutionäre Bewegung hat von jeher gelernt, jegliche rassische Diskriminierung und Pogrome zu hassen. Aus tiefstem Herzen verabscheuen wir die gnadenlose Verfolgung und den Völkermord den die Nazis einst an den Juden verübten. Aber nichts in der neueren Geschichte käme dem näher als die Enteignung, Verfolgung und der Völkermord, den der Imperialismus und der Zionismus seit längerem an den Palästinensern praktizieren. Ihres Bodens beraubt, aus ihrem Land vertrieben, in alle Welt verstreut, verfolgt und ermordet, liefern die heldenhaften Palä-

stinenser ein schlagendes Beispiel der Aufopferung, des Patriotismus, lebende Symbole für das schrecklichste Verbrechen in unserer Ära.

Stück für Stück wurden palästinensischer Boden und Territorien arabischer Nachbarstaaten — Syriens, Jordaniens und Ägyptens — von den Aggressoren besetzt, die bis an die Zähne mit den höchstentwickelten Waffen aus dem US-Arsenal bewaffnet sind.

Die gerechte und palästinensische und arabische Sache ist von der fortschrittlichen Weltmeinung und unserer Bewegung seit fast 20 Jahren unterstützt worden. Nasser war einer der angesehenen Gründer dieser Bewegung. Trotzdem sind alle UN-Resolutionen von den Aggressoren und ihrem imperialistischen Verbündeten verächtlich ignoriert und abgelehnt worden. Der Imperialismus hat versucht, seinen eigenen Frieden aufzuoktroieren, indem er sich des Verrats und der Spaltung bediente. Aber ein bewaffneter, schmutziger, ungerechter, blutiger Friede wird nie ein wahrer Friede sein.

Das Abkommen von Camp David (im September 1978 unterzeichnet von Israel und Ägypten; d. Red.) ist ein flagranter Verrat an der arabischen Sache, am palästinensischen, libanesischen, syrischen, jordanischen, an allen arabischen Völkern, das ägyptische eingeschlossen. Es ist ein Verrat an allen fortschrittlichen Völkern in der Welt, die in den Vereinten Nationen und all den anderen internationalen Foren immer eine gerechte Lösung des Nahostproblems unterstützt haben, eine Lösung, die für alle annehmbar und ehrenhaft sein würde und die von allen garantiert würde.

Der Verrat an Palästina und dem Südlichen Afrika

Ein wahrer Friede im Nahen Osten kann nicht auf einer solchen Ungerechtigkeit, auf einer solchen macchiavellistischen Politik, einem solchen Verrat und auf einer solch schwachen Basis aufgebaut werden.

Der Imperialismus will heute anstelle eines Gendarmen für den Nahen Osten, die arabische Welt und Afrika zwei haben: Israel und Ägypten. Wenn wirklich Frieden zwischen Ägypten und Israel besteht, warum braucht Ägypten dann all die Waffen, die es jetzt bekommt — auch wenn sie nicht so hoch entwickelt und so modern sind wie die, die an die Israelis gehen? Wozu sollen diese Waffen angewandt werden, wenn nicht gegen die Menschen in diesem Gebiet, einschließlich der Ägypter selbst?

Die internationale Politik sollte ethisch sein. Die Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder sollte rundweg das Abkommen von Camp David denunzieren. Irgendeine Moralische Rüge zumindest ist unerlässlich.

Wir waren 10 Jahre Zeugen imperialistischer Manöver, Betrügereien und Verbrechen in **Zimbabwe**. 6 Mio Afrikaner werden dort von einer kleinen, arroganten und völkermordenden rassistisch-faschistischen Minderheit unterdrückt. Wir sollten entschieden die sog. interne Lösung und Muzorewas Marionettenregime, welches eine Farce des Bewußtseins Afrikas darstellt, verurteilen und ablehnen, und sollten der Patriotischen Front vom Zimbabwe — dem einzig rechtmäßigen Vertreter des Volkes — die umfassende Unterstützung und Solidarität der nichtpaktgebundenen Bewegung gewähren.

Ebenso leidet das Volk von **Namibia** unter Südafrikas Verachtung, Hohn und Mißachtung der Weisungen und Resolutionen der Vereinten Nationen — und Südafrika wird voll von den NATO-Mächten, einschließlich der Vereinigten Staaten, unterstützt. Rassistische südafrikanische Truppen, die kein Recht auf Präsenz haben, berauben das namibische Volk seiner Unabhängigkeit und zwingen dem leidgeprüften Land, im Widerspruch zur internationalen Gemeinschaft und der Meinung der Weltöffentlichkeit, ein Bantustan-System auf.

Südafrika selbst stellt den schändlichsten Fleck für die Völker Afrikas und der Welt dar. Dieses widerliche Bollwerk nazistisch-faschistischen Geistes an der Südspitze Afrikas, wo 20 Mio Afrikaner von einer Handvoll Rassisten unterdrückt,

ausgebeutet, diskriminiert und unterjocht werden, beleidigt die Menschenwürde. Wer brachte dieses System hervor? Wer unterstützt es? Man sagt, sie südafrikanischen Rassisten wüßten sogar, wie man Atombomben herstellt. Ich frage: Gegen wen werden sie wohl angewendet werden? Gegen die schwarzen Ghettos von Pretoria? Oder werden sie angewendet, um die gerechte und unvermeidliche Befreiung des Volkes zu blockieren? Warum können die rhodesischen und südafrikanischen Rassisten fast täglich Moçambique, Sambia, Angola und Botswana bombardieren, sowie Tausende und Abertausende von Flüchtlingen und Einwohnern dieser Staaten straflos ermorden? Warum ist es den zionistischen Aggressoren gestattet, täglich palästinensische Flüchtlingslager und libanesischen Städte zu bombardieren? Wer hat ihnen das Recht dazu gegeben? Wer hat ihnen diese Macht gegeben? Warum dürfen sie die entwickeltsten Waffen der Zerstörung und des Todes verwenden? Wer liefert sie ihnen? Ist das nicht der unwiderlegbare Beweis für die aggressive Rolle des Imperialismus und für die Art von Frieden und Ordnung, die er für unsere Völker möchte?

Oder ist es etwa kein Verbrechen, ein Kind, einen alten Mann, eine Frau, einen schwarzen Erwachsenen, einen Palästinenser, einen Libanesen zu töten? Wodurch unterscheiden sich diese Methoden und Auffassungen von jenen, die das faschistische Deutschland einst benutzte? Berichte von Völkermordtaten werden täglich in den Massenmedien gesendet, sogar von imperialistischen Presseagenturen, so als ob man uns daran gewöhnen wollte, diese Taten mit Resignation und Nachgiebigkeit zu akzeptieren.

Ein anderes Problem beschäftigt die afrikanische und die Weltmeinung, und das ist das der **Westsahara**. Kuba hat keine spezielle Auseinandersetzung mit Marokko, dessen Regierung mit uns diplomatische und Handelsbeziehungen sogar in der kritischsten Phase der US-Blockade gegen unser Land unterhielt; aber betrachte man die Sache von einem prinzipiellen Standpunkt aus, so bekundet Kuba seine totale Unterstützung für die Unabhängigkeit des sahraouischen Volkes, da es die Besetzung seines Territoriums als völlig ungerechtfertigt und sein Streben nach freier Selbstbestimmung als unbestreitbar gerecht erachtet. Kuba war ein Mitglied der UN-Kommission, die die Bestrebungen des sahraouischen Volkes vor dem Konfliktbeginn untersuchte, und es kann bezeugen, daß 99 % der Bevölkerung die Unabhängigkeit wollen.

Wir gratulieren Mauretanien zu seinem mutigen Entschluß, auf alle territorialen Ansprüche zu verzichten. Und wir hoffen, daß Marokko seine Politik bezüglich der Westsahara revidieren wird, eine Politik, die nicht nur seine internationale Position aushöhlt und schwächt, sondern es auch ökonomisch auszehren und auslaugen wird. Das Recht des tapferen sahraouischen Volkes auf Unabhängigkeit, und sein rechtmäßiger Vertreter, die Frente POLISARIO, sollten von allen anerkannt werden. Wir unterstützen das Volk von **Zypern** in seinem Kampf gegen die fremde Okkupation eines Teiles seines Territoriums und für die Entwicklung des Friedens und der brüderlichen Koexistenz zwischen allen Bevölkerungsgruppen dieses Bruderlandes.

Vietnam ist uns heilig

Kubas Position zu den Problemen in Südostasien ist glasklar. Für unser Volk ist **Vietnam** heilig. Wir haben einst geschworen, daß wir bereit sind für Vietnam zu sterben.

Kein anderes Volk unserer Zeit hat einen solch hohen Preis an Aufopferung, Leid und Tod bezahlt, um frei zu sein; kein Volk hat einen größeren Beitrag zum internationalen Befreiungskampf geleistet; kein anderes Volk hat in dieser Periode so viel zum Anwachsen des universellen antiimperialistischen Bewußtseins beigetragen. Viermal soviel Bomben, wie im 2. Weltkrieg verwandt wurden, sind über Vietnam abgeworfen worden; das mächtigste imperialistische Land hat sich in Vietnam die Zähne ausgebissen. Vietnam zeigte allen unterdrückten Nationen, daß keine Kraft in der Lage ist, ein zum Kampf für seine Freiheit



entschlossenes Volk zu besiegen. Der Kampf in Vietnam be- stärkte den Respekt und die Würde all unserer Völker. Jetzt, wo Vietnam ein Opfer der Intrige, Verleumdung, Einkesselung durch die Yankee-Imperialisten und des Verrats, der Verschwörung und Aggression durch die Regierung Chinas geworden ist, bietet Kuba ihm seine entschlossene Unterstützung an.

Bei all ihrem Gerede über das Problem der Vietnamflüchtlinge — welche das direkte Ergebnis des Kolonialismus, der Unterentwicklung und des 30 Jahre dauernden Krieges sind —, warum erwähnen die US-Regierung und ihre Verbündeten nicht auch die Millionen von Palästinensern, die über die Welt verstreut sind, über die Hunderttausende von zimbabweschen, namibischen und südafrikanischen Flüchtlingen, die in Afrika verstreut sind, verfolgt und ermordet werden?

Welches Recht hat China, Vietnam eine „Lektion zu erteilen“, in sein Territorium einzufallen, seinen bescheidenen Besitzstand zu zerstören, und Tausende seiner Menschen zu ermorden? Die herrschende chinesische Clique, die Pinochet gegen Allende, die die Aggression Südafrikas gegen Angola unterstützte, die den Schah unterstützte, die Somoza unterstützte, die Sadat unterstützte und mit Waffen versorgt, die die Yankee-Blockade gegen Kuba und die noch bestehende Marinebasis auf Guantanamo rechtfertigt, die die NATO verteidigt, die mit den Vereinigten Staaten und den reaktionärsten Kräften Europas und des Rests der Welt paktiert, hat weder das Prestige noch die moralische Glaubwürdigkeit, irgendjemandem eine Lektion zu erteilen. Ebenso unterstützen wir die Volksdemokratische Republik Laos gegen die Aggressions- und Expansionsdrohungen der chinesischen Regierung.

Die Pol-Pot-Regierung: eine Fiktion

Die Position Kubas in Bezug auf das **Kampuchea**-Problem ist bekannt. Wir erkennen die einzig reale, rechtmäßige Regierung von Kampuchea an, und das ist der Revolutionäre Volksrat der Volksrepublik Kampuchea. Und wir schließen uns der Solidarität Vietnams für dieses Bruderland an. Man fährt fort, davon zu reden, daß Vietnam Kämpfer entsandte, um die Revolutionäre von Kampuchea zu unterstützen. Warum sagt man nicht, daß die blutbefleckte Clique, die das Land in ihre Gewalt gebracht hatte, in engster Zusammenarbeit mit China und dem Imperialismus Vietnam zuvor provozierte und attackierte, und daß unwiderlegbare dokumentarische Beweise für Massenmorde an vietnamesischen Männern, Frauen, alten Menschen und Kindern vorliegen.

Mit aller unserer Kraft verurteilen wir die völkermörderische Regierung Pol Pots und Ieng Sarys. 3 Mio Tote klagen sie an.

Selbst Sihanouk hat zugegeben, daß einige seiner Verwandten ermordet wurden. Es ist beschämend für die fortschrittlichen Kräfte der Welt, daß solche Verbrechen jemals im Namen der Revolution und des Sozialismus begangen werden konnten.

Dessen ungeachtet ermöglichte Kuba eingedenk seiner Verpflichtung als Gastgeberland beiden Parteien die Anwesenheit in Havanna, bis die Bewegung zu einer Entscheidung in dieser Sache gelangt. Es ist unerklärlich, daß — während einige gegen den Ausschluß Ägyptens sind, das sich mit den Vereinigten Staaten und Israel verbündet hat und offen die edle arabische Sache und das palästinensische Volk verrät — Anstrengungen unternommen werden, um Vietnam wegen seiner rechtmäßigen Verteidigung gegen die Aggression zu verurteilen und die Fiktion aufrechterhalten wird, daß Pol Pots blutbefleckte Regierung, die eine Beleidigung der ganzen Menschheit darstellt, immer noch existiere.

Die Bewegung soll ihre Einheit wahren und stets eine friedliche Lösung für jegliche Meinungsverschiedenheiten suchen, die möglicherweise unter ihren Mitgliedern entstehen mögen. Aber sie muß ebenso Unparteilichkeit, Realismus und politische Logik in ihren Entscheidungen aufrechterhalten.

Tansania sah sich ebenfalls gezwungen, sich gegen die Aggression Ugandas zu verteidigen und die Patrioten jenes Landes gegenüber dem repressiven Regime zu unterstützen. Jetzt ist die rechtmäßige Revolutionsregierung Ugandas bei dieser Konferenz vertreten. Warum sollten wir dieses Recht dem Volke Kampuchees verweigern?

Wir unterstützen entschlossen den Kampf des koreanischen Volkes für die Wiedervereinigung seines Landes. Wir verurteilen die ungerechte Teilung und de-facto-Besetzung eines Teils seines Territoriums durch US-Truppen. Wir verurteilen die brüchigen und hohlen Versprechungen der US-Regierung, denn diese ist weit davon entfernt, ihre Truppen zu verringern; sie verstärkt sie stattdessen und vergrößert ihr aggressives Potential.

Solidarisch mit Kämpfern gegen Yankees und Satrapen

Was unser Amerika angeht, so bekräftigen wir erneut unsere feste und unverbrüchliche Solidarität mit dem Brudervolk von Puerto Rico, dessen Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit ihm durch die Kolonialmacht strikt verweigert wird. Puerto Rico braucht genau wie Zimbabwe, Namibia, Südafrika, Palästina und andere Länder unsere Hilfe, und wir müssen sie ohne Zögern und Umschweife gewähren, trotz des starken Drucks, den die Vereinigten Staaten ständig in dieser Hinsicht auf alle Länder ausüben.

Wir unterstützen das Recht Panamas auf volle Souveränität über den Kanal und verurteilen die reaktionären Manöver, die das Ziel haben, die Umsetzung des neuen Vertrages zu behindern.

Wir unterstützen das Recht Belizes auf Unabhängigkeit, die in der Hauptsache durch die Gegnerschaft und die Drohungen des blutbefleckten proamerikanischen Satrapen (General Romeo Lucas; d. Red.) verweigert wird, der Guatemala unterdrückt. Das Volk von Belize hat in ethnischer, kultureller und historischer Hinsicht nichts mit dem Volke Guatemalas gemein — beide brauchen gleichermaßen die Freiheit.

Das neue Nikaragua braucht die größtmögliche Zusammenarbeit seitens der internationalen Gemeinschaft beim Wiederaufbau des Landes, das durch fast ein halbes Jahrhundert der Herrschaft der Somoza-Dynastie — an die Macht gebracht durch die Elitetruppen der Yankees — zerstört worden ist. Es ist nur richtig, wenn wir ihm unsere Solidarität gewähren.

Bolivien, dessen Gebiete vor 100 Jahren in einem Krieg, der zugunsten imperialistischer Interessen geführt wurde, zerteilt worden ist, wünscht einen Zugang zum Meer, und dies ist vollständig gerechtfertigt und lebensnotwendig. Wir erachten es deshalb als unsere Pflicht, dies zu unterstützen.

Wir sind gegen das Weiterbestehen jeglicher kolonialer Enklave

in dieser Hemisphäre.

Auch Kuba braucht die Solidarität. Unser Land leidet unter einer kriminellen und grausamen Wirtschaftsblockade seitens der USA — eine Blockade, die sich selbst auf Medikamente erstreckt. Ein Teil unseres Staatsgebietes wird immer noch mit Gewalt besetzt gehalten. Haben die USA das Recht zu versuchen, unsere Entwicklung um jeden Preis zu verhindern? Haben sie das Recht, eine Militärbasis in einem anderen Land gegen den Willen des dortigen Volkes zu unterhalten?

Alle diese Themen und Kämpfe, denen unsere Sorge gilt und die unsere Solidarität erfordern, enthalten ein konstantes, unveränderliches Element: das Handeln des Imperialismus. Kann unsere Bewegung dies ignorieren? Ist es vielleicht eine extremistische Haltung, wenn wir diese Tatsachen klar zum Ausdruck bringen?

Ein Weltkrieg ist nicht unvermeidlich

Obwohl unterentwickelte Länder, die unter der Armut, einem sehr niedrigen Lebensstandard und einer geringen Lebenserwartung zu leiden haben, weniger als andere in einem Krieg zu verlieren haben, können wir doch nicht die Notwendigkeit des Weltfriedens auf unserem Planeten ignorieren. Wenn wir dies täten, dann hieße das, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft für die Völker aufzugeben. Wir teilen nicht die Meinung, daß ein nuklearer Weltkrieg unvermeidlich sei. Jene fatalistische, unverantwortliche Haltung ist der sicherste Weg zum Untergang der Menschheit in einer allgemeinen Katastrophe. Niemals zuvor besaß die Menschheit die technologischen Möglichkeiten dazu. Wir dürfen nicht so unvernünftig sein, davor die Augen zu verschließen. Zum ersten Mal in der Geschichte ist unsere Generation mit einer solchen Gefahr konfrontiert worden.

In unserer heutigen Welt werden Berge von immer tödlicheren Waffen neben Bergen von Problemen angehäuft, die sich aus der Unterentwicklung, der Armut, der Lebensmittelknappheit, dem Elend, der Umweltverschmutzung, dem Mangel an Schulen und Wohnungen, der Arbeitslosigkeit und einem explosionsartigem Bevölkerungswachstum ergeben. In vielen Teilen der Welt beginnt der Mangel an solchen natürlichen Ressourcen wie Land, Wasser, Energie und Rohstoffen spürbar zu werden.

Die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften schufen nicht nur verschwenderische und unhaltbare Modelle des Lebensstandards und des Konsums, sondern sie verbreiteten sie auch unglücklicherweise in einem Großteil der Welt. Viele Länder in unserer Region verbinden die Entwicklung ausschließlich mit dem Streben, so zu leben wie New York, London und Paris. Weltwirtschaftskrise, Energiekrise, Inflation, Depression und Arbeitslosigkeit — all das reißt Völker und Regierungen eines großen Teils der Erde auf die eine oder andere Weise auf. Wenn überhaupt, dann sind es nur sehr wenige der Mitglieder unserer Bewegung, die nicht von diesen Schwierigkeiten betroffen sind, denn gerade wir müssen die Hauptlast dieser Katastrophe tragen.

Der Kampf für Frieden und für eine gerechte Wirtschaftsordnung, für eine sinnvolle Lösung der brennenden Probleme, die auf unseren Völkern lasten, wird unserer Meinung nach in zunehmendem Maße zur Hauptaufgabe der Bewegung der nicht-paktgebundenen Länder.

Die Sache des Friedens kann angesichts der riesigen Gefahren, von denen er bedroht ist, nicht ausschließlich in den Händen der großen Militärmächte belassen werden. Der Frieden ist möglich, aber der Weltfrieden kann nur in dem Maße sichergestellt werden, in dem alle Länder von dem Bewußtsein und der Notwendigkeit durchdrungen werden, dafür zu kämpfen. Der Frieden ist nicht nur für einen Teil der Erde bestimmt, sondern er ist für alle Völker da. Der Frieden ist da für Vietnam, die Palästinenser, die Patrioten von Zimbabwe und Namibia, die unterdrückte Mehrheit in Südafrika, für Angola, Sambia, Moçambique, Botswana, Äthiopien, Syrien, den Libanon und das sahrauische Volk. Frieden in Gerechtigkeit, Frieden in Unabhängig-

keit, Frieden in Freiheit. Frieden für die mächtigen und für die kleinen Länder. Frieden für alle Kontinente und alle Völker. Wir verstehen nur zu gut, daß wir ihn nicht ohne einen beharrlichen und entschlossenen Kampf erringen werden.

Aber wir müssen ihn trotz Imperialismus, Neokolonialismus, Rassismus, Zionismus, Expansionsstreben und anderer reaktionärer Kräfte, die immer noch in der Welt existieren, möglich machen. Vereint sind unsere Länder sehr stark. Niemals zuvor haben die Kräfte des Fortschritts und das progressive politische Bewußtsein der Völker einen solchen hohen Stand erreicht.

Selbst in den imperialistischsten und reaktionärsten Ländern sind bedeutende fortschrittliche Kräfte am Werk, die fest entschlossen sind, für eben diese Ziele zu kämpfen. Die große Rolle, die das Volk der Vereinigten Staaten und die Weltöffentlichkeit bei der Beendigung des verbrecherischen imperialistischen Krieges gegen Vietnam gespielt haben, sollte nie vergessen werden.

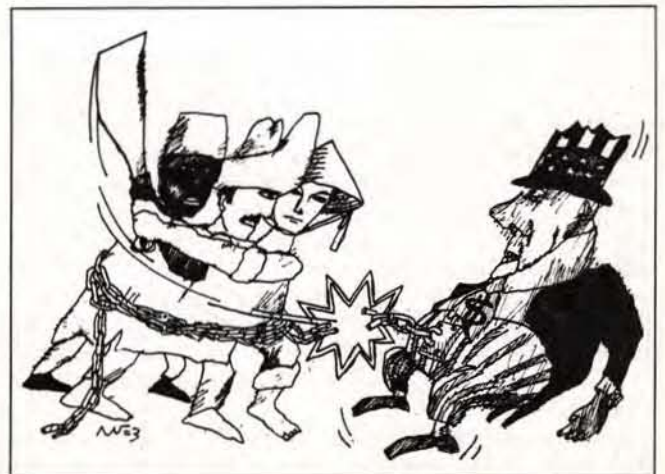
Wir müssen Frieden, Entspannung, friedliche Koexistenz und Abrüstung fordern, anstreben und durchsetzen, denn sie werden sich nicht von selbst einstellen und es gibt in der heutigen Welt keine Alternative, wenn wir ein Überleben der Menschheit bewahren wollen.

Wir müssen jeden Schritt unterstützen, der in diese Richtung führt. Aus diesem Grund müssen wir mit Genugtuung das SALT-II-Abkommen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten ebenso begrüßen, wie die weiteren Schritte, die auf diesem Gebiet geplant sind. Gleichzeitig haben wir die reaktionären Kräfte zu verurteilen, die im Geiste des Kalten Krieges agieren, die in das schmutzige Geschäft mit dem Waffenhandel, die Zerstörung und den Tod verstrickt sind und die im US-Senat gegen die Ratifizierung dieses Abkommens auftreten.

Wir müssen jedoch eingestehen, daß diese Schritte, so positiv und wichtig sie auch sein mögen, vom Ideal des allmählichen Abbaus der atomaren Rüstungen bis hin zu ihrer vollständigen Vernichtung, zur Einstellung des Wettrüstens — was letztlich die einzig gerechte Lösung für alle Länder wäre — noch weit entfernt sind. Der Tag muß kommen, an dem die Menschheit die Waffenproduktion und den Waffenhandel entschieden verurteilen wird.

Mehr als 300 Mrd Dollar werden pro Jahr in der ganzen Welt für Waffen und andere Militärausgaben statistischen Veröffentlichungen zufolge aufgewendet, und diese Zahl ist möglicherweise eine zu vorsichtige Schätzung. So verbraucht z. B. die US-Armee alleine 30 Mio t Öl zu diesen Zwecken — das ist mehr als der Energieverbrauch aller Länder Zentralamerikas und der Karibik zusammen genommen.

Für 300 Mrd Dollar könnten 600 000 Schulen für 400 Mio Kinder gebaut werden; oder 60 Mio wohngerechte Wohnungen für 300 Mio Menschen; oder 30 000 Krankenhäuser mit 18 Mio Betten; oder 20 000 Fabriken mit Arbeitsplätzen für mehr als 20 Mio Arbeitskräfte; oder ein Bewässerungssystem für 150 Mio ha Land, welches bei entsprechender technischer Bewirtschaftung 1 Mrd Menschen ernähren würde. Einen solchen Betrag



vergeudet die Menschheit Jahr und Jahr für Rüstungszwecke. Nehmen Sie dazu das riesige Kraftpotential an jungen Menschen, wissenschaftlichen Ressourcen, Technikern, Kraft- und Rohstoffen usw. Ein derart hoher Preis muß für das Verhindern eines wirklichen Klimas des Vertrauens und des Friedens in der Welt gezahlt werden.

Für uns Marxisten sind Krieg und Rüstung historisch untrennbar mit dem System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und mit der unersättlichen Gier dieses Systems nach den natürlichen Reichtümern anderer Völker verbunden. Wir haben einst in den Vereinten Nationen gesagt: „Das Ende der Ideologie der Ausplünderung wird auch das Ende der Ideologie des Krieges sein.“

Der Sozialismus als System braucht keine Rüstungsproduktion, um seine Wirtschaft in Gang zu halten. Er braucht keine Truppen, um von den Bodenschätzen anderer Völker Besitz zu ergreifen. Wäre die Losung von der Einheit und der Brüderlichkeit zwischen allen Völkern und Menschen bereits Wirklichkeit, dann bräuhete man keine Waffen, um einerseits Völker anzugreifen und zu unterdrücken oder andererseits die Freiheit zu erringen und sie zu verteidigen.

Wie lang und utopisch auch der Weg erscheinen mag, wie schwer die Mißerfolge auch sein mögen, einschließlich des Verrats in den Reihen der fortschrittlichen Bewegung, so dürfen wir uns nie entmutigen lassen oder nachlassen in unserem beharrlichen Kampf für diese Ziele. Auf allen Foren und in allen internationalen Organisationen gilt es zu fordern, daß die Worte in Taten umgesetzt werden.

Diese Fragen bringen uns direkt zur wirtschaftlichen Thematik. Immer mehr Staatsmänner und Führungspersönlichkeiten innerhalb unserer Bewegung verweisen besonders auf die Notwendigkeit, diese Angelegenheit in den Mittelpunkt unserer Sorgen zu rücken. Sie als Staatsmänner, die tagtäglich mit ernst wirtschaftlichen Fragen ihrer Länder konfrontiert werden, verstehen sehr wohl, wie groß die Schwierigkeiten in diesem Bereich sind: der unaufhaltsame Anstieg der Auslandsverschuldung, der Mangel an ausländischen Devisen, die steigenden Preise für Öl und andere Einfuhrwaren, der ungleiche Warenaustausch, die ständige und immer stärkere Plünderung der Früchte der Arbeit unserer Völker durch Preissenkungen auf den Auslandsmärkten, die Inflation, das Ansteigen der Binnenpreise und die verschiedensten sozialen Auseinandersetzungen, die durch all dies ausgelöst werden.

Soziale Gerechtigkeit — eine Überlebensfrage

Die progressiven Regierungen, die lobenswerte Anstrengungen unternehmen, Entwicklung und Wohlstand ihrer Länder zu mehren, stöhnen unter der Last der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der erniedrigenden, knechtenden Bedingungen, die ihnen internationale Kreditinstitute aufzwingen, und scheitern bisweilen ganz. Welchen politischen Preis mußten nicht viele von ihnen wegen der Bedingungen seitens des Internationalen Währungsfonds zahlen. Wir Kubaner, die wir von den Imperialisten aus dieser Organisation ausgeschlossen wurden, meinen, daß dieser Ausschluß für uns weniger eine Bestrafung, als ein Privileg war.

Es gibt Regierungen, die durch den revolutionären Kampf ihres Volkes an die Macht gelangen und sich plötzlich erschreckenden Bedingungen der Armut, der Verschuldung und der Unterentwicklung gegenüber sehen, die verhindern, daß sich auch nur die bescheidensten Hoffnungen ihrer Völker erfüllen lassen.

Ich will es hier nicht bei Halbwahrheiten beenden lassen und nicht die Tatsache verheimlichen, daß die sozialen Probleme akuter werden, wenn in irgendeinem unserer Länder eine kleine Minderheit über die wichtigsten Reichtümer alleine verfügt, der Großteil des Volkes aber nichts hat. Kurz gesagt, wenn das soziale System also gerecht ist, dann gibt es unvergleichlich mehr Chancen zum Überleben, für die wirtschaftliche und gesell-

schaftliche Entwicklung. Es gibt Länder, wo man ein Wirtschaftswachstum beim gleichzeitigen Ansteigen der Armut, des Analphabetentums, der Zahl der Kinder, für die es keine Schulen gibt, der Unterernährung, der Krankheiten, des Bettlertums und der Arbeitslosigkeit beobachten kann. All dies zeigt in aller Deutlichkeit, daß dort etwas schief läuft.

Auf die schwachentwickelten Länder — manche ziehen es vor, uns optimistisch als Entwicklungsländer zu bezeichnen, während in Wirklichkeit die Kluft zwischen uns und den Industriestaaten im Pro-Kopf-Einkommen und im Lebensstandard von Tag zu Tag größer wird —, in denen 65 % der Weltbevölkerung leben, aber entfallen nur 15 % des Gesamtprodukts der Welt und nur 8 % der Industrieproduktion. Die Gesamtheit der Länder dieser Gruppe, die über keine eigenen Energievorkommen verfügen, sind jetzt durch eine Auslandsverschuldung von über 300 Mrd Dollar belastet. Berechnungen zufolge kommen die Zinsen dieser Auslandsverschuldung 40 Mrd Dollar jährlich nahe, das sind mehr als 20 % ihres jährlichen Exportvolumens. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in den Industriestaaten ist jetzt 14mal so hoch wie das in den unterentwickelten Ländern. Darüber hinaus leben in den unterentwickelten Ländern mehr als 900 Mio erwachsene Analphabeten. Das darf auf keinen Fall hingenommen werden.

Nach Lösungen für die Energiekrise suchen

Ein besonders akutes Problem, dem sich die nichterdölfördernden unterentwickelten Länder gegenübersehen — und das ist die überwiegende Mehrheit der Mitglieder unserer Bewegung — ist die Energiekrise. Die ölexportierenden Länder, die alle zu den unterentwickelten gehören und fast alle Mitglieder der Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder sind, haben stets von den übrigen nichtpaktgebundenen Ländern Unterstützung für ihre gerechten Forderungen nach einer Preisanhebung ihres Produktes und nach Beendigung des Zustandes ungleicher Handelsbeziehungen und der Energieverschwendung erhalten. Diese Länder verfügen heute über ein viel größeres Wirtschaftspotential und eine bessere Verhandlungsposition gegenüber den kapitalistischen Industriestaaten. Doch die Lage der nichterdölfördernden unterentwickelten Ländern sieht anders aus. Zucker, Bauxit, Kupfer und andere Hartminerale, Erdnüsse, Kopra, Sisal, Tee, Cashewkerne und überhaupt landwirtschaftliche Produkte sind auf dem Weltmarkt im Preis erschreckend unterbewertet. Die kapitalistischen Industrieländer heben egoistisch die Zollsätze für jene wenigen Erzeugnisse an, die unsere Länder herstellen, und subventionieren sogar, wann immer es ihnen möglich ist, Waren, die mit den unsrigen konkurrieren. So verfahren z. B. die Europäische Gemeinschaft und die Vereinigten Staaten beim Zucker. Die Preise für die von uns eingeführten Ausrüstungen, Maschinen, Industriegüter und Halbfertigprodukte werden ständig angehoben. Die „privilegierten“ Exporteure dieser Waren verlangen hierfür von Mal zu Mal mehr. Sie werden leichter als die unterentwickelten Länder mit den Energiepreisen fertig. Sie exportieren sogar Waffen im Werte von vielen Mrd Dollar im Jahr und kaufen oftmals mit diesem Erlös Öl. Der Schah war, bis er vor kurzem endlich gestürzt wurde, einer ihrer millionenschweren Lieblingkunden. Die Geldüberschüsse aus dem Öllexport werden vor allem in den reichsten und am meisten entwickelten kapitalistischen Ländern auf Bankkonten deponiert oder investiert. Diese Gelder helfen diesen Ländern ferner, die eigene Energieversorgung zu sichern. Aber worauf können sich in dieser Hinsicht die nichterdölproduzierenden unterentwickelten Länder stützen?

Das alles muß berücksichtigt werden, denn die Lage vieler dieser Länder, die in ihrer Mehrheit Mitglieder unserer Bewegung sind, ist bereits wirklich verzweifelt. Diese Fragen sollten in unseren Beratungen bedacht und diskutiert werden. Es muß eine Lösung dieser Probleme gefunden werden. Der Imperialismus manövriert bereits auf jegliche Weise, um unsere Bewegung zu spalten, und die Erdölländer von den übrigen unterentwickelten

IMSF und AIB (Hrsg.) Neokolonialismus der BRD und anti- imperialistischer Befreiungskampf



Marxismus aktuell

120 Seiten, Reihe Marxismus aktuell, 7,50 DM
ISBN 3-88012-573-2 · Herausgegeben von IMSF und AIB



Verlag Marxistische Blätter
Hedderheimer Landstraße 78a
6000 Frankfurt am Main 50

neu

Am 23. und 24. Oktober 1978 fand in Frankfurt am Main eine vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) und vom Anti-imperialistischen Informationsbulletin (AIB) durchgeführte Konferenz zu Fragen des Neokolonialismus der BRD statt, an der neben demokratischen Kräften unseres Landes auch Vertreter Afrikas, Lateinamerikas und Asiens teilnahmen. IMSF und AIB legen jetzt Materialien dieser Konferenz vor. Das Buch enthält u. a. Beiträge von Martha Buschmann, Jupp Schleifstein, Dieter Boris und Erich Wulff.

Ländern zu isolieren, indem er ihnen die Wirtschaftskrise anlastet — deren Ursache in Wirklichkeit in der dem Imperialismus inwohnenden ungerechten Ordnung begründet liegt; und was noch viel gefährlicher ist, um nach geeigneten Vorwänden zu suchen und seine Aggressionspläne gegenüber den erdölexportierenden Ländern zu tarnen. Kuba schneidet dieses Thema nicht an, um seine eigenen Interessen zu verteidigen. Natürlich bekommen wir die indirekten Folgen der Weltwirtschaftskrise und der niedrigen Preise für unsere Waren auf den westlichen Märkten zu spüren. Unsere Ölversorgung ist jedoch garantiert, wofür Kuba mit Zucker bezahlt. Hierbei entsprechen die Preise für Zucker denen für Öl und andere Waren, die wir in den sozialistischen Ländern ankaufen.

Dennoch müssen wir darauf verweisen, daß, wenn wir unseren ganzen in Kuba produzierten Zucker — das sind beinahe 8 Mio t in diesem Jahr, mehr als in jedem anderen Land der Welt, das Zuckerrohr anbaut — auf westlichen Märkten absetzen würden (auf dem sog. Weltmarkt werden etwa 8 Cent für 1 Pfund gezahlt), dann hätte der Erlös nicht ausgereicht, um die von unserem Land verbrauchte Energie (wiederum zum jetzigen Preis) zu bezahlen.

Wir müssen eine Lösung für die Energieprobleme suchen, jedoch nicht nur für die Industrieländer, die bereits jetzt den Löwenanteil der in der Welt produzierten Energie verbrauchen, sondern auch — und sogar vor allem — für die unterentwickelten Länder.

Wir appellieren an das Verantwortungsbewußtsein der Ölländer in unserer Bewegung und fordern sie auf, mutig, entschlossen und kühn eine kluge und weitsichtige Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, des Handels und der Kapitalinvestitionen in unserer unterentwickelten Welt zu verfolgen, da von unserem Schicksal auch ihr eigenes Los abhängen wird.

Ich verlange nicht von Ihnen, daß sie ihre legitimen Interessen aufopfern. Ich verlange auch nicht von Ihnen, daß sie Ihre riesigen Anstrengungen für die Entwicklung und Wohlfahrt Ihrer Völker beenden. Ich verlange nicht von Ihnen, daß sie aufhören, für Ihre Zukunft Sorge zu tragen. Ich appelliere nur an sie, sich mit uns zu vereinigen, unsere Reihen fester zusammenschließen und gemeinsam für eine wahrhaft neue Weltwirtschaftsordnung zu kämpfen, deren Vorteile allen zugute kommen werden.

Die Zukunft ist für kein Geld der Welt zu kaufen, denn die Zukunft liegt in der Gerechtigkeit, in unserem Bewußtseinsstand, in der ehrlichen und brüderlichen Solidarität unserer Völker. Die Lösung der wirtschaftlichen Probleme unserer Länder verlangt enorme, verantwortungsvolle, bewußte und ernsthafte Anstrengungen in globalem Maßstab.

Wir, die wir hier anwesend sind, repräsentieren die große Mehrheit der Völker der Welt. Lassen Sie uns alle enger zusammen stehen. Vereinigen wir die wachsenden Kräfte unserer starken Bewegung in den Vereinten Nationen und auf allen internationalen Foren, um wirtschaftliche Gerechtigkeit für unsere Völker zu fordern, damit dem Raub der Früchte unserer Arbeit ein Ende gesetzt wird. Vereinigen wir uns, unser Recht auf Entwicklung, auf das Leben, auf die Zukunft zu fordern. Schluß mit einer Weltwirtschaft, die auf dem Reichtum jener beruht, die uns gestern wie heute ausbeuten und die Mehrheit der Völker in Armut stürzen!

Mögen von dieser VI. Gipfelkonferenz fester Kampfeswille und konkrete Aktionspläne ausgehen.

Vielleicht sind diese meine Worte zur Eröffnung dieser Konferenz nicht besonders diplomatisch, vielleicht werden sie nicht ganz dem Protokoll gerecht. Doch ich hoffe, daß niemand daran zweifelt, daß sie absolut ehrlich und aufrichtig waren.

Vielen Dank.

(Quelle: Granma, Weekly Review, Havanna, 9. 9. 1979)



Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kubas Zwischenbilanz drei Jahre nach dem 1. Parteitag

Das folgende Kommuniqué des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas (KPK) zieht eine Bilanz der drei Jahre, die seit dem 1. KPK-Parteitag 1975 vergangen sind (vgl. dazu den Rechenschaftsbericht Fidel Castros in: AIB, Nr. 2, 3 und 4/1976). Beeindruckend sind nicht nur die Ergebnisse der kubanischen Wirtschafts- und Sozialentwicklung, die das Dokument auflistet. Beeindruckend ist auch die selbstkritische, offene und schöpferische Art, mit der die kubanische Partei- und Staatsführung noch ungelöste oder neue Probleme des revolutionären Aufbaus angeht.

Aus Platzgründen wird das Dokument um zwei längere Passagen gekürzt. Entfallen sind so die Teile über das Erziehungs- und Bildungswesen wie über die kubanische Außenpolitik. Letztere ist im übrigen ausführlich der Rede Fidel Castros auf der VI. Gipfelkonferenz der Bewegung der Nichtpaktgebundenen zu entnehmen, die in diesem Heft in vollem Wortlaut dokumentiert ist.

Das Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kubas, das am 4. Mai 1979 stattfand, analysierte den Stand der Erfüllung der Beschlüsse des I. Kongresses der Partei. Diese Analyse wurde auf den verschiedenen Ebenen der Partei, des Kommunistischen Jugendverbandes, der Staatsorgane und der Massenorganisationen erstellt und umfaßt die während der ersten drei Jahre der Fünfjahrplanperiode 1976—1980 erzielten Ergebnisse. (. . .)

Es wurde festgestellt, daß die Beschlüsse und Programme hinsichtlich des Fünfjahrplanes — besonders auf wirtschaftlichem Gebiet — in drei Kategorien eingeteilt werden können. Erstens diejenigen, deren Erfüllung — bei Beibehaltung des gegenwärtigen Rhythmus — praktisch gesichert ist. Zweitens solche, deren Erfüllung größere Anstrengungen erfordert, und drittens Pläne, deren Realisierung infolge objektiver Faktoren besonders schwierig ist als Ergebnis objektiver Verhältnisse, die mit den unvermeidbaren Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungs- und Krisen des kapitalistischen Weltsystems in der untersuchten Periode zusammenhängen. Sie können zwar nicht ausgeschlossen werden verlangen aber nach wirklich ernsthaften Anstrengungen, nach der Erarbeitung von Alternativen und ihrer Anwendung um diese Effekte auf ein Minimum zu reduzieren.

Wirtschaftsbilanz 3 Jahre nach dem Parteitag

Es hat auch Unzulänglichkeiten beim Management und der Organisation gegeben sowie ein Fehlen geeigneter Kontrollen. Das Ergebnis der Bilanz der wichtigsten Beschlüsse ergibt folgendes Bild:

Die Zuckerproduktion bei der Ernte 1978 überstieg 7 300 000 t. Das ergibt eine Steigerung um mehr als 1 Mio t, verglichen mit dem Ergebnis der Zuckerrohrernte von 1975. Der Bau von vier neuen Zuckerfabriken ist befriedigend vorangegangen, und sollte die gegenwärtige Wachstumsrate beibehalten werden, wird das Fünfjahresprogramm erfüllt werden. Gleichzeitig müs-



sen die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um das Investitionsprogramm für die Errichtung neuer Fabriken weiter zu realisieren. Außerdem wurden in diesen drei Jahren vier Verladestationen für losen Zucker gebaut. Das Investitionsprogramm für zehn Futtermittelfabriken kann Ende des Fünfjahrplanes abgeschlossen werden. Seit 1976 ist der Ausstoß an elektrischer Energie systematisch gesteigert worden. Dieser Fortschritt im Investitionsplan auf diesem Gebiet macht es möglich, das Ziel von 9000 Mio Kilowattstunden bis 1980 zu erreichen.

Während der bisherigen Verwirklichung des Fünfjahrplanes wurden mehr als 5000 Omnibusse hergestellt. Es wird eingeschätzt, daß die geplante Zahl von 9000 produziert werden kann. Die Herstellung von Fulton-Möhlen für die Zuckerindustrie sowie von mechanischen Komplexen für den Bau neuer Zuckerfabriken wurde erweitert.

Ein bedeutender Fortschritt konnte bei der Montage von Tischrechnern erzielt werden. Die Produktion von Mini-Computern und technischen Elementen der Datenverarbeitung wurde weiter vervollkommen.

In diesen Jahren wurde den Industrieinvestitionen echter Vorrang bei der Ausführung der Investitionspläne gegeben. Die Investitionstätigkeit erreicht in diesem Zeitraum eine jährliche durchschnittliche Steigerungsrate von mehr als 20 %, trotz materieller Begrenzungen und Unzulänglichkeiten im Prozeß von Investitionen und Produktion. Dies gewährleistete, eine bedeutende Zahl von Industrieanlagen in Betrieb zu nehmen, unter ihnen einige der wichtigsten Projekte des Fünfjahrplanes. Dazu gehörten das Elektrizitätsprogramm, die Fabrik zur Produktion von Zuckerrohrkombines, die beiden Fabriken zur Herstellung von Bewässerungsröhren, eine Akkumulatorenfabrik, eine Reifenfabrik, die Druckerei in Guantánamo, vier Pasteuriseranlagen, drei Brotfabriken und drei Geflügelverarbeitungsbetriebe. Der Fischexport hat in diesem Zeitraum zu einem positiven Ergebnis geführt und wurde zur zweitgrößten Quelle frei konvertierbarer Währungen. Qualität und Reichhaltigkeit des Produk-

tes haben zu diesem Erfolg stark beigetragen.

Die Zuckerrohrproduktion wurde bei den drei Ernten, die in den Jahren nach dem I. Parteitag folgten, erheblich gesteigert. Bei der Bewässerung des Zuckerrohrs wurde mit einem Gesamtergebnis von 32 000 caballarias (1 caballaria entspricht 1,34 Ar; d. Red.) eine Verdoppelung erzielt, und bei der Einführung und Entwicklung von Sorten mit höherem Zuckergehalt konnten Fortschritte erreicht werden.

Die Erzeugung von Zitrusfrüchten weist eine jährliche durchschnittliche Steigerung von 13 % auf. Die Lebensmittelproduktion wurde besonders aufgrund der Übererfüllung bei Kartoffeln und Malanga erhöht. Bei der Gemüseproduktion sind verstärkte Anstrengungen notwendig. Weiterhin werden Steigerungen bei der Eierproduktion erreicht. 1978 nahm die Reiserzeugung um mehr 1/2 Mio Spanische Zentner (Gewicht im nassen Zustand) gegenüber der Ernte des Jahres 1975 zu.

Die Dichte des Telefonnetzes wurde verstärkt, vor allem in den ländlichen Gegenden. Das im ganzen Land installierte neue UKW-System erhöhte die Qualität der Fernsehübertragungen; der Vertrieb der Presseerzeugnisse wurde verbessert.

Die Qualität der zur Verteilung an die Bevölkerung importierten Textilien ist verbessert worden. Die Verbesserung der Verteilung von langlebigen Konsumgütern ist ein Ziel, das erreicht wurde, obwohl es immer noch einige Schwierigkeiten mit dem Reparatur- und Instandhaltungssystem gibt.

Erste Erfahrungen mit dem neuen Planungssystem

Während der drei ersten Jahre des Planjahrfünftes wurden ernsthafte Anstrengungen unternommen, die Kindersterblichkeit entscheidend zu senken. Dabei wurde eine Rate von 22,1 auf 10 000 Lebendgeborene vor Erreichung des 1. Lebensjahres erzielt. Dieser Wert liegt unter der in den Direktiven für 1980 enthaltenen Vorgabe. Krankheiten wie Kinderlähmung, Tetanus des Neugeborenen, einheimisches Sumpffieber und Diphtherie sind in Kuba ausgerottet.

Die Aufgaben bei der Einführung des Systems zur Leitung und Planung der Wirtschaft sind zu 90 % erfüllt worden. Aus qualitativer Sicht sind diese Ergebnisse weniger befriedigend. Das ist bedingt durch die Probleme, die notwendigerweise jeder tiefgreifende und in diesem Falle beschleunigte Wandel der Leitung der Wirtschaft mit sich bringt. Dazu kommt, daß ein ungleiches Niveau der Entwicklung vorhanden ist — sowohl in materiell-technischer als auch in menschlicher Hinsicht. In diesem Sinne ist die tägliche Erkenntnis der Werktätigen und der Leitungskader der Wirtschaft von großer Bedeutung, daß die Anwendung der Grundprinzipien der sozialistischen Wirtschaft unabdingbar für den Aufbau des Sozialismus ist.

Das Plenum hat berücksichtigt, daß die erzielten Ergebnisse durch schwerwiegende und unvermeidbare Auswirkungen objektiver äußerer Faktoren ernsthaft beeinträchtigt wurden. Zum Sturz der Zuckerpreise auf dem Weltmarkt kamen die Auswirkungen der Krise des Kapitalismus hinzu. Sie äußert sich in einer Wirtschafts-, Währungs- und Energiekrise, die den internationalen Handel stark beeinträchtigt, sowie in der plötzlich entfesselten Inflation. Dies alles führte zu einer erhöhten Preissteigerung von Fertigwaren und anderen Produkten, die Kuba vom kapitalistischen Markt importiert. Diese Faktoren bewirkten eine starke Verschlechterung unserer Handelsbeziehungen auf diesem Markt und brachten es mit sich, daß die Kaufkraft des Landes auf dem Gebiet der freikonvertierbaren Währung verringert wurde.

Trotzdem haben so schwerwiegende Beeinträchtigungen — hervorgerufen durch Faktoren, die außerhalb der nationalen Volkswirtschaft angesiedelt sind — die beachtliche Entwicklung nicht verhindert, die wir feststellen können, obwohl diese Entwicklung nicht das Niveau erreicht, das die Direktiven des 1. Parteitages für die gegenwärtige Fünfjahrperiode als Ziel gesteckt haben. Das ist nicht nur das Ergebnis der Anstrengungen unseres werktätigen Volkes, sondern auch der Hilfe und Unter-

stützung der sozialistischen Länder, ganz besonders der Sowjetunion, zu danken. Dies betrifft die bedeutende wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowie die beispielhaft gerechten Bedingungen bei den laufenden Handelsbeziehungen mit diesen Ländern, voran mit der Sowjetunion, die sich extrem günstig auf unsere Wirtschaft ausgewirkt haben und ohne die eine solche Entwicklung unmöglich gewesen wäre — wie im Falle der armen unterentwickelten Länder ohne eigene Ölproduktion, die sich nun in einer verzweiferten Krise befinden, die nicht nur eine Paralyse ihrer Wirtschaft, sondern sogar eine Verschärfung der Armut bewirkt.

Im Zeitraum von 1976—1979 stieg die Arbeitsproduktivität in Kuba, obwohl in den vergangenen drei Jahren ernsthafte Schwierigkeiten auftraten, das Prinzip der sozialistischen Verteilung gemäß der Arbeitsleistung richtig anzuwenden. Deswegen müssen die Leitungen der Agenturen und Unternehmen auf nationaler und lokaler Ebene und die Gewerkschaften es zu ihrer Aufgabe machen, eine ständige Schlacht zur Verbesserung der Arbeitsorganisation und des Lohnsystems und zur Gewährleistung einer systematischen Kontrolle über diese Aufgaben zu führen.

Zwei Maßnahmen, die der Parteitag in Bezug auf die Materialeinsparung für notwendig erachtete, sind weit von ihrer Durchsetzung entfernt. Dabei handelt es sich um die Aufstellung von Standards für das Inventar und den Materialverbrauch sowie die strikte Anwendung dieser Standards. Deswegen müssen die Stellen der zentralen staatlichen Verwaltung und die Organe der Volksmacht sowie ihre Planungseinheiten die notwendigen Schritte ergreifen, um diese Standards mit der entsprechenden Qualität ausarbeiten.

Es muß weiterhin für eine steigende Effektivität des Investitionsprozesses und die Senkung der Zeiten für Projektierung, Bau-, Montage und Inbetriebnahme gearbeitet werden, um die Zeitpläne einzuhalten. Bei der Realisierung der Investitionen, die im Fünfjahrplanzeitraum abgeschlossen werden sollen, müssen im Rahmen des Planes diejenigen Vorrang haben, die



eine wichtige Rolle beim Ablösen von Importen und bei der Erhöhung der Exporte spielen und die die Produktionsgrundlagen des Landes festigen.

Im Zusammenhang mit diesen Aufgaben muß eine umfangreiche politische und Wettbewerbskampagne begonnen werden, die — gemeinsam mit einer effektiven Arbeit auf Seiten der Leitungen — unsere Arbeiter zu besonderen Anstrengungen zu Ehren des 2. Parteitages inspirieren wird.

Der Ölverbrauch in der Zuckerindustrie hatte einen Höhepunkt erreicht. Die positiven Resultate, die bei der Senkung des Ölverbrauchs während der gegenwärtigen Ernte erreicht wurden, zeigen an, daß Anstrengungen in dieser Richtung fortgesetzt werden sollten.

Das Plenum unterstrich die Bedeutung der Ersatzteilproduktion vor allem für die Zuckerindustrie, die Landwirtschaft und das Bauwesen zur Senkung der Importe aus kapitalistischen Ländern und zur Sicherung der Grundlagenproduktion. Es fordert auch nachdrücklich, die Produktion von landwirtschaftlichen Ausrüstungen und Geräten und besonders von Zuckerrohrkombines zu steigern. Bei der Produktion und den Dienstleistungen zeigen sich Probleme des Qualitätsniveaus. Die notwendigen Verbesserungen erfordern die größte Aufmerksamkeit und alle notwendigen, organisatorischen, technischen, administrativen und politischen Anstrengungen, um die Qualität der für den Konsum der Bevölkerung und die Exporte des Landes bestimmten Produkte zu erhöhen.

Außerdem müssen wir den Rohstoffverbrauch rationalisieren, den Ausschuß senken und die übrigen Maßnahmen anwenden, die die Verminderung der Materialkosten im produktiven Bereich der Wirtschaft begünstigen.

Die medizinische Versorgung in den drei Jahren dieser Fünfjahresperiode hat Fortschritte gemacht. Dennoch ist noch Raum für die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit medizinischen Einrichtungen und allgemein mit Hygiene- und Sanitätsstationen auf dem Land. Und es sollte ein stabileres Angebot an Medikamenten für Apotheken und Krankenhäuser geben.

Das Plenum untersuchte die negative Situation in der Tabakproduktion und bekräftigte die Richtung, in die das Landwirtschaftsministerium und die kleinen Bauern arbeiten müssen, um die Böden; die Bewässerung, die Mechanisierung und die Veterinärstationen weiter zu verbessern; Tabak-Kooperativen zu errichten; staatliche Hilfen in neuen Gegenden und Provinzen zu vergeben; die Hektarerträge zu erhöhen; und ständig zu überprüfen, daß die Qualität sowohl in der landwirtschaftlichen wie in der industriellen Produktion gleichermaßen hoch ist.

Auch der Kaffeeanbau wurde analysiert. Hier gab es einen bemerkenswerten Rückgang, aber die Anwendung der jüngsten Regierungsbeschlüsse wird in der bleibenden Zeit bis 1980 für eine allmähliche Erholung in diesem wichtigen Sektor sorgen. Nachdem die Viehindustrie analysiert worden war, die während dieser vergangenen Jahre eine geringe Effektivität aufwies, wurden kontinuierliche, insbesondere organisatorische, technische und Überwachungsmaßnahmen festgelegt, um alle Spuren des Disziplinmangels in dieser Hinsicht, routinemäßiges Herangehen und schlechte Gewohnheiten und Traditionen auszurotten, die die wirklichen Hindernisse beim Erreichen besserer Ergebnisse sind.

Mit Blick auf die Schweinezucht muß ein Plan erstellt werden, um die Anzahl der Geburten zu erhöhen und die Sterbe- und Verlustrate zu verringern und um effektiven und rationalen Gebrauch von Abfällen zur Tierverfütterung zu machen.

Aufmerksamkeit wurde der organisatorischen Seite der Arbeit mit landwirtschaftlichen Maschinen und den Anstrengungen, diese besser auszulasten, geschenkt. Es wurde festgestellt, daß noch effizienter geplant und kontrolliert werden muß, um dies zu erreichen und eine bessere Versorgung des Maschinenparks sicherzustellen.

Im Hinblick auf das langsame Tempo, mit dem auf dem Land der Kleinbauern Kooperativen errichtet werden, wird empfohlen, daß das Landwirtschaftsministerium und die Nationale

Vereinigung der Kleinbauern einen gemeinsamen Plan ausarbeiten, um die Errichtung sowohl landwirtschaftlicher Produktionskooperativen als auch Kredit- und Dienstleistungscooperativen voranzutreiben, letztere dort, wo es die Bedingungen geboten erscheinen lassen. Dies muß in Übereinstimmung mit den Prinzipien geschehen, die der 1. Parteitag und der 5. Kongreß der Nationalen Assoziation der Kleinbauern entworfen haben, vor allem des Prinzips der Respektierung der Wünsche der Bauern und unter Berücksichtigung der grundlegenden technischen und ökonomischen Erfordernisse der Zusammenfassung der bäuerlichen Produktion in Einheiten, die den rationalen und effizienten Einsatz des wissenschaftlichen, technischen, organisatorischen und sozialen Fortschritt gewährleisten, der auf kleinen Landstücken (oder in der Kleinproduktion) nicht angewandt werden kann. (. . .)

Wachsende Rolle der staatlichen Organe

Drei Jahre nach dem 1. Parteitag kann das Land auf enorme und substantielle Fortschritte bei seiner Institutionalisierung stolz sein. Nach einem Referendum, bei dem 97,7 % Ja-Stimmen abgegeben wurden (und bei dem 98 % der registrierten Wähler abstimmten), wurde die sozialistische Verfassung angenommen. Es folgten die völlige Neustrukturierung der staatlichen Institutionen, eine neue politisch-administrative Aufteilung und wirtschaftliche Organisation der Betriebe. Das erforderte gewaltige Anstrengungen, die nur mit der in den Anfangsjahren der Errichtung der revolutionären Macht des Volkes geleisteten Arbeit vergleichbar sind. Organe der Staatsmacht entstanden auf Landes-, Bezirks- und lokaler Ebene; die staatliche Verwaltung wurde reorganisiert. Das Gerichtswesen wurde umstrukturiert und das staatliche Schiedsgericht geschaffen. Die Nationalversammlung der Volksmacht hat 23 Gesetze verabschiedet, die zusammen mit einer beachtlichen Zahl von Erlassen und Verordnungen einen entscheidenden Teil der neuen juristischen Organisation des Staates für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft bilden.

Die Konstituierung der Organe der Volksmacht und damit die Möglichkeit, zahlreiche Funktionen zu dezentralisieren, indem sie den örtlichen Instanzen übertragen werden, erlaubte eine größere Beteiligung der Bevölkerung beim Mitregieren. Es gelingt immer besser, die Sorgen und Erfordernisse der Bevölkerung kennenzulernen. Das führt dazu, daß viele Forderungen der Massen leichter befriedigt werden können, in einigen Fällen mit ihrer eigenen Beteiligung. Es muß darauf geachtet werden, daß der Verwaltungsapparat der Volksmacht seine Aufgaben sehr rasch erfüllt. Das sollte mit einem Minimum an Personal geschehen, wobei jedes Anzeichen von Bürokratismus bekämpft und strikte Wachsamkeit gegenüber Abweichungen vom Stellenplan und der Verletzung der gültigen Arbeitsgesetzgebung geübt werden muß. Es ist notwendig, daß die Unternehmen und andere Einrichtungen, die der Kontrolle der lokalen Organe unterstehen, ernsthafte Anstrengungen unternehmen, um sowohl die Qualität der Dienstleistungen zu verbessern als auch die Art der Behandlung der Öffentlichkeit.

In den Einrichtungen der staatlichen Verwaltung muß der Kampf gegen Mängel, Nachlässigkeiten und Verantwortungslosigkeit fortgeführt werden. Neben den Maßnahmen zur politischen und ideologischen Erziehung ist die konsequente Anwendung der entsprechenden Gesetze gegenüber denjenigen unerläßlich, die ihre Verpflichtungen gegenüber dem Volk und dem sozialistischen Staat nicht erfüllen. Ebenso müssen Gleichgültigkeit, Vetterwirtschaft und jede andere Haltung, die diese Erscheinungen toleriert, bekämpft werden.

In den letzten Jahren ist der Kampf zur Beseitigung der vom bürgerlichen Regime übernommenen gesellschaftlichen Mängel verstärkt worden, indem die Rechtsorgane und die Polizei verstärkt wurden. Eine umfassende Schlacht muß gegen Verbrechen am Eigentum, vor allem gegen Diebstahl entwickelt werden, der von der Allgemeinheit entschieden abgelehnt wird. Al-

le anderen antisozialen Aktivitäten, die Verbrechen darstellen, müssen ebenso auf ein Minimum reduziert werden. Ernste Anstrengungen zur Hebung der Qualität und der Effektivität der Arbeit, die von den Gerichten und der Staatsanwaltschaft geleistet wird, sind geboten.

Im Berichtszeitraum wurde die Nationale Vereinigung der Juristen Kubas gegründet, die ein Grundpfeiler für die berufliche und ideologische Weiterbildung ihrer Mitglieder sein soll.

Der Kommunistische Jugendverband (UJC) hat seine Arbeit fortgesetzt, um die neuen Generationen in die Traditionen des Kampfes und der großen Arbeitsleistungen der Arbeiterklasse zu erziehen. Besondere Anstrengungen widmet die UJC der Bewegung der Jugendobjekte, die einen nationalen Charakter hat und mit der die Jugendorganisation die Arbeitskraft mobilisiert hat, die sie braucht, um diese Objekte auszuführen, und Anstrengungen unternommen hat, um die im Rahmen dieser Projekte vorgesehenen Aufgaben zu erfüllen. Nichtsdestoweniger haben wir die gewünschte Situation noch nicht erreicht, in der die arbeitende Jugend die dynamischste Kraft unter den Arbeitern würde.

Die Arbeit der Technischen Jugendbrigaden zielt darauf ab, Lösungen für die Produktionsprobleme durch größere wirtschaftliche Effizienz und die Erfüllung des technischen und ökonomischen Plans in jedem Arbeitszentrum zu finden. Dennoch muß ihre Tätigkeit noch verstärkt werden. Sie müssen die ihnen übertragene Rolle mit größerer Effektivität ausfüllen. Desweiteren müssen ihnen die staatlichen Stellen mehr Unterstützung zukommen lassen.

Die UJC hat eine Politik der entschlossenen Ablehnung solcher negativer Erscheinungen wie Schwindel, formlosen Verhaltens und antisozialer Verhaltensweisen verfolgt. Dennoch gibt es noch UJC-Mitglieder und andere junge Leute, die wenig Kampfbereitschaft zeigen gegenüber Zeichen von Disziplinlosigkeit, Schuleschwänzen, geringer Bereitschaft zum Studium und anderen Verhaltensweisen, die nicht mit unserer Lebensweise übereinstimmen.

Die UJC hat ihre Arbeit zur Stärkung der Vereinigung der Oberschüler, der Vereinigung der Studenten und der Pionierorganisation fortgesetzt, aber es ist noch notwendig, den Kampf fortzusetzen, um Unzulänglichkeiten auszurotten, die sowohl bei den Studenten noch existieren, als auch beim Funktionieren der Pionier-Paläste und -Zentren.

Im analysierten Zeitraum unternahm das Volk Kubas gigantische Anstrengungen bei der Organisation der XI. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, die einen neuen Sieg unserer Revolution darstellten.

Neue Aufgaben für die Gewerkschaften

Die Massenorganisationen haben ihre Aufgaben erfolgreich von denen abgegrenzt, die in die Zuständigkeit der staatlichen Verwaltung fallen.

Bei der Stärkung der Gewerkschaftsbewegung wurden Fortschritte erreicht. Das bewies die Erfüllung der Mehrheit der Beschlüsse des XIII. Kongresses der Zentrale der Werktätigen Kubas (CTC) und die Durchführung des XIV. Kongresses. Die CTC und ihre Gewerkschaftsorganisationen haben erfolgreich den Wettbewerb mit der Realisierung ökonomischer Ziele des gegenwärtigen Fünfjahresplans verbunden. Sie hat die Freiwilligenarbeit organisiert und sie in organisatorischer Hinsicht verbessert. Sie hat eine strikte Sparsamkeitspolitik im Hinblick auf ihre Ausgaben verfolgt und die Kassierung der Gewerkschaftsbeiträge verbessert. Auch wurden die Erholungsmöglichkeiten für die Arbeiter mit der Übergabe der gesellschaftlichen Zentren von Havanna-Stadt an die Gewerkschaften verbessert.

Aspekte der Gewerkschaftsarbeit, denen mehr Anstrengung und Aufmerksamkeit gewidmet werden muß, sind der Inhalt der Produktionsberatung und die Teilnahme der Gewerkschaften und damit der Arbeiter an der Untersuchung und Problemlösung verschiedener Aspekte der ökonomischen und sozialen

Entwicklung sowie der erfolgreichen Einführung des Systems der ökonomischen Planung und Leitung.

Es ist notwendig, die Gewerkschaften im Kampf gegen alle Erscheinungsformen der Anpassung und der Beschönigung von Mängeln, gegen Verantwortungslosigkeit und Gleichgültigkeit, die der Wirtschaft des Landes so viel Schaden zufügen, zu stärken.

Es gibt noch schwache Punkte bei der Arbeit an der Ausrottung von Erscheinungen der Disziplinlosigkeit in der Arbeit, vor allem im landwirtschaftlichen und Transportbereich. Manchmal trägt die Gewerkschaftsbewegung noch nicht mit der gebotenen Energie dazu bei, die Arbeitsgesetze einzuhalten und dafür Sorge zu tragen, daß die Rechte der Arbeiter voll respektiert werden. Die Ergebnisse bei der Anwendung des Gesetzes über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sind unbefriedigend, und als Ergebnis davon gibt es noch viele tödliche Unfälle, vor allem in der Zucker- und Bauindustrie.

Die Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR) haben ihre Aufgabe zur Verteidigung der Revolution und im Kampf gegen antisoziale Verhaltensweisen erfüllt, wobei ihre Mitwirkung bei der Schaffung und Unterstützung der Organe der Volksmacht hervorzuheben ist. Sie haben auch zur besseren Organisation der gesellschaftlichen Aktivität in den Gemeinden beigetragen. Vorrangig sollten die Mitglieder der CDR ihre Beteiligung an der zweiten Schicht der Nachtwachen (von 2—6 Uhr; d. Red.) erhöhen.

Die Vereinigung der Kubanischen Frauen (FMC) hat daran gearbeitet, das erzieherische und kulturelle Niveau der Hausfrauen zu erhöhen und bedeutende Fortschritte dabei erzielt, die Frauen politisch und ideologisch zu erziehen und die Gleichstellung mit dem Mann zu erreichen, obwohl mit der ökonomischen Situation zusammenhängende Grenzen die Lösung vieler Dinge materieller Art, die die Erreichung dieses Zieles erleichtern würden, noch verhindern. Die Einrichtungen der staatlichen Verwaltung haben ihre Aufgabe, die Frauen in die Qualifizierungs- und Weiterbildungspläne einzubeziehen, noch nicht in genügendem Maße gelöst.

Es gab Verzögerungen bei der Übertragung einiger Aufgaben der FMC-Arbeit an die Volksmacht. Diese Schwierigkeit trat auf, weil auf der Ebene der nationalen Staatsorgane noch Vorkehrungen zur Festlegung von Normen für diese Arbeit getroffen werden müssen.

Die Nationale Vereinigung der Kleinbauern (ANAP) hat an der Festlegung von Normen und der Errichtung landwirtschaftlicher Kooperativen gearbeitet, aber es müssen noch Wettbewerbsmethoden für den bäuerlichen Sektor entwickelt werden, die der Masse der Bauern mehr entsprechen. (. . .)

In Zusammenfassung der Arbeit, die während der letzten drei Jahre in Verwirklichung der Beschlüsse des 1. Parteitag getan wurde, hob das 8. Plenum des Zentralkomitees hervor, daß unser Volk trotz der schlechten internationalen Wirtschaftslage und der Grenzen und Fehlschläge, über die oben berichtet wurde, große Fortschritte in der Entwicklung der Produktion und der Gesellschaft unseres Landes gemacht hat. Während dieser Periode haben die Arbeiter Kubas zahllose Heldentaten in der Arbeit vollbracht und sich dem Aufbau eines sozialistischen Vaterlandes in wahren Opfergeist, mit Schlichtheit und Hingabe gewidmet.

Optimistische Zukunftsperspektive

Diese Errungenschaften, die einen soliden Beweis der Überlegenheit des Sozialismus und der außerordentlichen Möglichkeiten, die er revolutionären Völkern bietet, darstellen, ermöglichen uns, der Zukunft mit neuem Optimismus entgegenzusehen. Die kommenden Jahre, insbesondere die 1 1/2 Jahre, die uns noch vom 2. Parteitag trennen, rufen die Arbeiter und das ganze Volk zu entschlossenen, von Schwankungen freien und wahrhaft kreativen Anstrengungen auf.

Mit demselben Kampfgeist und der Siegesgewißheit, die stets

die kubanische Revolution begleitet haben, beschloß das 8. Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas, einen Aufruf an den mächtigen und kämpferischen Willen unseres Volkes, der Werktätigen, besonders an unsere Arbeiterklasse, die Partei und ihre Jugendorganisation, den Staatsapparat und die gesellschaftlichen Massenorganisationen zu richten und sie aufzufordern, alles zu tun, um alle gesteckten Ziele in dem bis zum 2. Parteitag unserer Partei verbleibenden Zeitraum zu erreichen. Mehr denn je müssen im Denken und Handeln unserer Parteimitglieder und unseres Volkes das revolutionäre Bewußtsein, die Siegesentschlossenheit und das Verantwortungsgefühl gegenüber dem Vaterland und der Revolution gefestigt werden. Wir müssen jetzt noch stärker als je zuvor in der Lage sein, die Waffen der Organisation, die rationelle Nutzung der Ressourcen sowie die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mechanismen, über die wir verfügen, einzusetzen.

„Unsere vornehmste Pflicht“

Unsere vornehmste Pflicht besteht darin, die menschlichen, technischen und materiellen Kräfte, über die wir verfügen, zu mobilisieren und richtig einzusetzen. Vergessen wir nicht, daß 20 Jahre Wirtschaftspraxis derer, die ursprünglich vom Kapitalismus dazu verurteilt waren, in Unkultur und Analphabetentum zu vegetieren, in unserem Land einen gigantischen historischen Umschwung bewirkt und das werktätige Volk geschmiedet haben. Neue und bessere technische, politische und Verwal-

tungskader bilden sich heraus, die in der Lage sind, die Schwierigkeiten in enger und schöpferischer Zusammenarbeit mit den werktätigen Massen zu überwinden. Einer brutalen Blockade, einem kriminellen Überfall, einer ständigen Bedrohung ausgesetzt und bereit, den proletarischen Internationalismus ehrenvoll anzuwenden, sind unsere Bemühungen zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung nicht frei von Unzulänglichkeiten, die mit jedem Jahr vermindert werden müssen.

Wir müssen ständig die Wirksamkeit der großzügigen und brüderlichen Hilfe der UdSSR und anderer sozialistischer Länder erhöhen und unsere Arbeit zur Qualifizierung und Weiterbildung von Kadern aller Art vervollkommen. Wir wissen, wie unser Volk, unsere Parteimitglieder über sich hinauswachsen, wenn es darum geht, allen Widrigkeiten zum Trotz Siege zu erringen.

Im Vertrauen auf diesen Geist fordert das 8. Plenum des Zentralkomitees der KPK die Organisationen und Einrichtungen der Partei und der UJC, die Institutionen der staatlichen Verwaltung und die gesellschaftlichen Massenorganisationen auf, die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen und sie begeistert und entschlossen auszuführen. Wir sind sicher, in einer erneuten Bilanz im kommenden Jahr nachweisen zu können, daß wir uns, was alle unsere patriotischen und revolutionären Traditionen und das Ansehen angeht, das die kubanische Revolution, und das Beispiel des Genossen Fidel Castro an der Spitze unserer Partei in der ganzen Welt gewonnen hat, würdig verhalten haben.

(Quelle: Granma. Weekly, Havanna, 27. 5. 1979)

Karibik

Regierungen Grenadas, St. Lucias und Dominikas Deklaration von St. George's



In Grenada übernahm im März 1979 die Neue Bewegung für gemeinsame Bemühungen nach Wohlfahrt, Erziehung und Befreiung (New Jewel Movement) nach einem unblutigen Staatsstreich die Macht. Unter Führung von Maurice Bishop, Rechtsanwalt und Vorsitzender der Befreiungsbewegung, wurde eine revolutionäre, antiimperialistische Orientierung verkündet. Massenaktionen mündeten dann im Mai 1979 auf Dominika und im Juli d. J. auf St. Lucia zum Machtantritt zweier weiterer Linksregierungen in der Inselregion der Kleinen Antillen (siehe AIB, Nr. 9/1979, S. 39). Die Regierungschefs der drei karibischen Staaten M. Bishop (Grenada), Oliver Seraphine (Dominika) und George Odlum (St. Lucia) trafen vom 13.—16. Juli d. J. in der grenadischen Hautstadt St. George's zu einem ersten Meinungsaustausch zusammen. Als Resultat verabschiedeten sie die folgende gemeinsame Deklaration, die ihre progressiv-antiimperialistische Ausrichtung widerspiegelt.

Wir anerkennen mit Genugtuung, daß sich die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Regierungen und den Völkern von Dominika, Grenada und St. Lucia hervorragend auf neuen Grundlagen entwickelt haben, seitdem Volksregierungen in diesen drei Ländern die Macht ausüben.

Wir erklären, daß die folgende Deklaration die Grundlage für friedliche, freundschaftliche und kooperative Beziehungen zwischen den drei Ländern darstellt und daß die in der Deklaration angeführten Prinzipien strikt eingehalten werden müssen.

Wir unterstreichen, daß die Prinzipien des Vertrages von Chaguaramas, durch den die Karibische Gemeinschaft (CARICOM) geschaffen wurde, die Charta der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und die der Vereinten Nationen in jeder Hinsicht respektiert werden müssen.

In der Hoffnung, daß wir zum Frieden zur Freundschaft und zur regionalen Solidarität beitragen, erklären die Regierungen von Grenada, Dominika und St. Lucia, die vom 13. bis 16. Juli 1979 in St. George's zusammentrafen, das folgende.

1. Die Regierungen von Dominika, Grenada und St. Lucia werden zwischen den drei Ländern Beziehungen des ewigen Friedens und der Freundschaft entwickeln, die auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, der Gleichheit und der regionalen Solidarität beruhen.

2. Die drei Regierungen werden versuchen, im Geiste guter Nachbarschaft und Freundschaft sowie in Übereinstimmung

mit den Prinzipien der Gleichheit und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, die wirtschaftliche Entwicklung, den Handel und die kulturellen Beziehungen zwischen den drei Ländern zu vertiefen und den Austausch zwischen den Völkern der drei Länder zu fördern.

3. Die drei Regierungen sind sich bewußt, daß die Völker ihrer entsprechenden Länder sie an die Macht gebracht haben, damit sie wichtige karibische Aspekte, die das Leben der Völker betreffen, eine neue Perspektive geben.

4. Die drei erkennen auch an, daß die Volksdemokratie, die Achtung der Rechte der Werktätigen und die wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit für die Massen die vordringlichen Ziele ihrer Regierungen sein müssen.

5. Jedwede neue karibische Organisation muß die höchstmögliche Beteiligung der Massen der Region besitzen und gewährleisten.

6. Anerkannt wird auch die Notwendigkeit einer sehr engen Zusammenarbeit, und diesbezüglich müssen Regelungen für häufigere Konsultationen auf höchster Ebene und für einen Informationsaustausch zum gegenseitigen Nutzen unserer Völker getroffen werden.

7. Die Regierungen widersetzen sich im Prinzip nicht der Aufstellung einer regionalen Militärstreitmacht, wenn sich deren Operationen darauf beschränken, ausländische Aggressionen zurückzuschlagen sowie die Bedrohung durch Söldnerinvasionen abzuwenden.

8. Die vorgeschlagene Organisation der Staaten der Ostkaribik soll erst nach eingehenden Konsultationen mit den Völkern der drei Länder und unter deren Mitwirkung geschaffen werden.

9. Die drei Regierungen nehmen eine unabhängige und nicht-paktgebundene Haltung in den internationalen Beziehungen zu allen Staaten ein. Die Regierungen unterstreichen besonders, daß die Völkern der Karibik ein souveränes Recht haben, ihre Länder auf einem eigenen Weg und frei von ausländischer Einmischung zu entwickeln.



Grenadas revolutionärer Premierminister M. Bishop

10. Die Regierungen widersetzen sich dem Imperialismus in allen seinen Formen, besonders seiner Herrschaft über und dem Druck auf die Entwicklungsländer, welche die großen transnationalen Gesellschaften und ihre Regierungen ausüben.

11. Die Regierungen wenden sich mit Nachdruck gegen alle Erscheinungsformen des Kolonialismus in der Region und unterstützen auf internationaler Ebene und unzweideutig das Recht aller Völker auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit. In dieser Hinsicht erklären die Regierungen vor allem ihre Unterstützung für die bedingungslose Gewährung der Unabhängigkeit an Belize und weisen die Besitzansprüche Guatemalas auf Teile des Territoriums von Belize zurück.

12. Die Regierungen erklären auch ihre volle Unterstützung und ihre Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in Zimbabwe, Namibia, Südafrika und Nicaragua.

13. Die Regierungen bekräftigen ihr Einverständnis mit den Prinzipien der karibischen Integration, der Zusammenarbeit und der Einheit. In diesem Sinne wurde die Entscheidung getroffen, karibischen Bürgern im Prinzip die Einreise in ihre entsprechenden Territorien zu gestatten. Die Regierungen kamen ferner überein, das Verbot aufzuheben, daß progressive Kräfte ihre entsprechenden Länder besuchen.

14. Die Regierungen unterstützen die Abhaltung einer Konferenz der Regierungschefs der CARICOM und rufen dringend dazu auf, sie noch in diesem Jahr stattfinden zu lassen.

15. Die Regierungen bestätigen, daß das Gebiet der Karibik eine Einheit ist ohne Rücksicht auf Unterschiede in der Sprache, in der Wirtschaft, auf die Trennung durch das Meer und andere ähnliche Gesichtspunkte. Die Regierungen weisen deshalb mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit hin, so enge Beziehungen wie möglich zwischen den Inseln und Ländern der Karibik herzustellen, wobei es unwichtig ist, ob hier englisch, niederländisch, spanisch oder französisch gesprochen wird.

16. Die Regierungen stimmen darin überein, den Austausch jeglicher Information über Erdölerkundung und Meeresrechte zu organisieren, um eine Energiepolitik zu entwickeln, die eine geeignete Gesetzgebung für die drei Staaten einschließt.

17. Die Regierungen unterstützen die Position jener Länder, die sich für die Schaffung einer internationalen Organisation aussprechen, um die Ressourcen in den Tiefen des Meeres zum gegenseitigen Nutzen aller Länder zu erforschen — im Gegensatz zur Ausbeutung dieser Ressourcen durch transnationale Gesellschaften zum Nutzen einer kleinen Minderheit — und treten für den Aufruf der „Dritten Welt“ nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung ein.

18. Die Regierungen identifizieren sich mit der Bewegung zur Unterstützung der Abrüstung und zur Beendigung des Wettrüstens und bedauern die unnützen Ausgaben von Fonds in diesem Sinne. Diese Fonds könnten besser dazu verwendet werden, die Entwicklungsländer zu unterstützen.

Die Regierungen identifizieren sich weiterhin mit dem Kampf für den Weltfrieden und für die Lösung von Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln. Insbesondere verurteilen die Regierungen den Gebrauch von Gewaltandrohung durch einige Länder als einen Weg, um sich andere zu unterwerfen.

19. Um dazu beizutragen, daß diese obengenannten Ziele erreicht werden, schaffen die drei Regierungen eine Konsultativkommission auf Ministerebene, welche die Durchsetzung der Beschlüsse dieser Kleinen Gipfelkonferenz koordiniert und solche Beschlüsse anderen Regierungen der Karibik mitteilt.

20. Die Regierungen schaffen auch eine Technische Kommission auf Expertenebene, die prüft, abwägt und Empfehlungen hinsichtlich aller technischen Angelegenheiten gibt, die mit der Verstärkung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Handels, der Landwirtschaft, der Agroindustrie und anderen Formen der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern, zwischen den weniger entwickelten Ländern der CARICOM und innerhalb der CARICOM im allgemeinen im Zusammenhang stehen.

Das erklären wir am 16. Juli 1979 in St. George's auf Grenada. (Quelle: Horizont, Berlin, Nr. 37/1979)

R. Valladares/R. Amador Maskerade der Junta

Nach dem Sieg der sandinistischen Revolution wächst der Volkswiderstand unter neuen Perspektiven des antiimperialistischen Kampfes in ganz Mittelamerika. Immer stärker zeigt sich die prekäre Lage der diktatorischen Militärgewaltherrschaften in El Salvador, Guatemala und Honduras.

Das heutige reaktionäre Regime in Honduras versucht durch betrügerische Manipulierung der für April 1980 angekündigten Wahlen, durch Repressions- und Einschüchterungsmaßnahmen gegen die demokratischen Kräfte des Landes, die Vorherrschaft des US-Imperialismus und der bürgerlichen Großgrundbesitzoligarchie aufrechtzuerhalten. Und es unterstützt die Konterrevolution der somozistischen Kräfte von honduranischem Boden aus. Breite Kreise der Bevölkerung leisten gegen die Pläne der Reaktion harten Widerstand, der sich zur Zeit noch in offenem Protest ausdrückt, der aber das ermutigende Beispiel Nikaraguas stets vor Augen hat.

In den letzten Jahren hat Honduras eine Verschärfung der gesellschaftlichen Gegensätze erfahren. Die bestehenden Spannungen sind Ausdruck der tiefgreifenden Krise des abhängigen und schwachentwickelten Kapitalismus, der Unfähigkeit des oligarchischen Regimes, dieser Krise entgegenzuwirken. Sie sind Ausdruck der beharrlichen Versuche der Herrschenden, die objektive Notwendigkeit einer längst fälligen Veränderung veralteter Strukturen zu ignorieren. Die politische Landschaft der 70er Jahre ist von Machtkämpfen zwischen reformfreundlichen und reaktionären Sektoren der Bourgeoisie geprägt, vor allem haben die immer stärker werdenden demokratischen und revolutionären Kräfte an Bedeutung gewonnen.

Vom reformfreundlichen zum reaktionären Militärregime

Nach einer fast hundertjährigen Alleinherrschaft der bürgerlichen Großgrundbesitzeroligarchie, die im Bündnis mit dem US-Imperialismus und den reaktionären Militärs das Land beherrschte, kam es am 4. 12. 1972 durch einen Putsch von reformfreundlichen und patriotischen Offizieren zu einem Machtwechsel. Dieser Putsch wurde durch die Diskreditierung der Oligarchie begünstigt, da sie nicht fähig war, den Folgen des Krieges von 1969 zwischen Honduras und El Salvador zu begegnen.

Die neuen Machthaber wurden von Teilen der Bourgeoisie unterstützt, welche Modernisierungen durch Wirtschaftswachstum und Reformen erreichen wollten, welche die Politik des alten reaktionären Regimes mißbilligten und in den Latifundien ein Hindernis für die Entwicklung des nationalen Kapitals sahen. Die wichtigste Zielsetzung der neuen Politik stellte die Agrarreform dar. 600 000 ha sollten den Großgrundbesitzern genommen und an 120 000 Bauern verteilt werden. Die positiven Programme der neuen Regierung fanden auch Unterstützung in breiten Kreisen der Volksbewegung, demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Bauernorganisationen; neben der Agrarreform war auch die Verstaatlichung der Wälder, des Holzabbaues, der Fischerei usw. geplant.¹

Am 31. 3. 1975 kam es auf Bestreben der Bewegung Junger Offiziere (MOJ) zu Umgruppierungen in der politischen Leitung der Streitkräfte. Die MOJ forderte eine Beschleunigung der Reformen sowie die Stärkung des Einflusses der fortschrittlichen Militärs in der Regierung. Wenige Tage später meldeten New



Yorker Zeitungen, daß hohe honduranische Funktionäre Bestechungsgelder von der United Brands Company, der Muttergesellschaft einer der beiden US-Bananenkonzerne in Honduras, erhalten hätten, mit denen eine Erhöhung der Steuern für den Bananenexport verhindert werden sollten.² Die Bekanntmachung des Bestechungsskandals erfolgte durch dieselben US-Monopole; auf diese Weise wollten sie die reformistische Regierung in Mißkredit bringen, was ihnen auch gelang. Im April 1975 wurde die Regierung gestürzt.

In der neuen Regierung unter dem ehemaligen Oberst Melgar Castro hatten nun diejenigen das Sagen, die sich für ein Wirtschaftswachstum einsetzten, aber Strukturereformen rigoros ablehnten. Durch die Stornierung der Reformen und die Wiederaufnahme von Repressalien versuchte die abhängige Bourgeoisie oder „Burgesia Desarrollista“ ihr Programm zu verwirklichen, doch die Großgrundbesitzeroligarchie verlangte ein noch schärferes Vorgehen.³

Die Antwort der Bauern auf den Stopp der Agrarreform war der Hungermarsch des 25. 6. 1975. In der Provinz Olancho organisierten die Großgrundbesitzer unter der Führung des Latifundisten Mel Zelaya illegale paramilitärische Gruppen, die vom örtlichen Militär unterstützt wurden. Auf bestialische Weise ermordeten sie 14 Menschen, unter ihnen 2 Priester, Nonnen, Bauernführer und Studenten, die den Hungermarsch mitorganisiert oder an ihm teilgenommen hatten. Einige Wochen später wurden die Geschändeten und Ermordeten in einem Massengrab gefunden.

Ende Februar 1976 wurde die Universität von Tegucigalpa, ein Zentrum fortschrittlicher Kräfte, von rechtsradikalen Terroristen überfallen, mit dem Ziel, ein Klima der Angst zu schaffen, um weitere Protestaktionen gegen den rechten Kurs der Regierung im Keim zu ersticken.

Im Februar 1976 wurde die von revolutionären Arbeitern geleitete größte Genossenschaft, die gleichzeitig das wichtigste Projekt der Reformregierung war, im Einvernehmen mit der Standard Fruit Co., militärisch besetzt. Die leitenden Mitglieder der bestorganisierten und demokratischsten Genossenschaft des Landes wurden gefangengenommen und blieben bis September 1978 in den Kerkern von Trujillo. Nach einer großen Protestaktion der demokratischen Kräfte und durch den Druck der internationalen Solidarität erfolgte ihre Freilassung.

Ähnliche Vorgänge spielten sich Anfang 1977 in der Gewerk-

schaft der United Fruit Co. ab. Am 7. August des vergangenen Jahres gelang es der bürgerlichen Großgrundbesitzeroligarchie

Honduras-Daten



Territorium und Bevölkerung: auf einer Fläche von 112 088 qkm (fast die Hälfte der BRD) leben 3 Mio Menschen, von denen ca. 70 % zur Landbevölkerung zählen. H. grenzt an Guatemala, Nikaragua und El Salvador an. Tegucigalpa, die honduranische Hauptstadt, zählt 300 000 Einwohner. Das Bevölkerungswachstum weist eine Rate von 3,4 % auf. 73,4 % der Honduraner sind jünger als 30 Jahre. Der Anteil der Kinder unter 14 Jahren macht 46,7 % aus.

Landessprache: Spanisch

Religion: zu mehr als 90 % römisch katholisch

Währung: 1 Lempira = 0,5 Dollar

Wirtschaft: Die honduranische Wirtschaft ist durch einen vom US-Imperialismus abhängigen und schwachentwickelten Kapitalismus gekennzeichnet; charakteristisch sind die Vorherrschaft der Agrarproduktion, eine kaum vorhandene Industrie und die Kontrolle der gesamten Wirtschaft durch die US-Monopole. Die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte sind Bananen (fast 50 % des gesamten Exports), Kaffee, Holz, Reis, Zuckerrohr, Baumwolle u. a. In den letzten Jahren hat auch die Viehzucht an Bedeutung gewonnen. Außerdem sind Bodenschätze wie Edelmetalle, Eisen, Zink, Blei und Antimon vorhanden.

95 % der gesamten ausländischen Direktinvestitionen kommen aus den USA. Das jährliche Pro-Kopfeinkommen betrug 1972 260 Dollar. Die Auslandsverschuldung hat mit 1,5 Mrd Dollar eine Rekordhöhe erreicht, während das Bruttoinlandsprodukt etwas mehr als 800 Mio Dollar beträgt.

Soziale Lage: Der größte Teil der Bevölkerung lebt unter menschenunwürdigen Bedingungen. Die Arbeitslosenrate liegt mit fast 20 % überdurchschnittlich hoch. 52,5 % der Honduraner sind Analphabeten und ein Großteil der Bevölkerung (72 % der Kinder) ist unter- oder fehlernährt.

Das Defizit an Wohnungen hat eine Höhe von 69,9 % erreicht. Der Gegensatz von Arm und Reich läßt sich ganz banal durch folgende beiden Daten illustrieren: Ein Landarbeiter verdient durchschnittlich 2 DM am Tag und der Konsum der herrschenden Klasse, allein an Luxusgütern, macht etwa 30 Mio DM jährlich aus.

Geschichte:

1502 Entdeckung durch Columbus

1821 Unabhängigkeitserklärung nach 300 Jahren spanischer Kolonialherrschaft.

1881 Das US-Monopol New York and Honduras Rosario Mining Company erhält die erste Konzession für die Ausbeutung der Bodenschätze in Honduras.

1954 Die bei den US-Konzernen beschäftigten Arbeiter treten im Mai in einen großen Streik und erkämpfen sich viele ihrer heutigen demokratischen Rechte und sozialen Errungenschaften, wie beispielsweise die Legalisierung der Gewerkschaften.

1964 H. wird Mitglied in zentralamerikanischer Militärallianz CONDECA (seit 1969 nur noch Beobachter)

1969 Krieg zwischen Honduras und El Salvador

1972 Bildung einer reformfreundlichen Militärregierung, die die 100jährige politische Vormacht der bürgerlichen Großgrundbesitzeroligarchie ablöst und deren Ziel u. a. die Abschaffung der Latifundien ist.

1975 Die Reformen kommen durch den Putsch des damaligen Obersten Melgar Castro zum Erliegen.

1978 Etablierung einer reaktionären Militärjunta unter General Policarpo Paz Garcia, durch die die Großgrundbesitzeroligarchie erneut die politische Macht ergreift.

und den reaktionären Militärs eine Militärjunta zu etablieren, wodurch dieser von der politischen Macht abgedrängte Sektor erneut großen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte gewann. Kurze Zeit später fielen die linksliberale Zeitung El Tiempo und der katholische Rundfunksender Progreso den Repressionen zum Opfer.

Am 6. März dieses Jahres wurde ein Streik bei der Firma Bemishandal auf brutale Weise bekämpft: 3 Arbeiter kamen dabei ums Leben, mehr als 100 Menschen wurden verhaftet und die Fabrik verbrannt. Im Laufe der bisherigen Regierungsperiode der Militärjunta wurden mehrere solcher Repressivmaßnahmen getätigt. Ein Beispiel ist auch das gewaltsame Vorgehen gegen Schüler in der Hafenstadt Puerto Cortes im September 1979, die sich jedoch durch das Eingreifen der Reaktion nicht einschüchtern ließen und schließlich die Verstaatlichung der Schule Franklin Delano Roosevelt durchsetzten.⁴

Die definitive Sicherung ihrer Machtposition versprechen sich



Honduranischer Juntachef General Policarpo Paz Garcia

die Militärs, die Oligarchie und die Nationale Partei von der für April 1980 vorgesehenen Wahl, „maskerade“.

Unverkennbar vertritt das jetzige Juntaregime eine Somozafreundliche Haltung, die nicht zuletzt in der Nikaragua-Debatte der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), Mitte dieses Jahres, zutage trat, in der die Junta ihre Stimme für Somoza abgab. Am 14. Juli 1979 trafen sich die Diktatoren Mittelamerikas, um, wie es auch sonst öfter an der Tagesordnung war, über das Schicksal Nikaraguas zu beraten. Als einzige Regierung erkannte die honduranische Junta die Marionette Francisco Urcuyo an. Urcuyo war von Somoza nach seiner Flucht in die USA zum Präsidenten ernannt worden. Er floh schon bald nach Guatemala und die Luftwaffe setzte sich geschlossen nach Honduras ab.

Inzwischen befinden sich fast 5 000 ehemalige Nationalgardisten in Honduras, die den Auftrag haben, die konterrevolutionäre

näre Tätigkeit von Honduras aus in Angriff zu nehmen. Die repressive, Somoza-freundliche Politik der Militärjunta dient den US-Monopolen und der Reaktion in Mittelamerika, sowie der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsstrukturen.

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts wuchs das Interesse der USA in Mittelamerika. Bereits 1881 erhielt die New York Rosario and Honduras Mining Company günstige Konzessionen, wie Steuervergünstigungen für In- und Export, für die Ausbeutung der Minen von El Rosario in der Provinz Francisco Morazan. Bald folgten die Bananenkonzerne.

Anfang des 20. Jahrhunderts inszenierten die US-Monopole eine Militärinvasion und erpreßten so noch vorteilhaftere Konzessionen vom Staat. Die Bananenkonzerne kontrollieren Produktion, Transport und Handel der Bananen, die 50 % der Gesamtexporte ausmachen. Außerdem stehen die wichtigsten Sektoren der Wirtschaft, nämlich die Landwirtschaft, der Bergbau, die Elektrizitätswerke, die nur in geringem Maße vorhandene Industrie, sowie das Bank-, Transport- und Kommunikationswesen unter Kontrolle der US-Konzerne. Die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung (816000) ist in diesen Bereichen tätig. Aufgrund der erdrückenden Ausbeutungsverhältnisse hat sich im Laufe der Zeit in der Arbeiterklasse ein antiimperialistisches Bewußtsein entwickelt.⁵

70 % der Bevölkerung leben auf dem Lande. Der Grundbesitz ist folgendermaßen verteilt: Mehr als die Hälfte des nutzbaren Bodens gehört 436 Großgrundbesitzern. Die nordamerikanischen Bananenkompanien verfügen über 1/3 der wirtschaftlichen Nutzungsfläche. Da die US-Konzerne exportorientiert sind und die Großgrundbesitzer ihren Boden häufig nicht voll ausnutzen, kommt es zum Mangel an Grundnahrungsmitteln, was in einigen Regionen Hungersnöte zur Folge hat.

Vorgefertigter Wahlbetrug vom April 1980

Ein Heer von 100000 Bauern, die kleine oder mittelgroße Parzellen besitzen, stehen der kleinen Gruppe von Großgrundbesitzern gegenüber. Diese Bauern produzieren hauptsächlich für den eigenen Bedarf und sind volkswirtschaftlich nicht integriert. Am Rande des Existenzminimums leben 84000 Bauernfamilien, die kein Land besitzen; sie arbeiten als Saisonarbeiter oder werden auf den Latifundien beschäftigt, falls sie überhaupt eine Arbeit finden.⁶

Während die Militärjunta den Wahlbetrug für April 1980 vorbereitet und die Konterrevolution gegen das neue Nicaragua unterstützt, formieren sich die demokratischen Kräfte gegen das Vorhaben der Reaktion. Zur Wahl zugelassen sind die Nationale Partei, die Liberale Partei und die Reformpartei des Industriellen und Großhändlers Andonie Fernandez; ausgeschlossen bleiben die fortschrittliche Christdemokratische Partei, die Sozialdemokratische Revolutionäre Partei, die Sozialistische Partei und die KP Honduras.

Die Liberale Partei denunzierte im August d. J. die Manipulierung des Wahlprozesses, am 10. September gaben die Christdemokraten ihr Vorhaben der Bildung einer oppositionellen Front gegen den Wahlbetrug bekannt.⁷ Die KP Honduras strebt schon seit geraumer Zeit die Formierung einer breiten Front an, deren Gründung durch die Christdemokraten, die Sozialdemokraten, die Sozialisten und die Kommunisten unmittelbar bevorsteht. In offener Opposition befindet sich auch die Liberale Volksallianz (linker Flügel der Liberalen Partei).

Eine ganz entscheidende Rolle spielt die oppositionelle Haltung der Gewerkschaften, der Bauernorganisationen, der Verbände der Studenten, Schüler und Lehrer, der Frauenbewegung, sowie die Initiativen in der Randviertelbevölkerung.

Die Gewerkschaftsbewegung kann auf eine lange Tradition verweisen. Die beiden größten Verbände sind die Allgemeine Zentrale der Arbeiter (CGT), in der Christdemokraten, Sozialisten und Kommunisten zusammenarbeiten und die schwankende Zentrale der Arbeiter (CTH), in der aber auch demokratische und kommunistische Gewerkschaftler mitwirken. Die drei gro-

ßen Bauernorganisationen, die Nationalunion der Bauern (UNC), die innerhalb der CGT arbeitet, die in der CTH organisierte Bauernliga ANACH und der Genossenschaftsverband FECORAH stellen gewichtige Massenorganisationen dar. Die staatliche Universität von Honduras, mit 20000 Studenten und 2000 Angestellten repräsentiert ein einflußreiches Zentrum der demokratischen und revolutionären Bewegung.

Die antiimperialistische Bewegung setzt sich für die Verteidigung der nach dem großen Arbeiteraufstand des Jahres 1954 erkämpften Rechte, für die Durchführung einer Agrarreform, die Entwicklung einer demokratischen Alternative gegen den Wahlbetrug und die Außerkraftsetzung der somozistischen Konterrevolution ein. Sie bekämpfen den reaktionären Plan, ein militärisches Dreieck zwischen Honduras, El Salvador und Guatemala zu bilden, das den nach dem Austritt Nikaraguas auseinandergebrochenen Militärpakt CONDECA ersetzen soll.⁸ Ein erster Schritt zur Verwirklichung dieses Planes ist die in Kürze vorgesehene Unterzeichnung eines gegen Nicaragua gerichteten Friedensvertrages zwischen Honduras und El Salvador, der die Hoffnungen der beiden Völker auf einen realen Frieden nach zehnjähriger Verhandlung vollends zunichte machen würde.

Unter dem Eindruck der Entwicklung in Nicaragua und dank eines einheitlichen Vorgehens der demokratischen und revolutionären Kräfte, die auf eine traditionsreiche Verbrüderung mit dem Sandinismus zurückblicken können, ist in absehbarer Zeit eine politische Wende möglich, wobei der von Nicaragua eingeschlagene Weg sicherlich seine Berücksichtigung findet.

Anmerkungen:

- 1) R. Padilla, El Proceso Democratizador en Honduras, in: Revista Internacional, Prag, Nr. 12/1974, S. 69—74
- 2) Informe de la Comisión Investigadora del Soborno, El Tiempo, 4. 4. 1975
- 3) La Situación Política de Honduras, Zeitschrift Trabajo, Tegucigalpa, Nr. 1/1978, S. 1—4
- 4) Patria, Tegucigalpa, Nr. 119/1979, S. 1 und 15, und Nr. 140/1979, S. 10
- 5) H. Deras, Imperialismo y Derechos Humanos, Trabajo, Nr. 4/1978, S. 23—33
- 6) M. V. Carias, Cuadernos de Sociología de la UNAH, Tegucigalpa 1972, S. 248—268
- 7) San P. S. Tiempo, Honduras, 11. 9. 1979, S. 3
- 8) Patria, Nr. 137/August 1979, S. 11

Zwar können Sie nicht die aktive Zusammenarbeit mit den Völkern der Dritten Welt abonnieren.

Aber eine Zeitschrift, die sich dies — und noch viel mehr — zum Ziel gesetzt hat. Und die deshalb Solidarität heisst.

Solidarität

Ich möchte Informationsmaterial/Probenummer 'Solidarität' erhalten

Ich abonniere die **Solidarität**
 Jahresabonnement (10 Nummern: Fr. 18.—)
 Unterstützungsabonnement (ab Fr. 30.—)

Ich möchte Mitglied des SKAAL werden (Fr. 30.—) und erhalte damit das SKAAL-Bulletin 'Solidarität'

Vorname, Name _____
 Strasse _____ Nummer _____
 PLZ _____ Ort _____ Datum _____

Ausschneiden und einsenden an
 SKAAL Postfach 2009 4001 Basel

SKAAL

SOLIDARITÄTSKOMITEE
 FÜR AFRIKA, ASIEN UND
 LATEINAMERIKA SKAAL

Aufruf der Demokratischen Front gegen die Unterdrückung



Indiofrauen in der Kirche von Panzós bei der Trauer um ihre von der Armee im Mai 1978 ermordeten Angehörigen

In Guatemala geht der Terror geduldeten paramilitärischer Banden und institutionelle Unterdrückung Hand in Hand. Trotz ausgedehnter Volkskämpfe wie z. B. dem einwöchigen Generalstreik im August 1978 und anhaltenden Guerillaaktivitäten (siehe AIB 7—8/1979) blieben — anders als in Nicaragua — die Oppositionskräfte weitgehend zersplittert. Im März 1979 konnte mit der Gründung der Demokratischen Front gegen Unterdrückung, welche 140 Parteien, Gewerkschaften, Studentenvereinigungen und religiöse Gruppen umfaßt, ein bedeutender Schritt hin zur antidiktatorischen Einheit getan werden. Mitglieder der Front gehören neben der Guatemalteken Partei der Arbeit (PGT) auch die Vereinigte Revolutionäre Front (FUR) sowie die Sozialdemokratische Partei (PSD) an.

Guatemala, ein Land von mehr als 6 Mio Einwohnern, in Mittelamerika gelegen, besitzt große Naturreichtümer, eine äußerst schöne Landschaft und hat das ganze Jahr hindurch ein angenehmes Klima. Die schrecklichen Umstände, unter denen das Volk von Guatemala lebt, stehen jedoch im Gegensatz zu den Reichtümern und der Schönheit des Landes; mehr als 65 % der Kinder sterben an Unterernährung, bevor sie das 5. Lebensjahr erreicht haben; 42 % der Bevölkerung sind von Arbeitslosigkeit betroffen; die Lebenserwartung der Guatemalteken beträgt kaum 35 Jahre. Allein in der Hauptstadt fehlen mehr als 356 000 Häuser. In den ländlichen Gebieten kommt ein Arzt auf 4 000 Einwohner und 85 % der Bevölkerung sind unterernährt; 2 % der Bevölkerung besitzen 72 % von Grund und Boden. Aber eine der größten Tragödien unseres Volkes ist, daß angesichts der großen ökonomischen und sozialen Probleme, unter denen es leidet, die einzige „Lösung“, die ihm alle Regierung-

gen, die es von 1954 bis heute zu ertragen hatte, brachten und bringen, die Unterdrückung ist.

Seit 1954 hat die Unterdrückung in Guatemala mehr als 30 000 Opfer gefordert, teils Ermordete, teils Verschleppte. Es gibt Phasen der Verschärfung, wie die momentane, und andere, in denen es scheint, als herrsche ein demokratisches Klima, in dem die Unterdrückung sich verringert. Im Durchschnitt werden jedoch in der Hauptstadt täglich 8 Menschen, deren Körper eindeutig Spuren der Folter aufweisen, getötet — nicht eingerechnet die Leichen, die auf geheimen Friedhöfen und an den Wegesrändern im Landesinnern auftauchen.

Die Unterdrückung hat ihren Ursprung im Streben des Staates, die Interessen der herrschenden und imperialistischen Klassen zu verteidigen und die Ausbeuterordnung aufrecht zu erhalten, die den Hunger und die Unterernährung verursacht, unter denen das Volk von Guatemala leidet, und die überdies jedes Jahr tausende Opfer fordern.

Trotz der bestehenden Atmosphäre der Unterdrückung haben die Volksmassen, vor allem in den letzten Jahren, die kämpferischen Auseinandersetzungen für die Durchsetzung ihrer Sofortforderungen verstärkt.

Im Mai 1978 erreichte die Unterdrückung erneut Ausmaße eines Völkermordes, als in Panzós mehr als 100 Kekchie-Bauern, darunter Männer, Frauen und Kinder, von den Streitkräften getötet wurden, nur weil sie ihre legitimen Rechte auf Grund und Boden und Arbeit forderten; ein grundlegendes Bedürfnis der Bauernschaft, um überleben zu können. In Olopa wurden weitere 25 Bauern Opfer der Unterdrückung, die von der Regierung und den herrschenden Klassen entfesselt wird. Das gleiche ist zu berichten von der Unterdrückung, die sich gegen die Bauern in El Quiché und anderen ländlichen Regionen des Landes richtet.

Die Bewohner von Ansiedlungen, sowohl städtischer wie ländlicher, sind Ziel zahlreicher Repressionsakte, um sie und ihre Führer einzuschüchtern zu dem Zweck, ihre Volksorganisationen zu zerstören und so den Kampf um bessere Lebensbedingungen zu behindern. Es wurde auch offiziell die polizeiliche Erschießung gewöhnlicher Verbrecher zugegeben, von denen behauptet wurde, sie seien heimtückisch von verschiedenen geheimnisvollen Organisationen entführt worden, die man als Todeschwadronen bezeichnet.

Andererseits sind unter all den repressiven Maßnahmen hervorzuheben die Morde an dem Geistlichen Hermógenes López, den Gewerkschaftern Mario Mujía, Miguel Valdez und Pedro Quevedo, den Studenten Oliviero Castaneda (Generalsekretär der Vereinigung der Studenten) und Ricardo Martínez Solórzano; die Verschleppung von Antonio Ciani (Vizepräsident der Vereinigung der Studenten). An diese lange Liste schließen sich an, die Morde an Dr. Alberto Fuentes Mohr (Führer der demokratischen Sozialisten und Kongreßabgeordneter) ebenso wie an dem Akademiker Manuel Andrade Roca (Universitätsdozent und Berater vielfältiger demokratischer Aktivitäten), und kürzlich erst die Morde an Manuel Colom Argueta (demokratischer Führer der Einheitsfront der Revolution — FUR) und am Generalsekretär der Gewerkschaft der Arbeiter des weltweiten Unternehmens Coca-Cola, Francisco López Balán.

Es kommen terroristische Überfälle auf den Sitz der Nationalen

Gewerkschaftszentrale (CNT) und der FUR hinzu, wo schwere Sprengstoffanschläge stattfanden. Ebenfalls überfallen wurden die Presseorgane Nuevo Diario und Independiente, und das Gebäude der Tageszeitungen El Gráfico und La Tarde wurde von bewaffneten Männern angegriffen, die versuchten, es in Brand zu stecken. Organisierte Arbeiter des Pressewesens wurden überfallen, und es wurde versucht, sie zu entführen. All dies gehört zu dem Plan die Massenmedien einzuschüchtern.

In den Rahmen der institutionalisierten Unterdrückung gehört auch das Verhalten der Justiz, an welchem deutlich wird, daß die Gerichte nicht unabhängig sind: die Durchführung von Prozessen wird verzögert, die Beamten sind bestechlich und von eindeutiger politischer Ausrichtung. Die Bevölkerung ist an den Entscheidungen, die sie betreffen, überhaupt nicht beteiligt, wie z. B. bei der Diskussion des neuen Entwurfs eines Arbeitsgesetzbuches, an der die Arbeiter, als Betroffene, nicht teilnehmen; nur die Vertreter der Arbeitgeber sind beteiligt.

In der gegenwärtigen Situation verfügt die institutionalisierte Unterdrückung die Auflösung von Berufsverbänden, befiehlt sie Massenentlassungen und das Eingreifen der Sicherheitskräfte in den Arbeiterzentren; Menschen werden vertrieben; sie greift die Universität von San Carlos an, bedroht die Studenten und ihre Familien; Angehörige von Orden werden vertrieben; Führer des Volkes und fortschrittliche Bürger werden gezwungen, das Land zu verlassen.

Zur terroristischen Unterdrückung kommt die institutionalisierte Unterdrückung hinzu; beide begangen von der Regierung gegen alle Gruppen des Volkes und der demokratischen Bewegung.

Angesichts dieser Situation, in der nicht nur das Leben der Führer und ihre Organisation auf dem Spiel stehen, sondern auch die Existenz der demokratischen Volksbewegung, ist uns bewußt, daß wir die Verantwortung und die Pflicht haben, die Organisation zu gründen, die alle Gruppen, die Opfer der Unterdrückung sind, vereint; dies als Antwort auf den Aufruf, den in diesem Sinne das Nationalkomitee der Gewerkschaftseinheit — CNUS am 24. Februar 1979 veröffentlichte.

140 demokratische und Volksorganisationen der Arbeiter, Bauern, Siedler, Lehrer, Studenten, Christen, Berufsschulen und demokratische Parteien, vereinigen wir uns in einer Vollversammlung, um die Demokratische Front gegen die Unterdrückung zu gründen. Diese Front verfolgt das Ziel, die Existenz unserer Organisationen zu verteidigen, um den Kampf für die demokratischen Rechte des Volkes, wie sie in der Verfassung der Republik und der Erklärung der Menschenrechte garantiert sind, wiederbeleben zu können.

Die Ziele der Front:

1. Auf nationaler Ebene mit allen unseren Mitteln alle repressiven Handlungen, die gegen irgendeinen Teil der demokratischen Bewegung des Volkes begangen werden, bekannt zu machen, die direkt oder indirekt Verantwortlichen zu benennen und die verschiedenen Formen und Methoden, in denen sich die Unterdrückung zeigt, nachzuweisen.

2. Auf internationaler Ebene vor den Völkern der Erde die Unterdrückung aller Teile des Volkes und der demokratischen Bewegung aufzuzeigen, die Solidarität mit dem Volk von Guatemala zu fordern, durch Anklagen, Proteste und die Organisation von Solidaritätskomitees sowie Übersendung materieller Hilfe für die Opfer der Unterdrückung und durch Hilfe für die Lösung der Aufgaben der Demokratischen Front.

3. Die konkrete Solidarität mit den Opfern der Unterdrückung zu entwickeln. Die Front wird die Opfer der Unterdrückung oder ihre Familien bei der Veröffentlichung ihrer Anklagen angemessen beraten und unterstützen. Sie wird den Hinterbliebenen der Opfer materielle Mindestunterstützung leisten. Sie wird in konkreten Fällen Organisationen, Gruppen und Personen, die durch die Unterdrückung bedroht sind, beraten, um Formen der Verteidigung zu entwickeln.

4. Für die Aufhebung der Gesetze zu kämpfen, die den Verantwortlichen der Unterdrückung als Legitimation dienen. Zu diesem Zwecke werden juristische Kommissionen gebildet, die Vorschläge ausarbeiten. Diese Kommissionen werden wir unter Ausnutzung der Möglichkeiten, die die Verfassung der Republik bietet, gründen.

5. Die Front wird es unterstützen, daß die demokratischen Volksorganisationen alle möglichen Formen des Kampfes vorantreiben, um dem Anwachsen der Unterdrückung entgegenzuwirken, das Leben der Führer zu schützen und das Bestehen der Organisationen und der demokratischen Volksbewegung insgesamt zu verteidigen.

Wir ersuchen um die Solidarität aller Völker der Erde

Wir appellieren an alle demokratischen Organisationen, alle Körperschaften und Institutionen, die für die Achtung der Menschenrechte eintreten, an demokratische Persönlichkeiten und die demokratischen Regierungen in aller Welt, unserem Volk die brüderliche Solidarität entgegenzubringen, die es so sehr braucht, um der Unterdrückung Einhalt zu gebieten, welche alle unsere Organisationen zu zerstören versucht und unsere konsequenten Führer ermordet.

Konkrete Solidarität, um die wir die Völker der Erde ersuchen:

- A. Anklage
- B. Proteste
- C. Organisierung von Solidaritätskomitees
- D. Übersendung von materieller und ökonomischer Hilfe
- E. Andere.

Dieses Kommuniqué wurde von allen Organisationen, die die Demokratische Front gegen die Unterdrückung bilden, unterzeichnet. 144 Arbeiter-, Bauern-, Siedler-, Angestelltenorganisationen, Berufsverbände, Organisationen von Lehrern, Studenten, konfessionellen Organisationen, demokratischen Parteien, Organisationen von Bergleuten und anderen.

(Quelle: Guatemala. Comité Costarricense de Solidaridad con Guatemala, o. O., Nr. 1/Juli 1979, S. 3—7)

AIB - Übersetzer gesucht !



Liebe AIB-Abonnenten und -Leser,

die AIB-Redaktion ist seit ihrer Gründung im Jahre 1970 eine weitgehend ehrenamtliche geblieben, die auf die unentgeltliche Mitarbeit von Autoren und Übersetzern angewiesen ist. Bedauerlicherweise unterliegt gerade unser für die Dokumentenwiedergabe so wichtiger Übersetzerkreis einer hohen Fluktuation und bedarf dringend der Erweiterung — und sei es auch nur mit gelegentlicher Mitarbeit. Insbesondere **Übersetzer** aus dem spanischen, französischen und englischen Bereich sind gesucht.

Bitte schreiben Sie uns gegebenenfalls mit Angabe von Anschrift, Sprache(n), Übersetzungskapazität und Hauptinteressengebieten (Themen, Länder der Dritten Welt), und zwar an: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1.

Iván Ljubetić

Freis Bekenntnis zur antidiktatorischen Einheit



Eduardo Frei, ehemaliger Präsident Chiles (1964—1970) und Führer des rechten Flügels der Christdemokratischen Partei Chiles (PDC), erklärte in einem Interview mit der Madrider Zeitung ABC am 11. 10. 1973: „Die Entscheidung der Militärjunta, die Regierungsgewalt zu übernehmen, hat das Land gerettet“.¹

2 Jahre später, Ende 1975, stellt sich Frei in seinem Buch „Das Mandat der Geschichte und die Forderungen der Zukunft“ in Opposition zur Junta, weist gleichzeitig jedoch jegliche Verständigung mit den Marxisten zurück. Wieder 3 Jahre später, am 25. 8. 1979, erklärte Frei bei einem Festessen, das ihm etwa 1000 Personen in Vina del Mar boten: „Die Wiederherstellung der Demokratie im Land kann nicht die Aufgabe einer einzelnen Partei sein. Sie muß das Ergebnis einer wirklich nationalen Einigkeit sein“.²

Diese unterschiedlichen Äußerungen Freis kennzeichnen die Entwicklung, die innerhalb von 6 Jahren faschistischer Diktatur der rechte Flügel und die Mitte der PDC durchmachten. Sie entspricht gleichzeitig auch der Entwicklung großer Teile der Mittelschichten und der sog. fortschrittlichen Unternehmer. Diese Kreise hatten, durch die Versprechen der Faschisten irreführt, anfangs den Putsch und die Diktatur unterstützt, in der falschen Annahme, daß die Streitkräfte nach kurzer Zeit Eduardo Frei die Regierungsgewalt übergeben würden.

Die Arbeiterklasse und ihre Parteien ließen sich dagegen nicht täuschen. So charakterisierte z. B. die Kommunistische Partei Chiles (PC) in einem am 11. 10. 1973 herausgegebenen Dokument — am gleichen Tag von Freis Interview mit ABC in Madrid — das Regime Pinochets als faschistische Diktatur und rief alle demokratischen Kreise dazu auf, sich gegen sie zu vereinen.

Auch innerhalb der PDC teilten nicht alle die von Frei vertretene Meinung, und bereits 2 Tage nach dem Umsturz wurde der Putsch von einer Gruppe von 15 christdemokratischen Parteileitern und Parlamentariern verurteilt. Zu ihnen zählten Rado-miro Tomic, Bernardo Leighton und Renán Fuentealba.

Während der 6 Jahre faschistischer Diktatur wurde die Mehrheit der Bevölkerung von der Wirtschaftskrise, in die Pinochet das Land stürzte, betroffen, viele wurden auch Opfer der Repression. Dies schaffte die objektiven Bedingungen für eine breite Einheit gegen die Diktatur. Sie zu erreichen war jedoch nicht einfach. Schwierigstes Hindernis war die antikommunistische Haltung des rechts Flügels der PDC und anderer Kreise. Sie wurde noch vom State Departement der USA und dem CIA,

besonders über die von ihnen kontrollierte US-Gewerkschaft AFL-CIO und von Teilen der europäischen Sozialdemokratie unterstützt und gefördert. Diese verfolgten das Ziel, in Chile einen Ausweg unter Ausschluß der Marxisten durchzusetzen.

Aber die Schläge der Repression und die vom Faschismus geschaffenen Bedingungen waren stärker als die Vorurteile. Sie haben schließlich auch die entschiedensten Antikommunisten zu der Erkenntnis geführt, daß man dem Faschismus nur dann erfolgreich begegnen kann, wenn die Einheit aller demokratischen Kräfte hergestellt wird.

Der Weg der Einheit wurde anfangs in erster Linie von den Werktätigen besritten. Bereits kurze Zeit nach dem Putsch wurden gemeinsame Tätigkeiten von Gewerkschaftsführern der Unidad Popular (UP) und des fortschrittlichen Flügels der PDC entwickelt.

Die bedeutenden Fortschritte, die im Einheitsprozeß erzielt werden konnten, wurden bei den Massenkundgebungen am 1. Mai d. J. deutlich, zu denen 4 der 5 z. Z. im Land existierenden Gewerkschaftsverbände aufgerufen hatten, die von Mitgliedern der UP, der PDC und rechten Sozialdemokraten geleitet werden.³

Dieselben 4 Gewerkschaftsverbände bildeten am 17. August d. J. ein Komitee zur Verteidigung der gewerkschaftlichen Rechte, um gemeinsam gegen die neue Arbeitsgesetzgebung Widerstand zu leisten, mit der versucht wird, die Gewerkschaften lahmzulegen, nachdem es den Faschisten nie gelang, sie unter

7-Punkte-Vorschlag der Christdemokratie

1. Wir schlagen vor, daß in Übereinstimmung mit der Verfassung und der Allgemeinen Menschenrechtsdeklaration die grundlegenden Freiheiten wieder hergestellt werden und die Bestimmungen, die diese Verfassung einschränken, sowie die Ausnahmezustände aufgehoben werden.
2. Wir schlagen vor, daß eine wirklich repräsentative Organisation ein Projekt zu einer Verfassungsreform ausarbeitet.
3. Wir schlagen vor, daß eine Regierung gebildet wird, die es sich zur Aufgabe macht, die Wunden der Vergangenheit zu heilen, die Demokratie wiederherzustellen und die internationale Sicherheit zu gewährleisten.
4. Wir schlagen vor, daß die gewerkschaftlichen Rechte voll wiederhergestellt werden und der Plan zur Arbeit (Plan Laboral) grundsätzlich geändert wird, in Übereinstimmung mit den Vorschlägen, die von praktisch allen Gewerkschaftsorganisationen Chiles vorgebracht wurden.
5. Wir schlagen vor, daß ein Statut zu den politischen Parteien verfaßt wird.
6. Wir schlagen vor, daß die Wahlregister sofort wiederhergestellt werden. Es sind sechs Jahre vergangen und noch immer ist die Schmach, daß wir Chilenen kein Wahlregister haben, nicht beseitigt. Es gibt kein Land in ganz Lateinamerika, in dem so etwas der Fall ist und sehr wenige auf der Welt, wenn überhaupt.
7. Wir schlagen vor, daß ein nationales Übereinkommen eingeleitet wird, daß einen demokratischen Ausweg gewährleistet, durchgeführt in Frieden und ohne Gewaltanwendung, so daß seine spätere Entwicklung möglich wird.

(Quelle: Radiosender Cooperativa, Santiago, 25. 8. 1979; unwesentlich gekürzt)

ihre Kontrolle zu bringen.⁴ Gleichfalls am 17. August gab die PDC eine Erklärung heraus, in der sie sich für eine breite Einheit ausspricht und erklärt: „Dieser Erfahrung wird eine erneuerte chilenische Demokratie entspringen, an der alle wirklich beteiligt sind“.⁵

Die anfangs erwähnte Rede Freis vom 25. August d. J. in Vina del Mar liegt auf derselben Linie. Er übte nicht nur harte Kritik an der Diktatur, sondern vermied auch die sonst üblichen Angriffe gegen die UP und die Volksregierung. Er unterbreitete außerdem allen demokratischen Kreisen sieben konkrete Vorschläge für die Rückkehr zur Demokratie (Wortlaut siehe Kasten).

Die neue Haltung des rechten Flügels der PDC, der die Leitung der Partei kontrolliert, ermöglichte die Gründung eines Komitees zur Rückkehr zur Demokratie, in dem Vertreter der UP, der PDC und rechte Sozialdemokraten zusammenarbeiten. Dem Aufruf dieses Komitees folgend, fanden am 4. September, dem traditionellen Wahltag in Chile, unter der Losung „Rückkehr zur Demokratie — jetzt“ die größten Massenkundgebungen seit dem Putsch statt.

Breiteste Beteiligung an Massenkundgebungen

Zum ersten Mal haben sich in diesem Jahr auch bekannte Persönlichkeiten der PDC wie Carmen Frei, Tochter von Eduardo Frei, die Ehefrau Bernardo Leightons und die Vorsitzende vom Frauenausschuß der PDC den Hungerstreiks von Angehörigen von Verschwundenen angeschlossen, die am 3. September in Santiago begannen. Es wurde einmal mehr die Aufklärung des Schicksals aller Verschleppten gefordert, sowie die Übergabe der Leichen der 15 im Massengrab von Lonquén gefundenen Verschwundenen an ihre Verwandten, um ihre Bestattung zu ermöglichen, und die Bestrafung der für dieses Massaker verantwortlichen Polizeiangehörigen.

Im In- und Ausland weckten die Hungerstreiks wieder eine breite Welle der Solidarität. Sie wurden am 12. September vom Verband der Angehörigen von Verschwundenen beendet, als bekannt wurde, daß das Militärgericht beschlossen hatte, die Leichen der Opfer von Lonquén an die Angehörigen zu übergeben. Vertreter der Diktatur versicherten, sie würden am 14. September in die Kirche Recoleta Franciscana in Santiago gebracht werden. Aber während die Angehörigen und Hunderte von Menschen dort warteten, begruben Büttel der Diktatur alle Märtyrer von Lonquén in einem Massengrab im Friedhof von Isla de Maipo, etwa 50 km von Santiago entfernt.

Dieser erneute Wortbruch der Faschisten, der einer Verhöhnung der leidgeprüften Angehörigen gleichkam, und der nur darauf zurückzuführen ist, daß die Diktatur zurecht befürchtete, das Begräbnis in Santiago würde zu einer riesigen Massenkundgebung werden, rief in Chile und im Ausland größte Empörung hervor.

Am 15. September 1979 fand in der Kathedrale von Santiago eine Totenmesse für die 15 Opfer von Lonquén statt, an der mehrere tausend Menschen teilnahmen. Nach Beendigung der Messe zogen sie über eine Stunde lang — trotz der harten polizeilichen Repression — durch die Straßen Santiagos und forderten in Sprechchören „Freiheit“, „Brot“, „Gerechtigkeit“. Zum ersten Mal nach dem Putsch war auch wieder eine Losung zu hören, die die in sechs Jahren Faschismus gewonnenen Lehren zusammenfaßt und den Weg zum Aufbau eines demokratischen Chile weist: „El pueblo unido jamás será vencido“ (Das vereinte Volk wird niemals besiegt werden).

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: El Mercurio, Internationale Ausgabe, Santiago, 8.—14. 10. 1979
- 2) Radiosender Cooperativa, Santiago, 28. 8. 1979
- 3) Vgl. AIB, Nr. 7—8/1979, S. 24 f.
- 4) Vgl. AIB, Nr. 9/1979, S. 7 ff.
- 5) Radiosender Cooperativa, 18. 8. 1979

Blätter für deutsche und internationale Politik

Die »Blätter« sind die auflagenstärkste und meistabonnierte politisch-wissenschaftliche Monatsschrift in deutscher Sprache.

Sie analysieren und dokumentieren wesentliche Fragen der Politik und Gesellschaft in der BRD, im westlichen und östlichen Ausland sowie in der Dritten Welt.

Ihre monatliche Chronik und ausführliche Dokumentation haben die »Blätter« zu einem beliebten Nachschlagewerk gemacht.

In den letzten Heften u. a.:

Rainer Falk

Die entwicklungspolitische Strategie der Bundesrepublik. Zwischen Krisenmanagement und langfristiger Systemsicherung (6/1979)

Wolfram Brönner

Separatpolitik im Nahost-Konflikt (5/1979)

Günter Giesenfeld

Hintergründe der Entwicklung in Indochina (3/1979)

Harald Jung

Nicaragua – Unterdrückung und Widerstand (3/1979)

Horst J. Andel

Aufstieg und Niedergang des Hauses Pahlawi (1/1979)

Hella Gerth-Wellmann

Die EG und die Dritte Welt. Wem nützt das Lomé-Abkommen? (12/1978)

Rainer Falk

Namibia und der Westen (11/1978)

Alexander Gschwind

Algerien vor dem zweiten Kongreß der Nationalen Befreiungsfront (FNL) (10/1978)

Jürgen Ostrowsky

NATO-Politik in Afrika (7/1978)

Rainer Falk

Hintergründe der Intervention in Zaire (6/1978)

Kahsai Wolde-Giorgis

Aspekte der Revolution Äthiopiens (4/1978)

Einzelheft DM 5,50. Im Abonnement DM 4,00, für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50.

Probeheft kostenlos beim Verlag:

Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051

Pahl-Rugenstein

Kampuchea - Vietnam

3 Jahre und 8 Monate dauerte die Schreckensherrschaft des Regimes Pol Pot/Ieng Sary. Jetzt ist der von der Nationalen Einheitsfront zur Rettung Kampuchreas (FUNKSN) mit vietnamesischer Unterstützung verjagten Clique der Prozeß gemacht worden. Was bei dem Revolutionären Volkstribunal vom 15.—19. August 1979 in Phnom Penh an Verbrechen ans Tageslicht befördert wurde, ist von einer solchen Ungeheuerlichkeit, daß es nur noch mit dem Völkermord der Nazis verglichen werden kann. Als einziger Journalist aus der Bundesrepublik nahm Alexander Goeb, Redakteur der Deutschen Volkszeitung, am Tribunal von Phnom Penh teil. Sein Bericht und die ergänzende, in allen Punkten bestätigte Anklageschrift der Volksanwaltschaft zum Revolutionären Volkstribunal geben einen Einblick in Probleme, die sich vor dem befreiten Land auftürmen.

Die Hinterlassenschaft des Mordregimes von Pol Pot beschäftigte auch den II. Kongreß der FUNKSN, der Anfang Oktober d. J. mit nahezu 200 Delegierten aus allen Landesteilen Kampuchreas tagte. Er bestätigte Heng Samrin als Vorsitzenden der FUNKSN und wählte Yos Por zum neuen Generalsekretär (Dokumente des I. FUNKSN-Kongresses siehe in: AIB, Nr. 2/1979). Im politischen Bericht Heng Samrins wurde u. a. folgende Bilanz gezogen: Seit der Regierungsübernahme durch den Revolutionären Volksrat zu Beginn d. J. wurden in allen Provinzen und Kreisen örtliche Staatsorgane gewählt, 40 Betriebe restauriert, 60 Krankenhäuser und mehr als 100 medizinische Stützpunkte in Betrieb genommen. Für 1/2 Mio Kinder begann vor kurzem zum erstenmal wieder der regelmäßige Schulunterricht, der unter Pol Pot völlig abgeschafft gewesen war. Wichtige Verkehrsverbindungen wurden wiederhergestellt, so die Eisenbahnstrecke Phnom Penh — Kompong Som und der Hochseehafen in Kompong Som.

Das drängendste Problem ist jedoch die Nahrungsmittelversorgung. Laut Heng Samrin kämpfen gegenwärtig 4 Mio Menschen mit dem Hunger. Soll eine Hungerkatastrophe größten Ausmaßes verhindert werden, muß unverzüglich eine Soforthilfe großen Stils einsetzen. Bis heute ist die Regierung Heng Samrin von 31 Staaten und Befreiungsbewegungen offiziell anerkannt. Die völlige Unhaltbarkeit aller „Begründungen“, die nach wie vor im Pol-Pot-Regime die rechtmäßige Regierung des Landes sehen wollen, wies in seiner Rede auf der VI. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen in Havanna auch der vietnamesische Ministerpräsident Pham Van Dong nach. Nicht zuletzt wegen der nur als skandalös zu bezeichnenden Entscheidung der XXXIV. UN-Vollversammlung zugunsten des gestürzten Völkermord-Regimes (vgl. Kurzinformation in diesem Heft) scheint es uns wichtig, die vietnamesische Position zur Kampuchea-Frage bekannt zu machen.

Alexander Goeb

Das Volkstribunal von Phnom Penh

Die westlichen Staaten und ihre Massenmedien sind derzeit — Südostasien betreffend — mit allen Mitteln bemüht, die Legitimität der neuen kampucheanischen Regierung Heng Samrin zu bestreiten. Bei der Konferenz der Blockfreien in Havanna beschlossen die Delegierten, den Sitz Kampuchreas nicht zu besetzen. Bei der UNO in New York brachte es eine makabre Allianz, zu der sich auch die Bundesrepublik gesellte, gar dahin, Vertretern des flüchtigen Pol-Pot-Regimes den UNO-Sitz Kampuchreas zuzubilligen.

Selbst die nun anlaufende humanitäre Hilfe für das notleidende Volk der Khmer hat nicht immer humane Hintergründe. Auch hier wird der Versuch gestartet, die Regierung in Phnom Penh so weit es geht zu ignorieren. Hilfsgüter sollen auf dem Territorium Kampuchreas ohne Einschaltung und ohne Beteiligung der Regierung verteilt werden. Im Grenzgebiet zu Thailand wird über das Mittel der humanitären Hilfe der Versuch unternom-

men, versprengte Teile der Pol-Pot-Mordbanden als Adressat der Hilfsgüter ins Gespräch zu bringen und damit als politische Kraft aufzuwerten.

Abwechselnd aus Peking und Pjöngjang meldet sich der ehemalige Ministerpräsident Prinz Sihanouk, unter Pol Pot zeitweilig unter Hausarrest gestellt, und kündigt die Gründung einer „nichtkommunistischen Guerilla-Truppe“ an. Wie sich der Süddeutschen Zeitung entnehmen läßt, ist daran gedacht, möglicherweise in diese neue Allianz gegen die Regierung Heng Samrin auch Vertreter der 1975 von den Roten Khmer gestürzten CIA-Tarnunternehmung Lon Nol aufzunehmen. Das Regime Lon Nol hatte Kampuchea schon einmal an den Rand der Vernichtung gebracht. Die Bilanz damals: 700 000 Tote, 2 Mio Flüchtlinge, 1,5 Mio t Bomben gingen auf Kampuchea nieder. Die starke Anlehnung der VR Kampuchea an die sozialistischen Länder, vor allem an das gerne als „Erbfeind“ aufrechterhalte-



Gerichtsverhandlung in Phnom Penh: Erschüttert kampucheanische Zuhörer (l.); Aussage der Zeugin Khum Nalychan (r., 35 Jahre), deren Mann und drei Kinder von den Schergen Pol Pots ermordet wurden

ne sozialistische Vietnam, paßt insbesondere nicht in das Konzept Chinas, das 4 Jahre lang den Mordterror Pol Pots und Ieng Sarys anleitete und unterstützte. Das Ausmaß dieser Unterstützung mit Waffen, Instruktoren und militärischem Personal ist einer Rede des stellvertretenden Generalstabschefs der chinesischen Armee Wang Shang Rhung vom 6. Februar 1976 zu entnehmen. Nur mit Unterstützung der vietnamesischen Armee ist es der Nationalen Einheitsfront zur Rettung Kampuchees (FUNKSN) gelungen, die beispiellose Terrorherrschaft der Roten Khmer zu beenden.

Jahrelang hatte man gezögert, obwohl die gnadenlose Despotie der führenden Kräfte der Roten Khmer schon bald offensichtlich war. So zog schon wenige Monate nach dem Sieg über Lon Nol der heutige Außenminister Hun Sen (28), damals Offizier der Roten Khmer, mit seinen Truppen in den Dschungel, um von hier aus den Widerstand gegen Pol Pot zu organisieren. Erst als Pol Pot auf Weisung Pekings den Grenzkrieg an der vietnamesischen Grenze verstärkte, wobei die Roten Khmer weit nach Vietnam hinein Tod und Vernichtung verbreiteten, sah Vietnam keine andere Wahl mehr als zurückzuschlagen, zumal zur gleichen Zeit China an der Nordgrenze in Vietnam einfiel (siehe AIB, Nr. 4 und 11—12/1978, 2 und 3/1979; d. Red.). Diese Hintergründe, die in allen Einzelheiten belegt sind, hindern aber dennoch nicht daran, eine hemmungslose Diffamierungskampagne gegen die neue Regierung zu forcieren. Einziges Argument: Die Regierung Heng Samrin ist eine Regierung von Vietnams Gnaden. Immerhin aber haben derweil schon über 30 Regierungen von dieser Einschätzung Abstand genommen und die VR Kampuchea anerkannt, darunter auch Dänemark. Es wird ein weiter Weg sein, Kampuchea aus dem Chaos zu befreien. Priorität hat derzeit die schnellstmögliche Behebung der Hungersnot, ebenfalls ein furchtbares Erbe des Regimes Pol Pot/Ieng Sary.

Anlaß zu einer Bestandsaufnahme des Schreckensregimes war ein Volkstribunal, das vom 15.—19. August 1979 in Phnom Penh stattfand und das am Schlußtag die beiden flüchtigen Hauptverantwortlichen wegen Völkermordes zum Tode verurteilte.

Den Vorsitz des Gerichtes führte Keo Chenda, Minister für Information, Presse und Kultur der neuen kampucheanischen Regierung. Die Hinterlassenschaft von 4 Jahren Pol Pot ist der Welt inzwischen bekannt: Annähernd 3 Mio Tote, Ermordete, Verhungerte, an Krankheit Gestorbene, ein am Boden zerstörtes Land, zertrümmerte Städte und die beinahe restlose Vernichtung einer Kultur mit jahrtausendealter Tradition, die beinahe gänzliche Ausrottung der Intelligenz und die gnadenlose Dezimierung der zahlenmäßig sowieso kleinen Arbeiterschaft (vgl. Ausschnitte aus der Anklageschrift des Volkstribunals). Der Aufbau des Landes wird Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Manches ist unwiderruflich verloren. Dem Gericht, das in einem der Zerstörung entgangenen Kongreßgebäude unmittelbar am Ufer des Tonle Sap tagte, gehörten Personen an, die teilweise nur durch Zufall den Massakern entgangen sind.



600 Besucher verfolgten das Gerichtsverfahren gegen das Regime, über dessen Verbrechen hier in Phnom Penh zahlreiche Zeugen unterschiedlicher politischer und rassistischer Zugehörigkeit aussagten. Beobachter des Tribunals waren neben Kampucheanern aus allen Bevölkerungsschichten, Juristen, z.T. auch aus westlichen Ländern, darunter der Universitätsprofessor John Quigley (Ohio States University), Vertreter des Weltkirchenrates, darunter der Niederländer P. P. van Lelyveld und etwa 30 Journalisten, vorwiegend aus Südostasien, aus Frankreich, Großbritannien, Japan, aus Polen, der CSSR, der UdSSR, der DDR. Der Autor war einziger Vertreter aus der Bundesrepublik.

Todesurteile wegen Völkermordes

Die Zeugenaussagen der verschiedensten Menschen boten ein Bild des Grauens und zeichneten die Aktivitäten eines Regimes nach, das in seiner Unmenschlichkeit nahezu beispiellos da steht. Mehrfach wurden die Zeugenaussagen unterbrochen, weil es den Menschen einfach die Sprache verschlagen hatte. Im Saal spielten sich Szenen der Erschütterung ab, nicht nur unter den Kampucheanern, sondern auch auf den Bänken der Journalisten und der internationalen Beobachter.

Die beiden folgenden Ausschnitte aus längeren Zeugenaussagen zeigen, daß die „neue Politik“ der Roten Khmer sofort nach dem siegreichen Einmarsch in Phnom Penh am 17. April 1975 begann. Erst wenige Tage war es her, daß die Menschen der neuen Regierung zugejubelt hatten, weil sie annahmen, nun würde die Praxis einer gerechteren Politik beginnen.

Rous Rin, 36 Jahre, Zementarbeiter: „Ich erinnere mich nicht mehr so genau. Es muß so 7.00 Uhr gewesen sein. Da wurden die Leute aufgefordert, ihre Stadt zu verlassen. Wer sich weigerte, mußte sterben. Wir sahen, daß viele Leute ihre Häuser verließen und sich auf den Weg machten. Meine Familie und ich und die Leute in unserem Haus, wir waren 5 Tage unterwegs, bis wir in einem Wald in Kompon Thom ankamen. Unterwegs mußten wir auf dem Boden schlafen. Wir hatten nicht genug zu essen. Die Arbeit war sehr schwer. Wir waren danach nicht mehr in der Lage, uns miteinander zu unterhalten.

Eines Tages zerbrach bei der Arbeit mein Pflug. Sie fesselten mich daraufhin und brachten mich in ein Lager im Pranuk Distrikt. Sie quälten mich 4 Tage. Die tauchten meinen Kopf in einen mit Wasser gefüllten Mörtelbehälter, bis ich beinahe erstickte. Ich war mehrmals bewußtlos. Zuletzt mußte ich 38 Tage lang Steine schleppen. Auch die anderen Gefangenen haben sie so behandelt. Ich habe gesehen, wie sie eine Frau an einen Baum fesselten und ihr einen Stock in die Vagina trieben. Ich konnte das Gefängnis kurz vor der Befreiung verlassen.

Von den 400 Gefangenen, die dableiben mußten, überlebte keiner. Über meine Familie kann ich sagen: Mein Vater, Chuk Rum, 65 Jahre alt, wurde 1977 ermordet. Meine Mutter, Muk Sura, 62 Jahre alt, starb 1976 an Hunger. Meine Frau, Kit Seng,



Unter dem Pol-Pot-Regime stillgelegte Papierfabrik von Kandal (l.); von der Regierung Heng Samrin 1979 neueingerichtete Nähstube in Phnom Penh (r.)

30 Jahre alt, ist heute geistesgestört. Ich hatte drei Brüder und Schwestern. Alle wurden eingesperrt, gefoltert und ermordet. Meine 3 Kinder leben noch.“

Kim Sokha, ein Student, berichtet: „Wir mußten die Hauptstadt verlassen, um auf dem Land zu arbeiten. Nach 6 Tagen erreichten wir das kleine Dorf Damnak Tasek. Wir wurden in mehrere Arbeitsgruppen eingeteilt. Eines Tages fragte mich ein Pol-Pot-Soldat, was ich denn von Beruf sei. Ich antwortete: ‚Jura-Student.‘ Er sagte: ‚So einer bist Du. Was kannst Du überhaupt, Du blöder Hund. Die Landarbeiter werden Dich hassen.‘

Im Juni 1975, etwa um Mitternacht, kamen mehrere Soldaten und fragten nach meinem Vater. Ich weckte meinen Vater. Die Soldaten sagten zu ihm: ‚Mach Dich fertig und folge uns. Du sollst zu einer Schule für politische Studien abgeordnet werden.‘ Am folgenden Tag suchte ich nach meinem Vater. In einem etwa 500 m entfernten Waldstück fand ich an einem Baum die Krawatte meines Vaters. Ich sah frische Gräber und Blut — überall Blut. In den Gräbern steckten Bambusstöcke. Da wußte ich, daß sie meinen Vater ermordet hatten. Nach dem Tod meines Vaters, ermordeten sie im selben Jahr meinen Bruder, sie ermordeten meine Schwester und ihren Mann und deren Eltern und meine Tante und ihre 2 Kinder.“

Während unseres Aufenthaltes in Kampuchea besuchten wir eine Stätte, die als besonderes Beispiel für die Greuelthaten der Pol-Pot-Banden gelten kann. Das Ziel lag ca. 6 km außerhalb des Zentrums von Phnom Penh und hieß Tuol Sleng: Zwei herausragende Gebäudekomplexe. Das eine eine Oberschule, das andere eine Grundschule.

Aber das war früher. Unter Pol Pot wurde aus der Oberschule ein Gefängnis, die Klassenzimmer zu Zellen umgebaut. Hier liegen noch schwere Eisenketten. Wir sehen menschliche Haare. Ein anderer Gebäudekomplex der Oberschule ist für die schweren Fälle hergerichtet worden. Alle Räume sind in 1,5 qm große Löcher unterteilt, in die jeweils 2 Menschen gesteckt wurden. Hier kam keiner mehr lebens heraus. Auf dem Hof der Galgen. In den Zimmern türmten sich heute zur Dokumentation riesige Kleiderberge. An den Wänden Fotos der Häftlinge, von denen keiner mehr lebt. Neben an in der Grundschule fanden die Soldaten Heng Samrins noch drei lebende Kinder. Im Unkraut des Gartens liegt eine zerfledderte Biografie Molières.

In der Provinz Seam Reap, in unmittelbarer Nähe der Ruinen von Angkor Vat erreichten die Massaker die schrecklichsten Ausmaße. Wir sahen ein nur teilweise aufgeschüttetes Massengrab. Mindestens 8000 Menschen müssen hier abgeschlachtet worden sein. Es gibt hier Brunnen — sie sind Sammelbecken für erschlagene, erschossene und ertrunkene Menschen. Eine ehemalige Schule diente zuletzt als Gefängnis, zuvor als Unterkunft für chinesische Instrukteure.

Unser Begleiter, der 23jährige ehemalige Student der Ökonomie Keo Kunakar zeigt uns seine Stadt Phnom Penh: „Hier, das war einer der großen Supermärkte und hier die Altstadt . . .“ Früher reihten sich die kleinen Läden, Werkstätten und Cafés



Überreste von Opfern des Pol-Pot-Regimes in einem Massengrab

aneinander. Dort das große, erst wenige Jahre alte Sportstadion mit nagelneuer Flutlichtanlage. Die vielen Hotels, die meisten im französischen Kolonialstil erbaut. Kein Gebäude in dieser Stadt, das über 4 Stockwerke mißt. Eine Millionenstadt, versunken im tropischen Grün, überzogen mit den schönsten Pagoden der Welt, mit einem blühenden Kulturleben und einer regen Universität.

Aber das war früher. 4 Jahre sind nun vergangen. Soldaten der Einheitsfront geleiten uns schwer bewaffnet durch eine tote Stadt. Kein Haus, kein Geschäft, kein Hotel, keine öffentliche Einrichtung, ob Universität, Markt, Bibliothek, ob Krankenhaus oder Schule, das nicht aussieht, als sei ein fürchterlicher Taifun darüber hinweggefegt. Leere Fensterhöhlen, zertrümmertes Mobiliar, notdürftig am Straßenrand zusammengetragen. In der Markthalle — leer und öde — ist die Uhr um 13.30 stehen geblieben. Demolierte Pagoden, wertvolle Buddhafiguren mit abgeschlagenen Köpfen.

Eine Millionenstadt? Nur vereinzelt sieht man Menschen, die scheu, aber voller neugieriger Freude die wenigen Fremden in dieser Stadt begrüßen. Die jüngste Vergangenheit dieser einstmal glänzenden Stadt ist kaum zu fassen.

Im April 1975 hatte das Stadtviertel Phsar Doeum Thau der Hauptstadt Pnom Penh 906 Einwohner. Von ihnen sind heute 298 ermordet, 103 an Hunger oder Krankheit gestorben, 80 sind vermißt. Im benachbarten Stadtviertel lebten 1075 Personen. Von ihnen überlebten das Regime Pol Pot 442. Von 100 Arbeiterfamilien der Takhmau-Automobilwerke mit 947 Personen überlebten 651.



Pol Pot (l.) bei seinem letzten China-Besuch mit Deng Xiaoping. „Maos Ideen.“ so Pol Pot, „sind die wirksamste und stärkste Waffe im ideologischen und politischen Kampf.“

In einem einzigen Dorf der Provinz Seam Reap wurden von 2153 Einwohnern 704 ermordet, darunter 205 Frauen.

Das Regime Pol Pot/Ieng Sary wütete gegen alle Menschen ohne Unterschied des Geschlechts, des Alters, der rassischen Zugehörigkeit. So flüchteten tausende Kampucheaner chinesischer Abstammung nach Vietnam. Die größte Minoritätengruppe unter den 21 verschiedenen Völkerschaften Kampuchreas ist das Volk der Cham. Bei wahllos herausgegriffenen 8 Cham-Familien, die in der Hauptstadt Phnom Penh lebten, ist heute folgende blutige Rechnung aufzumachen:

Familie Ly — ehemals 7 Mitglieder — es überlebte 1 Tochter. Familie Ek Min — kein Überlebender. Familie Sman Chek — ehemals 12 Mitglieder — 1 Tochter überlebte. Familie Sle — ehemals 7 Mitglieder — 2 Kinder überlebten. Familie Los — ehemals 6 Mitglieder — 1 Kind überlebte. Familie Hachi Sle Chasda — ehemals 12 Mitglieder — 1 Tochter überlebte. Familie Soleyman Sutri — ehemals 6 Mitglieder — 3 Überlebende. Familie Lap Li — ehemals 9 Mitglieder — kein Überlebender.

Ein besonders Kapitel der Vernichtung spielte sich im Bereich von Kultur und Wissenschaft ab. Der Vernichtung voraus ging ein knappes Dekret mit folgendem Wortlaut: „Im Vierteljah-



resplan von 1977 bis 1980 im Kulturbereich werden in der Kunst und Literatur Anstrengungen unternommen, alle Spuren des Imperialismus, des Kolonialismus und des Feudalismus und alle kulturellen Spuren ehemaliger herrschender Klassen zu beseitigen . . . “

Eine der ersten Handlungen der Regierung Pol Pot/Ieng Sary nach dem Sieg war die Herausgabe eines Befehls, alle Musikinstrumente des Landes zu zerstören, ebenso alle Kostüme, wie sie in den Theatern benutzt wurden, sowie die Vernichtung aller Dokumente, die über die Kultur der Khmer berichteten. Alle Stätten der Kunst, die Theater der Hauptstadt Phnom Penh, die Theater der Provinz, die Musikfakultät der Universität wurden geschlossen, die meisten Gebäude zerstört. Doch die Zerstörungswut der „Erneuerer“ richtete sich nicht nur gegen Sachen.

Künstler, Männer und Frauen, Alte und Junge wurden zusammengetrieben und mit Bajonetten und Speißen erstochen, mit Bambusstöcken und Hacken erschlagen. Man stach ihnen die Augen aus, schlitzte ihnen die Bäuche auf und beerdigte sie bei lebendigem Leib. Viele starben während der harten Frontarbeit auf dem Feld. Andere am Hunger. Unter ihnen 5 der bekanntesten Schauspieler des Landes: Sin Sisamouth, Neang Huy Meas, Has Lalorn, Leou Siphon und Voy Ho.

Im Wald von O Samrong in der Provinz Phnom Leap starb unter den Axthieben eines Milizsoldaten namens Luy der bekannte Dramatiker Ly Kim Uong, Professor an der Fakultät für Dramatik der Universität Phnom Penh. Gefesselt, erschlagen und ermordet wurde nahe dem Ort O Romchek in der gleichen Provinz der Musiker Ay Savouth. Seine Frau wurde — ehe sie starb — von 5 Pol Pot Soldaten vergewaltigt. Zeuge dieses Verbrechens war der Künstler M. Sot. Der Kunstprofessor Hing Bunt-hon, Drehbuchautor des in Kampuchea berühmten Films A Chey, früherer technischer Direktor der Fernsehansalt, konnte die Qualen, denen er ausgesetzt war, nicht mehr ertragen und nahm sich in der Provinz Kompong Thom das Leben.

Der Berichterstatter vor dem Tribunal am Tonle Sap faßt zusammen: „Von 38 Musikern, 74 Tanzschülern, 77 Tänzern einer Folk-Gruppe sind nur 38 Tänzer und 9 Musiker den Massakern entgangen. Von 195 Tänzerinnen und Tänzern des klassischen Theaters blieben 48 übrig. Von 54 Tänzern des Corps de Ballet entgingen nur 4 dem Tod. Die Fakultät für Bildhauerei mit 416 Studenten hat 14 Überlebende . . . “

Alle 34 Kinos und alle Kinos der Provinz wurden nach der Machtergreifung Pol Pots sofort geschlossen. Die technischen Geräte, sowie 8 mobile Kinos wurden zerstört, die Filmproduktionsgesellschaft aufgelöst. Während zuvor in Kampuchea pro Jahr 60 Filme produziert wurden, entstanden nur noch Kurzfilme, die dem Ausland den „Aufbau“ im Land der Khmer verkünden sollten. Alle Techniker und Schauspieler, die für das „alte Regime“ gearbeitet hatten, wurden verfolgt, massakriert oder mußten Fronarbeit leisten, was für die meisten ebenfalls

den Tod bedeutete. Von 75 Mitarbeitern der Filmgesellschaft des Informationsdienstes sind nur 6 übrig geblieben. Von 40 Schauspielern blieben 2 am Leben.

Der Besuch von Bibliotheken und Museen wurde verboten, galt als nutzlos und als Zeitverschwendung. Hunderttausende Bücher der Nationalbibliothek von Phnom Penh, der Bibliothek des buddhistischen Institutes, des Khmer-Mou-Institutes und des pädagogischen Institutes wurden herausgerissen und in umliegenden Gärten und auf den Bürgersteigen verstreut. Vom Personal der Bibliotheken entkamen nur wenige dem Tod.

Das Museum, das sich in den Mauern des königlichen Palastes befand, das Museum der Silbernen Pagode, die Museen der Provinz, besonders jenes der Provinz Battambang, wurden zerstört, antike Figuren aus Silber und Gold gestohlen. Viele Statuen und Baudenkmäler fielen der Zerstörung anheim. Die Mehrheit der Archäologen, der Bildhauer und Studenten der Archäologie sind ermordet. Ly Vu Ong, Dekan der Fakultät für Archäologie und Konservator des Nationalmuseums, wurde sofort nach der Machtergreifung Pol Pots getötet. Er mußte sich im Ort Kien Syay sein eigenes Grab schaufeln. Der Archäologe Phim Neon, der heute in Phnom Penh die zertrümmerten Reste des Nationalmuseums aufarbeitet, war Zeuge dieses Verbrechens.

Das Fest der Brachum Ben

Damals im Frühjahr 1975, da setzten die Menschen große Hoffnung in die Revolution. Das Volk und alle seine Schichten standen zusammen gegen den Imperialismus der USA. Nur so war der Sieg der Roten Khmer möglich geworden. Le Monde zitiert 1972 einen Mönch der Pagode Ang-Talek in der Provinz Samrong-Tong: „Heute abend bin ich sehr bewegt. Vor drei Monaten wurde ich gezwungen, meine Pagode zu verlassen. Ich konnte das Joch des Teufels Lon Nol nicht mehr ertragen. Ich sage den Mönchen und der Bevölkerung: vereinigt Euch von Herzen mit der FUNK und vertreibt jeden Gedanken an einen Kompromiß mit dem Imperialismus . . . “

Das war damals. Heute, 1979, wendet der hagere Mann im Kongreßsaal ein weiteres Blatt seines langen Berichtes: „Die 3254 Pagoden des Landes wurden entweder zerstört oder ausgeplündert. Aus vielen wurde ein Gefängnis gemacht. Antike Gegenstände von unschätzbarem Wert wurden weggeworfen oder gestohlen. 63000 Mönche mußten ihre Kutte ausziehen und fortan auf dem Feld arbeiten. Man hatte Angst vor ihren Versammlungen in den Pagoden. Die Moscheen wurden zerstört und die Gläubigen getötet. Die große Kathedrale von Phnom Penh wurde dem Erdboden gleichgemacht. Keines der traditionellen Feste durfte gefeiert werden. Aber in ihrem Herzen feierten die Kampucheaner das Fest der Brachum Ben, das Fest der Toten . . . “

Kampuchea braucht dringend Hilfe

Millionen Menschen in Kampuchea kämpfen mit dem Hunger. Es grassieren Mangelkrankungen und Seuchen. Das Land verfügt nur über geringe Reissvorräte, Medikamente und medizinische Hilfe sind kaum vorhanden. Den meisten Menschen dieses leidgeprüften Volkes fehlt es selbst an den einfachsten Dingen des täglichen Lebens. Wenn nicht rasche Hilfe kommt, müssen Hunderttausende sterben.

Dies darf nicht geschehen! Wie immer man die politischen Hintergründe für die Not und das Leiden Kampuchreas beurteilt, wir müssen helfen!

Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee ruft daher auf: Spenden Sie für Kampuchea! Ihre Hilfe rettet Leben!

Mit den Spenden kaufen wir Reis und Medikamente und schicken sie an des kampucheanische Rote Kreuz in Phnom Penh.

Spendenkonto:

Sonderkonto Prof. Erich Wulff, PschA Frankfurt/M.

Kto. Nr. 527055-002, Kennwort „Kampuchea“; oder

Hilfsaktion Vietnam e. V., PschA Essen Kto. Nr. 90040-430;

Kennwort „Hilfe für Kampuchea“



Anklageschrift

Pol Pot/Ieng Sary: Schuldig des Völkermordes

Im Ergebnis der Untersuchung haben wir festgestellt, daß die Pol Pot/Ieng Sary-Clique während der letzten 4 Jahre nach der Befreiung unseres Landes (vom Lon-Nol-Regime; d. Red.) unser Volk verraten und an den Rand der Vernichtung gebracht hat. Es wurden rund 3 Mio Menschen ermordet und die mehr als 4 Mio am Leben Gebliebenen schwer geschädigt — physisch wie moralisch; die Wirtschaft des Landes wurde ruiniert, die nationale Kultur vernichtet. Alle Bevölkerungsschichten, die gesamte Nation wurde in Mitleidenschaft gezogen.

A. Die Pol Pot/Ieng Sary-Clique wird folgender Verbrechen angeklagt:

1. Systematische vorsätzliche Ausrottung der Bevölkerung in unerhörten Ausmaßen.

Die Pol Pot-Clique teilte die Bevölkerung in drei Kategorien ein: Die erste — die „Alteingesessenen“, d. h. jene, die noch vor der Befreiung von 1975 in den Gegenden wohnten, wo es Stützpunkte des Widerstandes gegeben hat; die zweite — „neue Bewohner“ von Gegenden, die sich unter der Herrschaft des alten Regimes (von Lon Nol; d. Red.) befanden; die dritte — Personen, die mit dem alten Regime zusammengearbeitet hatten.

Die Pol Pot/Ieng Sary-Clique verfolgte das Ziel, die dritte Kategorie auszurotten und die zweite zu „reinigen“; Personen aus der ersten Kategorie behandelte man zunächst als Privilegierte, ab 1977 ging man jedoch daran, sie zu „reinigen“. (. .)

b) Man vermischte die Bewohner aus verschiedenen Landesgegenden, um die bestehenden sozialen Verhältnisse und Familien zu zerstören

2. Zwangsumsiedlung der Stadtbevölkerung und systematische Vermischung der Landbevölkerung, was viele Menschen zugrunde richtete.

a) Die Bevölkerung von Groß- und Kleinstädten wurde in die Land- und Gebirgsgegenden umgesiedelt. (. .)

und die Menschen jeder Möglichkeit zu berauben, sich zu vereinigen und gegen das Regime zu kämpfen:

Gleichzeitig mit der gewaltsamen Umsiedlung von Stadtbewohnern in die Dörfer, zwang die Clique die Dorfbewohner, in andere Gegenden umzusiedeln, nachdem diese ihr Hab und Gut der Angkar überlassen hatten (so hieß die Pol Pot/Ieng Sary-Partei; d. Red.). Ende 1975 war die Bevölkerung der Provinzen Svay Rieng, Preyveng und Takeo (im Südosten) gezwungen, nach Pursat, Battambang, Sisophon (im Nordwesten) und Oddar Mean Chay (im Norden) umzusiedeln. Die Einwohner der Westzone wurde umzusiedeln, nachdem diese ihr Hab und Gut der Angka überlassen im Osten angesiedelt.

3. Die Bevölkerung wurde in „Kommunen“ zusammengetrieben, wo die Menschen wie Sklaven arbeiten mußten, bis sie langsam zugrunde gingen.

Um sich das Volk gefügig zu machen, pferchte die Clique die Menschen in „Kommunen“ zusammen, die in Wirklichkeit Konzentrationslager waren. Die Menschen sagten: „Angkars Gefängnis ist riesengroß. Obwohl es weder Tor noch Mauern hat, kann niemand entkommen.“

a) Man zwang die Menschen, unabhängig von ihrem Alter und Gesundheitszustand, zu einer Arbeit, die weit über ihre Kräfte ging:

Man schickte die Menschen Dämme befestigen, Kanäle graben, den Wald roden usw. Sie arbeiteten mit primitiven Werkzeugen oder auch manuell 12—16 Stunden am Tag, manchmal sogar noch mehr. Dabei berichten die Augenzeugen, daß in manchen Gegenden eine Schale Reis die Tagesration von 10 Menschen ausmachte — so mußten sie sich von Bananenstielen ernähren.

b) Die Clique Pol Pot/Ieng Sary schuf ein Spionagenetz und förderte das gegenseitige Bespitzeln, um den Willen des Volkes zum Widerstand zu lähmen:

Die Angkar wollte die Gedanken und Handlungen der „Kommune“-Mitglieder strengstens kontrollieren. Die Bürger sollten nur das Recht haben, zu denken und zu handeln, wie es der Angkar paßte. Jede freie

Äußerung, jedes selbständige Urteil und jede Beschwerde wurde geahndet. Personen, die sich über etwas beschwerten, wurden als Regime-Gegner verdächtigt und vernichtet.

c) Jede Verletzung der Angkar-Verordnungen wurde hart bestraft: Es gab nur zwei Arten von Strafen. Erstens, man zwang die Menschen, zwei- bis dreimal mehr zu arbeiten, und gab ihnen dabei weniger oder auch gar nicht zu essen. Zweitens, man verurteilte sie zum Tode.

4. Zerstörung aller sozialen Verhältnisse, gänzliche Unterdrückung der öffentlichen Meinung, Degradierung der Menschen zu Sklaven der Angkar.

a) Abschaffung der traditionellen Familienbindungen: Männer und Frauen, Kinder und Eltern wurden getrennt. Die Liebe war verboten. Männer und Frauen schlossen eine Ehe nach Angkarweisung. Junge Verliebte, die auszureißen versuchten, wurden als Verbrecher bestraft.

b) Äußerungen von Mitleid sowie Hilfe an Verwandte, Freunde und Nachbarn wurden verboten:

Die Clique erlaubte es nicht, denen gegenüber Mitleid zu äußern, die geprügelt oder umgebracht wurden. Soc Bun aus Pursat wurde ermordet, weil sie den Tod ihres Mannes beklagte; Soc Chhoi geriet ins Gefängnis, weil er weinte, als man seinen Verwandten brutal tötete.

5. Ausrottung buddhistischer Mönche, der Gläubigen, der Intelligenz; Vernichtung der Religion und der nationalen Kultur. (. . .)

6. Massenmord an kleinen Kindern, Verfolgung und moralische Zersetzung von Jugend, Verwandlung von jungen Männern und Mädchen in brutale Mörder, denen jegliche menschliche Gefühle fremd sind.

Mit 6 Jahren durften die Kinder nicht mehr mit den Eltern leben; sie mußten Vieh weiden und Kuhmist zusammentragen. Mit 10 Jahren mußten die Kinder schwere Arbeit verrichten, genau wie die Erwachsenen, besonders beim Bau von Dämmen und hydrotechnischen Anlagen. Sie durften weder die Schule besuchen noch spielen. (. . .)

Außerdem zog das Regime Kinder unter 15 Jahren gewaltsam in seine Armeeeinheiten oder mobilen Brigaden ein, weil man sie Angkar gegenüber für absolut loyal hielt.

7. Zerstörung der Wirtschaft des Landes, wodurch viele Menschen den Hungertod fanden.

Die Clique hat die Struktur unserer Wirtschaft untergraben, was eine Stagnation verursachte und schwere Folgen für die Bevölkerung hatte. Sie vernichtete die technische Intelligenz, die unter dem früheren Regime arbeitete, und schickte die Arbeiter aufs Land. So sind z. B. in einer Holz- und einer Textilfabrik nur einige wenige Arbeiter geblieben, und das verlangsamte natürlich die Produktion.

Der Boden lag zum großen Teil brach, Reis wurde im Austausch für Waffen ausgeführt und für den Krieg, der vorbereitet wurde, gehortet.

8. Auch nach dem Sturz der Pol Pot/Ieng Sary-Clique am 7. Januar 1979 beging diese weiter Verbrechen. Sie organisierte den Massenmord an Menschen, die nicht mit ihr flüchten wollten. (. . .)

9. Anwendung brutaler Methoden bei Foltern und Morden sowie bei der Einschüchterung der Bevölkerung.

a) Sie wandten solche Mordmethoden an, die es ermöglichten, gleichzeitig Hunderte oder auch Tausende von Menschen zu vernichten. Diese Methoden waren noch viel schrecklicher als bei Hitler:

- man schlug die Menschen mit Hacken, Kreuzhacken, Stöcken und Eisendraht auf den Kopf;
- man schnitt den Menschen mit Messern und scharfkantigen Blättern der Zuckerpalme den Hals durch, oder schnitt ihnen den Bauch auf, um die Leber oder die Gallenblase herauszuholen. Die Leber wurde gegessen, aus der Gallenblase wurden „Heilmittel“ gewonnen;
- man erdrückte die Menschen mit Bulldozern und wandte Sprengstoff an;
- die Menschen wurden lebendig begraben; jene, die einer Opposition zum Regime verdächtigt wurden, verbrannte man; man schnitt auch den Menschen allmählich das Fleisch vom Leibe, damit sie langsamer stürben;
- die Kinder warf man in die Luft, um sie dann auf die Bajonette aufzuspießen, man riß ihnen die Glieder ab und zerschlug die Köpfe an Baumstämmen;
- man warf die Menschen in die Krokodilteiche;
- man mordete die Menschen, indem man sie am Hals oder an den Gliedern auf Bäumen aufhängte;
- den Opfern führte man Gift in die Venen ein — so konnten zugleich sehr viele Menschen vergiftet werden.

b) Anwendung brutaler Foltern, um die Regimegegner zu „Geständnissen“ zu zwingen — besonders altbewährte Parteifunktionäre und -mitglieder.

c) Anwendung brutaler Methoden, um den Willen zu lähmen und die Denkfähigkeit zu vernichten.

B. Planung der von der Pol Pot/Ieng Sary-Clique begangenen Verbrechen, Beweggründe und Folgen:

1. Das Ziel dieser Verbrechen war Genozid.

Aus Zeugenaussagen und ausführlichen Berichten diverser Staatsorgane, im Ergebnis der Untersuchung an den Tatorten und aus im Ausland gesammelten Dokumenten geht hervor, daß die Pol Pot/Ieng Sary-Clique ihre Verbrechen mit Methode und an verschiedenen Orten in ganz Kampuchea sowie im Einklang mit einem ausgefeilten Genozid-Plan verübte.

2. Die Beweggründe Pol Pots und Ieng Sarys zur Verübung von Genozidverbrechen gegenüber ihrem Volk.

a) Die Pol Pot/Ieng Sary-Clique stellte eine Gruppe von Machtsüchtigen dar, die in ihrem Streben, für sich und für ihre Familienmitglieder die Macht zu usurpieren, vor nichts zurückschreckten. 1960 nutzten sie für sich die Repressalien des Gegners aus, die zur Liquidierung vieler Parteistützpunkte, zu Verhaftungen und zur Vernichtung vieler loyaler Parteimitglieder führten. Pol Pot und Ieng Sary ergriffen die Leitung in der Partei und bildeten ihre eigene faschistische Organisation Angkar, die ihren ehrgeizigen Zielen dienen sollte.

b) Von 1975—79 führte die Clique eine großangelegte Repressionspolitik gegenüber dem Volke durch. Sie praktizierte „Reinigungen“, um ihre Diktatur zu untermauern.

In ihrer Außenpolitik lehnte sie jede Hilfe anderer Staaten und internationalen Organisationen ab, die unserem Volk über die Auswirkungen des Krieges hätte hinweghelfen können. Die Clique betrieb eine Politik der Feindseligkeit zu allen Nachbarstaaten, provozierte Konflikte mit Thailand (Mitte 1975—Anfang 1977), bemächtigte sich mehrerer kleiner Mekong-Inseln, die Laos gehörten, und begann einen aggressiven Krieg gegen Vietnam in großen Ausmaßen.

c) Bei den Massen hatte die Clique von Anfang an keinen Rückhalt. Angesichts der zunehmenden oppositionellen Stimmungen in den Volksmassen verließ sie sich auf die Unterstützung äußerer reaktionärer Kräfte, in erster Linie der Pekinger Reaktionäre.

Die Pol Pot/Ieng Sary-Clique existierte dank der wirtschaftlichen und militärischen Hilfe aus China. Seit Oktober 1975 schickte Peking Arbeiter, technische Spezialisten und Techniker nach Kampuchea zur Wiederherstellung von Flug- und Seehäfen sowie strategisch wichtigen Chaussees. Aus China gingen nach Kampuchea Militärtechnik, Waffen, die materiell-technische Versorgung für die Armee, die von 1975—77 von 50 000 auf 70 000 Mann angewachsen ist.

Die Clique konnte 1976 und 1977, ebenfalls mit Chinas Hilfe, die Repressalien gegen das Volk verstärken. Augenzeugen bestätigen, daß chinesische Berater bei Massenexekutionen anwesend waren.

Nach dem Sturz — dem 7. Januar 1979 — wurde Ieng Sary von Pol Pot mehrmals nach Peking geschickt, um mit den dortigen reaktionären Behörden ein bewaffnetes Vorgehen gegen unser Volk zu planen.

Aus Dokumenten, in deren Besitz man in Ta Sanh kam (wo sich das Hauptquartier Pol Pots nach seinem Sturz befand; d. Red.), ist ersichtlich, daß Peking bereit war, der Clique noch mehr Geld, Waffen, Munition und Nahrungsmittel zu geben, beim Bau eines Senders sowie bei der Planung von Propaganda und Außenpolitik zu helfen.

3. Die Verbrechen der Pol Pot/Ieng Sary-Clique hatten schwere Folgen für alle Lebensaspekte Kampuchreas.

Wie man errechnete, wurden etwa 3 Mio unschuldige Menschen umgebracht.

Die mehr als 4 Mio Überlebenden bekamen schwere physische und moralische Trauma, die man noch lange nicht wird überwinden können. Gesundheitliche Schäden, schwere Krankheiten wie Tuberkulose, Béri-béri, Malaria, Depressionen u. a. sowie die Sterilität der Frauen haben gefährliche Ausmaße angenommen.

Infolge der von der Clique betriebenen Politik der Zerstörung der Wirtschaft sind jetzt 2,5 Mio unserer Landsleute vom Hunger bedroht. Unsere nationale Kultur wurde vernichtet, das Bildungs- und das Gesundheitswesen abgeschafft. (. . .)

Aufgrund dessen fassen wir den Beschluß

vor dem Revolutionären Volkstribunal in Phnom Penh des Genozid-Verbrechens anzuklagen und zu beschuldigen:

1. **Pol Pot (Saloth Sar)**, ein Khmer, geb. 1925 im Dorf Preak Soan, Provinz Kompong Thom, in Phnom Penh ansässig. Verheiratet mit Khieu Ponnary. Ex-Premierminister der gestürzten Regierung Kampuchreas, der sich verborgen hält und für den ein Haftbefehl vorliegt.

2. **Ieng Sary**, ein Khmer, geb. 1925 im Dorf Hoa Lac, Gemeinde Luong Hoa, Kreis Chau Thanh, Provinz Tra Vinh (heute Cun Long) in Vietnam, ansässig in Phnom Penh. Verheiratet mit Khieu Thirit. Ehemaliger stellvertretender Premierminister, der für die Außenbeziehungen der gestürzten Regierung Kampuchreas zuständig war, sich jetzt verborgen hält und für den ein Haftbefehl vorliegt.

Pham van Dong

Vietnam und die Kampucheafrage



(. .) Nach mehr als 30 Jahren Krieg sehnt sich das vietnamesische Volk nach Frieden, um seine ganze Energie auf den Wiederaufbau des Landes zu konzentrieren und für sein Wohlergehen und Glück zu arbeiten. Aber das unabhängige, souveräne Vietnam, das zu verschiedenen Ländern der Welt Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit unterhält, ist für den Hegemonismus eines asiatischen Landes ein großes Hindernis. Dieses Land greift zu unzähligen grausamen und perfiden Praktiken, um den friedlichen Aufbau Vietnams zu hintertreiben. Aber alle Pläne und Komplote sowohl im militärischen, politischen und wirtschaftlichen als auch im diplomatischen Bereich haben nur zu schmachvollen Fiaskos geführt, denn dieses Land hat es mit dem vietnamesischen Volk zu tun, einem heldenhaften, unbeugsamen Volk, das aus dem Kampf gegen die stärksten und barbarischsten Aggressoren als Sieger hervorgegangen ist.

Das Genozidregime Pol Pot/Ieng Sary wiederherstellen?

Trotz der Mißerfolge betreiben die Hegemonisten weiterhin fieberhaft eine feindselige Politik gegenüber Vietnam, drohen uns mit einem neuen Aggressionskrieg, verstärken ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Laos und drohen ihm mit einer Aggression; sie versuchen, in Kampuchea das Genozidregime Pol Pot/Ieng Sary wiederherzustellen, wozu sie Frieden und Stabilität in diesem Raum torpedieren.

Das vietnamesische Volk, das seit einem halben Jahrhundert fortwährend für seine Unabhängigkeit und Freiheit kämpfen mußte, wird niemandem je erlauben, seine um einen so hohen Preis erkaufte Unabhängigkeit und Freiheit anzutasten. Zugleich respektiert unser Volk konsequent die Unabhängigkeit und Freiheit anderer Völker. Durch seinen siegreichen Kampf behauptete Vietnam die in der ganzen Welt anerkannten Prinzipien der Bewegung der Nichtpaktgebundenen: Verzicht auf jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, Schlichtung der Differenzen durch friedliche Verhandlungen. Es verhinderte auch die Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, die der Imperialismus und die internationale Reaktion betreiben.

Gegenüber dem Aggressionskrieg der Clique Pol Pot/Ieng Sary, die ein Werkzeug der Hegemonisten war, zeigte sich die SRV äußerst zurückhaltend und wirkte beharrlich auf eine friedliche Beilegung des Konfliktes unter Vermittlung des UNO-Generalsekretärs, der Nichtpaktgebundenenbewegung und befreundeter Staaten hin.

Als die Clique Pol Pot/Ieng Sary den Krieg ausdehnte und einseitig die diplomatischen Beziehungen zu Vietnam abbrach, unterhielt die SRV Beziehungen zu Kampuchea und unterbreitete am 5. Februar 1978 ihren 3-Punkte-Vorschlag, den die Weltöffentlichkeit mit Genugtuung aufnahm. Im März 1978 ersuchte Vietnam den Außenminister von Sri Lanka als Vertreter eines Koordinierungsstaates in der Nichtpaktgebundenen-Bewegung, beiden Seiten — Vietnam und Kampuchea — zu Verhandlungen zu verhelfen. Aber die kampucheanische Seite beharrte auf

ihrer Ablehnung. Im Juli 1978 unterbreitete Vietnam auf der Außenministerkonferenz der Nichtpaktgebundenen in Belgrad einen Resolutionsentwurf, der Vietnam und Kampuchea aufforderte, den Konflikt durch Verhandlungen beizulegen. Aber Sri Lanka als Koordinierungsstaat und Jugoslawien als das Land, in dem die Konferenz tagte, empfahlen Vietnam, seinen Resolutionsentwurf angesichts des Protestes von Kampuchea zurückzunehmen. Peking und seine Agenten, die Clique Pol Pot/Ieng Sary, wiesen stur beliebige Verhandlungsvorschläge Vietnams zurück und schürten krampfhaft Krieg, um Vietnam von beiden Seiten anzugreifen.

Nachdem alle Versuche einer friedlichen Lösung durch Verhandlungen gescheitert waren, mußte Vietnam, dessen Nation in ihrer Existenz bedroht war, sein legitimes Recht auf Selbstverteidigung wahrnehmen und versetzte den Aggressoren empfindliche Schläge. Es ist offensichtlich, daß dies ein gerechter Selbstschutz war und der Erhaltung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität galt, daß diese Handlungen voll und ganz den Prinzipien von Moral und Völkerrecht, der UNO-Charta und den Prinzipien der Bewegung der Nichtpaktgebundenen entsprechen. Die Völker der Welt, die ganze fortschrittliche Menschheit untersützt deshalb diese Handlungen.

Unumkehrbare Veränderungen

Die ganze Welt weiß, daß die Clique Pol Pot/Ieng Sary in Kampuchea ein beispielloses Genozid betrieb und das Land in ein Aufmarschgebiet für die expansionistische und hegemonistische Großmachtpolitik Pekings verwandelte. Deshalb war der Sieg des kampucheanischen Volkes vom 7. Januar 1979 — der Sturz der Clique Pol Pot/Ieng Sary — ein bedeutendes Ereignis: Er hat ein Volk vor dem Genozid gerettet, dem kampucheanischen Volk Unabhängigkeit und Freiheit zurückgegeben und Bedingungen für den Aufbau eines friedlichen, unabhängigen, neutralen, nichtpaktgebundenen Kampuchea geschaffen. Dieser Sieg ist ein Beitrag zu Frieden, Stabilität und Wohlergehen in diesem Raum und der ganzen Welt.

Nach dem Sieg vom 7. Januar 1979, nach dem Ende der Massenmorde und -zerstörungen vollbrachte das kampucheanische Volk in kurzer Zeit Bewundernswertes: Es schlug die Überreste der Armee von Pol Pot/Ieng Sary aufs Haupt, schuf und festigte die zentrale und lokale Volksverwaltung, ermöglichte eine Wiedergeburt des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, der religiösen und gesellschaftlichen Betätigung und führte Familien zusammen. Diese wichtigsten Erfolge auf verschiedenen Gebieten zeugen von einer außerordentlichen Vitalität des Volkes, das zum Leben zurückkehrt und fest entschlossen ist, ein freies und glückliches Leben, wie es der Erben der glorreichen Angkor-Zivilisation würdig ist, aufzubauen und zu verteidigen. Diese Siege zeigen überzeugend: Die Veränderungen in Kampuchea sind nicht mehr umkehrbar. Keine reaktionären Kräfte werden das kampucheanische Volk daran hindern können, den gewählten Weg zu gehen, der voll und ganz der Haupttendenz

unserer Epoche und den Zielen der Nichtpaktgebundenheit entspricht. Beliebige Versuche, auf die „kampucheanische Frage“ zu spekulieren, sind Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Volkes und zum Scheitern verurteilt. Der Revolutionäre Volksrat von Kampuchea muß als der einzig wahre Vertreter des kampucheanischen Volkes einen gebührenden Platz in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen und der internationalen Gemeinschaft einnehmen. Die Clique Pol Pot/Ieng Sary, diese Verbrecher, die das revolutionäre Volkstribunal Kampuchea zum Tode verurteilte, haben absolut kein Recht, das kampucheanische Volk, wo auch immer, von welcher internationalen Tribüne auch immer, zu vertreten. Das entspricht den Prinzipien von Moral und Völkerrecht, dem Wunsch der gesamten fortschrittlichen Menschheit.

Ich muß hier einfach wiederholen, was die Kampucheaner und Ausländer beim Prozeß gegen die Clique Pol Pot/Ieng Sary in Phnom Penh riefen: „Nein! Es darf nicht zugelassen werden, daß sich diese ungeheuerlichen Verbrechen auf dem Boden von Angkor wiederholen!“

Nach dem Sieg vom 7. Januar 1979, nach dem Ende der Massenmorde und -zerstörungen vollbrachte das kampucheanische Volk in kurzer Zeit Bewundernswertes: Es schlug die Überreste der Armee von Pol Pot/Ieng Sary aufs Haupt, schuf und festigte die zentrale und lokale Volksverwaltung, ermöglichte eine Wiedergeburt des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, der religiösen und gesellschaftlichen Betätigung und führte Familien zusammen. Diese wichtigsten Erfolge auf verschiedenen Gebieten zeugen von einer außerordentlichen Vitalität des Volkes, das zum Leben zurückkehrt und fest entschlossen ist, ein freies und glückliches Leben, wie es der Erben der glorreichen Angkor-Zivilisation würdig ist, aufzubauen und zu verteidigen.

Unumkehrbare Veränderungen

Diese Siege zeigen überzeugend: Die Veränderungen in Kampuchea sind nicht mehr umkehrbar. Keine reaktionären Kräfte werden das kampucheanische Volk daran hindern können, den gewählten Weg zu gehen, der voll und ganz der Haupttendenz unserer Epoche und den Zielen der Nichtpaktgebundenheit entspricht. Beliebige Versuche, auf die „kampucheanische Frage“ zu spekulieren, sind Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Volkes und zum Scheitern verurteilt. Der Revolutionäre Volksrat von Kampuchea muß als der einzig wahre Vertreter des kampucheanischen Volkes einen gebührenden Platz in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen und der internationalen Gemeinschaft einnehmen. Die Clique Pol Pot/Ieng Sary, diese Verbrecher, die das revolutionäre Volkstribunal Kampuchea zum Tode verurteilte, haben absolut kein Recht, das kampucheanische Volk, wo auch immer, von welcher internationalen Tribüne auch immer, zu vertreten. Das entspricht den Prinzipien von Moral und Völkerrecht, dem Wunsch der gesamten fortschrittlichen Menschheit.

Ich muß hier einfach wiederholen, was die Kampucheaner und Ausländer beim Prozeß gegen die Clique Pol Pot/Ieng Sary in Phnom Penh riefen: „Nein! Es darf nicht zugelassen werden, daß sich diese ungeheuerlichen Verbrechen auf dem Boden von Angkor wiederholen!“

Heute fordern einige Leute, die „den Schutz des Selbstbestimmungsrechtes des kampucheanischen Volkes und einen Widerstand gegen die bewaffnete ausländische Intervention“ vorschützen, dem kampucheanischen Volk erneut die Verbrecher Pol Pot und Ieng Sary zu oktroyieren. Betont sei, daß es sich um dieselben Leute handelt, die das Recht des kampucheanischen Volkes, sich zu erheben und die Verräter Pol Pot/Ieng Sary zu stürzen, negierten, das Recht des vietnamesischen Volkes auf Selbstschutz und das Recht des vietnamesischen, des laotischen und des kampucheanischen Volkes auf Solidarität und gegenseitige Hilfe im Kampf gegen die gemeinsamen Feinde — den US-Imperialismus und die chinesischen Reaktionäre — negierten. Diese Leute unterstützten so oder anders die Aggres-

sion des USA-Imperialismus gegen Vietnam, und heute unterstützen sie auch die aggressive Politik Pekings gegenüber dem kampucheanischen, dem laotischen und dem vietnamesischen Volk. Übrigens schreien Peking und Washington am lautesten vom Recht des kampucheanischen Volkes auf Selbstbestimmung.

Im Zuge des langwierigen Kampfes für die Unabhängigkeit und Freiheit ihrer Länder haben sich die Völker von Vietnam, Laos und Kampuchea eng konsolidiert und eine edle Freundschaft, geknüpft, die von ihren Freunden in der ganzen Welt begrüßt wird. Diese Freundschaft ist historisch notwendig. Die imperialistischen und reaktionären Kräfte greifen nach wie vor zu ihrer Lieblingstaktik „Teile und herrsche!“, um die drei Länder zu schwächen und zu annektieren.

Freiwillige für Laos und Kampuchea

Während des Kampfes der drei Völker gegen den gemeinsamen Feind entsandte das vietnamesische Volk zweimal seine Freiwilligen, die Schulter an Schulter mit dem laotischen und dem kampucheanischen Brudervolk in den Kampf gingen, um die Unabhängigkeit und Freiheit zu erkämpfen und zu behaupten. Nun wiederholt sich die Geschichte. Gemäß dem Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Vietnam und Kampuchea werden die vietnamesischen Truppen heimkehren, sobald die Gefahr der Aggression und der Einmischung von außen gewichen ist.

Die Geschichte hat gezeigt, daß die Solidarität des vietnamesischen, des laotischen und des kampucheanischen Volkes nie jemanden bedrohte. Im Gegenteil, sie trägt viel zu Frieden und Stabilität in Südostasien und der ganzen Welt bei. Nur die Imperialisten und Hegemonisten, die finstere Pläne gegen alle Länder der Region aushecken, sind darauf aus, diese Freundschaft zu zerstören.

Das vietnamesische Volk hat einen langen und schweren Weg des Kampfes für die Unabhängigkeit und Freiheit zurückgelegt und weiß ganz besonders den Frieden zu schätzen, den es für die Wiederherstellung des Landes braucht. Die unabhängige, souveräne SRV ist bestrebt, die Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern, mit allen Staaten der Welt auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung, der Gleichheit, des gegenseitigen Nutzens und der friedlichen Koexistenz zu entwickeln.

Den Ländern Südostasiens sagen wir erneut, daß die beständige Politik Vietnams das Streben nach Frieden, nach einer langfristigen Zusammenarbeit und Freundschaft in verschiedenen Bereichen, nach der Respektierung dieser wichtigen Prinzipien ist, die in den gemeinsamen Erklärungen Vietnams und der ASEAN-Länder formuliert sind. Wir sind bereit, mit den Ländern Südostasiens über die Schaffung einer Zone von Frieden, Stabilität und Neutralität in dieser Region zu verhandeln.

Die USA und China haben im Komplott eine breite Kampagne gegen Vietnam aufgezogen, weil die großen Siege des vietnamesischen Volkes im gerechten Kampf für seine Unabhängigkeit und Freiheit zugleich Siege der Völker der Welt in ihrem Kampf für Unabhängigkeit und Freiheit sind. Viele Freunde haben es hier gesagt: Vietnam ist das Gewissen der Menschheit, der Kampf des vietnamesischen Volkes ist eng mit dem Kampf der anderen Völker verbunden (. . .)

(Quelle: Rede Pham van Dongs auf der VI. Konferenz der nichtpaktgebundenen Länder, in: Neue Zeit, Moskau, Nr. 38/1979, S. 28—32, hier S. 30—32)

Adressenänderungen
bitte rechtzeitig bei der Redaktion
(AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1),
nicht bei der Post, bekanntgeben!

Heinrich Werner **Das „Wort zu Vietnam“**



Die internationale Kampagne gegen die Sozialistische Republik Vietnam (SRV) reist, ungeachtet der von der Genfer UN-Flüchtlingskonferenz vom 21./22. Juli d. J. vereinbarten konkreten Maßnahmen, nicht ab. Wir haben an anderer Stelle hierüber und über die Ursachen des Flüchtlingsstroms bereits eingehend informiert (siehe AIB, Nr. 9/1979, S. 17—21). Dennoch scheint die Auseinandersetzung mit solchen Auffassungen, wie sie in einer kirchlichen Verlautbarung vom August d. J. („evangelisch-katholisches Wort zu Vietnam“) oder von ehemaligen Gegnern des US-Vietnamkrieges vertreten werden, unerlässlich. Der Beitrag von Heinrich Werner, verantwortlicher Redakteur der Neuen Stimme, diskutiert die erwähnte Position der bundesdeutschen Kirchen. Unser ergänzender Beitrag, auszugsweise entnommen dem Vietnam-Kurier 5/1979, geht der Aktion „Ein Schiff für Vietnam“ und den Motiven ihrer prominentesten Unterzeichner auf den Grund. Eine von ihnen, die US-amerikanische Sängerin und ehemalige Antikriegsaktivistin Joan Baez, ist in ihrer Unterstützung der antivietnamesischen Kampagne inzwischen noch weiter gegangen. Sie erhob nicht nur Anklage gegen den „Horror“ bzw. die „Menschenrechtsverletzungen in Vietnam“, sondern trat gar für die „Entsendung der VII. US-Flotte“ in vietnamesische Gewässer ein (US News & World Report, Washington, 1. 10. 1979). Ihnen allen, die aus unterschiedlichsten Gründen diese Kampagne mit unterstützen, sei das Wort des Vorsitzenden der Freundschaftsgesellschaft BRD-SRV Erich Wulff entgegengehalten, daß den Flüchtlingen am besten geholfen wird, indem dem Land selbst geholfen wird.

Am 26. August wurde von allen Kanzeln der Bundesrepublik — jedenfalls wenn der Wille der Initiatoren wirklich von allen Pfarrern verwirklicht worden sein sollte — ein „evangelisch-katholisches Wort zu Vietnam“ verlesen. Es war ein Appell an die Gemeinden, alles Menschenmögliche zu tun, um den Flüchtlingen in Südostasien zu helfen: „Deshalb appellieren wir heute gemeinsam an Sie, an jeden Einzelnen: Tragen Sie dazu bei, daß die Leiden dieser Menschen so schnell wie möglich beendet werden. Nehmen Sie die Flüchtlinge in Ihre Gemeinschaft auf! Suchen Sie nach Wegen, um möglichst bald aus Fremden gute Bürger und Nachbarn zu machen!“ Gewiß, eine humane Aktion und ein Appell, der ans Herz geht. Die Wirkung in den Gemeinden darf nicht unterschätzt werden: denn es wird ja an etwas angeknüpft, was jeder Bundesbürger Tag für Tag auf seinem Fernsehschirm mit eigenen Augen sehen kann: Hier ist wirklich Not; hier muß geholfen werden. Geholfen werden muß in der Tat. Und dennoch ist in unseren Augen dieses gemeinsame evangelisch-katholische Wort, schlicht gesagt, eine Katastrophe; denn es verzerrt die Wahrheit und instrumentalisiert praktizierte Nächstenliebe der Christen, die auf diesen Appell gutmeinend reagieren, zu einer Waffe im psychologischen Krieg.

Wie kommen wir zu diesem vernichtenden Urteil? Wir wollen nur die wichtigsten Gründe nennen: Sowohl Caritas als auch Diakonisches Werk kennen die Verhältnisse in Vietnam bzw. müßten sie kennen. Sie unterstützen durch gezielte Hilfen den Wiederaufbau des zerstörten Landes. Ihre Vertreter haben Gelegenheit — wann immer sie wollen —, sich an Ort und Stelle über die Wirksamkeit ihrer Hilfe, aber auch allgemein über die Verhältnisse in Vietnam und die Entwicklung des Landes zu informieren.

Dieses Wissen wird den Gemeinden vorenthalten. Man geht sogar über das Verschweigen der wirklichen Ursachen der Fluchtbewegung hinaus und fällt ein unhaltbares Urteil: „Die Art, wie das Regime in Vietnam mit Menschen umgeht, treibt Hunderttausende aus ihrer angestammten Heimat.“ Hier hat nicht nüchterne Analyse die Feder geführt, sondern blinder Antikommunismus. Der ist aber kein Geist der Liebe. Er ist Geist des Hasses. Mit der Aufnahme dieser Schuldbehauptung haben sich die Kirchen „dem Schema dieser Welt angepaßt“, d. h. sie haben übernommen, was professionelle Antikommunisten täglich über alle Medien verbreiten.

Was steckt hinter dieser Behauptung, die man so oder ähnlich formuliert ebenso in Springers Welt oder im Bayern-Kurier des Franz Josef Strauß lesen könnte? Erinnern wir uns: Ehe die USA endgültig gezwungen waren, ihre Truppen aus Vietnam anzuziehen, prophezeite die Horrorpropaganda ein „Blutbad“, das der „Vietcong“ unter denen seiner Landsleute anrichten werde, die nicht in seinen Reihen gegen die USA gekämpft hatten.

In Wirklichkeit aber folgte dem Sieg über die technisch tausendfach überlegene und dennoch demoralisierte Invasionsarmee eine erstaunliche Politik der Versöhnung. Es gab kein Blutbad, keine gnadenlose Verfolgung der Kollaborateure, vielmehr das Angebot an alle, sich am Aufbau zu beteiligen. Das ist erstaunlich, wenn man sich vor Augen führt, mit welcher Gnadenlosigkeit über Jahrzehnte der Krieg gegen das vietnamesische Volk geführt wurde und wie unverzeihlich angesichts des verursachten Elends die Schuld derjenigen hätte sein können, die sich an

Die Geschichte von To Eine Verserzählung von Fredrik Vahle

I.

Von den Feldern den Reis.
Aus den Teichen den Fisch.
So lebte To's Heimatort.
Die Wasserbüffel. Der Bambushain.
Hier wollte To niemals mehr fort.

Doch der Krieg kam mit silbernen Vögeln,
gesendet aus USA.
Und nach einer Nacht aus Schrecken
war nun noch Krater da.

Das Dorf war nicht mehr zu finden
als To aus dem Bunker kam.
Die Eltern — tot. So nahm ihn
mit sich sein Onkel Tschang.

Tschang sagte: Wir gehen jetzt beide
zur Stadt der Flüsse — Cholon.
Ich treibe Handel mit Reis und mit Fisch
und du kommst mit dem Leben davon.

Und endlich war wieder Frieden,
doch waren viel Häuser verbrannt.
Millionen Bombentrichter
und wenig fruchtbares Land.

Es kam der große Regen
mit Sturm und Schlamm daher.
Und im Norden kam wieder der Krieg ins Land
mit chinesischem Militär.

Da war wenig Reis zu haben
im Reisland Vietnam.
Wer schlau ist, macht jetzt noch Geschäfte,
sagte der Händler Tschang.

Gegen die reichen Händler,
da wurd' ein Gesetz gemacht:
Wer sich an andern bereichert, der wird
zur Arbeit aufs Land gebracht.

Aber To fand Freunde, die sagten:
Hilf mit und es ändert sich.
Wir tragen den Schutt aus der Schule.
Wir alle, wir brauchen auch dich!

II.

Im amerikanischen Sender
da hörte der Händler Tschang
einen Flüchtling, der war übers Meer geflohen.
Er sei jetzt ein glücklicher Mann.

Der sagte: Hier ist die Freiheit
und hier macht jeder sein Glück.
Wo ihr seid, ist es schlimm, kommt zu uns,
dann wollt ihr niemals zurück.

Und Tschang sagt zu To: Sie haben
mich hier ins Elend gebracht.
Ich weiß von glücklichen Ländern
und du fährst mit heute Nacht!

To sagte: Ich helf bei der Schule.
Da lachte sein Onkel Tschang:
Da springt nichts bei raus und das Boot ist bezahlt.
Wir fliehen aus Vietnam.

Groß war an Bord die Hoffnung.
Wir fahren aus aller Not.
Die Welt ist gut und hilfsbereit
und wartet auf unser Boot.

Doch dann kam die große Hitze
und der Sturm — weit weg vom Land.
Für manchen war die Freiheit der Tod.
So starb auch To's Onkel Tschang.

To wurde gerettet und kam in ein Land,
das sah kalt und ordentlich aus.
Und ein Mann beschützt von viel Polizei
rief: Hier ist die Freiheit zu Haus.

Und als To sagte: Ich liebe mein Land.
Fragten sie: Bist du Kommunist?
Da erzählte To die Geschichte von Tschang
und wie alles gekommen ist.

Und als die Schwester mit Decken und Tee
und vielen Geschenken kam.
Da sagte er lächelnd: Helft nicht nur mir.
Helft meinem Land — Vietnam!

die Seite der Unterdrücker stellten. Am Ende des 2. Weltkrieges ging man in vielen Ländern Europas mit Kollaborateuren sehr viel weniger versöhnlich um.

Die siegreiche Volksarmee Vietnams richtete also keine Schreckensherrschaft im befreiten Süden auf. Das paßte nicht ins Konzept derjenigen, für die Sozialismus gleichbedeutend mit Unmenschlichkeit ist. Sie mußten befürchten, daß das Beispiel Vietnam Schule macht — so wie inzwischen Kuba für viele Völker ein Vorbild geworden ist. Vietnam sollte keine Ausstrahlungskraft gewinnen.

Der Wiederaufbau wurde behindert. Die USA zahlten nicht einen Dollar, der bei Vertragsabschluß zugesagten Wiederaufbauhilfe (in Wirklichkeit müßten sie Wiedergutmachung zahlen). Das Land wurde in ständige Grenzkonflikte verwickelt bis hin zu der chinesischen „Strafexpedition“. Aber Vietnam behauptete sich.

Da kamen die „Bootsleute“ gerade recht. Die Bilder von den halbverhungerten Gestalten, die auf verrotteten Schiffchen eine Fahrt ins Ungewisse wagten, sind die bisher wirksamsten Waffen im psychologischen Krieg gegen Vietnam. Es ist ein Krieg um die Hirne und Herzen — weniger der Vietnamesen (denn die wissen ja, was gespielt wird) als vielmehr derer, die Partei ergriffen hatten für dieses tapfere Volk, als es sich so konsequent gegen den übermächtigen Feind behauptete.

Mit Hilfe der Flüchtlinge sollen sie nun für den blindmachenden Antikommunismus zurückgewonnen werden. Mit der Kanzelerklärung vom 26. August haben sich die Kirchen der BRD dieser Kampagne zur Verfügung gestellt, haben ihr den Segen gegeben.

Die Genfer Konferenz über das Flüchtlingsproblem in Südostasien, zu der die UNO eingeladen hatte, wurde international als großer Erfolg verbucht. Die Kalkulation, daß Vietnam bei dieser Konferenz auf der internationalen „Anklagebank“ sitzen

würde, ist allerdings nicht aufgegangen. Der Erfolg wurde vielmehr allgemein darauf zurückgeführt, daß die vietnamesische Vertretung — unbeeindruckt von den qualifizierten Attacken der USA und Chinas — konstruktiv mitarbeitete und durch die Verpflichtung, die illegale Auswanderung zu unterbinden und damit den Menschenhändlern das Handwerk zu legen, die Hauptlast bei der Lösung des Problems übernahm.

Ist es Zufall, daß gerade seit jener Zeit „Hilfsschiffe“ in die vietnamesischen Gewässer entsandt werden, um Flüchtlinge aufzufischen? Im Weltspiegel der ARD konnte man mit eigenen Augen sehen, daß die aus der BRD entsandte „Cap Anamur“ in Sichtweite vietnamesischen Landes nach solchen Flüchtlingen — allerdings vergeblich — fahndete. Die USA beorderten Einheiten ihrer berühmten VIII. Flotte in die Gewässer vor Vietnam, nach offizieller Lesart der bedrohten Flüchtlinge wegen. Aber natürlich ist es auch eine militärische Demonstration gegen Vietnam — und eine Ermutigung für diejenigen, die sich halbverfaulten Kähnen anvertrauen wollen, um in das Land ihrer Sehnsucht, natürlich die USA, zu gelangen.

Spätestens nach der Zusage, die Vietnam in Genf gemacht hat, Ausreisewillige auf geordneten Wegen in das Land ihrer Wahl ausreisen zu lassen (wenn sie aufgenommen werden), sind solche abenteuerliche „Hilfsaktionen“ als Propagandakampagne entlarvt. Das betrifft natürlich nicht alle Hilfsmaßnahmen für Flüchtlinge in Südostasien: natürlich muß den Menschen, die in unzureichend ausgestatteten Lagern in Ländern vegetieren, die selbst im Elend leben, geholfen werden! Aber uns scheint, daß die Kanzelerklärung der beiden Kirchen vom 26. August 1979 gerade nicht darauf zielt. Vielmehr wird das Schicksal jener Menschen ideologisiert, wenn es heißt: „Ursachen für die Flucht seien die Unfreiheit, die Hoffnungslosigkeit und vor allem die Sorge um die Zukunft der Kinder . . .“ Dieses Wort will in den Köpfen der Christen festmachen, daß der Alleinschuldi-

Mißbrauchtes „Schiff für Vietnam“

Besondere Aufmerksamkeit widmete (kürzlich die vietnamesische Zeitung) Doãn Kêt dem französischen Philosophen Jean-Paul Sartre, in Frankreich einer der bekanntesten Unterzeichner des Aufrufs „Ein Schiff für Vietnam“. Verständlicherweise ist in Frankreich die Betroffenheit darüber sehr groß, galt er doch lange „als der Intellektuelle, der entschlossen auf der Seite des vietnamesischen Volkes gegen Kolonialismus und Imperialismus gekämpft hat“.

„Deswegen waren wir tief betroffen, als wir den Namen Sartres in dem Aufruf ‚Ein Schiff für Vietnam‘ nach der Hai-Hong-Affäre lasen. Außer den Namen von Sartre und Simone de Beauvoir finden sich dort noch die Namen einiger Schriftsteller, Künstler und Intellektueller, die den Kampf des vietnamesischen Volkes mehr oder weniger unterstützt haben. Aber am bedrückendsten ist nicht die Tatsache, daß diese ehemaligen Freunde Vietnams Opfer eines Täuschungsmanövers sind und ihre Namen von den Initiatoren der Kampagne haben benutzen lassen. Bedrückender ist, daß ein Teil der linken Intellektuellen im Westen wegen der schwierigen allgemeinen Situation der Linken verzweifelt und mißtrauisch gegenüber dem Sozialismus geworden ist, wo immer man versucht, ihn zu verwirklichen.“

Wir kennen diese Frustration sehr gut: Da ist noch das Beispiel der „großen proletarischen Kulturrevolution“ Chinas frisch in unserer Erinnerung.“ So weit Doãn Kêt.

Wir hier in der Bundesrepublik erleben im Moment, daß moralisch so integre Persönlichkeiten wie z. B. der Schriftsteller Heinrich Böll in der Frage der Vietnam-Flüchtlinge Seite an Seite stehen mit den reaktionärsten Kreisen in der CDU und der gesamten Springer-Presse.

Auch in den USA ist die Verwirrung unter den ehemaligen Kriegsgegnern groß. Am 30. Mai 1979 konnte man in der New York Times in einer ganzseitigen Anzeige einen „Offenen Brief an die SR Vietnam“ lesen, unterzeichnet von Joan Baez, einer der bekanntesten Antikriegsaktivisten. Die Sängerin klagt dort die vietnamesische Regierung an, „die Brutalität, Gewalt und Unterdrückung, die über ein Jahrhundert lang von ausländischen Mächten in ihrem Land ausgeübt wurden, nun in eigener Regie fortzuführen“. Einige prominente Kriegsgegner folgten diesem Aufruf, doch es gab auch heftige Ablehnung unter den ehemaligen Mitstreitern.

Neben Dave Dellinger lehnte auch die Schauspielerin Jane Fonda es ab, diesen Brief zu unterschreiben. Sie verurteilte vielmehr die Hetz-

kampagne gegen Vietnam und meinte, die Urheber seien jene reaktionären Elemente, die den US-Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk inszeniert haben. Deren heutige Krokodilstränen können nicht verwischen, was die Initiatoren der Kriege und Aggressionen über Vietnam und sein Volk an unermeßlichem Leid gebracht haben. Wie recht Jane Fonda damit hat, beweist auf beklemmende Weise ein weiterer Artikel der Zeitung Doãn Kêt. Dort untersucht man die Liste der Namen der Erstunterzeichner des Aufrufs „Ein Schiff für Vietnam“.

„Die Gewerkschaft AFL/CIO in den USA hat nicht nur drei Erstunterzeichner, sondern auch Schiffe und Matrosen für diese ‚Initiative‘ gestellt.“

Bekanntlich ist die AFL/CIO eine ‚gelbe Gewerkschaft‘, deren Führer George Meany, ein berühmter Mitkämpfer McCarthys, die Präsidenten Johnson und Nixon im Vietnamkrieg unterstützt hat. Mehr als das, Irving Brown, einer von den dreien von der AFL/CIO, kann als ein ‚Schiffsexperte‘ bezeichnet werden, der seit langem ein besonderes Verhältnis zu Vietnam hat. Als im Jahre 1947 Hafenarbeiter und Matrosen sich in Marseille weigerten, Munition und Waffen nach Indochina zu befördern, war es Irving Brown, der vom CIA im Namen der ‚Gewerkschaft‘ AFL/CIO nach Frankreich geschickt wurde, um den Streik zu brechen, eine Abspaltung von der CGT zu organisieren und die französische gelbe Gewerkschaft FO zu gründen, deren Führer André Bergerac auch ein Erstunterzeichner des Aufrufs ist.

Wir pflegen den Titel eines CIA-Agenten nicht jedem kleinen Handlanger der US-Konzerne zu verleihen. Aber was Irving Brown angeht, so wurde er schon 1967 von der amerikanischen katholischen Zeitschrift ‚Ramparts‘ als CIA-Mitarbeiter entlarvt. Brown und Meany hielten es nie für nötig, das zu bestreiten. So erfährt man, wie und seit wann Irving Brown sich um die Menschenrechte in Vietnam verdient gemacht hat.

Ein anderer, der nicht weniger ‚Verdienste‘ dieser Art aufzuweisen hat, hat die Bedeutung seines Namens nicht näher erläutert. Es ist Herr Jean Letourneau. Die anderen kennen ihn nicht, aber wir, vom ‚Mutterland‘ Frankreich verschleppte Annamiten, kennen ihn recht gut: Letourneau war von 1946 bis 1954, während des ganzen Indochinakrieges, Kolonialminister.“

Interview mit Sisana Sisane

Wir wählten den Weg zum Sozialismus



Im Dezember 1979 wird die Volksdemokratische Republik Laos (VDRL) 4 Jahre alt (Aktionsprogramm der Revolutionsregierung siehe in: AIB, Nr. 7—8/1976). Die revolutionären Veränderungen und Probleme des sozialistischen Laos bilanziert Sisana Sisane, Minister für Propaganda, Information, Tourismus und Kultur der VDRL. Die bei S. Sisane anklingende Sorge über die äußere Bedrängnis des Landes wurde zwischenzeitlich erhärtet. Anfang Oktober 1979 vermeldeten japanische Beobachter ausgedehnte chinesische Truppenverlagerungen an die laotische Grenze. Im Falle eines neuen Waffenganges Pekings gegen Vietnam muß Laos mit einer chinesischen Invasion rechnen.

FRAGE: Könnten Sie uns kurz die Entwicklung in der VDR Laos seit 1975 und insbesondere die politische, ökonomische und soziale Umformung der laotischen Gesellschaft beschreiben?

S. SISANE: Wie Sie alle wissen, war der 2. Dezember 1975 der Tag, an dem die VDRL gegründet wurde. An diesem Tag wurde die Rettung des Landes vollendet. In unseren Plänen für die Entwicklung des Landes wählten wir den Weg zum Sozialismus ohne kapitalistische Phase.

Das bringt für uns natürlich zahlreiche Probleme mit sich, die wir lösen müssen. Der Übergang von der Produktion in kleinem Maßstab zur sozialistischen Großproduktion bringt viele Schwierigkeiten mit sich. Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, hat die Laotische Revolutionäre Volkspartei einige Grundaufgaben gestellt, die erfüllt werden müssen. Diese sind: Selbstbestimmung, Verbesserung der Volks-Verwaltungskomitees und die Durchführung von drei Revolutionen (d. h. der Revolution der Produktionsverhältnisse, der ideologischen und kulturellen Revolution und der wissenschaftlich-technischen Revolution). Offensichtlich sind wir auch gezwungen, unsere Verteidigung und Sicherheit zu festigen.

Land- und Forstwirtschaft: Grundlage der Entwicklung

Um unsere kleine rückständige Volkswirtschaft zu einer großen sozialistischen Volkswirtschaft zu machen, beabsichtigen wir, Land- und Forstwirtschaft zu deren Grundlage zu machen. Der Grund dafür, daß wir eine Betonung auf die Forstwirtschaft legen, ist, daß unser Land zu 60% bewaldet ist. Natürlich konzentrieren wir uns auch auf die Entwicklung der ökonomischen Infrastrukturen. Unsere Aufmerksamkeit richtet sich sowohl auf die zentralen als auch auf die regionalen Belange.

Ich kann mit Befriedigung sagen, daß wir bei dieser Aufgabe gewisse Erfolge erzielt haben. Zum Beispiel haben wir in der Landwirtschaft die Fläche des Ackerlandes erweitert und auch die Bebauung intensiviert. Wir haben eine große Zahl von Be-

wässerungsanlagen fertiggestellt, und das Volk ist mobilisiert worden, die Felder zweimal pro Jahr zu bebauen. Auf diese Weise ist das Problem der Hungersnot zu einer Sache der Vergangenheit geworden.

1977 herrschte bei uns große Trockenheit, und 1978 waren wir wieder Opfer einer Naturkatastrophe — diesmal in Form von großen Überschwemmungen. Diese beiden Katastrophen wirkten sich auf die landwirtschaftliche Produktion — insbesondere auf die Reisproduktion — ungünstig aus. Aber das Volk litt keinen Hunger, erstens weil wir Reisvorräte hatten, und zweitens bekamen wir Hilfe und Unterstützung von unseren sozialistischen Freunden.

Im Bereich der Industrie ist es auch zu Entwicklungen gekommen. Gegenwärtig gibt es in Laos 300 staatliche und 200 private Fabriken. In allen Fabriken wird große Betonung auf das Niveau der Produktion gelegt. In den letzten Jahren hat die Regierung mehrere neue Betriebe gebaut. Zum Beispiel die zweite Ausbaustufe des Nam-Gnum-Wasserkraftwerkes, eine Fabrik, die tierische Nährstoffe herstellt, und eine weitere für die Produktion von tierischen Impfstoffen. Ferner gibt es eine Ziegelei, eine Textilfabrik und einen Betrieb, der Landwirtschaftsgeräte herstellt.

Wir konnten auch mehrere neue Straßen bauen und alte reparieren. Alle Banken sind verstaatlicht worden, und der Staat hat das Außenhandelsmonopol über alle Waren übernommen, die als wichtig erachtet werden. Derzeit gibt es in der Volkswirtschaft drei Sektoren: den staatlichen, den gemischten und den privaten Sektor.

In den ländlichen Gebieten bestehen rund 2000 Landwirtschafts-genossenschaften. Das heißt, daß 20% der Bauern in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften arbeiten. Für 1980 haben wir uns das Ziel gesetzt, daß diese Zahl auf 80% ansteigen sollte. Aber die Entwicklung der Kollektivierung ist keine leichte Aufgabe, besonders weil alles freiwillig ist — niemand wird gezwungen, einer Kollektivwirtschaft beizutreten. Neben diesen Genossenschaften gibt es auch 7 Staatsgüter. Wir sind überzeugt, daß diese von uns erreichten Erfolge die Grundlage für die Schaffung einer neuen Gesellschaft bilden. Bei der Entwicklung des Landes messen wir auch der Volksbildung große Bedeutung bei. Das Analphabetentum ist ein riesiges Problem.

Unter dem alten Regime konnten 96% der Bevölkerung weder lesen noch schreiben. Es ist uns gelungen, diese Ziffer auf 40% herabzusetzen, und von diesen sind die meisten alte Menschen. Natürlich sind im Bereich der Erwachsenenbildung große Verbesserungen erforderlich. Sogar auf dem Gebiet der allgemeinen Schulbildung müssen neue Lehrpläne eingeführt werden. Die alten Lehrpläne sind nicht wissenschaftlich und auch nicht genug patriotisch.

Außerdem sind wir bestrebt, die Zahl der Schulen zu erhöhen. Von 500 Dörfern hat jetzt jedes Dorf seine eigene Schule. Sogar bei den Staatsangestellten ist das Bildungsniveau sehr niedrig, und wir haben daher jetzt Vorkehrungen für zusätzliche Studienmöglichkeiten für sie getroffen. Wir schicken auch viele Studenten ins Ausland, größtenteils in die sozialistischen Länder.

Auf unserer Tätigkeitsliste steht auch die Anregung zur künstlerischen Aktivität und die Förderung von Künstlergruppen ganz oben. Auf professioneller Ebene haben wir eine Spezialschule für Sänger und Tänzer und eine Schule der schönen Künste für Malerei, Bildhauerei, Tanz usw. In jeder Provinz gibt es wenigstens zwei professionelle Künstlergruppen, und jedes Dorf hat eine Amateurgruppe.

Wir haben auch eine Kampagne für öffentliche Hygiene im Land in Gang gesetzt. Die Losung dafür lautet: „Lebt sauber, eßt sauber, kleidet Euch sauber“.

FRAGE: Könnten Sie einige der sozialen Probleme charakterisieren, die Sie in Laos haben?

S. SISANE: Natürlich hat es in diesem Bereich zahlreiche Probleme gegeben: So war zum Beispiel die hohe Zahl der Prostituierten, Rowdies, Taschendiebe und Rauschgiftsüchtigen ein Vermächtnis des alten Regimes. Wir haben große Anstrengungen gemacht, sie zu rehabilitieren. Der erste Schritt ist natürlich Warnung und Beratung. Wenn sie danach weiter bei ihren Verbrechen verharren, weisen wir sie in ein Rehabilitationszentrum ein, wo sie bleiben, bis sie Beweise dafür erbringen, daß sie sich gebessert haben. Die meisten von ihnen sind junge Menschen. Die Frage der Rauschgiftsucht ist komplexer. Manche von diesen Süchtigen sind sehr alt und haben Rauschgifte vielleicht 40 Jahre oder länger genommen. Wir glauben, daß es gleichbedeutend damit wäre, sie zu töten, wenn wir sie zwingen würden, damit aufzuhören. Es wird ihnen daher gestattet, weiterhin Rauschgift zu nehmen.

Wir sind auch bestrebt, unsere Verwaltungskomitees auf regionaler und zentraler Ebene zu verbessern. Es ist die Aufgabe der Ortskomitees, das Volk zur Durchführung der Politik der Partei zu mobilisieren. Die Entwicklung dieser Komitees und der Jugend-, Frauen- und Arbeiterorganisationen erfordert große Geduld. Auch die Geistlichkeit ist mobilisiert worden, zum Aufbau des Landes beizutragen.

Früher hatten wir die Lao-Patriotische Front, und vor kurzem haben wir die Lao-Front für nationalen Aufbau gebildet. Im allgemeinen können wir mit unserem Fortschritt in den letzten Jahren zufrieden sein.

FRAGE: Wie werten Sie die politische Erziehung in der Partei, in den Massenorganisationen, in den Schullehrplänen und in der Armee?

S. SISANE: Eine unserer Revolutionen ist die Revolution der Ideologie und Erziehung. Wir gehen nicht herum und schwingen Haken in der Luft wie die Chinesen. Das Ziel unserer ideologischen Revolution ist, neue sozialistische Männer und Frauen zu schaffen. Wir möchten Männer und Frauen schaffen, die patriotisch sind, die den Sozialismus lieben, die eine leistungsfähige Produktion lieben, die rein sind und anständig leben und die Frieden und Freundschaft zwischen sich und im Land schätzen.

Wir schwingen keine Haken

Um diese Ziele zu erreichen, haben wir im Zentralkomitee der Partei ein Komitee für Erziehung und Propaganda gebildet. Ähnliche Komitees sind in allen Gebieten und auf allen Stufen zu finden. Auf zentraler Ebene haben wir dieses Ministerium für Propaganda. Die Streitkräfte und jede öffentliche Organisation haben Sonderkomitees, die sich mit Fragen der Erziehung und Propaganda befassen.

Unser Programm für politische Erziehung nimmt viele Formen an. Eine von diesen, die wir verwenden, ist das politische Studium in jeder Organisation. Die Schullehrpläne enthalten gleichfalls das Studium der Pläne und Politik der Partei. Wir benutzen auch weitreichendere Mittel, wie Zeitungen und Rundfunk. Außerdem nutzen wir auch weitgehend persönliche Kontakte. Das ist in einem Land, wo Straßen und Beförderungsmittel noch immer fehlen, sehr wirksam. Und schließlich verwenden wir auch Filme und die Künstlergruppen.

Kurzum, wir messen der Massenausbildung große Bedeutung bei, insbesondere weil das Bildungsniveau — wie ich bereits sagte — beim Volk so niedrig ist. Wir müssen offensichtlich Unterschiede machen. Zuhörer aus den Reihen der Armee werden zum Beispiel anders sein als durchschnittliche Zuhörer, und das gleiche gilt für die Jugend und Frauen.

Aber im allgemeinen müssen wir die Politik und Pläne der Partei erläutern und bestrebt sein, das Niveau des patriotischen Bewußtseins, der Lehren des Marxismus-Leninismus eingedenk, ständig zu heben.

FRAGE: Welche Rolle spielen die religiösen Kreise in der Gesellschaft?

S. SISANE: Derzeit gibt es an die 11 000 Geistliche und rund 1 000 buddhistische Tempel (über 200 in Vientiane allein).

Der Standpunkt der Partei ist, daß die Religion einen Bestandteil der langen Tradition des laotischen Volkes bildet. Die Ideologie eines Volkes kann man nicht über Nacht ändern. Sie können einen Menschen nicht zwingen, seinen Glauben aufzugeben, daher schützen wir auch die Glaubensfreiheit, aber die Religion ist vom Staat getrennt. Die religiösen Stätten und Orte sind Symbole der Anstrengungen der Werktätigen, und wir haben daher die eindeutige Politik, sie zu schützen.

Im allgemeinen finden wir beim Volk starke Unterstützung für diese Politik. Tatsächlich helfen viele Mönche und Novizen beim nationalen Aufbau, indem sie Erwachsenenbildungskurse führen. Viele Pagoden dienen auch als kleine traditionelle ärztliche Zentren. Die Mönche beteiligen sich daran, das Volk über die Pläne und Politik von Partei und Staat zu informieren.

Wir müssen uns niemals zu einer solchen Grausamkeit hergeben, die Mönche zu zwingen, als Zugtiere zu arbeiten, oder sie niederzumetzeln, wie das in Kampuchea unter Pol Pot, der Marionette Pekings, geschah.

FRAGE: Wie steht es mit Laos Außenhandel und Handelspartnern?

S. SISANE: Wir verfolgen die Politik des Handels mit den so-





Reisdrusch in der Ebene der Tonkrüge – noch fehlt es an moderner Technik

zialistischen Ländern. In den letzten drei Jahren hatten wir ausgedehnte Kontakte mit Vietnam und Thailand. Vor den jüngsten Schwierigkeiten mit Peking hatten wir auch etwas Handel mit China. Unsere Exportartikel sind hauptsächlich Holz, Kaffee und Zinn. Derzeit suchen wir in größerem Umfang nach Mineralien. (. . .)

FRAGE: Wie beurteilen Sie die jüngsten Entwicklungen in Indochina im allgemeinen?

S. SISANE: Nachdem Vietnam, Kampuchea und Laos 1975 den Sieg und ihre Unabhängigkeit errangen, gab es verschiedene Verleumdungen bezüglich eines vietnamesischen Planes, eine indochinesische Föderation zu gründen. Diese Gerüchte gingen von den chinesischen Behörden aus. (. . .)

Nach der Befreiung unterzeichneten Vietnam und Laos 1977 einen 25jährigen Friedens- und Freundschaftsvertrag. Der Vertrag sieht im wesentlichen gegenseitige Hilfeleistung vor. Vor kurzem haben wir auch einen Fünfjahres-Vertrag mit der Volksrepublik Kampuchea abgeschlossen. In diesem Vertrag sehen wir Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ökonomie und Kultur vor.

Chinas Führung auf Expansionskurs

Die Grundlage des Vertrages Vietnam — Laos ist, daß Vietnam uns in vielen Bereichen Hilfe leisten wird. Ähnlich werden wir dem neuen Regime in Kampuchea die erforderliche Hilfe zuteil werden lassen. Wir sind überzeugt, daß diese gegenseitige Hilfe — im Bedarfsfall militärische Hilfe — vollkommen gerecht ist. Wir meinen, daß eine Nation das Recht hat, Hilfe zu suchen, wenn sie bedroht wird.

Auch bei Aufbietung aller Phantasie kann das nicht als Einmischung erachtet werden. Paragraph 51 der Charta der Vereinten Nationen betrifft auch diese Frage.

FRAGE: Welche Meinung haben Sie über die jüngste Aggression der chinesischen Truppen gegen die Sozialistische Republik Vietnam und die in dieser Hinsicht möglichen Entwicklungen in Laos?

S. SISANE: Vietnam hat China niemals ersucht, Streitkräfte zu senden. Das ist der größte Unterschied, den wir machen müssen. Vom 12. Februar an, als China sich vorbereitete, Vietnam zu überfallen, zogen sie sich an der chinesisch-laotischen Grenze zusammen. An unserer Grenze stehen jetzt insgesamt 50 000 Mann der chinesischen Streitkräfte.

Gleichzeitig stellten ihre letzten 350 Straßenarbeiter die Arbeit auf den Straßen ein und begannen Gräben auszuheben. Diese Straßenarbeiter sind jetzt weg, aber die Truppen stehen noch immer an der Grenze.

China half auch den laotischen Reaktionären, in Laos staatsfeindliche Handlungen durchzuführen. Warum? Wir können nur zu dem Schluß kommen, daß die chinesischen Führer dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus den Rücken gewandt und statt dessen zur Expansionspolitik gegriffen haben. Ein erstklassiges Beispiel ist ihre Verwendung der reaktionären Clique Pol Pot.

Nach ihrer Niederlage in Kampuchea führten sie eine direkte Aggression gegen Vietnam durch und begannen Laos zu drohen. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten: Erstens können sie Vietnam von neuem angreifen, in welchem Fall sie unser Hoheitsgebiet verletzen werden, um Vietnam wahrscheinlich im Gebiet von Dien Bien Phu anzugreifen, wobei sie gleichzeitig eine Zone für die laotischen Reaktionäre schaffen würden. Die zweite Möglichkeit ist, daß sie keine direkte militärische Offensive unternehmen, sondern lieber die Reaktionäre mobilisieren und bewaffnen, die versuchen werden, unser Regime zu stürzen.

Sie können also sehen, daß wir sehr wachsam und auf den Gegenschlag vorbereitet sein müssen.

FRAGE: In Laos gibt es zahlreiche ethnische Minderheiten. Wir haben von chinesischen Versuchen gehört, Spaltungen in Laos hervorzurufen, indem unter diesen Minderheiten Feindschaft gesät wird. In welchem Maß kann diese Frage der Regierung Schwierigkeiten verursachen?

S. SISANE: Die Chinesen haben für diese ethnischen Minderheiten stets großes Interesse gezeigt. Sie haben sich bemüht, sie auf ihre Seite zu ziehen, indem sie ihnen materielle Güter usw. angeboten haben. In manchen Fällen haben sie ihnen Waffen geliefert.

Jetzt tun sie an der Grenze alles Erdenkliche, um Unruhe und Zerrüttung hervorzurufen. Wir haben sogar Banknoten gefunden, die sie druckten, um unsere Volkswirtschaft zu unterminieren. Viele der ethnischen Minderheiten werden loyal bleiben, aber wir können nicht ableugnen, daß viele auch gegen uns arbeiten.

Wir müssen weitere große Anstrengungen machen, um die Situation ökonomisch, materiell, sozial und natürlich im Sinne der Verteidigung zu verbessern.

(Quelle: Welt-Studenten-Nachrichten, Berlin, Nr. 7/1979, S. 9—12)

Michael Opperskalski

Wende der iranischen Volksrevolution?

Michael Opperskalski, Sprecher des Iran-Solidaritätskomitees und Redakteur der roten Blätter, hielt sich im Juli/August d. J. in Iran auf. Es wurde Zeuge widersprüchlicher Entwicklungen. Auf der einen Seite verfolgt die islamische Führung um Ayatollah Khomeini weiterhin eine antiimperialistische Orientierung (siehe auch: AIB, Nr. 3 und 7—8/1979), auf der anderen Seite greift sie zu einer antidemokratischen Lösung der Kurdenfrage, zum Verbot progressiver Zeitungen, deutet sich ein Konfrontationskurs gegen die Linke an (siehe Ausschnitte aus dem Khomeini-Interview mit Oriana Fallaci). Ist der antiimperialistisch-demokratische Charakter des iranischen Revolutionsprozesses bedroht?

Der Sturz des barbarischen Schah-Regimes war in politischer, ökonomischer und militärischer Hinsicht der schwerste Schlag gegen die Bastionen des US-Imperialismus seit Vietnam. Trotz des vom Pentagon diktierten Separatabkommens Begin/Sadat, trotz der massiven Aufrüstung Saudi-Arabiens, trotz der Faschisierung der Türkei, der Gendarm Iran ist für den Imperialismus in dieser Region nicht ersetzbar. Daher rührt die auf allen Ebenen entwickelte Strategie des Imperialismus, die antiimperialistisch-demokratischen Errungenschaften der iranischen Revolution zurückzurollen. Sie kann sich dabei auf eine Reihe von Faktoren stützen.

Mit dem Beginn des Jahres 1978 entwickelte sich eine antidiktatorische Bewegung, die bis zu 15 Mio Menschen auf die Straße brachte, das ist nahezu die Hälfte der iranischen Bevölkerung. Arbeiter, Bauern, Studenten, Basaris, Geistliche demonstrieren gegen ein Regime, das ihnen Maschinengewehre, Panzer

und Hubschrauber entgegenwarf. Allein im vergangenen Jahr fielen 60 000 Menschen im Kampf gegen die imperialistisch ausgehaltene Pahlewi-Diktatur.

Diese Bewegung umfaßte praktisch alle Klassen und Schichten des iranischen Volkes: Die Arbeiterklasse, die unter dem Schah-Regime der schwersten Unterdrückung und Ausbeutung ausgesetzt war, die Intelligenz, die keinerlei Möglichkeiten hatte, sich politisch und kulturell zu entfalten, den Bauern, denen durch die Politik des Regimes die Existenzgrundlage genommen wurde, das Kleinbürgertum, besonders die sog. Basaris (Kaufleute), und Teile der nationalen Bourgeoisie, denen die totale Abhängigkeit von den imperialistischen Monopolen die materielle und ökonomische Basis entzog. Mit dem völligen Ausverkauf an den Imperialismus nahm sich das Schah-Regime jegliche soziale und politische Basis. Es wurde gegen Schluß nur noch gehalten von wenigen korrupten Paladinen und den amerikanischen Bajonetten der Armee.

Die Heterogenität der Antischah-Bewegung

Die antidiktatorische Bewegung des iranischen Volkes umfaßte auch alle politischen Strömungen des Landes. Damit reflektierte die politische Breite des Massenaufstandes die klassenmäßige Basis. Kommunisten und Sozialisten kämpften gemeinsam mit liberalen Demokraten, fortschrittliche Geistliche mit Kräften der Großbourgeoisie.

Dieser Kampf war objektiv antiimperialistisch. Er richtete sich



Exekution aufständischer Kurden in Paweh

gegen einen der brutalsten Statthalter des Imperialismus, das Schah-Regime. Sein Charakter war auch wesentlich von den Forderungen des Volkes geprägt, die demokratische Veränderungen verlangten: „Tod dem Schah-Regime! Amerikanische Militärberater und CIA raus aus dem Iran! Herstellung demokratischer Rechte und ökonomischer und politischer Unabhängigkeit!“ Vor diesem Hintergrund entwickelte sich bei den iranischen Massen ein starkes antiimperialistisches Gefühl, eine starke antiimperialistische Energie.

Die antidiktatorische Bewegung, die den Schah im Februar 1979 schließlich verjagte und auch die imperialistische Bakhtiar-Lösung vereitelte, vereinte also in ihren Reihen politische und Klassenkräfte, die nur der gemeinsame Gegner, das Schah-Regime, einte, die jedoch in den perspektivischen Vorstellungen für das Land starke Widersprüche aufweisen.

Die aktuellen Probleme und Auseinandersetzungen widerspiegeln im wesentlichen das Ringen zwischen den revolutionären Kräften des Landes und den Elementen der Reaktion und der Konterrevolution um die weitere Entwicklung des Landes. Dabei umfassen beide „Lager“ verschiedene politische Strömungen und sind auch klassenmäßig klar zu unterscheiden.

Das prokapitalistische Lager

Die Rechtskräfte vertreten die ökonomischen und politischen Interessen der Kompradoren- und liberalen Bourgeoisie. Ihre politische Grundlinie läuft auf einen kapitalistischen Entwicklungsweg hinaus, in der Form dieses Weges gibt es jedoch einige Differenzen:

● die reaktionäre Geistlichkeit.

Ihr bekanntester Kopf ist der in bürgerlichen Medien als „gemäßigt“ hochgejubelte Ayatollah Schariat-Madari. Konkret fordert er u. a. die Einschränkung der Befugnisse der revolutionären Selbstverwaltungsorgane wie der Revolutionskomitees, ein scharfes Vorgehen gegen — wie er es nennt — „Linksextremisten“, die Unterstützung der konterrevolutionären Banden in Afghanistan oder die Reorganisation der iranischen Armee in alter Form und Struktur. In seinem politischen Konzept findet sich ein kapitalistischer Entwicklungsweg mit allerdings extrem religiösen Zügen.

Schon in der Zeit des antidiktatorischen Aufstandes spielte Schariat-Madari eine üble Rolle, als er versuchte, mit dem Schah-Regime Kompromisse zu schließen und das Volk aufforderte, den „Reformversprechen“ des Schah „eine Chance zu geben“. Seine politische Organisation ist die Islamisch Republikanische Volkspartei. Dort wo Schariat-Madari und seine rechtsradikalen Religionsfanatiker über politischen Einfluß verfügen, kommt es immer wieder zu Exzessen: Auspeitschungen von „Alkoholsündern“, Angriffe auf linke Organisationen und Mitglieder, Durchführung extremer islamischer Gesetze usw.

● die politischen Strömungen um die Regierung Bazargan.

Wichtigste politische Organisation ist die Freiheitliche Bewegung des Ministerpräsidenten Bazargan. Der kapitalistische Entwicklungsweg, den das „Regierungslager“ einschlagen möchte ist verbunden mit verschwommenen und manchmal von Tagesereignissen abhängigen Kompromissen an die Forderungen der reaktionären Geistlichkeit.

● Die Nationale Front des Ex-Außenministers Sandjabi.

Zur Zeit faktisch einflußlos lehnt sie wesentliche islamische Richtlinien in der politischen Entwicklung ab. Aus ihrer Ecke tauchen in jüngster Zeit offen vorgetragene Forderungen nach Rücknahme von Verstaatlichungen, Aufnahme engerer Beziehungen zu den USA usw. auf.

● Elemente des alten Regimes.

Ein wichtiges Element bei der Durchsetzung reaktionärer Politik ist die Tätigkeit der offen konterrevolutionären Gruppen und Organisationen, deren wichtigste die von der Geheimpolizei des Schah, dem SAVAK, gegründete, unter religiösen Fahnen segelnden Terrororganisation Forghan ist. Ihre Anschläge auf bekannte Politiker und geistliche Führer wie General Gha-

rani oder Ayatollah Motahari stehen nur stellvertretend für den organisierten täglichen Mord an revolutionären Kämpfern und Demokraten.

Gleichzeitig gehen Ölpipelines hoch, werden ganze Ernten in Brand gesteckt oder Elektrizitätswerke gesprengt. Auch werden gezielt Gerüchte verbreitet, so, der Schah kehre in wenigen Tagen zurück, die Banken zahlten an Ausreisewillige keine Dividenden mehr aus oder bestimmte Lebensmittel würden knapp. Kurz, mit Terror, Anschlägen und Gerüchten versucht die organisierte Konterrevolution, die Versorgung der Bevölkerung mit dem täglichen Bedarf empfindlich zu stören, Unruhe und anti-revolutionäre Stimmungen zu schüren.



Exponenten der iranischen Rechten: Mehdi Bazargan (l.) und Ayatollah Schariat

Auch gelang es vielen Elementen des alten Regimes, in revolutionäre und demokratische Organisationen einzudringen. So gibt es ganze Revolutionskomitees, in deren Führungspositionen sich der SAVAK einnisten konnte. Ich konnte z. B. selbst beobachten, wie Elemente der Pastaran (Wächter der Revolution) Konterrevolutionäre mit Waffen versorgten und ihre Aktionen absicherten.

Zur Zeit versucht die einheimische Reaktion im Verbund mit dem Imperialismus, den verjagten Schah-Statthalter Bakhtiar als Kopf einer reaktionären konterrevolutionären Bewegung aufzubauen. In einem kürzlichen Newsweek-Interview ist seine Position folgendermaßen umrissen: „Frage: Wer unterstützt Sie im Iran? Antwort: Sie wissen, nach Khomeinis Rückkehr unterstützten mich nur sehr wenige Menschen in einer Situation des Fanatismus und der Hysterie. Aber sehr schnell verstand die liberale Bourgeoisie, daß ich nicht bereit bin, mit Khomeini zu kollaborieren. Auch die Technokraten, die Mittelschicht und die Frauen unterstützen die Position, die ich von Anfang an eingenommen habe. Diese Kräfte stehen hinter mir.“¹ Bakhtiar unterhält enge Kontakte zum Schah-Offizier Aryana und zur organisierten, bewaffneten Konterrevolution im Iran.²

Wo stehen die Linkskräfte?

Die revolutionären und demokratischen Kräfte reichen von antiimperialistischen Teilen der nationalen Bourgeoisie über das Kleinbürgertum (Basaris) bis hin zur Arbeiterklasse, und umfassen auch die Intelligenz und die Bauernschaft, obwohl letztere noch sehr gering organisiert sind. Politisch lassen sich folgende Grundströmungen herausarbeiten:

● die fortschrittlichen religiösen Kräfte.

Da ist zum einen die fortschrittliche Geistlichkeit, deren konsequentester radikal-demokratischer Vertreter der verstorbene Ayatollah Taleghani war. Diese Kräfte sind zum Teil auch in der Islamisch Republikanischen Partei organisiert.

Die konsequenten religiösen Revolutionäre sind die Mojahedin-Khalq, eine religiös-antiimperialistische Kampforganisation, die ihre Position wie folgt umschreibt: „Wir stehen mit ihnen in einem Klassenwiderspruch (mit dem reaktionären Kräften; d. Verf.), weil wir Vertreter zweier Religionen sind. Einmal der Religion auf der Grundlage des Monotheismus, der Bekämpfung des Kolonialismus und des Imperialismus, der Abschaffung jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und der Beseitigung der Ausbeutung und jeder Form der Unter-

drückung. Uns gegenüber steht eine andere Religion, die Religion der Reaktion, der Apologie des Bestehenden und der Handlanger der Ausbeuter.“³ In ihrer Betonung sozialrevolutionärer Aspekte des schiitischen Glaubensbekenntnisses reichen sie bis an eine sozialistische Politik und Programmatik heran.

- die kommunistische **Tudeh-Partei** des Iran als Partei der Arbeiterklasse des Iran.

- Die **Demokratische Volksunion** des Schriftstellers Beh-Azin, die sich als antiimperialistische Organisation der Intelligenz die Schaffung der Einheit aller antiimperialistischen Kräfte zum Hauptziel gesetzt hat.

Gesondert aufzuführen sind die Fedayin-e-Khalq, eine linkskleinbürgerliche Organisation, verankert vorwiegend bei Studenten und Intellektuellen. In ihr arbeiten mehrere Fraktionen: eine mit dem Konzept der Stadtguerilla, eine kleine maoistische

ohne „Drei-Welten-Theorie“ und eine, die in manchen Punkten der Tudeh-Partei nahesteht. Kurz nach der Revolution ist eine größere Gruppe der Fedayin zur Tudeh-Partei übergetreten. Mit zahlreichen linkssektiererischen Analysen und Aktionen (z. B. kurz nach der Revolution, die antiimperialistisch-demokratische Revolution werde in die proletarische hinüberwachsen, die aktuelle Situation nähere sich dem Faschismus usw.) isolieren sie sich zunehmend. Es besteht die Gefahr, daß sich die terroristischen Elemente, die zum jetzigen Zeitpunkt für die Methoden der bewaffneten Stadtguerilla eintreten, durchsetzen und so objektiv den Rechtskräften zuarbeiten. Wichtig ist indessen für die anderen antiimperialistischen Kräfte, die vielen ehrlichen Mitglieder und Sympathisanten von der Gefährlichkeit und Falschheit dieser Politik zu überzeugen. Die Gewerkschaften befinden sich zur Zeit noch im Stadium der Bildung auf unterster Stufe. Das große Manko der revolu-

Ayatollah Khomeini Die Linke war immer dagegen



FRAGE: In einer Ihrer ersten Reden in Qom erklärten Sie, die neue islamische Regierung gewähre allen, auch Kommunisten und ethnischen Minderheiten, Gedanken- und Redefreiheit. Dieses Versprechen ist nicht gehalten worden und heute nennen Sie die Kommunisten „Satanssöhne“ und die Führer der revoltierenden ethnischen Minderheiten ein „Weltübel“.

A. KHOMEINI: Sie stellen immer zuerst Behauptungen auf und verlangen dann von mir eine Erklärung für Ihre Behauptungen. Ja Sie fordern von mir sogar, daß ich Verschwörungen, die das Land in Anarchie und Korruption treiben würden, zulasse: Gerade als ob Gedanken- und Redefreiheit die Freiheit für Verschwörung und Korruption bedeuten würde.

Meine Antwort: Fünf Monate lang habe ich, haben wir die toleriert, die nicht so denken wie wir. Sie waren frei, völlig frei, das zu tun, was sie wollten. Sie konnten die Freiheit, die wir ihnen gewährten, in vollen Zügen genießen. Mittels Herrn Bani Sadr, der hier neben mir sitzt, habe ich die Kommunisten sogar zu Gesprächen mit uns eingeladen. Als Antwort haben sie dann die Ernten und die Wahlurnen verbrannt und auf unser Angebot zum Dialog mit Waffen und Gewehren geantwortet. Sie waren es, die das Kurdenproblem auf die Tagesordnung stellten.

So wurde uns klar, daß sie unsere Toleranz zu Sabotageakten mißbrauchten, daß sie nicht die Freiheit, sondern die Subversion suchten; und da entschlossen wir uns, sie daran zu hindern. Als wir dahinter kamen, daß sie vom Schah-Regime und von ausländischen Mächten inspiriert wurden und unsere Zerstörung auch mit anderen Komplotten und anderen Mitteln anstrebten, da haben wir sie zum Schweigen gebracht, um weiterem Ärger vorzubeugen.

FRAGE: Zum Beispiel durch das Verbot der oppositionellen Zeitungen. In jener ersten Rede in Qom erklärten Sie auch, daß Modernsein auch heiße, Menschen heranzubilden, die das Recht zur Kritik und zur freien Meinungsbildung haben. Jetzt aber ist die liberale Zeitung Ajadegan geschlossen worden. Genauso erging es allen linken Zeitungen.

A. KHOMEINI: Die Zeitung Ajadegan war beteiligt an der Verschwörung, von der ich sprach. Sie unterhielt Beziehungen zu den Zionisten, übernahm Ratschläge von ihnen, um das Vaterland zu schädigen.

Genauso war es mit allen Zeitungen, die der Generalstaatsanwalt der Revolution als subversiv betrachtete und darum schließen ließ. Es waren Zeitungen darunter, die mittels einer falschen Opposition darauf zielten, das alte Regime zu restaurieren und dem Ausland zu dienen. Wir haben sie zum Schweigen gebracht, damit man weiß, wer sie waren und was sie wollten. Das widerspricht nicht der Freiheit. Das wird überall in der Welt so gemacht.

FRAGE: Nein, Imam. Und jedenfalls, wie können Sie die als „Nostalgiker des Schahs“ bezeichnen, die gegen ihn gekämpft haben, die von ihm verfolgt, eingesperrt und gefoltert wurden? Wie können Sie eine Linke, die soviel gekämpft und gelitten hat, als Feinde bezeichnen, wie können Sie ihr die Möglichkeit und das Recht der Existenz bestreiten?

A. KHOMEINI: Keiner von ihnen hat gekämpft oder gelitten. Höchstens haben sie den Schmerz des kämpfenden und leidenden Volkes für ihre eigenen Ziele ausgenutzt.

Sie sind schlecht informiert: Ein großer Teil der Linken, auf die Sie anspielen, war während des Schah-Regimes im Ausland und kehrte erst zurück, nachdem das Volk den Schah hinausgejagt hatte.

Ein kleiner Teil, das ist richtig, ist hier geblieben, versteckt in verborgenen Höhlen, in seinen Häusern und erst nachdem das Volk sein Blut geopfert hatte, sind sie zum Kampf dazugestoßen. Bis heute aber ist nichts geschehen, um die Freiheit dieser Leute einzuschränken.

FRAGE: Entschuldigung, Imam: Habe ich das richtig verstanden? Sie behaupten, die Linke hatte mit dem Sturz des Schah-Regimes nichts zu tun. Unter der Linken gab es auch keine Verhafteten, Gefolterten, keine Ermordeten. Die Linke, tot oder lebendig, zählt nicht.

A. KHOMEINI: Sie haben keinen Beitrag geleistet. Sie haben der Revolution in keinem Sinne gedient. Einige haben gekämpft, ja, aber für ihre Ideen und für nichts mehr, für ihre Ziele, sonst nichts, für ihre Interessen und sonst nichts.

Sie haben für den Sieg keine Rolle gespielt, absolut keine. Sie hatten überhaupt keine Beziehung zu unserer Bewegung und hatten keinen Einfluß darauf. Nein, die Linke hat nie mit uns zusammengearbeitet: Sie hat uns Knüppel zwischen die Beine geworfen und sonst nichts. Während des Schah-Regimes waren sie genauso gegen uns, wie sie es jetzt sind, ja sie hegten größere Feindschaft gegen uns als gegen den Schah: Diese Feindschaft ging viel tiefer. Unsere Bewegung war immer islamisch und die Linke war immer dagegen: nicht zufällig geht die heutige Verschwörung von ihnen aus.

Meines Erachtens handelt es sich hier nicht einmal um eine wirkliche Linke, sondern um eine künstliche, von den Amerikanern gemachte Linke.

FRAGE: Wenn Sie, Imam, also vom Volk sprechen, so sprechen Sie von dem mit der islamischen Bewegung, und nur mit ihr, verbundenen Volk. Sind all die Leute, die zu tausenden und zigtausenden ihr Leben gegeben haben, für die Freiheit oder für den Islam gestorben?

A. KHOMEINI: Für den Islam. Das Volk hat für den Islam gekämpft. Und Islam, das heißt alles: Auch das, was in Ihrer Welt Freiheit und Demokratie genannt wird. Ja, der Islam umfaßt alles. Der Islam ist alles.

(Quelle: Interview von Oriana Fallaci, in: Corriere della Sera, 26. 9. 1979; Ausschnitt)

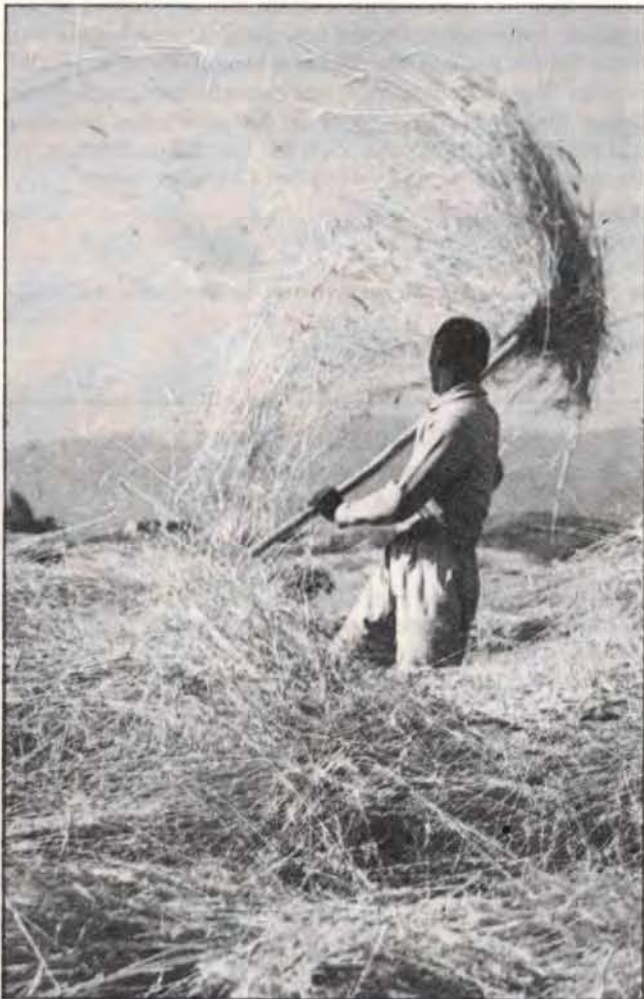
tionären und demokratischen Kräfte bleibt die noch nicht hergestellte Einheit.

Alle antiimperialistisch-demokratischen Errungenschaften, die vor allem in den ersten sechs Monaten nach der Revolution erkämpft werden konnten, kamen auf Druck dieser revolutionären und demokratischen Kräfte zustande, besonders des Revolutionsrates, der in der Hand der iranischen Geistlichkeit ist. Verstaatlichungen, Demokratisierungen oder die progressive Außenpolitik mußten z. T. gegen den Widerstand der Regierung durchgesetzt werden, die die Politik der Rechtskräfte, der liberalen Bourgeoisie und deren eindeutige Klasseninteressen verfolgt. Die Regierung ist damit die wichtigste politische Machtposition derjenigen, die die antiimperialistisch-demokratischen Errungenschaften der Revolution rückgängig machen wollen.

Das Schwanken Khomeinis

Der Islam hat im Iran entsprechend den Grundlinien der iranischen Politik verschiedene Gesichter. Da sind die offenen konterrevolutionären Elemente, die sich mit dem Deckmantel der Religion tarnen, da ist der religiöse Reaktionär Schariat-Madari, da sind radikale Demokraten wie Taleghani oder die konsequent antiimperialistischen Mojahedin. Der Islam ist vor allem aber die Ideologie des iranischen Kleinbürgertums mit seinen antiimperialistischen Gefühlen, mit seiner aber gleichzeitig schwankenden Haltung, antiimperialistischen Konzeptionslosigkeit und antikommunistischen Vorurteilen.

Das iranische Kleinbürgertum war und ist so antiimperialistisch, wie stark und einig die revolutionäre Bewegung ist. Und es ist so stark nach rechts zu ziehen, wie mächtig und offensiv die Rechtskräfte sind.



Von der iranischen Führung noch nicht angegangen: die Agrarfrage

Offener Brief zur Lösung des Kurdenproblems

Es ist die geschichtliche Pflicht der Revolutionsführung und aller anderen wahren Kräfte der Revolution zwischen diesen beiden Bewegungen eine genaue Trennungslinie zu ziehen. Eine Linie zwischen der Volksbewegung und der Konterrevolution. Die Politik gegenüber diesen beiden Bewegungen muß getrennt sein. Dieses ist unsere grundsätzliche Meinung und aufgrund dieser Position der Tudeh-Partei und mit der Bereitschaft zur äußersten Mühe für eine friedliche Lösung der Kurdistan-Frage schlagen wir vor:

1. Sofortige und gleichzeitige Beendigung der militärischen Operationen und Ausruf des Waffenstillstandes.
2. Die Aburteilung durch Revolutionsgerichte in Kurdistan müssen gestoppt werden.
3. Eröffnung von Verhandlungen im Sinne der Findung eines politischen Weges zur Erreichung folgender wichtiger Ziele:
 - a) Bewilligung der gerechten Forderung des kurdischen Volkes in Bezug auf die Beendigung der nationalen Diskriminierung
 - b) Schaffung der Einheit aller wahren Kräfte der Revolution zur Vernichtung der Handlanger von Imperialismus, Zionismus, Reaktion und des Pahlawi-Regimes in Kurdistan und im ganzen Iran.

Der Meinung der Tudeh-Partei nach ist dies der einzige Weg, der der Festigung und Ausweitung der Errungenschaften der Revolution entscheidend helfen kann und der der Revolution ihre eigentliche Richtung, die gegen den Imperialismus, mit dem US-Imperialismus an der Spitze, gegen den Zionismus und die Überreste des gestürzten Regimes geben kann, d. h. jene Position, die Imam Khomeini sowohl vor dem Sieg als auch danach ständig betont hat, und die die notwendigen Bedingungen zur Einheit aller Kräfte schaffen kann — eine Einheit, die Imam Khomeini immer als die Grundbedingung zu einem endgültigen Sieg der Revolution bezeichnet hat.

(Quelle: Zentralkomitee der Tudeh-Partei des Iran, o. O., 28. 8. 1979, Ausschnitt)

Am deutlichsten reflektiert Ayatollah Khomeini diese Schwankungen seiner sozialen Basis, des Kleinbürgertums. So war es nur konsequent und logisch, daß er während der antidiktatorischen Bewegung und kurz nach der Revolution eine feste antiimperialistische und richtungsweisende Position einnahm. In jüngster Zeit aber ging er zunehmend Kompromisse nach rechts ein, während er sich stärker gegen die Linke wandte (siehe Interview-Ausschnitt).

Khomeini ist der Mittler zwischen den verschiedenen Strömungen des Kleinbürgertums und der iranischen Geistlichkeit. Das erklärt seine Führungsposition, macht ihn aber auch gleichzeitig anfällig für organisierten Druck aus verschiedenen Richtungen.

Eine Wende in der nachrevolutionären iranischen Politik war der 12. August 1979. An diesem Tag rief die sog. Nationaldemokratische Front des Herrn Daftari, ein einflußloser Zusammenschluß trotzkistischer, maoistischer und anderer „linker“ konterrevolutionärer Elemente, des sich gern als „Mitte-Links-Bündnis“ verkauft, gemeinsam mit der konterrevolutionären Maoistenorganisation Tufan zu einer Demonstration gegen das berechtigte Verbot der iranischen Tageszeitung Ajandegan. Diese Zeitung war wegen erwiesener Verbindungen zum israelischen und amerikanischen Geheimdienst verboten worden.

Eskalation in Iranisch-Kurdistan

Die Demonstration war der willkommene Anlaß für die Konterrevolution zuzuschlagen. Mindestens zwei Tote und mehrere hundert Verletzte blieben auf der Strecke. An den darauffolgenden Tagen wurden die Büros der Tudeh-Partei, der Fedayin, der Mojahedin und einzelner Gewerkschaften gestürmt. Es kam zu einem zweiwöchigen organisierten Bürgerkrieg gegen die linken und antiimperialistischen Organisationen im Iran.

Praktisch zeitgleich eskalierte die Situation in Iranisch-Kurdistan mit dem Sturm auf die Stadt Parveh und dem Massaker an 150 Pastaran durch bewaffnete Kurden. Die Lage in die-

ser Region ist jedoch höchst kompliziert, mehrere Faktoren wirken hier zusammen:

1. Die iranische Region Kurdistans gehört zu den ärmsten und unterentwickeltesten Gebieten des Iran. Das kurdische Volk war besonderes Ausbeutungs- und Unterdrückungsobjekt des Schah-Regimes. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich ein organisierter antidiktatorischer Kampf des kurdischen Volkes, in dem die Demokratische Partei Kurdistans (DPK) eine wichtige Rolle spielte, und es entwickelten sich berechnete Forderungen nach nationaler Selbstbestimmung, politischer, kultureller und ökonomischer Entwicklung in Iranisch-Kurdistan, vor allem auch formuliert durch die DPK.

2. In Iranisch-Kurdistan konnte praktisch der gesamte SAVAK-Apparat untertauchen, die Revolutionskomitees und andere revolutionäre Organe sind stark vom SAVAK unterwandert. So konnten s. B. die Schah-Generäle Palisban und Oveissi fast 2000 Mann der Elitetruppen des Schah dort reorganisieren. An der irakisch-iranischen Grenze steht der Ex-Botschafter des Schah-Regimes in Washington mit 200 Mio Dollar im Koffer, um diese konterrevolutionären Banden mit der nötigen materiellen Basis zu versehen. Über die unkontrollierbaren Grenzen zum Irak, vor allem aber zur Türkei können tonnenweise Waffen und bataillonsweise Agenten geschleust werden. Auch für die Geheimdienste Israels und der USA wurde dieses Gebiet zum idealen Tummelplatz. So schleust der israelische Mossad von den arabischen Frontstaaten erbeutete sowjetische Waffen nach Iranisch-Kurdistan, um eine Einmischung der Sowjetunion und eine Beteiligung der iranischen Linkskräfte dort vorzutauschen.

Wende nach rechts?

3. Ein Teil der iranischen Geistlichkeit hat mittlerweile die ursprünglichen Positionen, welche den berechtigten Forderungen des kurdischen Volkes entgegenkamen, wieder zurückgenommen. Die reaktionäre Geistlichkeit um Schariat-Madari setzt sie unter Druck, um sie zu einem noch stärkeren Zurückweichen zu zwingen. Dieser rechte Flügel der religiösen Bewegung will generell die Rechte der nationalen Minderheiten eliminieren, wofür die Verfassungsdebatte Beispiele liefert.

4. Die problematische Politik der Demokratischen Partei Kurdistans, die den Kampf gegen die — besonders in „ihrer“ Region starke — Konterrevolution hinter den Kampf um die Durchsetzung nationaler Forderungen des kurdischen Volkes stellt. Sie scheint nicht zu sehen, daß eine Lösung des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Kurden erst dann möglich sein wird, wenn die reaktionären Kräfte und die Konterrevolution im ganzen Land, besonders aber in Kurdistan, geschlagen sind. Dazu ist die Einheit der antiimperialistischen Kräfte notwendig, die allerdings nur auf dieser Basis zustandekommen kann. Dem widerspricht die Politik der DPK. Konkret heißt das z. B., daß sie sich nicht von den von der kurdischen Konterrevolution durchgeführten Ereignissen in Kurdistan distanziert hat, daß sie den Kampf gegen die reaktionäre Regierung betrachtet, ohne die komplizierten Kräfteverhältnisse im Iran zu analysieren oder die kämpfenden kurdischen Einheiten klar zu unterscheiden und zu trennen.

Das unheilvolle Zusammenwirken dieser Faktoren und der gezielte und wohlorganisierte Anschlag der kurdischen Konterrevolution in Parveh gaben den Anlaß, auf den die Rechtskräfte im Iran gewartet hatten. Ihr Konzept war es nicht, die berechtigten Forderungen des kurdischen Volkes einzulösen, sondern die kurdische Bewegung niederzuwalzen. Nun hatten sie das, was sie brauchten, den Vorwand für einen massiven Militäreinsatz gegen die fortschrittlichen Kräfte in dieser Region.

Der Anschlag kam auch genau zu dem Zeitpunkt, als es in der Diskussion um die kurdischen Forderungen mit der Übereinkunft vom März d. J. zwischen Kurdenführung und Regierung (sie enthielt diverse kurdische Mitspracherechte bis hin zum Recht auf Selbstverwaltung)⁴ eine positive Grundlage gab.

Trotz aller nachfolgender Probleme wäre auf dieser Grundlage und angesichts des stärkeren Eingreifens der progressiven Geistlichkeit (Taleghani trat als Vermittler auf) eine friedliche, demokratische Lösung möglich gewesen.

Insgesamt haben die Eskalation in Kurdistan, der dortige massive Militäreinsatz und der Angriff der Konterrevolution das labile Kräfteverhältnis nach rechts gezogen. Das schwankende Kleinbürgertum und einige seiner politischen Repräsentanten konnten in wichtigen Punkten auf das Konzept der liberalen Bourgeoisie und der Rechtskräfte eingeschworen werden: Unterdrückung demokratischer Organisationen, das bedeutete das Verbot fortschrittlicher Zeitungen, Verfolgung, willkürliche Verhaftung, ja sogar Folter von antiimperialistischen Kämpfern, Unterdrückung des nationalen Selbstbestimmungsrechts von Minderheiten, also Militäreinsatz in Kurdistan. In Kermanshah sind sogar zwei Mitglieder der Tudeh-Partei exekutiert worden.

Daß diese Entwicklung jedoch noch nicht abgeschlossen und weiter höchst widersprüchlich ist, das beweisen die allerjüngsten Ereignisse. Die verbotene Zeitung der Tudeh-Partei, Mardom, erscheint wieder, das Büro des Zentralkomitees dieser Partei ist wieder geöffnet.

Gleichzeitig konnten sich die reaktionärsten Kräfte weiter formieren. Nach der Ernennung des Kurdenverfolgers Ali Chamran zum Verteidigungsminister stellen sie in der Regierung gemeinsam mit dem Innenminister Sabaghian und dem Chef der Pastaran, Abu Scharif, einen festen ultrareaktionären Kern. Chamran war während der Zeit der Schah-Diktatur lange Jahre im Libanon als Führer der schiitischen Milizorganisation Amal aktiv, die mit den faschistischen „christlichen“ Falangisten gemeinsame Sache machte. Ihm werden die Beteiligung am Palästinensermord in Tel Al Zaatar und Kontakte zum CIA nachgesagt.

Ein strategisches Ziel vermochten die gegenrevolutionären Kräfte fürs erste in die Tat umzusetzen, die Aufspaltung der nationalen, antiimperialistischen Bewegung. Dennoch kann dem Bestreben der Rechten, die politische Macht ganz an sich zu reißen, der Weg verstellt werden; und zwar über den gemeinsamen Kampf für die volle Herstellung der demokratischen Freiheiten und die Unterstützung jener Ziele der Revolutionsführung, die antiimperialistischen und volksnahen Charakter tragen.

Anmerkungen:

- 1) Newsweek, New York, 1. 10. 1979
- 2) Vgl. Die Neue, 28. 8. 1979
- 3) Interview des Verfassers mit Vertretern der Mojahedin, in: rote blätter, Nr. 10/1979
- 4) Siehe Süddeutsche Zeitung, 27. 3. 1979

SERVICE CIVIL INTERNATIONAL, Deutscher Zweig e. V. — AFRIKA-KOMMISSION —

Freiwillige für Workcamps gesucht

In Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen in Westafrika (Senegal, Sierra Leone, Elfenbeinküste, Ghana, Obervolta, Togo, Nigeria und Kamerun) vermittelt die Afrika-Kommission des SCI im Sommer 1980 wieder Teilnehmer in internationale Workcamps (3–6 Wochen).

Die Freiwilligen helfen durch unbezahlte Arbeit beim Aufbau einer Infrastruktur wie Schulen, Hospitälern u. ä. Dies wird großenteils zur Unterstützung von Selbsthilfeprojekten der ländlichen Bevölkerung durchgeführt.

Voraussetzung zur Teilnahme ist die Beteiligung an zwei Vorbereitungsseminaren im April und Juni 1980. Im Herbst führen wir dann ein Auswertungstreffen durch.

Wir erwarten auch die weitere Mitarbeit in der Afrika-Kommission, beispielsweise bei unserer Solidaritätsarbeit in der BRD.

Informationsmaterial und Voranmeldung (mit Vermerk AIB-Anzeige) bis Ende Dezember 1979 an:

SCI — Afrika-Kommission, Burbacherstr. 193, 5300 Bonn 1

Kahsai Wolde-Giorgis

5 Jahre revolutionärer Prozeß



Am 12. September 1979 jährte sich zum fünften Mal jener denkwürdige Tag, an dem Armeeinheiten den äthiopischen Kaiser Haile Selassie stürzten. Nachdem das Feudalregime restlos beseitigt, eine radikale Landreform u.a. revolutionäre Maßnahmen eingeleitet worden waren, setzte sich 1977 mit der Führungsübernahme durch Mengistu Haile Mariam eine sozialistische Orientierung durch. Der Beitrag von Kahsai Wolde-Giorgis greift einige Aspekte dieses revolutionären Prozesses heraus. Die dokumentierte 12-Punkte-Deklaration der Vollversammlung der Revolutionären Streitkräfte vom 18. 6. 1979 zeigt an, daß der Kurs des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats (DERG), des höchsten Staatsorgans, in der Armee über eine breite Basis verfügt.

Äthiopien 1979 liegt nur scheinbar am Rande des weltpolitischen Geschehens. Durch die Nachrichten-Steuerung einiger weniger mächtiger Presse-Agenturen haben andere Konflikte in der letzten Zeit die Meldungen über Äthiopien in den Hintergrund gedrängt. Auch die Konsolidierung des sozialistischen Entwicklungsweges in diesem Land scheint nicht dazu angetan, daß ihr in den westlichen Medien eine angemessene Anerkennung widerfährt. Der 5. Jahrestag der äthiopischen Revolution am 12. September 1979 bot Anlaß genug, die gegenwärtige Situation Äthiopiens näher zu beleuchten.

Fünf Jahre sind vergangen, seit Massendemonstrationen gegen Preiserhöhungen, Hunger und ungerechte Besitzverhältnisse zur Überwindung des alten Regimes geführt haben. Bei der

sozio-ökonomischen Umgestaltung Äthiopiens sah sich die revolutionäre Führung unter Mengistu Haile Mariam mit vielfältigen Problemen konfrontiert: monarchistischer Widerstand, separatistische Bewegungen, oppositionelle Untergrundorganisationen und Angriff durch den Nachbarstaat Somalia.

Nach einem steinigem Weg von Kriegen und Aufständen befindet sich die äthiopische Revolution nun in einer Konsolidierungsphase.

Es sind zahlreiche Maßnahmen, die die sozio-ökonomische Umgestaltung Äthiopiens einleiteten.¹ Die wichtigste davon, in einem Land mit vorherrschender Agrarstruktur (1973/74 gab es nur etwa 60 000 in der Industrie Beschäftigte) und mit einem feudal-kapitalistischen Gesellschaftssystem, ist ohne Zweifel die umfassende Agrarreform. Sie wurde in Äthiopien mit dem Dekret zur Nationalisierung des Agrarlandes vom 4. März 1975 eingeleitet.

Dieser Schritt sollte auch heute und noch Jahre später in Erinnerung gerufen werden angesichts der fundamentalen Bedeutung einer Agrarreform für die meisten Entwicklungsländer. Die zögernde, unzureichende Verteilung der Bodenreformländereien an die Kleinbauern bzw. landlosen Bauern und ihre unzureichende politische und materielle Unterstützung ist in vielen anderen Entwicklungsländern eine wesentliche Ursache für das Scheitern bisheriger Agrarreformversuche. In Indien beispielsweise wurden lediglich 630 000 ha Bodenreformland an Bodenbewerber verteilt. Das entspricht nur 0,4 % der gesamten landwirtschaftlichen Anbaufläche. In Pakistan gelangten bis 1974

lediglich 100 000 ha Bodenreformland zur Verteilung. Das sind nur 0,6 % der gesamten landwirtschaftlichen Anbaufläche.

Die Ausarbeitung und Durchführung der Landreform wird in vielen anderen Entwicklungsländern von den Vertretern der herrschenden Klassen oder Schichten vorgenommen, die z. T. selbst Großgrundbesitzer sind. Die Durchführung wird bürokratischen Bodenreformbehörden übertragen, während die Landarbeiter, Kleinbauern und Pächter bzw. deren Organisationen, von der Durchführung der Landreform weitgehend oder gänzlich ausgeschlossen sind. Damit wird eine schnelle, konsequente und sachgemäße Reformdurchführung verhindert, vielfältigen Verschleppungsmanövern und Korruption Tür und Tor geöffnet.²

Die Landreform in Äthiopien brachte nicht nur die völlige Beseitigung des privaten Großgrundbesitzes, sondern schuf die Voraussetzungen

- für die Eigenversorgung der Bauern,
- für eine Kollektivierung und Produktivitätssteigerung des Produktionsmittels Land,
- für eine Industrialisierung aus weitgehend eigener finanzieller und personeller Kraft.³

Ziele der Nationalen Revolutionskampagne

Die Schaffung tragfähiger Strukturen zur Überwindung der feudalen Verhältnisse ermöglichte nicht nur die effektive Verteidigung der territorialen Integrität Äthiopiens, sondern stellte auch eine wesentliche Voraussetzung dar für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes. Die auf dem Agrarsektor beruhende, relativ schwache Wirtschaft Äthiopiens, die zudem durch den Ogadenkrieg (vom Juli 1977 bis Frühjahr 1978; d. Red.) und die allgemeine Klassenauseinandersetzung stark gelitten hatte, mußte im Interesse des sozialen Fortschritts für die Massen entwickelt werden. Zu diesem Zweck wurde die Nationale Revolutionskampagne ausgearbeitet und am 3. Februar 1979 mit einer großen Kundgebung offiziell begonnen.

Auch der Maifeiertag dieses Jahres stand ganz im Zeichen des friedlichen Aufbaus des Landes. Ziel der Nationalen Revolutionskampagne ist es, unter Einbeziehung der bestehenden Massenorganisationen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine Verbesserung des Lebensstandards der breiten Massen zu erreichen.

Von den 122 Mio ha Land sind 78 900 000 ha bebaubar. Von diesen werden 8 400 000 ha landwirtschaftlich genutzt — das sind ganze 11 % der bebaubaren Fläche. Maßnahmen der Kampagne sind: die Förderung der Bildung von Kooperativen, der Einsatz moderner Produktionsmittel, Urbarmachung von 3 Mio ha Land durch Bewässerung, Aufforstungsprojekte, Umsiedlung der Bevölkerung aus den unfruchtbaren, von Dürre und Hunger bedrohten Gebieten in fruchtbare Regionen.

Parallel dazu wird die Alphabetisierung der Erwachsenen und der Ausbau der Schulen und anderen Bildungseinrichtungen vorangetrieben. Die Hilfe aus den sozialistischen Ländern fließt voll ein in diese Nationale Revolutionäre Entwicklungskampagne.

Der Hauptgrund für die innere Festigung der äthiopischen Revolution kann gesehen werden in der frühzeitigen und konsequenten Beteiligung der Massen an den gesellschaftlichen Veränderungen in Gestalt der Bauern-, Gewerkschafts- und Frauenorganisationen, der Stadtviertelkomitees, der Miliz, und letztlich auch des Militärs. Die Basis dafür lieferte das Programm der Nationaldemokratischen Revolution vom 21. April 1976⁴, das bereits die Gründung einer Partei der Werktätigen und Bauern vorsah.

Die ideologische Auseinandersetzung über den weiteren Weg und insbesondere über die Gründung einer Arbeiterpartei fand in einem aus verschiedenen Gruppen bestehenden Büro zur Organisierung der Volksmassen (POMOA) statt, welches maßgeblichen Anteil an der Verbreitung marxistischen Gedankenguts hat. Das Dilemma einiger der in diesem Büro vertretenen politischen Gruppen bestand darin, daß sich deren Anhängerschaft



aus Studenten rekrutierte, die aufgrund sektiererischer Tendenzen in der Führung nicht in der Lage waren, sich sachlich über die realen Erfordernisse und objektiven Bedingungen auseinanderzusetzen.

Ihre Neigung zur Nichteinbeziehung patriotischer Kräfte und der der Revolution dienenden Kräfte im Militär in den revolutionären Prozeß sowie der Vorrang theoretisch-ideologischer Auseinandersetzung — ohne Bezug zu den realen Erfordernissen — erschwerte den Prozeß der politischen Bewußtmachung des Volkes. Und sie führte zu einer spürbaren Entfremdung breiter gesellschaftlicher Kreise. Diese Entfremdung war eine Folge der bewußt erhaltenen Intransparenz der unterschiedlichen politischen Standorte und Zielsetzungen der „Untergrundorganisationen“ nach außen hin.

Schwierigkeiten bei der Gründung einer Arbeiterpartei

Die Auseinandersetzung dieser Gruppen um die „reine“ marxistische Lehre war in ihren Publikationen teilweise heftiger als die zur Mobilisierung der Massen erforderliche Bekämpfung der überkommenen feudalen Zustände im Lande.

Selbst die Gründung einer Einheitsplattform Union der Äthiopischen Marxistisch-Leninistischen Organisationen (EMALDH) durch die fünf politischen Gruppen brachte keine dauerhafte Einigung. Das Ausscheren der maoistisch beeinflussten politischen Gruppe MEISON Mitte 1977 aus der EMALDH ließ die Frage nach Sinn und Effektivität einer solchen Plattform für die Gründung einer Partei aufkommen. Es scheint nun erkannt worden zu sein, daß dieser Weg des Zusammenschmelzens bestehender Gruppierungen keine Einheitspartei hervorbringen kann. Stattdessen wird jetzt auf breiter Basis angestrebt, eine Einheitsfront aus organisierten und bisher nicht organisierten progressiven Kräften zu bilden, die den Kern einer Partei der Werktätigen und Bauern darstellen kann.



Als Reaktion des Westens auf die politischen Entwicklungen in Äthiopien erfolgte zunächst die verstärkte Parteinahme für innere Oppositionsgruppen, die Schürung ethnischer Emotionen in den Massenmedien und die Ermutigung Somalias, einen Aggressionskrieg gegen Äthiopien zu führen.

Diese anfängliche Destabilisierungsstrategie, welche ohne die direkte Verwicklung der imperialistischen Mächte durchsetzbar erschien, scheiterte an der Entschlossenheit der äthiopischen Führung, sich nicht von dem sozialistisch orientierten Kurs der Umgestaltung der äthiopischen Gesellschaft abbringen zu lassen. Die trotz mehrerer Putschversuche und des konterrevolutionären Terrors behauptete, klare antiimperialistische Position, und auch die eindeutige Solidarisierung mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), wurde freundschaftlich durch Kuba und andere sozialistische Länder unterstützt und brachte auch eine entscheidende Besserung der Beziehungen zu den meisten arabischen Regierungen. Diese unmißverständliche Solidarisierung mit der PLO verhinderte im übrigen auch einen Mißbrauch der Arabischen Liga als Stellvertreterin in einer gegen die äthiopische Revolution gerichteten Strategie. Der Westen versuchte in den ersten Jahren nach dem Ausbruch der äthiopischen Revolution durch eine kleinangelegte Strategie einen hemmenden Einfluß auf die äthiopische Revolution zu nehmen. Sie bestand darin, mit Hilfe konservativer, antikommunistischer arabischer Regierungen, wie die Ägyptens, des Sudans und Saudi Arabiens, sowie durch die materielle Unterstützung der eritreischen Separatisten und der chauvinistischen Führung Somalias, Äthiopien militärisch und ökonomisch zu strangulieren.

Als diese imperialistische Strategie durch Stellvertreter scheiterte, verschob sich die Konfliktebene. Es kam zu einer Konfrontation mit den Vereinigten Staaten. Anlaß war die moralisch-politische und materielle Unterstützung der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder für Äthiopien⁵ bei der Verteidigung der territorialen Integrität. Die USA hatten sich 1974 ge-

weigert, dem bis dahin militärisch total von ihnen abhängigen Äthiopien Waffen zu liefern, um eine effiziente Verteidigung des Landes zu verhindern — doch diese Rechnung war nicht aufgegangen. Dank der internationalistischen Hilfe Kubas und der Sowjetunion, sowie dank der Haltung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), die Somalia der offenen Aggression bezichtigte, konnte das vermeintliche Opfer, Äthiopien, siegreich das Blatt wenden.

Durch den Sturz des Schah im Iran — der Schah hatte übrigens Somalia und die eritreischen Separatisten unterstützt — steht das Osthorn von Afrika nun im Zeichen eines übergeordneten weltpolitischen Konflikts, der Energiekrise. Die in den Vereinigten Staaten von der Carter-Administration aufgestellte Eingreiftruppe⁶, die unter dem Vorwand der Sicherung der Öltransporte durch den Persischen Golf für eine offene Aggression bereitgehalten wird, ist eine Reaktion auf die veränderte politische Landschaft am Osthorn von Afrika, am Persischen Golf, in Afghanistan, und auf den Austritt Pakistans und des Iran aus dem CENTO-Pakt, jenem verlängerten Arm der NATO.

Die Westliche Strangulierungsstrategie scheiterte

Der Westen wird nun kaum, zur Behinderung des sozialistischen Aufbaus in Äthiopien, weitere Stellvertreter in der Region finden. Das Bündnis Ägypten-Sudan als mögliche Figurenkonstellation auf dem Schachbrett imperialistischer Machtpolitik steht ganz im Zeichen des Dissens mit den arabischen Regierungen, die ein Ausscheren aus der Konfrontation mit Israel nicht hinnehmen wollen. Numeiri und seine Regierung, in wirtschaftlich und politisch prekärer Position, werden zunehmend belastet durch die eritreischen Flüchtlinge im Lande. Anders als noch vor einigen Jahren, wo die sudanische Regierung mit diesen Flüchtlingen ein Druckmittel in der Hand zu haben glaubte, um mit Hilfe der ägyptischen Armee ihrerseits die Konfrontation mit Äthiopien wagen zu können, wird diese Regierung nun gezwungen sein, auf dem Verhandlungswege mit der äthiopischen Regierung eine Lösung des Flüchtlingsproblems zu finden.

Äthiopien ist nach 5 Jahren Revolution heute gefestigt genug, um eine Politik des Friedens und, im Interesse seines Volkes, eine Politik der sozio-ökonomischen Entwicklung zu verfolgen. Äthiopien ist bereit, auch zu den westlichen Industriestaaten normale Beziehungen zu pflegen und begegnet souverän der neuerlichen offensiven Taktik der Verschärfung der Lage am Osthorn von Afrika und am Persischen Golf.

Es wird sich in naher Zukunft entscheiden, ob in der Carter-Administration die Befürworter eines anachronistischen Kapitalismus, oder die Befürworter einer realistischeren und wendigeren kapitalistischen Strategie die Oberhand gewinnen. Zu letzteren gehören auch die Kreise, die Jimmy Carter unterstützen.

Anmerkungen:

- 1) Siehe: K. Wolde-Giorgis, Fünf Jahre Revolution in Äthiopien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 8/1979, S. 966 f.
- 2) Siehe K. J. Michalski, Landreformen in den Entwicklungsländern, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, Nr. 1/1979, S. 35—51
- 3) Mit der Durchführung der Landreform wurden seit 1975 rund 28 000 Selbstverwaltungsorgane der Bauern geschaffen und 7 Mio Bauern organisiert. An jede Bauernfamilie wurden bis zu 10 ha Land verteilt. Weitere Angaben zu Agrar- und Wirtschaftsfragen siehe u. a. in den Beiträgen von Mengistu Haile-Mariam und Georg Polikeit in: AIB, Nr. 2/1979 und Nr. 11—12/1976
- 4) Voller Wortlaut in: AIB, Nr. 11—12/1976
- 5) Siehe die Rede Fidel Castros zur kubanischen Äthiopien-Solidarität in: AIB, Nr. 7—8/1978 sowie Interview mit Mengistu Haile-Mariam in: AIB, Nr. 5/1978
- 6) Nach jüngsten Aussagen des US-Generalstabschefs Meyer und des Sicherheitsberaters Z. Brzezinski soll diese imperialistische Eingreiftruppe 110 000 Mann umfassen.

EntschlieÙung der Revolutionären Streitkräfte Äthiopiens

1. Wir, Mitglieder der Streitkräfte des revolutionären Äthiopiens, verpflichten uns nochmals, die Bewußtmachung, Organisation und Bewaffnung der breiten Massen zu intensivieren, so daß unser Programm der Nationaldemokratischen Revolution unverzüglich erfüllt wird.

2. Wir wollen das rote Werk verstärkt vorantreiben, um die Unverletzbarkeit der Grenzen unseres revolutionären Vaterlandes abzusichern, Äthiopiens Einheit zu schützen und den bewaffneten Kampf fortzusetzen, den wir begonnen haben, um die revolutionären Errungenschaften zu konsolidieren bis wir als Sieger aus dem Kampf hervorgehen.

3. Wir verpflichten uns, alle Opfer auf uns zu nehmen, die von uns verlangt werden, um die antizentralistischen Kräfte auf die sofortige Bildung unserer Partei hinzudrängen. Diesbezüglich erweisen wir unsere Hochachtung der revolutionären Regierung, die ernsthaft bemüht ist, die proletarische politische Partei Äthiopiens durch die Einheit der äthiopischen Kommunisten zu errichten.

4. Wir sind bereit, alle erforderlichen Opfer zu bringen, damit unsere Kampagne für ökonomische und kulturelle Entwicklung die für sie angesetzten Ziele erreicht.

5. Wir wollen weiterhin unsere Beziehungen mit dem Äthiopischen Gewerkschaftsbund, dem Dachverband der äthiopischen Bauernorganisationen, dem Zentralen Verband der Stadtviertelkomitees und anderen ähnlichen Berufs- und Massenorganisationen stärken, um die Entwicklungs- und Kulturkampagne voranzubringen.

6. So wie wir Blutopfer für die Unantastbarkeit unseres revolutionären Vaterlandes, für das gute Voranschreiten unserer Revolution und für das Wohl der breiten Massen erbrachten, wollen wir kontinuierlich den Kampf gegen das Analphabetentum führen.

7. Wir unterstützen aus vollem Herzen sowohl die Direktiven, die unser Vorsitzender während seiner letzten Arbeitsreisen in das südliche und westliche Äthiopien ausgab, als auch die Entscheidungen von demokratischen Versammlungen, die unter Beteiligung des Volkes gefällt werden.

8. Wir, Mitglieder der Streitkräfte des revolutionären Äthiopiens, entwickelten uns zur Avantgarde an den verschiedenen Fronten des Klassenkampfes. So wollen wir auch für die Orga-

nisierung der Frauen- und Jugendverbände, der Kraft unserer Revolution, auf nationaler Ebene kämpfen. Damit der Sozialismus — das Ziel, für das tausende unserer Kameraden, der Söhne und Töchter der Volksmassen, Opfer erbracht haben — gedeihe, rufen wir, als Vertreter der breiten Massen Äthiopiens, die Volksmassen, die unsere Wächter sind, dazu auf, daß die Bauern und Handwerker ihre Wachsamkeit erhöhen und ihre Organisationen stärken, um sich unverzüglich auf Produktionskooperativen umzustellen, daß die Arbeiter ihr Bewußtsein erhöhen, um ihre Kraft für die Gründung unserer Partei und die Erhöhung der Produktion einzusetzen. Allgemein ruft die revolutionäre Armee dazu auf, den Klassenkampf nicht zu schwächen, den Verlauf unseres Kampfes nicht zu beeinträchtigen, damit die Opfer, die an der Front erbracht wurden, nicht unnütz waren.

9. Wir widersetzen uns nachdrücklich nicht nur der offenen Verschwörung des Imperialismus und seiner Kohorten, deren Ziel die Unterdrückung des bitteren und gerechten Kampfes des südafrikanischen Volkes ist, sondern auch der höchst verachtenswürdigen und schmachvollen Marionettenrolle, die das Regime Abel Muzorewas spielt. Wir bekräftigen gleichzeitig unsere unerschütterliche Einheit mit dem Kampf der Nationalen Patriotischen Front (Zimbabwe; d. Red.) und mit der SWAPO, der wirklichen Vertretung des Volkes von Namibia.

10. Wir verurteilen auf das schärfste die Grausamkeiten, die von dem faschistischen Somoza-Regime mit Unterstützung des Imperialismus gegen das Volk von Nicaragua begangen worden sind, ebenso die hegemonistische Politik und die Aggression gegenüber Vietnam, Laos, Kampuchea und Afghanistan durch die chinesische Führung, deren kommunistische Haltung immer mehr von einer reaktionären und chauvinistischen verdrängt wird.

11. Wir verurteilen mit Nachdruck den Verrat und die Verschwörung gegenüber den arabischen Völkern durch den Imperialismus und seine Komplizen, einer Handvoll reaktionärer arabischer Regimes.

12. Wir, Mitglieder der Revolutionären Streitkräfte Äthiopiens, sind für immer den echten sozialistischen Regierungen, Parteien und Völkern der Sowjetunion, Kubas, der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksdemokratischen Republik Jemen verpflichtet, die zu der Zeit, als wir gegen die reaktionäre Subversion von innen und die imperialistische Aggression von außen kämpften, uns nicht nur moralische, materielle und diplomatische Unterstützung gaben, sondern uns auch Mitglieder ihrer Streitkräfte zur Seite stellten, die verwundet wurden und mit uns starben.

Von daher bekräftigen wir, Mitglieder der Revolutionären Streitkräfte Äthiopiens, daß wir bewaffnet und bereit sind. Wir erwarten die Anweisungen unseres revolutionären Führers, des Genossen Vorsitzenden Mengistu, um unsere internationalistischen Verpflichtungen zu erfüllen, indem wir uns jeder Zeit und überall an die Seite derjenigen Völker stellen, die für nationale Unabhängigkeit, Frieden, Demokratie und Sozialismus kämpfen.

- **Revolutionäres Äthiopien oder Tod für heute und immer.**
- **Die Partei der Werktätigen Äthiopiens wird durch die Einheit der Kommunisten und unseren Kampf aufgebaut.**
- **Die Welt wird den Arbeitern gehören.**
- **Wir werden siegen!**

(Quelle: Ethiopia. News, Views, Features, Bonn, 6. 7. 1979)



Heiner Blasenbrei

No Pintcha – Reiseeindrücke (1. Teil)



No Pintcha heißt das Organ des Informations- und Kultusministeriums von Guinea-Bissau und bedeutet soviel wie „wir drücken“ oder „vorwärts, auf geht's“. No Pintcha ist ein geflügeltes Wort in kreolisch, der Umgangssprache im Lande, die sich im Laufe der Jahrhunderte aus den Stammessprachen in Berührung mit dem Portugiesisch der Kolonisatoren herausgebildet hat.

No Pintcha war ein Kampfruf, unter dem die PAIGC, die Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und die Kapverden, 1959 den bewaffneten Widerstand gegen die portugiesische Besatzungsarmee beschloß, und No Pintcha ist heute, 6 Jahre nach Proklamierung der Republik Guinea-Bissau, die Aufforderung zur Mobilisierung aller Kräfte, um die Verheerungen der 500jährigen kolonialen Ausbeutung zu überwinden.

Schier unermessliche Probleme des Landes

Nach ergebnislosen Versuchen, auf der Botschaft in Lissabon ein Visum zu erhalten, treffen wir am 4. 8. 1979 nach Zwischenlandung auf den kapverdischen Inseln in Bissau ein, wo wir mit Hilfe eines Mitglieds des Planungsministeriums alle Hürden einer Einreise ohne Visum hinter uns bringen. Eine angolische Verkehrsmaschine vom Typ TUPOLEW, abgestellt vor dem Flughafengebäude, kündigt noch von den Feierlichkeiten, die am 3. August 1979 aus Anlaß des 20. Jahrestages des Streiks der Dockarbeiter von Pidjiguiti, dem Hafen Bissaus, stattfanden und zu denen Delegationen aus vielen befreundeten Ländern angereist waren. Vor allen anderen sind hier Angola und Moçambique zu nennen. 50 Afrikaner waren 1959 während dieses Streiks von den Portugiesen erschossen worden, was für die PAIGC der Anlaß war, zu direkten bewaffneten Aktionen überzugehen.

Wenige hundert Meter hinter dem Flughafen in Richtung Bissau wird durch einen heranpreschenden Motorradkonvoi die politisch wichtigste Straße des Landes leergefegt. Ein Schwein und eine Ziege, die sich vom Sirenengeheul nicht beeindrucken lassen, werden von Passanten in den Straßengraben geschleudert, und als die Karosse des freundlich lächelnden und winkenden

Vorsitzenden des Staatsrats vorbeirollt, nehmen alle Haltung an und winken zurück. Luis Cabral reist nach Jugoslawien, wo u. a. vorbereitende Gespräche zur VI. Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Länder im September in Havanna stattfinden werden.

Eines der gegenwärtig umstrittensten Projekte des Landes ist der Ausbau der Verbindungsstraße vom Flughafen zum Regierungsgebäude im Stadtzentrum zur vierspurigen Autobahn. Zu diesem Schritt hatte sich die Regierung entschlossen, nachdem für manchen Staatsgast die Anreise zum Regierungsviertel wegen der schlechten Straßenverhältnisse zum peinlichen Abenteuer geworden war. Verständlicher wird ein derartiges Imageprojekt, wenn man bedenkt, daß Guinea-Bissau auch auf die Entwicklungshilfe solcher Länder angewiesen ist, die den gewohnten Komfort für ihre Gesandten einfach voraussetzen.

Die schier unermesslichen Probleme des Landes und die damit verbundene Abhängigkeit von internationaler Hilfe werden uns bereits in den ersten Stunden praktisch vor Augen geführt. Mehrfach täglich wird die zentrale Energieversorgung abgeschaltet, weil die Kraftstoffreserven so erheblich geschrumpft sind, daß auf Wochen hinaus kein Dieselöl zu bekommen ist. Die Folge ist, daß die zentrale Wasserversorgung häufig ausfällt, weil die Hochbehälter nicht nachgespeist werden können. Die entleerten Rohrleitungssysteme füllen sich mit Luft und sind verstärkter Sauerstoffkorrosion ausgesetzt. Die landwirtschaftlichen Bewässerungssysteme sind häufig von dieselgetriebenen Pumpen und das gesamte Transportwesen weitgehend vom Dieselöl abhängig.

Auf Schritt und Tritt liegt noch relativ neuwertiges technisches Material herum, das wegen des chronischen Ersatzteilmangels nicht einsatzfähig ist. Potenziert wird das Ersatzteilproblem dadurch, daß die hilfeleistenden Länder bevorzugt ihre nationalen Fabrikate liefern. Technische Einheitlichkeit gibt es praktisch nur bei den Bewaffneten Revolutionären Volksstreitkräften (FARP), die hauptsächlich von der Sowjetunion ausgerüstet sind. Selbst die einzige voll ausgebaute und asphaltierte Verbindungsstraße des Landes von der Hauptstadt in die Provinz (Bissau-Cacheu) ist bei unserem Versuch nur teilweise passierbar, weil die Fähre über den Rio Manso defekt ist und das Übersetzen gegenwärtig nur im noch verbreitetsten Wasserfahr-

zeug, dem Einbaum, möglich ist.

Die meisten Dörfer und Städte sind selbst während der Trockenzeit nur mit geländegängigen Fahrzeugen zu erreichen. Während der Regenzeit ist manches Dorf wochenlang so gut wie abgeschnitten von der Hauptstadt und damit von der Versorgung mit lebensnotwendigen Importartikeln. Andererseits sind sie der Möglichkeit beraubt, landwirtschaftliche Produkte zu vermarkten.

Francisco Mendes, Regierungschef von Guinea-Bissau, brachte die Probleme und ihre Ursachen auf einen Nenner: „In den ersten Monaten nach der Errichtung der vollen Kontrolle über das Land war für uns das Wichtigste, daß wir uns der neuen Realität bewußt wurden. Und diese Realität war kompliziert. Der Krieg, der elf Jahre gedauert hatte, war zu Ende. Die ohnehin schwachen Grundlagen des Wirtschaftslebens waren während dieses Krieges restlos zerstört worden. Die demagogische Politik des letzten portugiesischen Kolonialgouverneurs hatte die Kluft, die zwischen den einzelnen Gruppen des Volkes entstanden war, nur noch vertieft: zwischen den Einwohnern der von den Kolonialisten kontrollierten Städte, die in die strategischen Dörfer, regelrechte Konzentrationslager, getrieben worden waren, und jener Bevölkerung, die in den befreiten Gebieten lebte.“

Wir werden selbst ständig Zeugen der Wunden, die vor allem der militärische und politische Terror der Portugiesen geschla-

dierungen und Kampfhandlungen so gut wie vollständig vertrieben. Erst in den letzten Monaten wurden im Südwesten wieder vereinzelt Nilpferde, Krokodile und Wildkatzen gesehen. Die einzigen größeren Wildtiere, denen wir begegneten, sind Affen. Vögel, Eidechsen, Schlangen und Insekten gibt es hingegen in fast unbeschreiblicher Fülle und Vielfalt.

Die Landwirtschaft ist der wichtigste Wirtschaftszweig des Landes. Eine Industrie gibt es praktisch nur in Ansätzen. Die Hauptaufgabe nach der Unabhängigkeit bestand darin, die landwirtschaftliche Produktion auf Vorkriegsniveau zu bringen, den Nahrungsmittelbedarf der Bevölkerung zu decken, sich von der Notwendigkeit des Imports, insbesondere von Reis — dem Hauptnahrungsmittel — freizumachen.

Dieses Ziel wurde 1978 annähernd erreicht. 1978 wurden ca. 100 000 t Reis produziert. Waren nach der Befreiung nur 7 % der Importe durch Exporte gedeckt, so sind es heute fast 35 %. 1975 waren nur 50 % der reinen Agrarimporte durch Agrarexporte gedeckt. Heute sind es 170 %. Der Export setzt sich zusammen aus 63 % Erdnüssen, 20 % Meeresfrüchten, 13 % Palmenkernen, 2 % Holz und 2 % Früchten und Gemüse.

Die Verwertung von Meeresfrüchten hat erheblich an Bedeutung gewonnen, seit die gemeinsame guineisch-sowjetische Fischereigesellschaft die ergiebigen Küstengewässer Guinea-Bissaus bearbeitet. Die Fleischknappheit auf den Märkten



gen hatte. Kriegsversehrte gehören zum Stadtbild, große Waldgebiete, die durch Napalmbomben in Brand gesteckt wurden, bombardierte Deichsysteme, die große Teile fruchtbaren Küstenlandes vorläufig unfruchtbar gemacht haben durch den Einbruch von Salzwasser.

Die ohnehin äußerst geringfügigen Investitionen der Portugiesen beschränkten sich fast ausnahmslos auf die Hauptstadt, was eine enorme Landflucht zur Folge hatte. Trotz großzügiger Hilfe durch die Regierung für Familien, die in ihre Dörfer zurückkehrten, ist die realtiv hohe Arbeitslosigkeit nicht bewältigt.

Bei allen Schwierigkeiten, die eine 500jährige koloniale Abhängigkeit hinterläßt, ist der Aufbauwille, die Bereitschaft zu lernen, zu arbeiten und zu verändern bei allen ethnischen Gruppen, im ganzen Volk und seinen gewählten Staatsorganen zu erkennen, wobei allerdings nicht europäische Arbeitsethik als Maßstab angelegt werden darf.

Stark 8 % des ca. 36 000 qkm großen Landes wird als landwirtschaftliche Anbaufläche genutzt, die sich wie folgt gliedert: 107 000 ha Bolanja (bewässerte Reisfelder), 105 000 ha Reis, Mais, Hirse und Sago im Regenfeldbau, 60 000 ha Erdnuß, 15 000 ha Maniok und Süßkartoffeln. Zusätzlich wachsen auf ca. 100 000 ha wilde Ölpalmen. Die Tierbestände belaufen sich auf ca. 380 000 Stück Rindvieh, Ziegen, Schafe und Schweine und ca. 250 000 Stück Kleintiere und Geflügel. Ca. 1/3 der Fläche des Landes ist bewaldet.² Das Großwild ist durch Bombar-

den konnten wir meistens mit Fisch ausgleichen, wobei man wissen muß, daß die meisten Familien — selbst in den Städten — ihren Fleischbedarf durch Haltung von Schweinen, Ziegen und Geflügel selbst decken.

Allgemein wird angenommen, daß Guinea-Bissau heute Selbstversorger ist, was die Agrarproduktion betrifft. Um die nächste Etappe zur Intensivierung der Landwirtschaft zu meistern, wird gegenwärtig eine Kampagne zur Einführung neuer, fortgeschrittener Methoden entfaltet. Außerdem werden mit allem Nachdruck Maßnahmen getroffen, um die Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sowohl für die eigene Bevölkerung als auch für den Export im Lande selbst zu organisieren.

Agrarischer Selbstversorger auf Niedrigstniveau

Wer an die Einführung neuer, fortgeschrittener Methoden in der Landwirtschaft in Guinea-Bissau europäische Maßstäbe anlegen will, wird bitter enttäuscht sein. In erster Linie geht es zunächst um den effektiveren Einsatz der menschlichen Arbeitskraft durch bewußtere Ausnutzung der natürlichen Gegebenheiten: Bewirtschaftung geeigneter Böden, kombinierter Anbau, Fruchtwechsel, Bewässerung durch Ausnutzung des natürlichen Gefälles usw. Im Süden des Landes haben wir nicht einen einzigen Stahlpflug gesehen, geschweige denn motorisierte

Landmaschinen. Nur in den Granjas — das sind Staatsbetriebe, die vorwiegend dort eingerichtet wurden, wo die Portugiesen größere landwirtschaftliche Güter mit systematischem Anbau hinterlassen haben — gibt es einige Traktoren und einfachere Landmaschinen. Über ein Optimum an technischer Ausrüstung verfügt ein Dorf schon dann, wenn zur gemeinschaftlichen Nutzung eine Dieselpumpe und ein paar Schnellkupplungsrohre für die Bewässerung vorhanden sind. Der Boden wird mit dem wohl bedeutendsten Produktionsinstrument des Landes bearbeitet, einem ca. 3 m langen Holzstab, an dessen unterem Ende ein breites Holzblatt mit Stahlkante montiert ist. Mit diesem spatenähnlichen Werkzeug werden Äcker umgegraben, Be- und Entwässerungsgräben ausgehoben und Unkraut gejätet.

Zwischen Bafata und Gabu, im Nordosten des Landes, der vorwiegend von der zweitstärksten Volksgruppe, den Foulah — im allgemeinen Moslems — bewohnt wird, treffen wir auf entwickeltere Formen der landwirtschaftlichen Produktion. Der Stahlpflug, die Ochseneinspannung und der Mauleselkarren markieren den Fortschritt. Der regionale Unterschied hat traditionelle Ursachen. Die Foulah hatte schon lange vor der Befreiung gewisse halbfeudale Formen der staatlichen Organisation, während die zahlenmäßig stärkste Gruppe, die Balante im Südosten, keine bestimmte Staatsform kannte.

War bei den Foulahs der gemeinsame Besitz des Landes aufgrund der ausgeprägten Klassenstruktur selten, so war und ist bei den Balante das Dorfeigentum des Bodens das vorherrschende Besitzverhältnis, wobei jeder Familie soviel Boden zusteht, wie sie für ihren Lebensunterhalt benötigt bzw. überhaupt bebauen kann. Die Produktionsinstrumente sind vorwiegend Eigentum der Familien. Mit zunehmender Entwicklung der Produktion bilden sich, massiv unterstützt durch die Regierung, mehr und mehr Formen kollektiver Bewirtschaftung und kollektiven Besitzes heraus. Es wäre jedoch weit verfrüht, von einem Genossenschaftswesen zu sprechen. Neue Formen der kollektiven Bewirtschaftung, die an Bedeutung zunehmen, beschränken sich noch auf einige Staatsbetriebe und Genossenschaftsprojekte, die von den Familien demobilisierter Widerstandskämpfer und ehemaligen Städtern, die bereit sind, aufs Land zurückzukehren, aufgebaut werden. Die Regierung stellt hier Boden und Produktionsmittel zur Verfügung.

Die Hauptprobleme sind in der Landwirtschaft die gleichen wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen: Mangel an Transportmitteln, Straßen und damit Vermarktungsmöglichkeiten, Mangel an Devisen und Mangel an Produktionskenntnissen und Beratung. So verfügt das ganze Land heute lediglich über 12 eigene in Kuba, Algerien, Portugal, der UdSSR und der Tschechoslowakei ausgebildete Agraringenieure.

Erste industrielle Schritte

Der einzige funktionierende Industriebetrieb, den die Portugiesen zur Versorgung ihrer Kolonialarmee errichtet hatten, produziert Bier und alkoholfreie Getränke. Neu ist die Produktion des Vitamin-C-reichen Kaju-Saftes, der aus dem Fruchtfleisch der weitverbreiteten wildwachsenden Kaju-Nuß gewonnen wird. Kurz vor der Inbetriebnahme stehen drei hochmoderne Fabriken, die die Struktur des Landes erheblich beeinflussen werden: eine Fabrik zur Verarbeitung von Erdnüssen, ausgelegt für eine Leistung von 70 000 t im Jahr — gegenwärtig werden ca. 30 000 t im Jahr geerntet —, ein Citroen-Montagewerk, das zur Lösung der Transportprobleme beitragen soll und eine Baumwollverarbeitungsfabrik mit einer maximalen Jahreskapazität von 10 000—12 000 t. Bisher werden erst 500—1000 t pro Jahr geerntet.

Während eines mehrtätigen Aufenthaltes in Bafata haben wir Gelegenheit, die Baumwollfabrik zu besichtigen. Von der Europäischen Gemeinschaft (EG) finanziert, einem französischen Unternehmen geplant und ausgerüstet, und der Bauteil von einer senegalesischen Firma erstellt, ist dieses Werk in vielfacher

Hinsicht typisch für die ersten industriellen Schritte Guinea-Bissaus. Angesichts unserer Verwunderung über die Tatsache, daß nur zwei von fünf Hallen auf dem Betriebsgelände für die unmittelbare Verarbeitung von Baumwolle eingerichtet sind, klären uns der französische Montageleiter und der guineische Betriebsdirektor darüber auf, daß dieser Betrieb so vielseitig eingerichtet ist und eingesetzt werden soll, wie es den vielfältigen Bedürfnissen der Region entspricht. Dabei stellt die Verarbeitung von Baumwolle nur den Schwerpunkt dar. In einer Halle entsteht eine mechanische Werkstatt zur Instandhaltung des ganzen Werkes und der landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen, die in der näheren Umgebung zum Einsatz kommen sollen. Die restlichen Hallen sind eingerichtet für die Zwischenlagerung von Geräten und Saatgut jeglicher Art, das von der Regierung zur Verfügung gestellt wird, und als Sammelstelle und Lager für verschiedenste landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in der Vergangenheit häufig mangels Vermarktungs- und Lagerungsmöglichkeiten verderben.

Temperaturen selten unter 30° C, starke Niederschläge während der Haupternteperiode — das ist während der Regenzeit —, Luftfeuchtigkeiten um 90 % und Ungeziefer in Hülle und Fülle lassen die Bedeutung solcher Einrichtungen erahnen. Der umfangreiche Wagenpark mit Mehrzweck-LKWs und Containern soll alle Transportprobleme lösen. Neben dem Verwaltungsgebäude erstreckt sich ein langer Trakt, in dem eine Sanitätsstation, eine Kantine, ein Aufenthaltsraum, ein Unterrichtsraum und sanitäre Einrichtungen für die Betriebsbelegschaft untergebracht sind.

Duschen für Arbeiter! Was das in diesem Land bedeutet, läßt sich nur ermaßen in der Relation zur erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung, die in strohgedeckten Lehmziegelhütten ohne Wasser- und Elektrizitätsversorgung lebt.

Eine Reihe weiterer ehrgeiziger Industrieprojekte befinden sich in der Planungsphase und harren einer Finanzierung, die auf absehbare Zeit nicht aus dem eigenen Land kommen kann. Guinea-Bissau besitzt mehrere Flüsse, die sich für Bewässerungszwecke und für Energieerzeugung nutzen lassen. Voruntersuchungen für den Bau von Staudämmen am Rio Geba und dem Rio Corubal haben ergeben, daß alleine der Corubal ganz Guinea-Bissau mit Elektrizität versorgen könnte. An der Küste wird Erdöl vermutet. ESSO hat schon Probebohrungen durchgeführt und einige weitere Ölmultis haben um Konzessionen ersucht, die jedoch wegen der geforderten langen Laufzeit von Guinea-Bissau abgelehnt wurden. Beabsichtigt sei nun, heißt es, Norwegen als kleines Erdölförderland zu beauftragen.

Untersuchungen über die Rentabilität des Abbaus von mineralischen Bodenschätzen (vor allem, Bauxit, Ilmenit, Kalk und Phosphat) sind noch im Gange. In Erwägung gezogen wurde schon der Bau einer Industriebahn, um den Abbau und Transport von Mineralien mit den Nachbarländern Guinea-Conakry und Senegal gemeinsam zu organisieren.

Desweiteren befinden sich in der Planung ein Betrieb zur Zuckerrohrverarbeitung mit einer Jahreskapazität von 60 000 t, eine Mauerstein- und Dachziegelfabrik und eine Parkettfabrik. (der zweite bzw. Schlußteil folgt in AIB, Nr. 1/1980)

Anmerkungen:

- 1) Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 5/Mai 1976, S. 646
- 2) Alle Zahlenangaben nach einer Studie, die 1978 von der Welternährungs- und -landwirtschaftsorganisation (FAO) erstellt wurde und die gegenwärtig dem Planungsministerium von Guinea-Bissau als Arbeitsgrundlage dient.
- 3) Nach: ebenda
- 4) Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 5/Mai 1976, S. 648
- 5) Vgl. hierzu: AIB, Nr. 5/1976, S. 11—14
- 6) Zit. nach: Politisches Handbuch der PAIGC, hrsg. vom Komitee Südliches Afrika, Heidelberg 1974, S. 32
- 7) Nach: ebenda
- 8) Nach: A. Cabral, Die Revolution der Verdammten, Westberlin 1974, S. 27/28
- 9) Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 5/Mai 1976, S. 650

Jürgen Ostrowsky

Angolas Revolution wird weitergehen

Manche Organe der „freien westlichen Presse“ ergingen sich noch in Spekulationen und Geschichtsklitterei: In allererster Linie sei Agostinho Neto „Nationalist“ gewesen, habe eine „neue Westöffnung eingeleitet“ und Angola nicht in „neue Abhängigkeiten“ geraten lassen wollen — von „Moskau“ natürlich (Frankfurter Rundschau, 12. 9. 1979). Der Spiegel hatte Visionen: „Jetzt drängen die Kreml-Treuen nach vorn. Netos Tod in Moskau kam ihnen sehr gelegen“ (Nr. 38/1979).

Das revolutionäre Angola bewies stattdessen Ruhe und unbeirrte Entschlossenheit: „Die innere und äußere Reaktion möge sich keinen Illusionen hingeben“, schrieb die Zeitung Jornal de Angola. „Trotz des Ablebens des Genossen Präsidenten Agostinho Neto wird er der unsterbliche Führer der angolanischen Revolution bleiben“¹.

J. E. dos Santos — keine Verlegenheitslösung

Am 20. September wählte das Zentralkomitee der MPLA-Partei der Arbeit José Eduardo dos Santos einstimmig zum neuen Parteivorsitzenden und damit auch Staatspräsidenten der Volksrepublik Angola. Agostinho Neto selbst hatte J. E. dos Santos im September d. J. noch mit der Führung der Regierung beauftragt, bevor er zur ärztlichen Behandlung nach Moskau gereist war. Zum damaligen Zeitpunkt fungierte dos Santos bereits als stellvertretender Ministerpräsident. Mitglied der MPLA seit 1961, während des Befreiungskampfes Verantwortlicher für Jugendarbeit, Absolvent eines Petroingenieurstudiums in der Sowjetunion, in der militärischen Leitung der MPLA tätig, Außenminister während der Übergangszeit vor der Unabhängigkeit 1975, schließlich seit Dezember 1978 Planungsminister, „vereint er Verbindungen zu den Kampfjahren wie zu dem völlig verschiedenen Herangehen des Wiederaufbaus im Frieden, in dem sich Angola nun befindet, was ihn zu einer populären Wahl machen dürfte“, urteilt der britische Afrika-Experte Basil Davidson².

Die von dos Santos repräsentierte Kontinuität einerseits, seine für die wirtschaftliche Entwicklung wichtige Fachkenntnis andererseits machen deutlich, daß es sich bei der Wahl des 37-jährigen keineswegs um eine bloße Übergangs- oder gar Verlegenheitslösung handelt. Im Gegenteil: Obwohl Angola von einer — von gewissen Kreisen offenkundig nur zu gern gesehenen — tiefgreifenden Krise weit entfernt ist, steht der neue Staatspräsident und Parteivorsitzende großen Problemen gegenüber. Auf der einen Seite sind die Erfolge und Leistungen der Aufbaus nach zwei Befreiungskriegen unverkennbar, vor allem in Bereichen wie der Erziehung und der Gesundheitsversorgung. Zum Beispiel gelang es, den Anteil des Analphabetentums unter den etwa 100 000 Beschäftigten in der Industrie auf etwa die Hälfte zu senken. In einer landesweiten Alphabetisierungskampagne sind 700 000—800 000 Erwachsene erfaßt; rund 250 000 haben bereits lesen und schreiben gelernt — vor der Revolution betrug der Grad des Analphabetentums 90%! An die 2 Mio Kinder besuchen derzeit Schulen — zur Kolonialzeit waren es gerade 1/4 davon.

Zugleich liegt hier ein Problem: der vom Kolonialismus hinterlassene und durch die Flucht der meisten Portugiesen 1974 bis



A. Neto (l.) und sein Nachfolger J. E. Santos auf der OAU-Konferenz 1978 in Khartum

1976 verschärfte Kader- und Fachkräftemangel.

Dieser schlägt sich noch stärker im Bereich der Wirtschaft nieder. Auch hier sind einerseits beträchtliche Fortschritte erzielt worden: Im Vergleich zu 1977 hatte die Nahrungsmittelindustrie ihre Produktion um 45% gesteigert, die Leichtindustrie um 27%, die Schwerindustrie sogar um 123%. Die Diamentförderung war gegenüber 1973 sogar um 10% höher, die Erdölförderung hatte ebenfalls das Niveau von 1973 erreicht.

Mit der Hilfe sowjetischer Experten wurden die Werftanlagen in Luanda und Lobito binnen kurzem wieder instandgesetzt; sowjetische Fachleute sind am Ausbau einer Fischverarbeitungsindustrie beteiligt, am Aufbau einer Staatsfarm für den Weizenanbau, als Geologen im Bergbausektor, in der Textilindustrie. Kubanische Experten sind u.a. im Bausektor tätig, wo sie zusammen mit den angolanischen Arbeitern die Planziele bereits übererfüllt haben, so den Bau von 16 Brücken, der 1976 vereinbart worden war, und die Errichtung zahlreicher Wohnblocks.

Innere und äußere Probleme beim Wiederaufbau

Andererseits sind im Gesamtdurchschnitt der Industrie erst wieder etwa 40% der Produktionskapazitäten von 1973 ausgelastet, in erster Linie aufgrund des Fachkräftemangels, der auch durch Ausbildungsprogramme der UdSSR, Kubas oder der DDR nicht rasch genug behoben werden kann.

Im landwirtschaftlichen Bereich sehen die Planungen das Erreichen der 1973er Produktionsziffern in unterschiedlich langen Zeiträumen vor³. Bei einigen wird dieses Ziel bald und erheblich überschritten werden, so bei Weizen und Sonnenblumenanbau; für Reis, Bohnen oder Maniok sind die Zahlen von 1973 ebenfalls für die Planungszeit bis 1980 einkalkuliert; bei anderen Feldfrüchten wiederum — so bei Mais, Palmöl und Kartoffeln — liegen die Zieldaten noch unter denen von 1973, vor allem bei Kaffee, dessen Ernte 1980 erst wieder 55% derjenigen von 1973 betragen wird — letzteres aufgrund der Tatsache, daß die pflegebedürftigen Pflanzungen durch die FNLA- und

UNITA-Banden während des zweiten Befreiungskrieges 1975/76 weitgehend ruiniert worden waren.

Ein weiteres Problem stellt die äußere Bedrohung durch südafrikanische Aggressionsakte und die Terrortätigkeit der von Südafrika sowie aus französischen, westdeutschen und arabischen Quellen ausgehaltenen UNITA im Süden des Landes dar. Ende September und nochmals Anfang Oktober 1979 überfielen südafrikanische Truppen Lager der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO sowie angolanische Siedlungen und töteten Dutzende von SWAPO-Angehörigen und angolanischen Zivilisten.

In der südafrikanischen Aggression besteht fraglos die einzige ernstzunehmende Gefahr für die angolanische Revolution. In dessen wäre es verwunderlich, wenn nicht in einer nach wie vor von großen Problemen gekennzeichneten Phase der Entwicklung auch ideologische und politische Schwierigkeiten im Lande selber aufträten. In einer Anzahl personeller Umbesetzungen in Partei und Staatsapparat schlägt sich nieder, daß die MPLA noch Hindernisse auf dem Wege zu überwinden hat „eine solide marxistisch-leninistische Partei“ zu werden⁴ und das angestrebte historische Bündnis von Arbeiter- und Bauernklasse herzustellen.

Die sozialistische Option ist unverrückbar

So wurden einerseits während des letzten Jahres zum Teil hohe Funktionäre abgelöst, denen kleinbürgerliche und sektiererische Verhaltensweisen vorgeworfen wurden, oder kritisierte noch Agostinho Neto bürokratische Tendenzen im Staatsapparat mit den Worten: „Es ist einfach in der Hauptstadt zu sitzen und zu glauben, man löse Probleme für unser geliebtes Angola“⁵. Dies richtete sich vor allem gegen die Unzulänglichkeiten bei der Versorgung der ländlichen Regionen durch die städtischen Zentren.

Aufgrund von Verstößen gegen die Gesetzlichkeit wurde im Juli des Jahres die Sicherheitsbehörde DISA aufgelöst, wurden ihre leitenden Funktionäre ihrer Positionen enthoben. An die Stelle der DISA trat das reorganisierte Ministerium des Inneren — das 1977 nach dem Putschversuch der Alves-Gruppe aufgelöst worden war. An seine Spitze wurde mit Kundi Paihama ein Funktionär aus der Provinz berufen, der vormalige Kommissar der Cunene-Region an der Südgrenze zu Namibia. Damit wurde vor allem gewürdigt, daß es der Provinzleitung unter den schweren Bedingungen der südafrikanischen und UNITA-Attacken ge-

lungen war, Massenorganisationen, landwirtschaftliche Kooperativen und Alphabetisierungsprogramme erfolgreich durchzuführen bzw. zu bilden.

Um die Durchsetzung der Orientierungen der Partei besser zu gewährleisten, wurde im August d.J. erstmals eine Kontrollkommission der Partei zusammengerufen, um die bisherige Arbeit der Partei und die Umsetzung ihrer Beschlüsse zu überprüfen. Gerade die Umbildung der MPLA von einer breiten Volksbewegung zu einer Arbeiterpartei seit dem 1. Parteitag Ende 1977 stellt für die angolanische Entwicklung einen entscheidenden positiven Faktor dar.

Die MPLA ging aus den teils schweren Auseinandersetzungen der vergangenen drei Jahre gestärkt hervor. Ihre sozialistische Option ist unverrückbar und basiert auf einem soliden Fundament. Die Grabrede Lucio Laras, des Generalsekretärs der MPLA-Partei der Arbeit und langjährigen Vertrauten Agostinho Netos, verdeutlicht die Entschlossenheit der revolutionären Führung der Volksrepublik Angola, den eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen:

„Wir werden ohne nachzulassen für die Befreiung Angolas kämpfen, für die Beseitigung der Hinterlassenschaft des Kolonialismus. Wir, das gesamte Volk, werden von unserem Heimatboden die Feinde verjagen, die uns nach wie vor nicht für unüberwindlich halten.“

Wir werden die Prinzipien respektieren und weiterhin anwenden, die Du uns als Vermächtnis hinterlassen hast und die bereits mit deutlicher Prägung die neue Gesellschaft bezeichnen, die wir aufbauen wollen.

Wir werden, Genosse Präsident, den Partei- und Staatsapparat mit mehr und mehr Blut der Arbeiter und Bauern auffüllen. Wir werden die Volksmacht errichten und die Volksversammlung bilden — deren Gründung Deine Hauptsorge vor Deinem Tod war.

Wir werden bescheiden, maßvoll und kühn sein, um dem einfachen Grundsatz Gestalt zu geben, den Du formuliert hast, und nach welchem die dringendste Aufgabe die ist, die Probleme des Volkes zu lösen“⁶.

Anmerkungen:

- 1) Zitiert nach: Neues Deutschland, Berlin, 13. 9. 1979
- 2) Guardian Weekly, London, 30. 9. 1979
- 3) Siehe Orientierungen des 1. Kongresses der MPLA vom Dezember 1977 in: AIB, Nr. 2/1978, S. 22—25
- 4) Die Neue, Westberlin, 19. 9. 1979
- 5) Zitiert nach: New African, London, Oktober 1979, S. 92
- 6) Zitiert nach: Afrique-Asie, Paris, 1. 10. 1979, S. 36

Kommuniqué des Politbüros der MPLA-Partei der Arbeit

Kämpfer der MPLA — Partei der Arbeit, Genossen und Landsleute: Das Politbüro des Zentralkomitees der MPLA — Partei der Arbeit hat die schmerzliche und schwere Pflicht, den Tod unseres geliebten Präsidenten, Dr. Agostinho Neto, mitzuteilen. Sein Tod trat ein in Moskau um etwa 16.40 Uhr am 10. September 1979 nach einer sehr schweren Krankheit und trotz einer Operation, die in dem verzweifelten Bemühen durchgeführt wurde, sein Leben zu retten.

Erschütternde Ohnmacht und Trauer sind die heftigsten Gefühle, die uns zu diesem tragischen Zeitpunkt bewegen. Das herausragende Vorbild, das unser Führer abgegeben hat und immer sein wird, verpflichtet einen jeden von uns dazu, besonnen und fest zu handeln, so wie er es stets getan hat.

Das Leben und der Kampf des Genossen Dr. Agostinho Neto sind für unser Land von historischer Bedeutung. Er war die Verkörperung der höchsten, reinsten revolutionären Tugenden. Er war ein wahrer Kämpfer, ein Intellektueller, ein universaler Poet und ein zutiefst humaner Arzt. Er war ein freundliches Staatsoberhaupt, ein weiser Führer, ein Kamerad zu jeder Zeit und ein unermüdlicher Diener seines Volkes. Sein unsterblicher Name und die ewige Erinnerung an ihn werden uns eine unerschöpfliche Quelle der Ermutigung sein, während wir entschlossen den Kampf für den Triumph seiner Lehren, für die Sache des Sozialismus, für die Stärkung der Volksmacht, für die Stärke und Einheit der Partei sowie für die nationale Einheit unseres Landes führen.

Die Erinnerung an den Genossen Präsidenten Dr. Agostinho Neto ge-

hört heute allen Menschen der Welt, die sich im Kampf für die Emanzipation und die Identität der Menschheit befinden. Jeder Arbeiter, Bauer, Ausgebeutete, jeder internationalistische Kämpfer und jeder marxistisch-leninistische Denker wird in ihm ein Symbol für den Kampf selbst finden — einen Kampf, der keine Begrenzungen kennt. Er war eine herausragende Figur unter den größten Führern unserer Zeit. Der Genosse Präsident Agostinho Neto war der Architekt der angolanischen Revolution innerhalb des siegreichen Kampfes der gesamten Menschheit.

Volk von Angola, Kämpfer der MPLA - Partei der Arbeit, Waffenbrüder im Namen des ruhmreichen Banners, unter welchem unser geliebter Genosse Präsident uns vorwärtszuschreiten hieß, laßt uns die Reihen schließen um das Zentralkomitee der MPLA — Partei der Arbeit. Laßt uns alle die bekämpfen, die sich der Durchsetzung seiner Lehren und Grundsätze entgegenstellen möchten. Laßt uns mit geballten Fäusten fest die unerschütterliche Entscheidung aufrecht erhalten, ein sozialistisches Heimatland zu errichten und Glück für das angolanische Volk zu bewirken.

Unsterblicher Ruhm dem großen Führer der angolanischen Revolution und Begründer der Nation und der MPLA — Partei der Arbeit. Der Kampf geht weiter; der Sieg ist sicher.

Das Politbüro der MPLA - Partei der Arbeit, Luanda, 11. September 1979.

(Quelle: Facts and Reports, Amsterdam, 28. 9. 1979)

John Gaetsewe

Rassistischer Perfektionismus der Wiehan-Kommission

Südafrikas Arbeitsgesetze bilden insgesamt ein kompliziertes System, das die reibungslose Ausbeutung und Entrechtung der nichtweißen Arbeitermassen absichern soll. Zugleich dient es der Aufrechterhaltung einer Reihe von Privilegien der weißen Arbeiterklasse Südafrikas. Kernstücke dieser Politik sind die Reservierung bestimmter Berufe und (faktisch aller) höheren Stellen für die Weißen (job reservation) sowie die Vorenthaltung der Tarifautonomie für afrikanische Gewerkschaften, die in ihrer Mehrzahl nicht registriert sind. Schließlich sind afrikanischen Arbeitern Streiks bei hohen Strafen verboten.

Die im Frühjahr 1979 veröffentlichten Berichte und Empfehlungen zweier regierungsamtlicher, nach ihren Vorsitzenden Wiehahn und Rieker benannter Kommissionen verfolgen die Absicht, dieses System zu effektieren und perfektionieren. Dies belegt die detaillierte Stellungnahme des Generalsekretärs des südafrikanischen progressiven Gewerkschaftsverbandes SACTU, John Gaetsewe, zu den Aussagen der beiden Kommissionen vor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf. In einem in AIB Nr. 7—8/1979 veröffentlichten Interview war bereits der Organisationssekretär des SACTU, Eli Weinberg, auf einige Aspekte dieser Vorschläge eingegangen.

(. . .) Wir möchten uns hier mit den Manövern des rassistischen Südafrika beschäftigen, in der internationalen Gemeinschaft durch die Bildung der Wiehahn-Kommission Verwirrung zu stiften. Bei der Betrachtung ihres Berichts müssen wir die Ergebnisse und Empfehlungen der Kommission in einen größeren Zusammenhang stellen: in den des unbarmherzigen Systems der Ausbeutung, nationalen Unterdrückung und aggressiven Diskriminierung des Landes, seiner neofaschistischen Praktiken, seines Zwangsapparats, seines Polizeistaates, seiner unverhüllten Verachtung internationaler Konventionen und krassen Verletzungen der Menschenrechte.

Nur indem wir eine umfassende Perspektive entwickeln, können wir erfolgreich die Interessen identifizieren, denen die Kommission im Gegensatz zu den Interessen der Arbeiter dient.

Ein Schritt in die richtige Richtung?

Der Südafrikanische Gewerkschaftskongress (SACTU) gibt hiermit der Warnung Ausdruck, daß die Wiehahn-Kommission die Grundlagen der Apartheid **nicht** ändern, sondern vielmehr dazu dienen wird, die Kontrolle von Unternehmern und Regierung über die Gewerkschaftsbewegung zu verstärken. Wir müssen uns davor hüten, die Wiehahn-Kommission und das Weißbuch der Regierung isoliert von der Struktur und Geschichte der nationalen Unterdrückung und der Apartheid in Südafrika zu diskutieren. Die Wiehahn-Kommission als einen „Schritt in die richtige Richtung“ zu akzeptieren, heißt nichts anderes, als die Grundsätze der Apartheid zu akzeptieren:

- Das Landgesetz von 1913, das 87 % Südafrikas für die weiße Minderheit reserviert und die schwarze Mehrheit auf 13 % der unfruchtbarsten Gebiete des Landes zusammenzwingt.
- Die verhaßten Paßgesetze, welche die Freizügigkeit einschränken und darüber hinaus die Bewegung des afrikanischen

Volkes mit dem Ziel kontrollieren, für die Unternehmer Profite zu maximieren.

- Das System der Wanderarbeit, welches das afrikanische Familiensystem zerstört.
- Das Bantustan-Programm, welches das afrikanische Volk seines gemeinsamen Geburtsrechts beraubt, um Einheit im Kampf gegen die nationale und die Klassenunterdrückung zu unterbinden.

Kurz, die Wiehahn-Kommission und das Weißbuch der Regierung basieren auf dem gesamten Apartheidsystem. Wie die Financial Times sagte, sie dienen lediglich dazu, die „Apartheid effizienter zu machen“.

Wir müssen danach fragen, warum diese Kommission gebildet wurde. Für das korrekte Verständnis dieser Frage ist die Geschichte der Arbeiterkämpfe in Südafrika unerlässlich:

- Das Arbeitsschlichtungsgesetz von 1924 (Industrial Conciliation Act) war eine Antwort auf den Streik der weißen Bergarbeiter 1922. Dieser Streik war zum Nachteil der schwarzen Bergarbeiter. Die herrschende Klasse jener Zeit intensivierte nach dem Streik die Kontrolle über die in bestimmten Berufen tätigen schwarzen Arbeiter.
- In ähnlicher Weise veranlaßte der Streik der afrikanischen



Schwarze Arbeiter der Goldmine von Carletonville

Bergarbeiter 1946 die damalige Regierung, in den späten 40er Jahren eine Untersuchung über die Arbeitsgesetzgebung durchzuführen. Darauf folgte das Gesetz über Eingeborenenarbeit von 1953 — sowie viele andere, die brutal eingesetzt wurden, die unabhängigen Gewerkschaften zu unterdrücken und zu unterminieren und den Schwarzen das Recht auf Streik zu verweigern. Später kam das ergänzte Arbeitsschlichtungsgesetz von 1956, das die rassische Trennung registrierter Gewerkschaften verlangte und die gesetzliche Wiedereinführung der gesetzlichen Arbeitsplatzreservierung auf der Grundlage der Rasse wiedereinführte.

- In weniger als fünf Jahren hat das südafrikanische Regime drei Kommissionen damit beauftragt, die Arbeitsgesetze zu überprüfen, und keine von ihnen hat irgendeinen Wandel in der Struktur des Apartheid-Systems vorgeschlagen. Das interministerielle Komitee zur Untersuchung von Unruhen im Bergbau von 1975, räumte in seinem abschließenden Bericht sogar ein, „das Wanderarbeitssystem (sei) die Wurzel der Erhebungen in den Bergwerken“.

Die Wiehahn-Kommission und die Riekert-Kommission sind gleichfalls unmittelbare Antworten auf die Streikwelle, die Südafrika 1973 traf und auf die Massenerhebungen, die 1976 in Soweto begannen.

Wiehans Antwort auf die Massenbewegung

Die Kommission setzte sich aus elf weißen und lediglich drei schwarzen Mitgliedern zusammen, von denen jedes eine gesonderte ethnische Gruppe vertrat. Mit anderen Worten, ein Afrikaner vertrat 18 Mio Afrikaner, ein Inder 750 000 Inder und ein Farbiger 2,5 Mio Farbige. Und wichtiger noch: Wo blieben die schwarzen Arbeiter und ihre gewählten Repräsentanten? Niemand war da, die arbeitenden Massen zu repräsentieren, die stimmrechtslose, zum Schweigen gebrachte Mehrheit.

So wurde diese Kommission vom Apartheid-Regime gebildet, mit seinen eigenen Anhängern ausgestattet, um sich mit seiner Krise zu beschäftigen und Lösungen für Probleme zu empfehlen, bei denen die schwarzen Arbeiter nichts zu sagen haben. Mit diesem notwendigen Hintergrund wollen wir uns den einzelnen Empfehlungen der Wiehahn-Kommission zuwenden. Der Südafrikanische Gewerkschaftskongress (SACTU) stellt fest, daß der Hauptzweck der Wiehahn-Kommission darin besteht, neue Mechanismen zur Kontrolle der schwarzen Arbeiter zur Verfügung zu stellen und zielbewußt die unabhängigen schwarzen Gewerkschaften zu zerstören, die in den letzten Jahren entstanden sind.

1. Afrikanische Gewerkschaften erhalten „registrierten Status“.

Obwohl dies als ein aus jahrzehntelangem Kampf für dieses Recht resultierender positiver Schritt erscheinen mag, zeigt eine sorgfältige Überprüfung das Gegenteil. Den Empfehlungen zufolge werden nur registrierte Gewerkschaften die Erlaubnis haben, Vereinbarungen mit den Unternehmern zu treffen bzw. ihre Beiträge automatisch abgeführt bekommen. Die ausschließliche Entscheidung darüber, ob eine Gewerkschaft zur Registrierung zugelassen wird oder nicht, liegt beim Beauftragten für Registrierung (Industrial Registrar) und damit seinen Kriterien von „Stabilität“ und „Geeignetheit“. Das ist die Methode der Regierung sicherzustellen, daß es keine Politik in der Gewerkschaftsbewegung gibt, d. h. Akzeptierung des Status quo der Apartheid.

Dieses gesamte System der staatlich kontrollierten Registrierung der Gewerkschaften untergräbt die Unabhängigkeit derjenigen Gewerkschaften, die sich ihr unterwerfen und schwächt die kollektive Macht der Arbeiter. Die Auswirkungen gehen indessen noch weiter. Das Weißbuch der Regierung hat darüber hinaus diese Empfehlung dahingehend eingeschränkt, daß Wanderarbeiter von der Mitgliedschaft in registrierten Gewerkschaften ausgeschlossen sein sollen. Nur die Afrikaner, die das Recht be-

sitzen, in den städtischen Gebieten zu leben und zu arbeiten, sind danach zur Mitgliedschaft zugelassen.

Die Wanderarbeiter stellen nicht nur einen großen Teil der Mitgliedschaft der gegenwärtig nicht registrierten Gewerkschaften; sie gehören vielfach zu den aktivsten Mitgliedern. Eine Gewerkschaft gibt an, daß ihre Mitgliedschaft von 10 000 auf 2 000 reduziert würde, sollten diese Bedingungen angenommen werden. Wir kommen daher zu dem Schluß, daß die „Registrierung“ unter diesen Bedingungen ein Betrug ist, der dazu dient, die Kraft und Einheit der zur Zeit nicht registrierten afrikanischen Gewerkschaften zu verkrüppeln und zu zerschlagen. Der SACTU hat stets gefordert, daß die Anerkennung durch den Kampf und die Kraft der Arbeiter gegenüber den Ausbeutern zustande

Diese Kinder brauchen eine Schule

Helfen Sie beim Bau einer Schule für südafrikanische Flüchtlingskinder in Morogoro (Tanzania)

Projekt des African National Congress (ANC) der Befreiungsbewegung Südafrikas

Sonderkonto
Erich Wulff
PschA Frankfurt/M.
Kto. Nr. 527055-602
Kennwort:
Schule in Morogoro

Antimperialistisches Solidaritätskomitee

kommen muß, sie darf niemals eine Konzession sein, die von den Unterdrückern selbst gewährt wird. Legalität darf nicht mit Emanzipation verwechselt werden.

2. Empfehlung der Abschaffung der gesetzlichen Arbeitsplatzreservierung, ausgenommen fünf Sonderfälle.

Auch in diesem Falle scheint es so, als habe der Kampf gegen die gesetzliche Rassenschranke, namentlich seit Annahme des Arbeitsschlichtungsgesetzes von 1956, mit dieser Empfehlung Erfolg gehabt. Aber auch hier sehen wir, daß dies nicht der Fall ist.

Das Gesetz über Bergbau und Arbeit (Mines and Works Act) sowie das Gesetz über schwarze Bauarbeiter (Black Building Workers Act), zwei selbständige Gesetze, die ebenfalls die Arbeitsplatzreservierung regeln, werden von der Kommission nicht berücksichtigt und werden infolgedessen in Kraft bleiben. Überdies betrifft der Abschnitt des Arbeitsschlichtungsgesetzes, der beseitigt wird, lediglich 1 % der Berufsgruppen. Folglich besteht keinerlei ernsthafte Gefahr für den Bestand der Rassenschranken, die das Arbeitsleben der schwarzen Arbeiter beherrschen. Der Hauptanteil der in Kraft befindlichen Klauseln über

Die 12 von Pietermaritzburg — von der Todesstrafe bedroht

Zum wiederholten Male stehen in Südafrika jetzt ANC-Guerilla-Kämpfer vor Gericht. In Pietermaritzburg sind 12 Freiheitskämpfer des Hochverrats angeklagt. Es ist in diesem Fall aber das erste Mal seit dem berühmten Hochverratsprozeß in den Jahren 1956 bis 1961, daß das Rassistenregime versucht, seine Gegner unter die Hochverratsanklage zu stellen. Damals prozessierte das Regime erfolglos gegen 156 Führer des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC). Jetzt holt es zu einem neuen Schlag gegen die Befreiungsbewegung aus. Der Prozeß gegen die 12 von Pietermaritzburg begann am 4. September d. J. In der Anklageschrift werden sie beschuldigt, an einer „Verschwörung zum Sturz der südafrikanischen Regierung“ teilgenommen zu haben. Alle sind angeklagt, Mitglieder des ANC und seines militärischen Flügels Umkhonto We Sizwe (Speer der Nation) zu sein. Zwei von ihnen, John Sekete (24) und Tlasitsage Molefe (23), waren an den Aktionen des Umkhonto im August und Oktober letzten Jahres in Bophuthatswanaland beteiligt, als sich die Befreiungskämpfer des ANC zum ersten Mal mit der Rassistenarmee und ihren Bantustan-Hilfstruppen aus Bophuthatswanaland offene Gefechte lieferten. Weiteren Angeklagten wird die Einrichtung von Waffenlagern in der Nähe der Grenze zu Moçambique zum Vorwurf gemacht. Insgesamt beinhaltet die Anklageschrift des Apartheidstaates 43 Punkte des Verstoßes gegen das berüchtigte Terrorismusgesetz.

Musterprozeß gegen den Guerillakampf

Der Prozeß von Pietermaritzburg wird vom Regime als Musterprozeß gegen den bewaffneten Befreiungskampf geführt. Mit der erstmalig wieder erhobenen Anklage des Hochverrats ist nichts anderes bezweckt als den Weg zur Verhängung schärferer Strafen gegen Guerilla-Kämpfer generell zu öffnen. Damit sind nach der widerrechtlichen Hinrichtung des 22-jährigen Solomon Mahlangu am 6. 4. 1979 weitere zwölf ANC-Kämpfer von der Todesstrafe bedroht.

Das Regime weiß sehr genau, daß der ANC und sein in jüngster Zeit intensivierter bewaffneter Befreiungskampf in der Perspektive die ernsteste Bedrohung des Apartheidsystems darstellen, und hat dies mehrfach zugegeben. Der ANC ist die einzige Organisation in Südafrika, die sich in den letzten 2—3 Jahren als fähig erwiesen hat, den brutalen Terror des Apartheidstaats mit bewaffneter Gegengewalt zu beantworten. Zu seinen vielleicht spektakulärsten Aktionen aus der letzten Zeit gehört der Angriff bewaffneter ANC-Guerilleros im Mai 1979 auf die Polizeistation von Soweto. In der südafrikanischen Öffentlichkeit ist dies wohl zu Recht als Antwort auf die Ermordung Mahlangus aufgefaßt worden.

Die 12 von Pietermaritzburg haben es nach wenigen Verhandlungstagen abgelehnt, an dem von Pretoria intendierten Schauprozeß weiterhin teilzunehmen. In einer mutigen Anklage gegen die Apartheidjustiz haben sie erklärt, daß sie es akzeptieren, des „Verbrechens“ angeklagt zu sein, „den Sturz der südafrikanischen Regierung mit allen Mitteln einschließlich von Gewalt versucht zu haben“. Sie betrachten das Gericht als Teil des rassistischen Regierungsapparats. Nach ihrer Erklärung ließen sie sich unter Freiheitsgesängen und ANC-Sprechchören abführen.

In einem Aktionsaufruf an die internationale Gemeinschaft, die nationalen Solidaritätskomitees und Anti-Apartheid-Bewegungen hat der ANC inzwischen festgestellt: „Das Tribunal spiegelt stärker denn



Demonstration gegen den Mord an Mahlangu vor der südafrikanischen Botschaft in London im April 1979. Mahlangus Schicksal droht nun den 12 von Pietermaritzburg

je das Ansehen und die Kraft des ANC und seines militärischen Flügels Umkhonto We Sizwe wider. Es zeigt auch, daß unser Kampf für die Volksmacht in jedem Teil unseres Landes entbrennt und ein neues, höheres Stadium der Intensität erreicht. Laßt uns darüber im klaren sein — es ist das Apartheidregime, daß schwere Verratshandlungen gegen jegliche Menschlichkeit begangen hat.“

In dem ANC-Aufruf wird dazu aufgefordert, zu verlangen, daß gefangene Freiheitskämpfer nach dem Kriegsgefangenenstatus behandelt werden. Protestbriefe sollten an Premierminister Botha, Unions Buildings, Pretoria/Südafrika, gerichtet werden. Auch die Bundesregierung ist aufgefordert, zugunsten der 12 Angeklagten zu intervenieren. Sie gerade hätte es nötig, aus dem Fall Mahlangu Konsequenzen zu ziehen: Hier hatte sie sich nach allzulänglichem Sträuben erst in der Nacht vor dem Hinrichtungsmorgen zum Protest durchgerungen — zu spät, um glaubhaft zu wirken.

Arbeitsplatzreservierung ist in Abmachungen zwischen Arbeitgebern und den registrierten Gewerkschaften festgelegt. Wir stellen hierzu fest, daß die bestehenden registrierten Gewerkschaften ihr Vetorecht bezüglich einer Veränderung der Berufsgruppierung nach der Hautfarbe, die gegenwärtig in Kraft ist, behalten werden.

Der SACTU gibt zu bedenken, daß das Ergebnis dieser Empfehlungen, sollten sie Gesetz werden, anstatt die Rassenschranken zu beseitigen darin bestehen wird, die Ausbeutungsrate der afrikanischen Arbeitskraft und damit die Profite der Kapitalisten zu erhöhen.

3. Empfehlungen bezüglich der Erstellung von Ausbildungsplänen und Lehrlingsprogrammen für städtische afrikanische Arbeiter in den Städten.

Steht dahinter nicht die Absicht, innerhalb der gesamten schwarzen Arbeitsbevölkerung eine Spaltung herbeizuführen,

indem man die Entwicklung einer politisch fügsamen Schicht der unterdrückten Gemeinschaft fördert, eine schwarze Mittelschicht, die sich eher mit dem rassistischen Regime identifizieren wird als mit dem Kampf für die Befreiung von der gesamten Apartheidstruktur?

4. Rassistisches ‚Closed-Shop‘-System

Die Wiehahn-Kommission weigert sich, die Aufhebung der Closed-Shop-Praktiken¹ zu empfehlen oder ihre Änderung, um damit ihren Mißbrauch zum Zweck der Rassendiskriminierung zu unterbinden. Wie selbst ein Kommissionsmitglied argumentierte: „Es ist unannehmbar, einerseits die Abschaffung der Arbeitsplatzreservierung zu empfehlen, und andererseits, daß ihre verbreitetste Form verewigt und gesetzlich sanktioniert werden soll“. Das Closed-Shop-System ist ein Mittel, qualifizierte Ausbildung zu beschränken in einer Zeit, in welcher extremer Bedarf daran besteht und den Zugang zu qualifizierten Berufen zu

begrenzen. Dieses Eingeständnis von fünf Mitgliedern der Kommission läßt keinen Zweifel offen hinsichtlich der Doppeltzungigkeit, die in der Behauptung liegt, die Wiehahn-Kommission habe die Regierung aufgefordert, die gesetzliche Diskriminierung bei der Zuteilung von Arbeit zu beenden.

Mit oder ohne Streikrecht, mit oder ohne Recht auf Registrierung werden die schwarzen Arbeiter fortfahren, sich zu organisieren und wirtschaftliche und politische Rechte zu fordern. Gerade aufgrund der fortgesetzten Militanz der schwarzen Arbeiter, die sich in den jüngsten Streikaktionen zeigte, sah sich die Regierung vor die Notwendigkeit gestellt, neue und effektivere Kontrollmechanismen zu entwickeln.

Jüngst kam ein weiterer Bericht heraus, der perfekt den Zielsetzungen der Wiehahn-Kommission entspricht, die Freiheit der schwarzen Arbeiter an ihren Arbeitsplätzen zu kontrollieren und einzuschränken. Der Riekert-Bericht legt die Linien für Empfehlungen fest, verschärfte Kontrollen über das Wohnrecht schwarzer Arbeiter auszuüben, d. h., für ein verfeinertes Zugangskontrollsystem.

Wir dürfen uns nicht der Auffassung hingeben, daß die in den Berichten Wiehahn und Riekerts gemachten Empfehlungen lediglich kosmetische Veränderungen darstellen, um ausländischem Druck zu begegnen. Im Gegenteil — beide sind eindeutig Bestandteile einer neuen zusammenhängenden Strategie stärkerer Kontrolle des Lebens des unterdrückten Volkes von Südafrika.

Im Kern schlagen die Riekert-Empfehlungen die Verschärfung der Kontrollvorschriften über Zuwanderung vor, was die Bildung einer privilegierten Gruppe schwarzer Bewohner zur Folge haben wird, der neuen Mittelschichtelemente, die Regierung und Kapital als Verbündete ansehen werden.

Früher durfte sich aufgrund der Abschnitte 10 (a) und (b) des Gesetzes über die Stadtgebiete (Urban Areas Act) kein Schwarzer länger als 72 Stunden auf einmal in einem städtischen Gebiet aufhalten, wenn er/sie nicht bestimmte Voraussetzungen erfüllte. Die vorgeschlagene Änderung würde es jeder schwarzen Person verbieten, auch nur irgendwelche Zeit in einem städtischen schwarzen Wohngebiet zu verbringen, sofern er/sie nicht sowohl einen Arbeitsplatz wie auch eine sog. „anerkannte Unterbringung“ besitzt.

„Mehr als lediglich Kosmetik“

Was aber geschieht mit jenen, die damit ausgeschlossen sind? Am härtesten werden diejenigen ohne diese Rechte getroffen werden: zunächst die illegal in sog. „weißen“ Gebieten Wohnenden; schließlich die abgeschobenen Menschen in den Bantustans. Erstere werden schlicht ihre Arbeit verlieren (da die Arbeitgeber unter dem neuen System hohe Strafen zu gewärtigen haben, wenn sie sie beschäftigen) und werden ihrerseits der Zwangsumsiedlung in die Bantustans unterliegen, wo sie zu den Hunderttausenden Arbeitsloser und Heimatloser kommen werden.

Der Kampf der Leute in Crossroads² hat gezeigt, daß das Volk weiterhin gegen alle Versuche kämpfen wird, sein Recht dort zu leben und zu arbeiten, wo es möchte, zu beseitigen. Es wird weiterhin den Versuchen der Regierung widerstehen, die Menschen aus den städtischen Gebieten in die überfüllten und elenden Bantustans zu zwingen.

Es ist wichtig festzuhalten, daß die Ziele der Wiehahn- und Riebert-Kommission nicht allein darin bestehen, die Kontrolle über die schwarzen Arbeiter zu verstärken, sondern gleichzeitig in die Intensivierung der Bantustan-Politik. Das große Ziel der Regierung ist es, an der Unterdrückung der Schwarzen festzuhalten und sie zu verstärken und die Anerkennung der Bantustans als pseudounabhängige Staaten zu forcieren.

Der SACTU ruft unsere Brüder und Schwestern in der internationalen Arbeiterbewegung auf, ihre Solidaritätsaktionen zur Unterstützung des Kampfes des Volkes von Südafrika für die Beendigung rassistischer Unterdrückung und Ausbeutung

zu verstärken.

Der SACTU fordert:

- Beendigung aller Auslandsinvestitionen in Südafrika;
- Beendigung jeglichen Handels mit Südafrika;
- Stopp aller ausländischen Kredite an das südafrikanische Regime und an in Südafrika tätige Firmen;
- vollständige Isolierung Südafrikas auf allen Gebieten — kulturell, politisch, wirtschaftlich, diplomatisch und militärisch;
- vollständiges Waffenembargo gegen Südafrika;
- Stopp der Auswanderung von Facharbeitern nach Südafrika;
- Beendigung der Förderung von Geschäften mit Südafrika und der Werbung für südafrikanische Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsplätze;
- Keine Zusammenarbeit mit Sprechern des Apartheid-Regimes, etwa mit Professor Wiehahn und Mitgliedern seiner Kommission, die versuchen, Teile der internationalen Arbeiterbewegung mit Behauptungen zu täuschen, daß sich die Bedingungen für die schwarzen Arbeiter in Südafrika verbesserten.

(Quelle: Workers' Unity, Organ of the SACTU, London, Nr. 15/Juli 1979)

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Closed-Shop-System: eine von der britischen Gewerkschaftsbewegung übernommene Praxis, nach der in einen Betrieb nur eingestellt wird, wer auch Mitglied der zuständigen Gewerkschaft(en) ist. Hier: Mitglied einer registrierten, d. h. in der Regel weißen Gewerkschaft.
- 2) Eine für illegal erklärte Siedlung von etwa 20 000 Schwarzen am Stadtrand von Kapstadt, die von den südafrikanischen Behörden mit brutaler Gewalt aufgelöst wurde.

Goldberg/Judick Rische Afrika im Wandel



Marxismus aktuell

164 Seiten, Reihe Marxismus aktuell, 8,50 DM
ISBN 3-88012-572-4



Verlag Marxistische Blätter
Heddernheimer Landstraße 78a
600 Frankfurt am Main 50

neu

Horst-Eckart Gross

CDU-Gewerkschafts- infiltration in Ekuador

In unserer Serie BRD-Neokolonialismus, eröffnet in AIB, Nr. 7—8/1978, lag bislang der Schwerpunkt auf der Durchleuchtung der Politik von Bundesregierung und westdeutschen Konzernen. Aber auch die parlamentarische Opposition — also die CDU/CSU — spielt einen wichtigen Part im Gesamtsystem der bundesdeutschen Beziehungen zur Dritten Welt. Das von staatlicher Seite massiv bezuschulte System der parteipolitischen Stiftungen gibt den Oppositionsparteien Instrumente in die Hand, die eigenständige Aktivitäten im Ausland ermöglichen. Das macht unser Beitrag von H. E. Gross, Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, deutlich. An Hand des Wirkens der Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU in Ekuador zeigt der Autor wie weit die die Unionsparteien tragenden Kräfte zu gehen bereit sind, wenn eine erstarkende, klassenbewußte und einheitliche Gewerkschaftsbewegung die Interessen des Kapitals ernstlich zu bedrohen beginnt.

Seit längerer Zeit versucht die BRD, einen größeren Einfluß auf die politische Entwicklung Lateinamerikas zu gewinnen. Dabei geht es um die Sicherung von Rohstoffen und Märkten, zunehmend aber auch um Investitionen und Verschaffung von Wettbewerbsvorteilen gegenüber US-Konzernen. Bekanntes Beispiel dafür ist das „Atom-Geschäft“ mit Brasilien.

Um die möglichst ungehinderte Tätigkeit der BRD-Konzerne zu sichern, wurde ein ansehnliches Instrumentarium neokolonialistischer Politik entwickelt, mit dem insbesondere der ideologische Klassenkampf intensiviert wurde. Die Notwendigkeit dafür ergab sich nicht zuletzt aus der Ausstrahlungskraft der ku-

banischen Revolution, die immer deutlicher und konkreter zeigt, daß der Sozialismus ein Ausweg aus Unterentwicklung, Hunger, Elend und Ausbeutung ist.

Im Rahmen der Systemauseinandersetzung ist eine interessante Arbeitsteilung zwischen den USA und der BRD zu beobachten. Denn immer noch verfügt der US-Imperialismus auch im ideologischen Bereich über einen gewichtigen Einfluß: 60 % aller Fernsehsendungen, die in Lateinamerika ausgestrahlt werden, sind importiert, und zwar zu 80 % aus den USA; AP und UPI liefern 80 % aller internationalen Nachrichten, die in den Zeitungen Lateinamerikas veröffentlicht werden.¹

Andererseits ist bei den Kräften, die sich mit Unterentwicklung, Hunger und Ausbeutung nicht abfinden, die also politische Lösungen zur Überwindung der Unterentwicklung suchen, der US-Imperialismus völlig diskreditiert, und insbesondere in der Arbeiterbewegung ist der Yankee verhaßt. Sozialdemokratische Politik hat hier eine größere Ausstrahlungskraft, und es ist bekannt, daß die Sozialistische Internationale, insbesondere über die SPD-gesteuerte Friedrich-Ebert-Stiftung, nicht ohne Erfolg ihren Einfluß in Lateinamerika ausgedehnt hat.²

Weniger bekannt sind die Bemühungen der konservativen bis reaktionären Kräfte, die in den christlich-demokratischen Parteien Westeuropas organisiert sind, auch in Lateinamerika Einfluß zu gewinnen. Dabei wurden durchaus Erfolge erzielt, und mit den Wahlerfolgen von Campins in Venezuela und Roldos/Huerta in Ekuador hoffen sie, einen christlich-demokratischen Block gegen den Einfluß der Sozialistischen Internationale geschaffen zu haben.



Auf diesem Hintergrund sind die Bestrebungen der CDU-kontrollierten Konrad-Adenauer-Stiftung zu verstehen, die seit einiger Zeit versucht, Einfluß in der Arbeiterbewegung Lateinamerikas zu gewinnen. Sie wirkt dabei hauptsächlich in und über die Lateinamerikanische Arbeiterzentrale (CLAT), den Zusammenschluß von christlichen Gewerkschaften aus 29 Ländern Lateinamerikas. Am konkreten Beispiel Ekuador sollen Ziel und Vorgehensweise der Konrad-Adenauer-Stiftung aufgezeigt werden.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat in Ekuador eine lange Tradition. Ihre ersten Vereinigungen wurden in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts gegründet, besaßen ursprünglich aber nur lokale oder regionale Bedeutung. Erst 1938 wurde ein nationaler Dachverband gegründet, die Ekuadorianische Katholische Arbeiterkonföderation (CEDOC). Diese Gewerkschaften wurden kontrolliert von Kräften, die dem hohen Klerus der in der Konservativen Partei vertretenen Bourgeoisie nahestanden. Erklärtes Ziel war es, den „sozialen Frieden“ mittels eines „Gleichgewichtes von Kapital und Arbeit“ zu erreichen.

Traditionen der Arbeiterbewegung Ekuadors

Diese christliche, ja damals noch ausdrücklich als katholisch firmierende Arbeiterbewegung war eine Antwort auf die Gewerkschaftsbewegung, in der die Mitglieder der sozialistischen und kommunistischen Partei mitwirkten, und die einen klassenbewußten Standpunkt vertrat. Diese Kräfte gründeten 1944 ihren nationalen Dachverband Arbeiterföderation von Ekuador (CTE).

Durch ihr kompromißloses Eintreten für die Rechte der Arbeiterklasse errang die CTE schnell Ansehen und Stärke: 1959 zählte sie 90 000 Mitglieder in insgesamt 600 Einzelgewerkschaften, während die CEDOC zum gleichen Zeitpunkt 50 000 Mitglieder angab.³ Bereits damals war die CTE am stärksten im Industrieproletariat verankert, während die CEDOC den Großteil ihrer Anhänger unter den Landarbeitern zählte.

Zu Beginn der 60er Jahre verstärkte der US-Imperialismus die Infiltration der Arbeiterbewegung, auch in Ekuador. Mit anti-kommunistischer Hetze, Agenten und viel Geld gelang es, eini-

ge CTE-Gewerkschaften zu spalten. Unter direkter Anleitung der US-Gewerkschaftszentrale AFL/CIO und des CIA wurde 1962 der Spalter-Dachverband Ekuadorianische Konföderation der Freien Gewerkschaftsorganisationen (CEOSL) gegründet. Die Arbeiterbewegung der 60er Jahre war also gekennzeichnet durch Zersplitterung, und somit verfügte sie weder über politischen Spielraum, noch konnten die Interessen der Werktätigen wirksam vertreten werden. Im Rahmen der in den 60er Jahren einsetzenden Industrialisierung konnte daher eine verstärkte Ausbeutung der Arbeiterklasse ohne nennenswerte Gegenwehr durchgesetzt werden. Das starke zahlenmäßige Anwachsen der Arbeiterklasse und insbesondere ihres Kernes von Industriearbeitern, verbunden mit der sich ständig verschlechternden materiellen Lage aller Werktätigen, ermöglichte Bewußtseins- und Politisierungsprozesse, die von einer großen Mehrheit der arbeitenden Menschen Ekuadors getragen wurden und werden. Ein Ausdruck dessen sind die Veränderungen, die in den drei Gewerkschaftsverbänden stattgefunden haben.

Die tiefgreifendsten Veränderungen fanden in der CEDOC statt. Von einer katholisch, dann christlich orientierten Gewerkschaftszentrale wandelte sie sich unter dem Druck der gesellschaftlichen Widersprüche zu einer fortschrittlichen, antikapitalistisch und antiimperialistisch orientierten Gewerkschaftszentrale — eine Erscheinung, die nicht nur auf Ekuador beschränkt ist, sondern alle christlichen Gewerkschaften Lateinamerikas betrifft.⁴ Die 1971 beschlossene Namensänderung in „Klassengewerkschaft“ hatte vorerst nur formalen Charakter, signalisierte aber bereits aufbrechende Widersprüche. 1975 beschloß dann der XI. Gewerkschaftstag mit großer Mehrheit ein antikapitalistisches und antiimperialistisches Aktionsprogramm, zusammen mit einem Aufruf zur Einheit der Arbeiterklasse. Die gewählte Leitung steuerte trotz des neuen Programms den alten Kurs, und es bedurfte eines außerordentlichen Gewerkschaftstages im Juli 1976, um eine Leitung zu wählen, die gewillt war, das beschlossene Programm auch in die Tat umzusetzen.

Auch die CEOSL konnte sich von der Bevormundung durch den AFL/CIO und das Amerikanische Institut für Freie Arbeitsentwicklung (AIFLD) befreien, erst danach gewann sie einen größeren Einfluß in der Arbeiterklasse.

Veränderungen anderer Art fanden in der CTE statt. Unverän-



Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. (KAS) wurde 1962 von führenden CDU-Kräften gegründet. Wie die Stiftungen der anderen Bundestagsparteien (Hanns-Seidl-Stiftung/CSU; Friedrich-Naumann-Stiftung/FDP; Friedrich-Ebert-Stiftung/SPD) fungiert die KAS außenpolitisch als verlängerter Arm der offiziellen BRD-Diplomatie auf Gebieten, in denen man das offizielle Engagement scheut. Innenpolitisch leistet die KAS „wissenschaftliche Zuarbeit“ für die CDU: Grundlagenforschung, Bildungsarbeit für CDU-Funktionäre usw.

Vorstand: Vorsitzender: Bruno Heck (Mitglied des Bundestages); Stellvertreter: Manfred Wörner (Vorsitz auch im Verteidigungsausschuß des Bundestages); Mitglieder: Helmut Kohl (CDU-Bundesvorsitzender), Kai Uwe von Hassel (Präsident der Europäischen Union Christlicher Demokraten) u. a. führende CDU-Vertreter aus Rüstung, Wirtschaft und Politik.

Büro für Internationale Zusammenarbeit, koordiniert und leitet beim KAS-Vorstand die Auslandsaktivität folgender KAS-Institutionen:

Institut für Internationale Solidarität (IIS) (gegr. 1962), Hauptträger der KAS-Auslandstätigkeit in Asien, Afrika, Lateinamerika und Europa. Etat: 43,2 Mio DM (52 % des KAS-Gesamtetats). Hauptzielgruppen in der Dritten Welt sind Unternehmerorganisationen, Gewerkschaften und Massenmedien.

Institut für Begabtenförderung (IBK) (gegr. 1965), führt die Ausbildung von Führungskadern aus Entwicklungsländern für Schlüsselpositionen in Wirtschaft und Gesellschaft mit 12 Mio DM (15 % des KAS-Gesamtetats) durch.

Politische Akademie Eichholz (PAE) (gegr. 1962), organisiert die politisch-ideologische Massenpropaganda der CDU im Ausland und in der BRD mit 4,5 Mio DM (5 % des Gesamtetats). Hauptzielgruppen sind Funktionäre von Jugend-, Studenten- und Frauenorganisationen, auch breite Wählerschichten.

Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut (gegr. 1967), ist vor allem in der BRD mit Wahlauswertung, Umfragen, Datenverarbeitung usw. beschäftigt, ebenso wie das

Institut für Kommunalwissenschaften (gegr. 1971) (BRD-Innenpolitik) und das **Bildungswerk** („Erwachsenenbildung“). Das **Archiv für christlich-demokratische Politik** sammelt und bereitet für die gesamte KAS-Tätigkeit relevantes Material aus dem In- und Ausland vor.

Finanzierung (Stand 1975):	Mio DM
Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit	39,4
Bundesministerium des Inneren	13,7
Auswärtiges Amt	4,4
Sonst. Haushalt	5,4
Länder, Kommunen, Spenden, Sonstiges	3,9
Insgesamt 1975 (1965: 4,5 Mio DM, 1978: 82,4 Mio DM):	66,8

Mit rund 350 Funktionären aus der BRD und etwa 1 500 Mitarbeitern ausländischer Organisationen an KAS-Projekten unterhält die KAS **Stützpunkte** vor allem in Lateinamerika (Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ekuador, Kolumbien, Kostarika, Mexiko, Paraguay, Peru, Vernezuola), aber auch in Afrika (Ägypten, Gabun, Ghana, Kamerun, Kenia, Nigeria, Ruanda, Tansania, Zaire) und Asien (Indonesien, Südkorea, Malaysia, Philippinen, Singapur, Sri Lanka, Thailand).

Ausgewählte Aktivitäten:

Chile: 1964, 1970, 1973 Wahlhilfe für die Christdemokratische Partei (PDC), Mitfinanzierung von Kampagnen gegen die Unidad Popular vor dem Militärputsch. Danach Unterstützung des Pinochet-Regimes u. a. durch Drängen auf Kredite für die Junta aus der BRD. Heute vor allem Schulung von regimetreuen Gewerkschaftern.

Venezuela: 1969, 1973 Wahlhilfe für die christdemokratische, großbürgerliche Partei Comité de Organización Política Electoral Independiente (COPEI), welche im Dezember 1978 die Präsidentschaftswahlen (mit 47 % der Stimmen) gewann und seit März 1979 mit Luis Herrera Campins den venezolanischen Präsidenten stellt.

Südvietnam: Bis 1975 Finanzierung der Confederation Vietnamienne du Travail (CVT) in Millionenhöhe, die bewaffnete Banden zum Schutz des Thieu-Regimes, gegen die nationale Befreiungsfront und zur Terrorisierung von Zivilpersonen einsetzte.

Lesotho: 1970 Wahlkampforganisation des mit dem südafrikanischen Apartheidsystem sympathisierenden späteren Premiers Leabua Jonathan, der auf KAS-Initiative die Verfassung außer Kraft setzt, den Ausnahmezustand verhängt und den Führer der Basutoland Congress Party inhaftiert, um eine Wahlniederlage zu verhindern.

Zaire: Gewerkschaftspolitische Ausbildung von Führungskräften und Schulung von — 1973 alleine 5 000 — Betriebsräten.

der blieb ihre klassenbewußte Haltung gegenüber der Bourgeoisie, fehlerhafte Einschätzungen von Bündnispartnern und der Aktionseinheit mußten jedoch überwunden werden. Die CTE kannte CEDOC und CEOSL aus den 60er Jahren als Organisationen, deren Hauptaufgabe die Bekämpfung der CTE war. Unter nun geänderten Bedingungen mit den frühen Gegnern Bündnisse einzugehen, erforderte ein Umdenken bei Mitgliedern und Funktionären. Ein wichtiger Beitrag für das einheitliche Handeln war der IX. Parteitag der KP Ekuadors 1973: Er orientierte die Aktivitäten der Partei auf die Einheit aller Linkskräfte, insbesondere in der Gewerkschaftsbewegung.



CDU-Mittlerin Isabel Robalino Bolle (m.)

Ab 1974 nehmen die Einheitsbestrebungen deutliche Formen an. Am 1. Mai demonstrierten die drei Gewerkschaftszentralen zum ersten Mal gemeinsam. Im August 1975 bildeten sie ein „Einheitskomitee“ zur Koordinierung ihrer Aktionen und beschlossen ein gemeinsames 9-Punkte-Programm. Darin wurden nicht nur Verbesserungen der materiellen Lage der Werktätigen gefordert, sondern auch grundlegende Reformen wie Durchführung der Agrarreform und Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftszweige.⁵ Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, wurde mit einem gemeinsamen Generalstreik am 13. November 1975 das gesamte wirtschaftliche Leben Ekuadors paralysiert — zum ersten Mal in der Geschichte dieses Landes.

Die Einheitsbestrebungen trugen erheblich zur politischen und organisatorischen Stärkung der Gewerkschaftsbewegung bei, was sich auch in der Entwicklung der Mitgliederzahlen niederschlug. 1972 waren in den drei Gewerkschaftszentralen erst 200 000 Arbeiter organisiert, knapp 11 % der ökonomisch aktiven Bevölkerung.⁶ 1977 waren bereits 550 000 Werkstätige organisiert, und zwar 230 000 in der CTE, 200 000 in der CEDOC und 120 000 in der CEOSL.⁷ Diese Zahlen zeigen, daß einheitliches Handeln zur Stärkung aller drei Organisationen führte.

Das einheitliche Handeln der Arbeiterbewegung mußte aber gegen viele Widersprüche durchgesetzt und errungen werden. Insbesondere die CDU-gesteuerte Konrad-Adenauer-Stiftung versuchte mit allen Mitteln, die Spaltung aufrecht zu erhalten.

Die Schlüsselrolle der Isabel Robalino Bolle

Die Konrad-Adenauer-Stiftung wurde 1962 gegründet. Sehr schnell widmete sie internationalen Aktivitäten große Aufmerksamkeit; heute ist eine ihrer fünf Abteilungen, das Institut für Internationale Solidarität, ausschließlich damit betraut. Lateinamerika steht nach wie vor im Mittelpunkt, auch wenn die Aktivitäten in Afrika und Asien in den letzten Jahren zugenommen haben. Nach eigenen Aussagen ist ein wichtiges Ziel ihrer Arbeit die soziale, wirtschaftliche und politische Förderung marginaler und sozialer schwacher Bevölkerungsschichten.⁸ Als wichtigster Ansatzpunkt wird die „Förderung von Führungskräften“ vorwiegend aus dem gewerkschaftlichen Bereich angesehen. Wie sah in Ekuador die auf „die Freiheit des einzelnen, der sich der Gemeinschaft verpflichtet weiß“ orientierte Aktivität aus?

1969 begann die Konrad-Adenauer-Stiftung die finanzielle Un-

terstützung der CEDOC, die damals von einer stramm christlich-demokratischen Führung unter Figueroa geleitet wurde. Weiterhin wurden Schulungs-Kurse und Austausch-Programme realisiert. Beträchtliche finanzielle Mittel wurden zur Verfügung gestellt, die 1975 bereits jährlich DM 700 000 erreichten. Die CEDOC erhielt diese Mittel über das Ekuadorianische Institut für Soziale Studien (INEDES).

Eine weitere Aufgabe dieses Instituts: Alle von den katholischen Hilfs- und Spendenaktionen Misereor und Adveniat finanzierten Projekte müssen von INEDES begutachtet und empfohlen werden. Die Entscheidungen werden persönlich von der Leiterin, Frau Isabel Robalino Bolle, getroffen. Sie ist eine zentrale Figur innerhalb der reaktionären Kräfte des Landes. Neben vielen Ämtern und Posten in der CEDOC vertritt sie juristisch die BASF-Niederlassung in Ekuador, und arbeitete eng zusammen mit dem langjährigen Beauftragten der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Beratung der Großkonzerne in Ekuador, Dr. Ingo Scholz. Aber damit nicht genug: Der ehemalige CIA-Agent Philipp Agee, der selbst drei Jahre in Ekuador eingesetzt wurde, enttarnte sie als bezahlte CIA-Agentin.⁹ Alle Fäden liefen bei dieser Frau zusammen: Konrad-Adenauer-Stiftung, Kirche, Großkonzerne, CIA. Unter ihrer Anleitung leitete zu Beginn der 70er Jahre Cuisana die CEDOC.

Bilanz nach 10 Jahren Diversionstätigkeit

Die beträchtlichen finanziellen Mittel der Konrad-Adenauer-Stiftung wurden teilweise auch zur Stärkung des Apparates der CEDOC verwendet. Damit konnte aber nicht verhindert werden, daß immer mehr Mitglieder und Einzel-Gewerkschaften zusammen mit den anderen Werkträgern ihre Interessen vertreten wollten. Auf deren Druck kam es dann 1974 zu dem gemeinsamen Komitee aller drei Gewerkschaftszentralen. Cuisana, ein Meister des Verbalradikalismus, konnte aber weitergehende Vereinbarungen geschickt unterlaufen. Die Ereignisse wurden dennoch von der CLAT-Zentrale und der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Mißtrauen registriert.

Als 1975 ein Gewerkschaftstag ein antiimperialistisches und antikapitalistisches Programm beschloß, wurde die Notbremse gezogen: Alle finanziellen Zuwendungen der Konrad-Adenauer-Stiftung an die CEDOC wurden eingestellt, diese Mittel wurden an Cuisana persönlich ausgezahlt. Obwohl immer noch in der CEDOC-Leitung, arbeitete Cuisana gegen die fortschrittliche Bewegung innerhalb der CEDOC, und war dabei in der Wahl seiner Mittel nicht gerade pingelig. So finanzierte er beispielsweise mit CDU-Geldern eine große Pressekampagne, um die Exponenten der fortschrittlichen Richtung als CIA-Agenten zu diffamieren.

Das Manöver war jedoch zu durchsichtig und brachte Cuisana um den letzten Rest seines Ansehens. Ein außerordentlicher Gewerkschaftstag wurde zum 3. Juli 1976 einberufen, um eine neue Leitung zu wählen. Cuisana versuchte, diesen Kongreß zu verhindern, aber selbst mit Bombendrohungen gelang es ihm nicht. Er wurde abgewählt, versuchte nun aber mit juristischen Mitteln, die Führung der CEDOC wieder zu gewinnen.

Zur Unterstützung von Cuisana wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung Dr. Rüdiger May abgestellt, der ab August 1976 in Ekuador tätig wurde. Aber auch ihm gelang es nicht, Cuisana als Vorsitzenden einzusetzen. Die Legalisierung der neuen CEDOC-Führung unter Emilio Velasco durch das Arbeitsministerium konnte nur bis September hinausgeschoben werden, eine Verhinderung war nicht möglich.

Die Ergebnisse der Arbeit von Herrn May waren einerseits kümmerlich, gelang es ihm doch nicht, Cuisana wieder zu Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung zu verhelfen. Eine von Cuisana einberufene Gegendemonstration am 1. Mai 1978 konnte selbst nach Angaben der wohlgesonnenen Regierungspresse nicht mehr als 500 Teilnehmer vereinigen, während unter den gemeinsamen Losungen der drei Gewerkschaftszentralen mehr als 100 000 Menschen demonstrierten.

Andererseits muß gesehen werden, daß ab 1976 die staatlichen Maßnahmen gegen die Arbeiterbewegung intensiver und brutaler werden. Wie weit dabei die Konrad-Adenauer-Stiftung beratend mitwirkte, kann nicht genau ausgemacht werden — es bleibt nur festzustellen, daß nach der Ankunft von Herrn May und der Abhaltung von Cuisana der neue Zustand begann. Die 1. Mai-Demonstration 1977 wird stark behindert; nach dem Generalstreik am 18. Mai 1977 werden Streiks durch Gesetzesdekret illegalisiert, der Vorsitzende der CTE zu zwei Jahren Haft, der Vorsitzende der CEDOC zu sechs Monaten Haft verurteilt — beiden gehen in den Untergrund. Der Vorsitzende der Lehrgewerkschaft wird eingekerkert, gegen 100 Gewerkschaftsfunktionäre wird Haftbefehl erlassen.

Im Oktober des gleichen Jahres wird ein blutiges Fanal gesetzt: Die streikenden Arbeiter der staatlichen Zuckermühle AZTRA werden von Truppen angegriffen, über 100 Menschen werden getötet, darunter auch Frauen und Kinder der Streikenden.¹⁰ Dieses Gemetzel wird von der Regierung zum Anlaß für weitere Unterdrückungsmaßnahmen genommen, denn — so die Regierungsbegründung — der Streik sei von „extremistischen Kräften“ angezettelt.

Zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre werden verhaftet, unter ihnen auch zahlreiche CEOSL-Mitglieder einschließlich ihres Vorsitzenden José Chavez. Während er und andere Funktionäre im Gefängnis sind, haben dann „zufällig“ die einheitsfeindlichen Kräfte in der CEOSL die Mehrheit, und sie kündigen im November 1977 die Vereinbarung über das Einheitskomitee der drei Gewerkschaftszentralen auf. Eine weitere Maßnahme der Regierung: Die Illegalisierung der FENOC, der größten Bauergewerkschaft Ekuadors, in der die Mehrheit der CEDOC-Mitglieder organisiert sind, zugunsten einer kleiner Splittergruppe, deren Vorsitzender Cuisana ist.

Am 22. Dezember 1977 schließlich wird die gesamte CEDOC-Führung von dem zuständigen Ministerium für illegal und abgesetzt erklärt, und Cuisana als neuer Vorsitzender eingesetzt.

Fritz Noll
Ingrid Kurz
Horst-Eckart Gross

Unidos venceremos

20 000 Kilometer durch Lateinamerika

„Der Polizist, der in dieser grauen Morgenstunde des 29. April 1971 an einer Straßenkreuzung des gepflegten Stadtteils Monterico, im Osten von Lima, stand, traute seinen Augen nicht. Da zog durch den nebelverhangenen Morgen eine schweigende Masse heran. Zerlumpte Gestalten, Frauen, die ihre Kinder auf den Rücken gebunden hatten, ab und zu ein Räuspern, das Wimmern eines Kindes, ein Zug des Schweigens, 2000 oder 3000 Menschen.“

So beginnt ein ungewöhnliches Buch, ein Reisebericht über 20 000 Kilometer Lateinamerika. Zwei Wissenschaftler, ein Journalist, ein Hotelzimmer in Havanna, mehrere Mojitos — weißer Rum auf Eis mit Zitrone und Minzkraut — fassen den Beschluß, ihre Eindrücke aufzuschreiben: Entstanden ist daraus ein äußerst spannender, frisch geschriebener Bericht, der hilft, die Unwissenheit über Lateinamerika etwas aufzuhellen.

170 Seiten, reich illustriert, 7,80 DM.



Weltkreis-Verlag

Postfach 789 4600 Dortmund

Das Gewerkschaftshaus wird umstellt, Telefon und Strom abgestellt, aber die rechtmäßig gewählte CEDOC-Führung verläßt nicht das Haus und erklärt, man würde sie nur als Leichen herausholen können.¹¹

Die Proteste häufen sich, die Aktion wird abgebrochen. Zu offensichtlich ist es, daß man zu weit gegangen ist. Cuisana hat nun nach Meinung seiner Mentoren in der Konrad-Adenauer-Stiftung endgültig das letzte Zipfelchen Prestige verloren. Er wird nach Caracas in die CLAT-Zentrale abgeschoben, ein junger Student wird von der Konrad-Adenauer-Stiftung zu seinem Nachfolger aufgebaut.

Die Bilanz von zehn Jahren Konrad-Adenauer-Stiftung in Ekuador: Hauptziel war die Spaltung der Arbeiterbewegung, zusammengearbeitet wurde mit Großkonzernen und dem CIA, eine Beteiligung an blutigen Unterdrückungsmaßnahmen und juristischen Machenschaften ist nicht auszuschließen. Man vergleiche diese Tatsachen mit der Eigendarstellung: „Unter Achtung der Souveränität und Selbständigkeit der Entwicklungsländer einen Beitrag zur friedlichen Lösung der Probleme und Konflikte zu leisten, orientiert am Ziel einer dynamischen, initiativen Gesellschaft mit gerechter Sozialstruktur.“¹²

Es spricht für die Stärke und Reife der Arbeiterbewegung Ekuadors, daß die Ansätze zum einheitlichen Handeln selbst mit so massiven Einmischungs- und Spaltversuchen nicht zerschlagen wurden. Auch am 1. Mai 1979 demonstrierten die drei Gewerkschaftszentralen gemeinsam, mehrere Hunderttausend Menschen beteiligten sich. Eine Einheitszentrale CUT konnte nicht gebildet werden, die objektiven Bedingungen dafür werden jedoch geschaffen.

Ein wichtiges Ereignis im politischen Bereich war die Gründung der Breiten Front der Linken (FADI) im Juli 1977, in der Sozialisten, Kommunisten und linke Christen zusammenarbeiten. Alle drei Gewerkschaftszentralen arbeiten eng mit der FADI zusammen, so daß dieses Bündnis als der politische Repräsentant der Arbeiterbewegung angesehen werden kann. Bei den Präsidentschaftswahlen ein Jahr nach Gründung der FADI konnten 5% der Wählerstimmen gewonnen werden. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus fielen zwei von 69 Sitzen an die FADI.

Bescheidene Ergebnisse, aber Kommentatoren aller politischen Richtungen in Ekuador vertreten die Meinung, daß bei Fortdauer und Konsolidierung der FADI ihr politischer Einfluß, auch in Wählerstimmen gemessen, sehr stark wachsen wird. Insgesamt zeigt sich also immer deutlicher die Stärke der Arbeiterbewegung Ekuadors. Sie gewinnt immer mehr an Einfluß, was angesichts der objektiven Bedingungen und der massiven Einmischungs- und Einschüchterungsversuche nicht gerade einfach ist.

Anmerkungen:

- 1) Nach Untersuchungen der UNESCO, dargestellt in: R. Alvarez Quinones, *El diversionismo ideológico y los medios de difusión masiva en Occidente*, in: Granma, Havanna, 8. 2. 1979
- 2) Über die Aktivitäten der Friedrich-Ebert-Stiftung siehe beispielsweise: Spiegel-Report, 16. 4. 1979
- 3) Vgl. L. Linke, *Ecuador*, London/New York/Toronto 1960, S. 38 f. sowie J. M. Egas, *Ecuador y el Gobierno de la Junta Militar*, Buenos Aires 1975
- 4) Vgl. L. V. Peguseva, *Die Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Lateinamerika*, in: *Lateinamerika — Semesterberichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock*, Frühjahrssemester 1976, S. 5—17
- 5) Nähere Angaben z. B. bei K. Trusch, *Ecuador*, in: *Bennholdt-Thomsen u. a. (Hrsg.), Lateinamerika-Analysen und Berichte 2*, Westberlin 1978, S. 266
- 6) *NACLA-Report* (Deutsche Übersetzung), Münster 1978, S. 39
- 7) *Ecuador—Brasilien am Pazifik?* Bonn o. J., S. 55
- 8) Vgl. L. Selzner, *Gewerkschaftsbezogene Entwicklungshilfe der Konrad-Adenauer-Stiftung* in: *Gewerkschaften und Entwicklungspolitik*, Köln 1975, S. 303—314. Eine ausführliche Darstellung der Aktivitäten der Konrad-Adenauer-Stiftung und ihrer Beziehungen zum CIA findet man in: *Reportaje Confidencial — la democracia cristiana alemana y el movimiento sindical ecuatoriano*, o. O. 1977, sowie K. Funke, *Gewerkschaft und Klassenkampf — Schwere Anschuldigungen gegen CIA und Konrad-Adenauer-Stiftung in Ecuador*, in: 3. *Welt-Magazin*, Nr. 11—12/1977
- 9) Ph. Agee, *Inside the Company*, London 1975, S. 620
- 10) Siehe dazu die Berichterstattung z. B. in: *Horizont*, Berlin, Nr. 46/1977
- 11) *Arbeiterbewegung in Ecuador*, in: *ILA-Info*, Nr. 16/Juni 1978
- 12) K. Funke, *Gewerkschaft und Klassenkampf . . .*, a. a. O., S. 305

Das AIB verschenken!

Liebe AIB-Abonnenten und Leser,

wenn Sie an Geburtstagen, zu Weihnachten oder zu anderen Anlässen ein nicht alltägliches Geschenk suchen, empfehlen wir Ihnen ein **AIB-Geschenkabo**.

Sie machen damit sich und dem Beschenkten eine Freude. Sie stärken damit das AIB. Und Sie können damit der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung einen neuen Interessenten oder Engagierten gewinnen helfen.

Das Geschenkabo kostet 20,- DM.

Geben Sie dazu Ihre Anschrift wie die des Beschenkten an und Ihre Unterschrift.

Senden Sie diesen Abschnitt oder ein entsprechendes Anschreiben an uns ein und überweisen Sie zuvor den Abo-Betrag auf das Konto: Postscheck-Konto Ffm., 312093-607 Weltkreis Verlags GmbH, Sonderkonto AIB, Dortmund. Wir senden dann dem Beschenkten umgehend oder zum gewünschten Zeitpunkt ein Geschenkschreiben zu.

Ich verschenke ein AIB-Jahresabo ab Nr. . . . an:

(Name und Anschrift des Beschenkten)

Schenkender:

(Name und Anschrift)

(Datum)

(Unterschrift)



25 Jahre bewaffneter Aufstand in Algerien



FNL-Führer und Präsident Houari Boumediene

In der Nacht zum 1. November 1954 eröffnete die algerische Nationale Befreiungsfront (FNL) mit Überfällen auf Militärposten der französischen Kolonialarmee ihren Befreiungskrieg. Damit begann ein fast 8jähriger, von der französischen Seite mit exzessiver Brutalität geführter Kampf, in dem die Kolonialmacht am 5. Juli 1962 Algerien dennoch — auf den Tag genau 132 Jahre nachdem sie Algier erobert hatte — die Unabhängigkeit zugestehen mußte.

Der Widerstand des algerischen Volkes ist so alt wie die koloniale Unterwerfung des bis 1830 innerhalb des Osmanischen Reiches weitgehend autonomen Algerien. Zu einer legendären und für die Nationwerdung Algeriens bedeutenden Persönlichkeit wurde Abd el-Kadr, unter dessen Führung 1832 zunächst Westalgerien gegen die Franzosen kämpfte, die Souveränität garantiert bekam und schließlich, ab 1839, fast das ganze Land im Aufstand war. Erst die mit unbeschreiblicher Grausamkeit vom französischen General Bugeaud praktizierte Politik der verbrannten Erde, die das Land verwüstete und zahllose Opfer forderte, zwang die Aufstandsbewegung nieder. 1847 mußte Abd el-Kadr kapitulieren. Dennoch folgten weitere, zumeist jedoch auf Regionen und Stammesgebiete beschränkte Revolten; die letzte größere 1871 in Mittelalgerien.

Die moderne algerische Widerstands- und Befreiungsbewegung entstand nach dem 1. Weltkrieg. 173 000 Algerier waren in französischen Kriegsdienst gezwungen worden, weitere 120 000 in die Rüstungsproduktion. Sie kamen mit fortschrittlichen Ideen und Bewegungen in Kontakt, zum Teil auch mit der kommunistischen Arbeiterbewegung. Religiöse Gruppierungen, die überwiegend aus dem Kleinbürgertum stammende Intelligenz und die Arbeiterbewegung prägten organisatorisch die Bewegung für Autonomie und Unabhängigkeit Algeriens; die Forderung nach Unabhängigkeit wurde erstmals von Messali Hadsch, dem Führer einer sich vor allem aus der Arbeiterschaft rekrutierenden Bewegung, 1927 auf dem Brüsseler Gründungskongreß der Liga gegen den Imperialismus ausgesprochen. Messalis Bewegung sollte nach 1945 zunächst noch einen erheblichen Einfluß ausüben; seine eigene politische Entwicklung führte ihn jedoch von den ursprünglich eingenommenen Positionen fort. Die kleinbürgerliche Strömung stand seit den 30er Jahren unter dem Einfluß des Apothekers Ferhat Abbas, der sich während des Befreiungskrieges der FNL anschließen sollte.

Das Ende des 2. Weltkrieges sah Frankreichs Position entscheidend geschwächt. Dennoch hielt es zunächst an seinen kolonia-

len Träumen fest; Algerien wurde 1949 ausdrücklich als Territorium erwähnt, das dem NATO-„Schutz“ unterstand. Bescheidene Kolonialverwaltungsreformen vermochten weder dem Drang nach Autonomie Algeriens noch der nun wesentlich stärkeren Unabhängigkeitsbewegung entgegenzuwirken, zumal sie durch Wahlmanipulation und -betrug und den Widerstand der Siedler, der rund 1 Mio Algerienfranzosen (genannt „Pieds-noirs“, Schwarzfüße, weil sie Schuhe tragen), entwertet wurden.

Das Scheitern reformistischer und legalistischer Versuche führte zur Krise der Widerstandsgruppierungen. Von Messalis Bewegung spalteten sich 1950 die Spezialorganisationen (OS) ab, die bereits zu Sabotageaktionen übergingen. Ihre Anhänger gründeten zusammen mit anderen jüngeren Politikern im März 1954 das Revolutionäre Komitee für Einheit und Aktion (CRUA), aus dem die FNL hervorging. Zu seinen Führern gehörte u. a. Ben Bella, der 1962 nach Auseinandersetzungen mit dem reformistischen Flügel Ferhat Abbas' Staatspräsident des unabhängigen Algerien werden sollte.

Die FNL setzte der von den Franzosen importierten Unterentwicklung — z. B. 1954 94% Analphabeten, Arbeitslosigkeit, geringe Lebenserwartung, die Verwandlung Algeriens aus einem Weizenexportland 1830 in ein Hungergebiet — mit einer 1956 im Soumman-Tal in der Kabylei verabschiedeten Plattform eine revolutionäre Perspektive entgegen. Auch wenn die Zielvorstellungen noch vage umschrieben wurden, war dies der Ausgangspunkt einer ideologischen und politischen Radikalisierung hin zu einer sozialistischen Orientierung, die 1962 kurz vor der Unabhängigkeit noch in der Charta von Tripoli ihren Ausdruck fand (vgl. zur weiteren Entwicklung Algeriens AIB, Nr. 1/1977).

Die Unüberwindlichkeit der FNL

Militärisch mußte die Nationale Befreiungsarmee (ANL) nach Anfangserfolgen dem französischen Druck und der terroristischen Kriegsführung der auf 500 000 Mann verstärkten Truppen teilweise weichen. Dennoch gelang es der Kolonialarmee nie, den Widerstand zum Erliegen zu bringen. Vor allem in der Region Oran, die zeitweilig unter dem Kommando Houari Boumediennes (ab 1960 Generalstabschef der ANL und ab 1965 Staatspräsident) stand, hielt sich die ANL sehr gut. Obwohl es den Franzosen z. B. gelang, durch Terror und Foltermethoden die Stadtguerilla von Algier 1957 zu zerschlagen, vermochten sie nie, den gewaltigen Massenanhang von der Bewegung zu isolieren; im Gegenteil, ihre barbarischen Methoden — 1 Mio Algerier ließen ihr Leben im Befreiungskrieg — ließen sie zudem international in Verruf geraten (was die Bundesregierung nicht hinderte, Paris seiner vollen Unterstützung zu versichern).

Die Belastung durch den Krieg führte zur Regierungskrise, die zum Machtantritt des Generals de Gaulle führte. De Gaulle akzeptierte nach anfänglichem Schwanken angesichts der Unüberwindlichkeit des Widerstandes 1960 Verhandlungen. 1962 brachten sie Algerien die Unabhängigkeit, die auch durch den Putschversuch der faschistischen OAS unter Beteiligung französischer Militärs nicht mehr zu verhindern war.

Der Sieg des algerischen Volkes und die von ihm eingeschlagene progressive Orientierung, der von der Demokratischen Volksrepublik Algerien praktizierte Internationalismus machen die algerische Revolution zu einem Markstein im Befreiungskampf der Völker Afrikas und Arabiens und darüber hinaus.

Chilenische Aufzeichnungen



Am Sonntag, den 9. September d. J. kam ich mit einigen weiteren Chilenen, die in verschiedenen Städten der Bundesrepublik im Exil leben, in die Kirche St. Ignatius in Frankfurt/Main. Wir wollten eine Gruppe von Chilenen und Deutschen, die in dieser Kirche einen Hungerstreik durchführten, mit dem sie sich mit der Hungerstreikaktion von Angehörigen von Verschleppten in Chile solidarisierten, grüßen und ihnen unsere Anerkennung und Unterstützung ausdrücken. Unter denen, die in der St. Ignatius-Kirche fasteten, befand sich auch ein deutscher katholischer Pfarrer, der Dominikanerpater Anatol Feidt, Vorsitzender der Initiative Internationale Christliche Chile-Solidarität und Autor eines Buches, das wichtige Aspekte der Entwicklung in Chile nach dem Putsch zum Inhalt hat:

A. Feidt, Plaza de Armas 444. Chiles Kirche für die Menschenrechte, Jugenddienst Verlag, Wuppertal 1979, 164 S., 13,80 DM. Im Mittelpunkt von Feidts Werk, das als Titel die Adresse des Vikariats der Solidarität in Santiago trägt, steht eben diese Organisation der Katholischen Kirche Chiles, ihre Tätigkeit, ihre Probleme und Widersprüche und die wichtige Aufgabe, die sie erfüllt.

Es ist ein leicht zu lesendes und unterhaltsames Buch, objektiv bei den Beurteilungen und stets der Wahrheit verschrieben. Es ist, wie Feidt angibt, ein „Dokumentarroman“.

Die Namen der Zentralgestalten sind erfunden, aber alles, was sie sagen oder tun, entspricht der Wirklichkeit. Im Mittelpunkt steht Maria Soledad Hernández, eine einfache Frau aus dem Volk. Der Dokumentarroman beginnt im März 1976, als sie ins Büro des Vikariats der Solidarität kommt, wo sie Hilfe sucht, um ihren Sohn wiederzufinden, der drei Monate zuvor von der Geheimpolizei DINA verschleppt worden war und seitdem verschwunden ist.

„Plaza de Armas 444“ zeigt die Entwicklung, die Maria Soledad in etwas über zwei Jahren durchmacht. Ihre anfänglichen Vorurteile und Ängste, ihre Integrierung in den Kampf der Angehörigen der Verschwundenen, ihren politischen Reifeprozess. Sie lernt, gemeinsam mit anderen zu arbeiten und zu kämpfen. Sie hilft in den Kinderspeisestätten mit und schließt sich auch einer „Arbeitsbörse“ an. Dort, „in dieser Basisorganisation der Vicaria, sprechen sie über ihre Not, ihre Rechtlosigkeit. Aber hier organisieren sie auch Selbsthilfe und Solidarität“ (S. 24). Der Fall von Maria Soledad ist typisch für Tausende chilenische Frauen, die unter den grausamen Bedingungen der Diktatur Pinochets zu antifaschistischen Kämpferinnen geworden sind. Sie wurden, wie der Stahl, durch Schläge gehärtet. Zu diesen Frauen gehören auch die Angehörigen der Verschwundenen, die eines der hervorragendsten Kapitel im Kampf gegen die Diktatur geschrieben haben. Über ihre Aktionen berichtet Anatol Feidts Buch von der ersten bis zur letzten Seite.

„Plaza de Armas 444“ bezieht sich aber auch auf andere wichtige Ereignisse, die die Entwicklung des antifaschistischen Kampfes vom Putsch bis zum Zeitpunkt von A. Feidts Besuch

in Chile (22. 11.—13. 12. 1978) kennzeichnen, wo er auf Einladung der Katholischen Kirche Chiles weilte, um am Internationalen Symposium für die Menschenrechte teilzunehmen.

Anatol Feidts Buch ist ein wertvoller Beitrag zum antifaschistischen Kampf des chilenischen Volkes und ein Aufruf, sich mit ihm zu solidarisieren. Es zu lesen, bedeutet einen umfassenden Einblick in wichtige Aspekte des antifaschistischen Widerstands zu gewinnen.

„Das Leben hat bewiesen, daß die Kommunistische Partei nicht zu zerschlagen war. Nicht wenige Anstrengungen hatte man unternommen, um sie von den Massen der Arbeiter und des Volkes zu trennen. In den Bergwerken des Kupfers, des Salpeters, der Kohle, des Eisens, in den Zementwerken und anderen Fabriken sowie im Transportwesen hatte man Tausende von Arbeitern entlassen, die Mitglieder der Partei waren oder Sympathien für die Kommunisten zeigten. Aber die Partei war immer von neuem entstanden und immer an denselben Orten. Man vertrieb sie, und wieder kam sie zum Vorschein. Es war unmöglich, mit ihr Schluß zu machen, genauso, wie man das Wasser, das aus einem Felsen quillt, nicht aufhalten kann.“ (S. 118)

Diese Schlußfolgerung könnte heute, nach 6 Jahren Faschismus in Chile, geschrieben sein, tatsächlich bezieht sie sich jedoch auf die Jahre von Gonzales Videla (1946—52), wo schon einmal die Arbeiterbewegung gewaltsam unterdrückt wurde. Warum die Kommunistische Partei unzerstörbar ist und woher ihre Mitglieder immer neue Kraft schöpfen, um standhaft zu bleiben, davon bekommt man einen Eindruck, liest man die Aufzeichnungen des heute wohl bekanntesten chilenischen Kommunisten: **L. Corvalán, Aus meinem Leben, Dietz Verlag, Berlin 1978, 128 S. DM 2,40.**

Geschrieben hat Luis Corvalán diese Memoiren 1974 während seines Aufenthaltes im KZ Ritoque in der Absicht, „die Lügen des Tyrannen zu entlarven“ (S. 22), der behauptet hatte, den Führern der Unidad Popular sei „der Schmerz des Volkes fremd, sie (hätten) nichts mit dem Volk gemein und immer ein bequemes Leben geführt“ (S. 19). In der Tat steht dieser in einfachen und bescheidenen Worten geschriebene Lebenslauf weitgehend nicht nur beispielhaft für Tausende andere chilenische Arbeiter, die sich der „großen Familie“, die für sie die Partei ist, angeschlossen haben. Er vermittelt darüber hinaus auch einen tiefen Einblick in wichtige Perioden der Geschichte Chiles und in den politischen Reifeprozess der 1922 gegründeten Kommunistischen Partei Chiles.

Mit Hilfe der Liga Armer Studenten kommt L. Corvalán 1931 vierzehnjährig an das Lehrerbildungsinstitut von Chillán, um den Lehrerberuf zu erlernen. Dort beginnt er sich auch für Politik zu interessieren, und ein Jahr später tat er, wie er sagt, „den wichtigsten Schritt meines Lebens. Ich trat in die Partei ein.“ (S. 47)

Diese, damals knapp 10 Jahre alt, hatte es nicht leicht, unter den schweren Bedingungen von Verfolgungen und Verbot ihren Weg zu finden. „Bald begriff sie, daß die Revolution nicht gerade hinter der nächsten Straßenecke bereitstand. Und sie begab sich auf den Weg, der zur Bildung der Volksfront führte.“ (S. 61) Das war 1936. Das Einheitsbestreben blieb auch hinfort eine konstante Linie der Kommunistischen Partei. Doch es war kein Weg, der ohne Hindernisse verlief. In anschaulicher Form schildert Luis Corvalán die Schwierigkeiten, denen begegnet werden mußte, manchmal auch innerhalb der eigenen Partei. Man kann sicher sagen, daß jeder Leser nicht nur ein lebendiges Bild der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Kommunisten in Chile gewinnt, sondern auch — möchte er das — für sich aus ihren Erfahrungen Lehren ziehen kann.

I. Ljubetić/B. Brinkmann

Zentralafrika



In der Nacht vom 20. zum 21. September 1979 bereitete ein unblutiger Putsch dem Regime des selbsternannten Kaisers von Zentralafrika, Bokassa, ein Ende. Während Bokassa sich in Libyen aufhielt, besetzten französische Fallschirmtruppen die wichtigen Punkte der Hauptstadt Bangui und ließen seinen bisherigen persönlichen Berater, David Dacko, zum neuen Staatspräsidenten ausrufen. Bokassa selbst fand vorerst Asyl in einem weiteren neokolonialen Musterland unter französischer Kuratel, der Elfenbeinküste.

Einen entscheidenden Unterschied für das zu den ärmsten Ländern der Welt zählende Zentralafrika bedeutet dieser Wechsel mitnichten. Frankreich, das Zentralafrika ökonomisch und politisch beherrscht, hat lediglich eine Figur ausgewechselt, die nicht mehr tragbar war für die eigenen Interessen. Erst als international ruchbar wurde, daß Bokassa verantwortlich war für die Ermordung von 250 Schulkindern im Januar und April 1979, ließ Paris von dem treuen Versallen ab, den es jahrelang trotz seines tyrannischen Regiments unbeirrt unterstützt hatte.

Bokassas Nachfolger Dacko bietet alle Gewähr für eine bruchlose Fortführung der Frankreich-hörigen Politik des Landes. Die Kontinuität wird bereits daraus ersichtlich, daß er selbst seit 1976 persönlicher Berater des „Kaisers“ war — und zudem dessen Neffe —, sowie, daß er fast die gesamte Regierungsriege Bokassas übernahm. Als außenpolitische Schritte kündigte er umgehend die Anerkennung Südafrikas an sowie, daß er noch mehr französische Truppen ins Land holen wolle, weil die zentralafrikanische „Armee . . . völlig unorganisiert und unfähig (sei), Menschenansammlungen zu zerstreuen“.

Bezeichnend die Reaktionen der westlichen Massenmedien und Regierungen, die z. B. bis heute beharrlich die kubanische Unterstützung für die legitime angolische Regierung 1975 als „Invasion“ zu diffamieren pflegen: Obwohl Frankreichs Fallschirmjäger mit der Souveränität Zentralafrikas umsprangen als handle es sich um eine Kolonie, blieben die flammenden Proteste aus.

Panama—USA

Am 1. Oktober d. J. trat der bereits im September 1977 unterzeichnete Vertrag über die schrittweise Rückgabe des Panama-Kanal-Gebietes an das panamesische Volk in Kraft (zum Inhalt der Verträge vgl. AIB, Nr. 1/1978, S. 30 ff.). Die Übergabe des Kanals erfolgte in einem Moment, da das US-Repräsentantenhaus seine Einwilligung zu diesem Vertrag verweigerte. Obgleich zuvor der US-Senat den Vertrag ratifizierte, knüpfte das US-Repräsentantenhaus seine Zustimmung an die nachträgliche Aufnahme zusätzlicher Bedingungen in den Vertragstext. Demnach solle der Kanal unter der Autorität des US-Präsidenten bleiben. In Fällen der Sicherheitsgefährdung solle die operative Leitung umgehend einem US-Militärbeauftragten übergeben werden. Entgegen auch den im Vertragstext vereinbarten jährlichen Pachtzahlungen der USA in Höhe von 70 Mio Dollar an Panama empfiehlt das US-Repräsentantenhaus lediglich eine Zahlung bis zu 10 Mio Dollar, deren Höhe von den Einnahmen aus dem Kanalverkehr abhängen solle (vgl. International Herald Tribune (IHT), Zürich, 19. 9. 1979).

Daß allein diese beiden Auflagen dem Kern der Vereinbarungen zu tiefst widersprechen, liegt auf der Hand. Panamas Präsident Aristides Royo erläuterte die Haltung seines Landes gegenüber den neuen „Bedingungen“ auf einer Pressekonferenz so: „Der Kongreß der Vereinigten Staaten hat den Vertrag einseitig interpretiert. Sekundäre Texte können nicht akzeptiert werden . . . Wenn die Vorschriften den Verträgen widersprechen, werden wir sie nicht akzeptieren. Es ist das Problem der US-Regierung“. (IHT, 29./30.1979)

El Salvador

Nach dem Fall des Somoza-Regimes in Nicaragua hat sich die Lage in El Salvador weiter zugespitzt (vgl. Einschätzung in AIB, Nr. 7—8/1979). Jüngste Opfer eines Terrorfeldzuges, der im Juli d. J. allein 59 Tote forderte, waren vier vom Sicherheitsdienst ermordete Führer der Landarbeitergewerkschaft UTC. Aus Anlaß ihrer Ermordung rief die salvadorianische Opposition Anfang Oktober zum Streik auf. Die UTC gehört dem Revolutionären Volksblock (BPR) an, der im September 1979 einen Kongreß durchführte. Auf ihm wurde die Stärke des BPR mit 100 000 Mitgliedern angegeben und ein neues Offensivkonzept des fort dauernden Volkskampfes zum Sturz der Diktatur von Carlos Humberto Romero beinhaltet. Ende September d. J. besetzten 500 Diktaturgegner das Arbeitsministerium in der Hauptstadt, um die Freilassung politischer Gefangener zu erzwingen. Der BPR-Kongreß wies die kürzliche Ankündigung freier Wahlen seitens der Regierung zu einem noch nicht bestimmten Zeitpunkt als Trick zurück, mit dem die Diktatur ihren Ruf aufbessern wolle. Erklärter Wille des Diktators Romero ist es nämlich trotz dieser Ankündigung bis 1982 im Amt zu bleiben. Ebenfalls Ende September d. J. schlossen sich mit der Absicht, ihre bewaffneten Aktionen gegen das Romero-Regime zu koordinieren, drei der bedeutendsten Guerillaorganisationen, das Revolutionäre Volksheer (ERP), die Streitkräfte des Nationalen Widerstandes (FARN) und die Volksbewegung Farabundo Marti, unter einem einheitlichen Kommando zusammen.

Unterdessen unternimmt die Carter-Administration alle Anstrengungen, um in El Salvador eine Wiederholung ihres Nicaragua-Debakels zu verhindern. Zu mehreren geheimen Begegnungen mit dem Romero-Regime trafen US-Sonderbotschafter Bowlder und Unterstaatssekretär Vaky im September in San Salvador ein. Washington setzt offenbar auf eine verstärkte Unterstützung Romeros in einer Situation, da nach Vaky „die Aussicht auf Vermeidung eines Aufruhrs rapide schwindet“ (International Herald Tribune, Zürich, 15./16. 9. 1979).

Afghanistan

Mitte September d. J. erfolgte nach offenbar heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der afghanischen Führung die Ablösung von Präsident Noor Mohammad Taraki (er verstarb 62jährig am 8. 10. 1979), von Innenminister A. Watanjar und Grenzminister S. Mazdoorjar. Auf außerordentlichen Plena des Zentralkomitees der Volksdemokratischen Partei Afghanistans (VDPA) und des Revolutionsrates vom 16. 9. 1979 wurde der erste Minister Hafizullah Amin (50) zum neuen VDPA-Generalsekretär, Präsidenten des Revolutionsrates und Ministerpräsidenten gewählt.

In einer Botschaft an das Volk betonte H. Amin zum einen, daß von nun an mit der „Ein-Mann-Regierung“, mit „all den Eigenmächtigkeiten, Verantwortungslosigkeiten, dem beunruhigenden, verunsichernden und unverantwortlichen Verhalten von Staatsfunktionären gegenüber dem Volk“ Schluß gemacht werde. Stattdessen sollten der kollektive Führungsstil in allen Staatsangelegenheiten eingehalten, die Rechte des werktätigen Volkes auf „volle Sicherheit“, demokratische Freiheiten und Gesetzlichkeit gewährleistet werden. „Niemand wird mehr, ohne ein Verbrechen begangen zu haben, inhaftiert.“ (Kabul Times, 18. 9. 1979) Zum anderen legte Präsident H. Amin eine stärkere Betonung auf den proletarischen Charakter der Staatsmacht (vgl. auch Interview in: AIB, Nr. 10/1979), deren Basis die „epochemachende Ideologie der Arbeiterklasse“, die Machtausübung der Arbeiterklasse mittels ihrer Avantgardepartei (der VDPA) und „ihr festes Bündnis mit den Bauern und anderen Werktätigen“ sei. Eindeutiger geriet nun auch die gesellschaftspolitische Orientierung der afghanischen Volksrevolution mit der Festlegung auf das „Einschlagen des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges“. Der außenpolitische Kurs wurde bekräftigt.

Daß H. Amins Bekenntnis zur demokratischen Gesetzlichkeit praktische Konsequenzen zeitigen dürfte, deuten die Dekretierung einer allgemeinen Amnestie für grundlos Inhaftierte, eines Revolutionären Sondergerichts, der Regierungsauftrag an alle afghanischen Emigranten zur straffreien Rückkehr oder die Freilassung von 857 politischen Gefangenen bis zum 3. Oktober d. J. an. Auf einer Pressekonferenz vom 23. 9. 1979 in Kabul bekräftigte der neue Präsident, daß er sich strikt an die „kollektive Entscheidungsbefugnis“ der Partei- und Staatsführung halten werde, und man eine „Ausweitung und Vertiefung der revolutionären Veränderungen“ zu erwarten habe (Kabul Times, 26. 9. 1979).

Jahr des Kindes 1979 – und weiter?

Von zahllosen wohlklingenden Reden, die 1979 anlässlich des Jahres des Kindes gehalten wurden, darf erfahrungsgemäß angenommen werden, daß sie im kommenden Jahr vergessen sein werden. Oder erwartet jemand ernsthaft von einer Bundesregierung, die sich z. B. den Dauerskandal der Diskriminierung von Kindern ausländischer Lohnabhängiger (vgl. Lage der Türken in: AIB Nr. 6/1979) erlaubt, daß es ihr mehr als eine Pflichtübung war, sich zu diesem Thema zu äußern? Zu dem Aufruf der UN-Vollversammlung zum Internationalen Jahr des Kindes äußerte sich bis Ende 1978 die imponierende Zahl von 151 Ländern; 121 bildeten nationale Kommissionen — auch die BRD. In seiner Botschaft stellte UN-Generalsekretär Waldheim fest: „Vor 20 Jahren verabschiedete die UN-Vollversammlung einstimmig die Deklaration der Rechte des Kindes. Dies gab der Überzeugung der internationalen Gemeinschaft Ausdruck, daß die besonderen Bedürfnisse der Kinder überall in der Welt noch nicht erfüllt waren. Sie sind es bis heute nicht“.

200 Mio Kinder hungern

Eine Bilanz, die auf der Moskauer Weltkonferenz „Für eine friedliche und gesicherte Zukunft aller Kinder“ im September 1979 aufgemacht wurde, ergab Erschreckendes: 600 Mio Kinder in der Welt leben in Armut, 200 Mio hungern Tag für Tag. „In den Entwicklungsländern wird nur ein Kind von zwanzig ärztlich betreut . . . 85% der auf dem Lande lebenden Kinder sind nur unzureichend mit Trinkwasser versorgt. Eins von fünf Kindern stirbt noch vor seinem fünften Geburtstag . . . 100 Mio Kindern wird jegliche Bildung vorenthalten . . . Millionen Kinder in den Entwicklungsländern sind zu Krankheit, Hunger und Armut als Folge der ungerechten ökonomischen Ordnung verurteilt . . . In den entwickelten westlichen Ländern sind Hunderttausende Kinder das Opfer sozialer und ethnischer Ungleichheit und der Rassendiskriminierung“.

Die Aufzählung läßt sich beliebig verlängern — etwa um das Thema Kinderarbeit, die Millionen Kinder schon im Alter von unter 10 Jahren für das eigene Überleben und das der Familie zur Arbeit zwingt, oder die wachsende Kriminalität von Kindern aus den Elendsvierteln von Bogota, Nairobi usw.

Verlautbarungen bürgerlicher Politiker, „Experten“ und Medien ergehen sich überwiegend in Rührseligkeit und verlogenen Mitgefühl, allenfalls in Appellen an Mildtätigkeit. Dabei sind die Ursachen klar und deutlich erkennbar: Unterdrückung und Ausbeutung im Interesse des Profits, Ausplünderung und Verarmung durch Kolonialismus und Neokolonialismus, Elend und Tod durch imperialistische Kriege und Aggressionen.

Was kennzeichnet besser den gesellschaftlichen Charakter des Elends von Kindern als die rassische Diskriminierung, die in Südafrika z. B. dazu führt, daß von 1000 neugeborenen Weißen 20 vor Erreichen des ersten Lebensjahr sterben, von 1000 neugeborenen Schwarzen aber 200?

Mildtätigkeit, alle Hingabe im Dienst wohltätiger Organisationen kann daher nur Leid lindern helfen — grundlegend ändern kann sie nichts. Dabei sind die materiellen Voraussetzungen gegeben. „Das Internationale Jahr des Kindes“, äußerte der geschäftsführende Direktor des UN-Kinderhilfswerks UNICEF, Henry Labouisse, „wird Erfolg gehabt haben, wenn es Pläne und Programme bewirkt, die das Schicksal kommender Generationen von Kindern verbessern. Es wird

sein Ziel erreicht haben, wenn es nicht nur die Kenntnis verbreitet, daß die Probleme der Kinder drängend und gewaltig sind, sondern daß wir auch über das Wissen und den Reichtum verfügen, sie zu lösen. Die Aufgabe ist in Ausmaß und Zeit bewältigbar. Wir wissen, daß die Welt die Mittel besitzt.“ Die Frage lautet also, wie diese Mittel zum Einsatz zu bringen, wie die Hindernisse zu überwinden sind, die dem im Wege stehen.

Die Moskauer Weltkonferenz gab hierauf Antwort, indem sie ihrem Appell die Formel voranstellte: „In der Überzeugung, daß die Lösung der Probleme der Rechte der Kinder eng mit der nationalen Befreiung der Völker, der Entwicklung, dem sozialen Fortschritt und der Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens verbunden ist und von der allgemeinen Lage in der internationalen Arena abhängt . . .“

Die Praxis der nationalen Befreiungsbewegungen, die Erfolge der nationalen Revolutionen in Kuba, Angola oder Vietnam bei der Beseitigung der Not der Kinder demonstrieren unwiderlegbar, in welche Richtung der Weg zu führen hat, auf dem das Schicksal der Kinder zumal Afrikas, Asiens und Lateinamerika dauerhaft positiv gelöst werden kann. Somit ist fortgesetzte, verstärkte Solidarität mit dem Kampf der Völker für nationale und soziale Befreiung, für Frieden und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung der wirksamste Beitrag zum Erfolg der Forderungen des Internationalen Jahres des Kindes.

